



# Hungern für Bischofferode

Christian Rau

Protest und Politik in der  
ostdeutschen Transformation

Hungern für Bischofferode

*Christian Rau*, Dr. phil., ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin.

Christian Rau

# Hungern für Bischofferode

Protest und Politik in der ostdeutschen  
Transformation

Campus Verlag  
Frankfurt/New York

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz »Creative Commons Namensnennung-Nicht kommerziell-Keine Bearbeitungen 4.0 International« (CC BY-NC-ND 4.0) veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>.

Verwertung, die den Rahmen der CC BY-NC-ND 4.0 Lizenz überschreitet, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für die Bearbeitung und Übersetzungen des Werkes. Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe/Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Die Beltz Verlagsgruppe behält sich die Nutzung ihrer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor.



ISBN 978-3-593-51728-5 Print

ISBN 978-3-593-45431-3 (PDF)

DOI 10.12907/978-3-593-45431-3

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

© 2023, 2026 Einige Rechte im Campus Verlag in der Beltz Verlagsgruppe GmbH & Co. KG, Werderstr. 10, 69469 Weinheim, [info@campus.de](mailto:info@campus.de).

Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln

Umschlagmotiv: Protest gegen die Schließung des Kalibergwerks in Bischofferode (1993)

© Bundesstiftung Aufarbeitung, Fotograf: Daniel Biskup, Bischofferode-4

Satz: le-tex xerif

Gesetzt aus der Alegreya

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag (ID 15985-2104-1001).

Printed in Germany

Campus Verlag® / [www.campus.de](http://www.campus.de)

# Inhalt

Vom widerständigen Osten: Bischofferode und die (Protest-)Geschichte unserer Gegenwart .....	9
Strukturwandel: Kaliwirtschaft zwischen Kontinuität und Wandel ....	29
Krise des Kartells: Kalipolitik in der Bundesrepublik .....	29
Krise des Kombinats: Kalipolitik in der DDR .....	37
Asymmetrische Kooperation: Umweltpolitik und erste Sanierungskonzepte .....	45
Vom Umwelt- zum Strukturprogramm: Die Treuhand und die Kalifusion .....	54
Heimat(en): Das Eichsfeld als umstrittene Bergbauregion .....	73
Aufbruch in die Moderne? Industrialisierung und regionale Identität im Eichsfeld bis 1945 .....	73
Durchbruch der Moderne: Intervention, Integration und Konstruktion des Eichsfelds in der SED-Diktatur .....	81
Revolution und regionale Identität: Kali und Zukunft im Eichsfeld um 1989 .....	87
Demokratisierung: Kaliproteste und Landespolitik in Thüringen .....	91
Vom Betrieb auf die Straße: Protest und Regionalpolitik im letzten Jahr der DDR .....	91
Von der Straße ins Kabinett: Protest und Landespolitik in Thüringen unter Josef Dučač (1990/91) .....	101

Die Kalifusion als demokratische Herausforderung: Protest, Parlamentarismus und Strukturpolitik unter Bernhard Vogel im Frühjahr 1993 .....	112
Ausnahmезustand: Der Hungerstreik und die deutsche Transformationsgesellschaft .....	121
Bischofferode im Fokus: Politik, Protest und Solidarisierung am Vorabend des Hungerstreiks .....	121
Der Hungerstreik in Daten: Eine kurze Protestchronik .....	134
Transfers: Wie der Hungerstreik nach Bischofferode kam und zum Medienereignis wurde .....	135
Die Kumpel und die Demokratie: Der Hungerstreik als ordnungspolitischer Konflikt .....	141
Bischofferode als Klassenkonflikt: Der Hungerstreik und die außerparlamentarische Linke .....	152
Bischofferode und Brüssel: Der Hungerstreik als europäisches Ereignis .....	170
Entsolidarisierung: Der Hungerstreik als betrieblicher Konflikt ...	180
»Ostdeutsche Realität«: Wie »Normalität« in Bischofferode einkehrte .	191
Ambivalenzen des Wandels: Konflikte und Ergebnisse der Thüringer Strukturpolitik .....	191
Making Miners Work Again: Arbeitsmarktpolitik in Bischofferode .	200
Verlust von Männlichkeit: Arbeitsmarktpolitik, Geschlecht und Identität in Bischofferode .....	212
»Bischofferode ist überall«? Historizität, Erinnerungskultur und Aktualität eines Hungerstreiks .....	219
Dank .....	249
Abkürzungen .....	251
Quellen und Literatur .....	255
Archivalien .....	255
Zeitzeugeninterview .....	256
Zeitungen und Zeitschriften .....	256

---

Internetquellen (ohne Zeitungen und Zeitschriften) .....	258
Gedruckte Quellen, Erinnerungen und Zeitzeugengespräche .....	259
Forschungs- und publizistische Literatur .....	260
Personenregister .....	271



# Vom widerständigen Osten: Bischofferode und die (Protest-)Geschichte unserer Gegenwart

In regelmäßigen Abständen rückt Ostdeutschland in den Fokus der Öffentlichkeit. Die Aufmerksamkeit kreist dabei in der Regel um zwei Ereignisse: den Mauerfall am 9. November 1989 und die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990, die in der offiziellen Erinnerungskultur durch das Erfolgsnarrativ der »zielstrebige[n] Geschlossenheit des atemberaubenden Revolutionsgeschehens« erzählerisch verbunden werden.<sup>1</sup> Angesichts einer wachsenden rechten bis rechtsextremen Polarisierung in Ostdeutschland beginnt diese Deutung jedoch seit einigen Jahren zu bröckeln. So geriet mit der Treuhandanstalt (kurz: Treuhand) jüngst eine längst vergessen geglaubte Behörde wieder in das Blickfeld der Öffentlichkeit, die von 1990 bis 1994 den Großteil der ostdeutschen Betriebe privatisiert, saniert oder stillgelegt hat, dabei rund 2,5 Millionen Arbeitsplätze abwickelte<sup>2</sup> und vielen Ostdeutschen bis heute als Symbol des systematischen »Ausverkaufs« ihres Landes gilt.

Die Beschäftigung mit der Treuhand und den damit verbundenen sozialen wie kulturellen Folgen dient im öffentlichen Diskurs vor allem dazu, die vermeintliche Andersartigkeit des Ostens im Vergleich zum Westen zu erklären. Zugleich markiert die neue Aufmerksamkeit für die Treuhand auch eine Trendwende in der Zeitgeschichtsforschung, die sich zur Erklärung der »besonderen« Entwicklung des Ostens bislang vor allem auf die von ihr ausgiebig erforschte Geschichte der DDR gestützt hat,<sup>3</sup> wäh-

---

1 Sabrow, *Mythos Einheit?*, S. 15.

2 Fischer/Hax/Schneider (Hrsg.), *Treuhandanstalt*; Seibel, *Verwaltete Illusionen*; Böick, *Die Treuhand*.

3 Die besonders intensive DDR-Forschung wurde in den letzten Jahren immer wieder mit dem Argument konfrontiert, die DDR sei nunmehr »ausgeforscht«, was DDR-Historiker\*innen immer wieder zum Anlass genommen haben, neue Perspektiven auf die DDR zu entwickeln. Vgl. Lindenberg, *Ist die DDR ausgeforscht?*; Eisenhuth/Hochmuth/Jaraus, *Alles andere als ausgeforscht* (abgerufen am 21.11.2022); Mählert (Hrsg.), *Die DDR als Chance*.

rend die Transformationszeit nach 1989/90 lange Zeit eine Domäne der Sozialwissenschaften war. Seit wenigen Jahren aber rückt auch die postsozialistische Phase verstärkt in den Fokus zeithistorischer Debatten. Während ältere historische Darstellungen zur deutschen Einheit, gestützt auf die reichhaltige DDR-Forschung und die nicht weniger ergiebige sozialwissenschaftliche Transformationsforschung der 1990er Jahre, die postsozialistische Geschichte Ostdeutschlands vorwiegend als einen Prozess der (noch unvollendeten) Angleichung an den Westen erzählt haben, wobei Erfolgs- und Misserfolgsgeschichten jeweils unterschiedlich gewichtet wurden,<sup>4</sup> entwickeln Zeithistoriker\*innen in den letzten Jahren neue Fragehorizonte. So wird die Transformation vielmehr als ergebnisoffener Interaktionsprozess von west- und ostdeutschen Akteuren untersucht, es wird nach Rückwirkungen der ostdeutschen Transformation auf den Westen gefragt und es werden zunehmend Vergleiche zwischen Ostdeutschland und anderen osteuropäischen Transformationsländern angestellt.<sup>5</sup> Dabei erfahren die in den Lebenserzählungen vieler Ostdeutscher dominierenden Themen von Privatisierung und Arbeitslosigkeit derzeit freilich eine erhöhte Aufmerksamkeit. Bislang kaum ins Zentrum der neuen Beschäftigung mit den 1990er Jahren gerückt ist jedoch die mit der Treuhand (aber nicht nur) vielfältig verwobene Protestgeschichte Ostdeutschlands. Dabei spielte Protest als Form des Politischen für die politische Kultur Ostdeutschlands auch nach 1989 eine besondere Rolle. So beziehen sich auch die Protagonist\*innen der jüngeren islamfeindlichen Pegida- und Anti-Corona-Proteste genauso selbstverständlich auf das Erbe der Revolution von 1989 wie die Verteidiger\*innen der Demokratie.<sup>6</sup> Während letztere aber weiterhin den Zusammenbruch des SED-Regimes als die große Leistung der Ostdeutschen loben, deuten erstere das Erbe von »1989« zu einem subversiven Potential gegen die westlich-liberale Demokratie um, deren politische Eliten den Ostdeutschen Freiheit und Wohlfahrt vorgelogen hätten und damit der SED-Diktatur angeblich in nichts nachstünden. Dass Ostdeutsche einst den »Unrechtsstaat« der SED zu Fall brachten, erscheint den Populisten dagegen als Blaupause für die Möglichkeit eines erneuten und als längst

---

4 Jäger, Die Überwindung der Teilung; Ritter, Der Preis der deutschen Einheit; Rödder, Deutschland einig Vaterland.

5 Großbölting, Wiedervereinigungsgesellschaft; Brunner/Heydemann, Die Einheit und die Folgen; Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent.

6 Volk, »Wir sind das Volk«; Simon, Wut schlägt Scham; Stach/Hartmann, Friedliche Revolution 2.0?.

überfällig präsentierten Systemwechsels. Die negativen Erfahrungen vieler Ostdeutscher mit der deutschen Wiedervereinigung, so die Suggestion, seien korrigierbar.

Der Konflikt um die Deutung von »1989« hat aber keineswegs erst in den letzten Jahren begonnen. Schon kurz nach der Wiedervereinigung gingen Ostdeutsche wieder zu Tausenden auf die Straße, um unter Rückgriff auf die Revolutionsparole »Wir sind das Volk« zunächst gegen den »Ausverkauf« des Ostens und die Treuhand, aber zunehmend auch gegen »Überfremdung« und andere als bedrohlich empfundene Entwicklungen zu demonstrieren. Die Protestgemeinschaften von einst gestalteten sich oft ähnlich heterogen und konfus wie diejenigen der aktuellen Proteste, Ausschreitungen und »Spaziergänge«. Auch damals schon mischten sich unter die ostdeutschen Bürger\*innen und Belegschaften teilweise Gruppen, die die Proteste politisch zu vereinnahmen suchten. So standen neben Betriebsräten und Gewerkschafter\*innen zuweilen auch frühere ostdeutsche Bürgerrechtler\*innen, Parlamentsabgeordnete, aber auch Rechtsradikale, westdeutsche Linke und ehemalige SED-Kader. Vor allem in den zahllosen Protesten ostdeutscher Belegschaften gegen Arbeitsplatzabbau und Stilllegungen von Betrieben drückten sich schon früh, d.h. noch im letzten Jahr der DDR, nicht nur die Angst um Arbeitsplätze, sondern auch das wachsende Misstrauen vieler Ostdeutscher gegenüber der (west-)deutschen Demokratie als der erhofften Problemlöserin und die tiefe Enttäuschung gegenüber dem parallel herbeigesehnten nationalen Aufbruch aus,<sup>7</sup> was oppositionellen und populistischen Akteuren und Gruppen wiederum eine verheißungsvolle Angriffs- und Entfaltungsfäche bot. Diese frühen Protestgeschichten stehen damit ganz am Anfang einer komplex-verworrenen und umstrittenen Deutungsgeschichte von »1989«.<sup>8</sup>

Einer dieser im betrieblichen Umfeld erwachsenden Proteste, die überregionale Strahlkraft erlangten und damit bald eine Projektionsfläche für politische Botschaften und Zukunftsentwürfe jedweder Art boten, ereignete sich 1993 in Bischofferode, einer mitten im katholisch geprägten Thüringer Eichsfeld gelegenen 2.000-Seelen-Gemeinde. Dort traten Anfang Juli etwa 40 Kalibergleute in einen unbefristeten Hungerstreik, um für die letzten noch verbliebenen Arbeitsplätze in ihrer Grube zu kämpfen. 2023 jährt sich der Hungerstreik zum 30. Mal. Aber nicht nur das ist Grund genug, sich ein-

---

7 Brunner, Auf dem Weg zur »inneren Einheit«, S. 170.

8 Hierzu zuletzt Leistner/Wohlrab-Sahr (Hrsg.), Das umstrittene Erbe von 1989.

mal näher mit der Geschichte des Streiks zu beschäftigen. Vielmehr unterschied sich der Hungerstreik von allen anderen ostdeutschen Belegschaftsprotesten hinsichtlich der besonderen Form, Ästhetik und Radikalität des Widerstands, seiner langen Dauer, seiner symbolischen Strahlkraft der massiven Präsenz von Medien und der landesweiten Solidaritätsaktionen.

Seit 1911 war in Bischofferode Kalisalz gefördert worden – ein Rohstoff, der besonders in der Düngemittelproduktion, aber auch für die Herstellung alltäglicher Konsumgüter wie Waschmittel oder Speisesalz gebraucht wird. Kaliförderung war damit lange Zeit immanenter Bestandteil der Industrialisierung und des wirtschaftlichen Wohlstands in Deutschland sowie ein begehrtes Exportgut, weshalb das Salz (in Analogie zur Kohle, dem »schwarzen Gold«) schon bald als »weißes Gold« galt. Zur Zeit der DDR belieferte Bischofferode exklusiv die Märkte im Westen, was dem Werk ein besonderes Prestige verlieh. 1993 aber sollte damit Schluss sein. Dagegen stemmten sich die Kumpel mit allen Mitteln. Dabei erlangten sie in kürzester Zeit eine bislang im Osten ungekannte Medienpräsenz, die Solidarität und Empathie auch über nationale Landes- und Binnengrenzen hinaus erzeugte und einen wahren Protesttourismus in die Region auslöste. Für viele wurde der Hungerstreik zum hoffnungsfrohen Symbol zivilgesellschaftlich-demokratischer Rückeroberung.<sup>9</sup> Mit großer Bewunderung blick(t)en viele nach Bischofferode, wo »DDR-Bürger ihren volkseigenen Besitz an Produktionsmitteln verteidigten«.<sup>10</sup> Der Protestslogan »Bischofferode ist überall« hallte bis in die letzten Winkel der Republik, und der medial inszenierte körperliche Verfall der Hungerstreikenden geriet zum Signal für eine tiefe Krise, in der sich längst nicht mehr nur der Ostteil Deutschlands befand.

Journalist\*innen, Politiker\*innen, Fernseheteams und Intellektuelle sorgten wesentlich mit dafür, dass Bischofferode kein gewöhnlicher Arbeitskampf wurde. In Bischofferode, so der *Spiegel* am 8. August 1993, wurde um nichts Geringeres als für die »Würde der Osis« gehungert.<sup>11</sup> Aus Sicht des Hamburger Nachrichtenmagazins stand der Kampf der Kalikumpel sinnbildlich für einen Landesteil, der sich mit den rechtsradikalen Gewaltausbrüchen seit Herbst 1991 zusehends von der Werteordnung der westlich-liberalen Demokratie zu entfernen schien. In Bischofferode, so nahmen es viele Zeitgenoss\*innen wahr, ging es auch um die Zukunft der westlich-

<sup>9</sup> Heilig/Holm, Signal Bischofferode.

<sup>10</sup> Kalinowski, Da hängt ganz viel Leben dran, S. 158.

<sup>11</sup> Hungern für die Würde der Osis, in: Der Spiegel 32/1993, S. 52–55.

liberalen Demokratie deutscher Spielart. Viele Beobachter\*innen wähten sich in dieser Zeit inmitten einer »Vereinigungskrise«,<sup>12</sup> die der Demokratie und ihrer Werteordnung erheblichen Schaden zuzufügen drohte. Selbst ein so glühender Verteidiger der westlichen Ordnung wie Thüringens konservativer Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) konnte sich der Tragik der Ereignisse nicht entziehen. Ihn schienen die Entwicklungen derart überwältigt zu haben, dass er – obgleich Vertreter einer wirtschaftsfreundlichen Partei – bis heute demütig behauptet, in die »kalte Fratze des Kapitalismus« geblickt zu haben.<sup>13</sup> Bewertungen wie diese machen deutlich, dass viele Zeitgenoss\*innen nicht nur den Osten in ein gefährliches Fahrwasser abdriften sahen, dessen Ursachen systemischer Natur waren. Vielmehr spiegelte sich in Bischofferode kaleidoskopisch eine tiefe Krise, die die gesamte Nation betraf. Die rechtsradikalen Gewaltausbrüche, die ja nicht nur der Osten erlebte, waren nur ein Symptom, die Angst vor einer Massenarbeitslosigkeit bisher ungekannten Ausmaßes ein weiteres, ohne das sich nicht verstehen lässt, warum gerade der Arbeitskampf der bis dahin weitgehend unbeachteten Eichsfelder Kalibergleute für so viele Menschen im Land in kürzester Zeit zum Signal des Aufbruchs, ja sogar zum utopischen Ort wurde.

Umso herber war die Enttäuschung, als der Arbeitskampf am 31. Dezember 1993 nach einem halben Jahr sein jähes Ende fand. Die Kaligrube wurde wie geplant geschlossen, und die Kumpel erhielten eine außergewöhnlich hohe Abfindung. Dennoch blieb für viele von ihnen und ihre Unterstützer\*innen die bittere Erfahrung der Niederlage. Der Hungerstreik geriet in der nationalen Öffentlichkeit aber auch schnell zu einer Randglosse der ostdeutschen Transformation. Lediglich im Transformationsgedächtnis der Ostdeutschen und in der Prosa lebte die Empathie mit den Eichsfelder Kumpeln fort, aber nur wenige der einstigen Unterstützer\*innen besuchten Bischofferode ein zweites Mal. Einer von ihnen ist der ostdeutsche Publizist Landolf Scherzer, der sich bei seinem zweiten Besuch im Eichsfeld um die Jahrtausendwende sofort an das »Lied vom Tod« erinnert fühlte, das einst »[a]uf den Liegen der Hungernden zu hören« war – als sei in Bischofferode die Zeit nach dem Hungerstreik stehengeblieben.<sup>14</sup> Der Dresdner Schriftsteller Volker Braun griff den Hungerstreik 2011 erneut auf und ließ ihn in seiner fiktiven Erzählung in einer apokalyptischen Schlacht zwischen den

---

12 Kocka, Vereinigungskrise.

13 Zürich, Thüringens Gründerjahre, S. 100.

14 Scherzer, Urlaub für rote Engel, S. 82.

Protestierenden und der Staatsmacht kulminieren<sup>15</sup> – und nahm damit einiges von dem vorweg, was sich drei Jahre später in seiner Heimatstadt zusammenbrauen sollte.

Es ist zugleich wenig verwunderlich, dass der Hungerstreik von Bischofferode angesichts seiner besonderen Politisierungsgeschichte vor wenigen Jahren in das öffentliche Bewusstsein zurückkam. Zunächst hob die Wochenzeitung *Die Zeit* die »Ursünde der Einheit« im Frühjahr 2014 wieder aufs Tableau.<sup>16</sup> Anlass hierfür war die plötzliche Offenlegung des Kalifusionsvertrags durch ein Datenleck. Die semantische Rahmung des Hungerstreiks verwies jedoch bereits auf ein Erzählmuster, das wenig später in einem ganz anderen Zusammenhang zum Gegenstand politischer Debatten werden sollte. Im Lichte der im Herbst 2014 beginnenden islamfeindlichen Pegida-Proteste in Dresden, der seither wachsenden Erfolge der rechtskonservativen bis -extremen Alternative für Deutschland (AfD) in Ostdeutschland und der jüngsten Anti-Corona-Proteste steht Bischofferode heute vor allem symbolisch für die »Übernahme« Ostdeutschlands durch den Westen<sup>17</sup> und damit als Sinnbild für die akute politische Vertrauens- und Integrationskrise, auf die besonders ostdeutsche Politiker\*innen jüngst aufmerksam gemacht haben.<sup>18</sup> Bischofferode, so die provokante These eines Radiofeatures von 2019, sei sogar der »Vorläufer« der gegenwärtigen »Wut auf den ostdeutschen Straßen«.<sup>19</sup> Dass die AfD mit ihrer Forderung nach einer »Wende 2.0« zuletzt sogar viele Wähler\*innen im katholischen Eichsfeld mobilisieren konnte,<sup>20</sup> hat das Bedürfnis nach historischen Erklärungen für diese Entwicklungen befördert und dabei auch den Hungerstreik von Bischofferode ein Stück weit entzaubert. Die einstige Geschichte vom heldenhaften Widerstand wird nunmehr gebrochen durch das vermeintlich

---

15 Volker Braun, *Die hellen Haufen*, Berlin 2011.

16 Martin Machowecz, *Hinterm Berg*, in: *Die Zeit*, 24.3.2014, URL: <https://www.zeit.de/2014/14/kali-bergwerk-bischofferode-schlussung-geheimvertrag> (abgerufen am 24.1.2022).

17 Kowalczyk, *Die Übernahme*, S. 123–127.

18 Köpping, *Integriert doch erst mal uns*.

19 Henry Bernhard, »Wutbürger« im Osten Deutschlands. Vom Verdruss an der Demokratie, in: Deutschlandfunk online, 2.1.2019, URL: [https://www.deutschlandfunk.de/wutbuenger-im-osten-deutschlands-vom-verdruss-an-der.724.de.html?dram:article\\_id=437277](https://www.deutschlandfunk.de/wutbuenger-im-osten-deutschlands-vom-verdruss-an-der.724.de.html?dram:article_id=437277) (abgerufen am 5.7.2021).

20 Die DDR-Wende und die AfD. Wem gehört die Friedliche Revolution?, in: Deutschlandfunk, 6.11.2019, URL: [https://www.deutschlandfunk.de/die-ddr-wende-und-die-afd-wem-gehoeert-die-friedliche.691.de.html?dram:article\\_id=462754](https://www.deutschlandfunk.de/die-ddr-wende-und-die-afd-wem-gehoeert-die-friedliche.691.de.html?dram:article_id=462754) (abgerufen am 5.7.2021).

dunkle Erbe des ostdeutschen Aufbegehrens, dem geradezu der Status einer traumatischen Erfahrung zugeschrieben wird.<sup>21</sup>

Auch die Erzählmuster der Betroffenen, in deren Augen der eigene Arbeitsplatzverlust den unsozialen und undemokratischen Charakter der sozialen Marktwirtschaft offengelegt habe, erfahren in diesem Deutungskampf eine neue Aufmerksamkeit. Das demonstrierten zuletzt eine für den Grimme-Preis nominierte Dokumentation des MDR von 2018, in der Bischofferode als das »Treuhand-Trauma« der Ostdeutschen gezeichnet wurde, und eine jüngere Publikation des langjährigen ARD-Korrespondenten Hermann Vinke, der – nicht zuletzt inspiriert durch die MDR-Doku – mit zahlreichen Betroffenen sprach, die durch Treuhand-Entscheidungen ihre Arbeit verloren hatten, und die Gespräche für die interessierte Öffentlichkeit mit biographischen Details angereichert dokumentierte. In dieser 2021 unter dem polemischen Titel »Ein Volk steht auf – und geht zum Arbeitsamt« publizierte Sammlung finden sich auch drei Geschichten von ehemaligen Protestakteuren aus Bischofferode (Gerhard Jüttemann, Siegfried Hubenthal, Hans-Joachim Binder) und zwei ihrer damaligen Unterstützer\*innen (Johannes Peine, Rita Süßmuth). Viel ist dabei die Rede vom Zusammengehörigkeitsgefühl der Belegschaft in Zeiten der Diktatur, das über die Entbehrungen und Unfreiheiten im SED-Regime hinweghalf: von der Reinheit des »weißen Goldes« in den unterirdischen Schatzkammern, die dem Eichsfeld noch mehr als 40 Jahre lang Wohlstand hätten beschermen können, von der euphorischen Stimmung, Bischofferode für die Marktwirtschaft fit machen zu können, von den großen Opfern, die man hierfür bereits erbracht hatte (bis 1992 wurde mehr als die Hälfte der über 1.500 Beschäftigten entlassen), von der »Kaltschnäuzigkeit«, die den Kumpeln in den Räumen der Konzernzentrale und der Gewerkschaft entgegenschlug, vom Ringen um Erklärungen für das durch den »Geheimvertrag« der Treuhand erfahrene »Unrecht«, von der großen, über die nationalen Grenzen hinausreichenden Solidarität, die den Kumpeln während ihres Hungerstreiks zuteilwurde und die fast zu einem »Flächenbrand« geführt hätte; und schließlich vom unmoralischen und unrühmlichen Sieg westdeutscher Konzerninteressen, den Erschwernissen des kapitalistischen Arbeitsmarktes und den vielen zurückgelassenen gebrochenen Biographien.<sup>22</sup>

---

21 So der Titel des für den Grimme-Preis nominierten Dokumentarfilms von Dirk Schneider, Bischofferode – Das Treuhand-Trauma, Hoferichter & Jacobs GmbH, Deutschland 2018, 90.

22 Vinke, »Ein Volk steht auf – und geht zum Arbeitsamt«, S. 164–198.

Emotional eingebettete Erfahrungen und Einsichten wie diese stimmen nachdenklich und erzeugen Empathie, vielleicht auch Wut. Dennoch folgt die Sicht der Betroffenen einem sehr klaren narrativen Muster mit eindeutigen Täter-Opfer-bzw. West-Ost-Schema und blendet andere Akteure, Zusammenhänge, Tiefenschichten, Dynamiken und Widersprüche des historischen Prozesses aus. Anders ausgedrückt, spiegelt sich in den Erzählweisen der Betroffenen in erster Linie eine subjektiv-kollektiv begrenzte Art und Weise der kommunikativen Bewältigung der eigenen biographischen Brüche wider, in der bestimmte Erfahrungen dominieren, andere hingegen verblasen. Bezieht man diese aber in die Betrachtung ein, tun sich viele Fragen auf. Etwa: War der betriebliche Alltag vor allem in der späten DDR wirklich nur mit positiven Erfahrungen verbunden? Wie weit reichte der lokale Zusammenhalt in der DDR-Gesellschaft und speziell in Bischofferode tatsächlich? Wo lagen seine Grenzen? Wie hielten es die Bischofferöder selbst mit der Solidarität für ihre ostdeutschen Kollegen, deren Gruben bereits vor 1993 und gleichfalls nicht kampfflos geschlossen wurden? Welche Rolle spielt die vergleichsweise privilegierte Position der Kalibergleute in der DDR für die Art und Weise, wie diese den Verlust ihrer Arbeitsplätze nach 1993 bewertete(n)? Gab es vor Ort auch kritische Stimmen gegenüber den Protestaktionen der Bergmänner und einiger ihrer Ehefrauen und Kolleginnen? Lassen sich die Treuhand und die Gewerkschaften tatsächlich als Einheitsfront gegen Bischofferode zeichnen? Wie passt es ins Ost-West-Schema, dass auch auf westdeutscher Seite zwei Kaliwerke geschlossen und im Osten zwei Gruben erhalten wurden? Und welche Rolle spielte die in den Erzählmustern der Bergleute nur am Rande vorkommende Landesregierung, auch und gerade für die Zeit nach der Schließung der Grube? Hat sich in Bischofferode bis heute nichts verändert?

Anstatt solche und weitere Einzelfragen zu formulieren und diese zum Ausgang für eine historische Analyse zu machen, bestimmen die Emotionalität der historischen Ereignisse und der zunehmende Rechtfertigungsdruck, unter den die Narrative der damals Beteiligten aktuell geraten, weiterhin die öffentlichen und zum Teil auch wissenschaftlichen Debatten. So sieht der ostdeutsche Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler in Bischofferode den »widerständigsten Betrieb«<sup>23</sup> im Osten gegen die »neoliberale Offensive der Regierung Kohl«, die sich in der Treuhand verdichtet habe und ihre Schatten bis in die Gegenwart werfe. Das Fehlen von demokratischen

---

23 Vgl. die Aufsatzsammlung Roesler, Abgewrackt.

Möglichkeiten, auf die Treuhand-Politik einzuwirken, habe bewirkt, dass der »Streik für Betroffene in der Regel die einzige Möglichkeit [war], auf ihre Probleme aufmerksam zu machen bzw. zu versuchen, auf Privatisierungsverfahren Einfluss zu nehmen«. Und genauso sei auch heute noch das Fehlen demokratischer Alternativen ursächlich für den Erfolg der AfD in den ostdeutschen Ländern.<sup>24</sup> Die ehemalige ostdeutsche Bürgerrechtlerin und Journalistin Marita Vollborn, die während des Hungerstreiks selbst als Korrespondentin für die *taz* berichtete, geht sogar noch weiter und stilisierte Bischofferode in einem 2016 publizierten Buch zum Spiegelbild des Lügengerüsts der angeblich freiheitlichen Gesellschaft des Westens,<sup>25</sup> womit sie auch das Narrativ vieler Bürgerrechtler\*innen von der »verratenen Revolution« fortschreibt.<sup>26</sup>

Auch westdeutsche Stimmen fehlen im Deutungskampf um Bischofferode nicht, sind aber deutlich in der Minderheit. Dazu zählen einzelne Gewerkschafter\*innen<sup>27</sup> und der westfälische Mittelständler Johannes Peine, den der Versuch, das Bischofferöder Werk nach der folgenschweren Entscheidung der Treuhand noch in letzter Minute zu kaufen, einst an den Rand des Ruins gebracht hat. Der sozialen Marktwirtschaft steht seitdem auch er kritisch gegenüber.<sup>28</sup> Westdeutsche Sichtweisen auf den Hungerstreik laufen ansonsten aber mehrheitlich auf eine Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft hinaus. Dabei erscheint Bischofferode geradezu als Beweis für die Funktionsfähigkeit des Marktes und des Sozialstaats, seien doch andere Kaliwerke durch die Schließung des Betriebs gerettet sowie obendrein eine großzügige Abfindung und eine (befristete) Auffanglösung ausgehandelt worden. In diesem an die gängige Erfolgsgeschichte der Wiedervereinigung anschließenden Narrativ erscheinen die Hungerstreikenden vor allem als uneinsichtige und naive Randfiguren in einem

---

24 Roesler, Privatisierung um jeden Preis?; ders., Die Treuhand und die bundesdeutsche Demokratie; ders., Mit oder gegen den Willen der Betriebsbelegschaften?; ders., Vom ökonomischen zum politischen Schock. Was die Privatisierung der DDR-Wirtschaft mit den Wahlerfolgen der Rechtspopulisten zu tun hat, in: Neues Deutschland, 15.1.2018, URL: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1076148.afd-in-ostdeutschland-vom-oekonomischen-zum-politischen-schock.html> (abgerufen am 5.7.2021).

25 Vollborn, Ich bin so frei.

26 Sabrow, Wem gehört »1989«?, S. 17–19.

27 Vgl. die Beiträge in Plener (Hrsg.), Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990–1994).

28 Peine, Wenn jemand Unternehmer ist und nicht Unterlasser.

alternativlosen Prozess.<sup>29</sup> Bischofferode sei der »unrentabelste aller ostdeutschen Kalischächte« gewesen<sup>30</sup> und jede Schuldzuweisung an die Treuhand damit ungerechtfertigt.<sup>31</sup>

Historiker\*innen müssen sich derlei Deutungen – egal ob sie aus der Perspektive der »Täter«, »Opfer« oder außenstehender Beobachter\*innen formuliert sind – mit einer nüchternen Distanz nähern, ohne sie zugleich entlang eines (wertenden) Plausibilitätsrasters zu gewichten. So kann es nicht Aufgabe der vorliegenden Studie sein, die konfrontativ nebeneinanderstehenden Narrative auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen oder sie in (zum Teil bereits zeitgenössisch wirkmächtige) einseitige Erzählmuster wie der westdeutschen »Übernahme« oder dem Durchbruch des Neoliberalismus einzuordnen. Dadurch würde die Täter-Opfer-Dichotomie nur verfestigt, die der komplexen historischen Wirklichkeit kaum gerecht wird und überdies eine dringend notwendige sachliche Debatte über den »Osten« blockiert. Diese Studie möchte hierzu einen Beitrag leisten, indem sie breiter und ergebnisoffen auf die »lange Geschichte« des Hungerstreiks, seine politischen Rahmenbedingungen, Dynamiken sowie die Erfahrungsräume, Erwartungshorizonte<sup>32</sup> und Handlungsspielräume der damaligen Akteure blickt und den Hungerstreik sowie seine Narrative in den Kontext einer erweiterten Transformationsgeschichte setzt, die neben »besonders tiefgreifenden, umfassenden und beschleunigten« wirtschaftlichen auch politische, soziale und kulturelle Wandlungsprozesse berücksichtigt.<sup>33</sup> Denn der Hungerstreik erzählt uns nicht nur viel über vermeintlich irrationale Ansichten oder tragische Helden. Er war vielmehr eingebettet in eine verflochtene politisch-wirtschaftliche Transformationsgeschichte, die ostwestdeutsche Reibungen ebenso hervorbrachte wie hybride Integrationen, aber auch ältere inner-westdeutsche und inner-ostdeutsche sowie europäische Konfliktlinien sichtbar machte. Der Hungerstreik von Bischofferode zählte zu jenen Konflikten der jungen Berliner Republik, in der sich die deut-

29 Müller von der Grün, Unter einem Dach; K+S (Hrsg.), Wachstum erleben.

30 Claus Peter Müller von der Grün, Schäden durch Salzabbau. Geld, Lügen und ein Geheimvertrag, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.3.2014, URL: [https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/schaeden-durch-salzabbau-in-thueringen-geld-luegen-und-ein-geheimvertrag-12869100.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/schaeden-durch-salzabbau-in-thueringen-geld-luegen-und-ein-geheimvertrag-12869100.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2) (abgerufen am 5.7.2021).

31 Pötzl, Der Treuhand-Komplex, S. 154.

32 Koselleck, »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont«.

33 Zu diesem Transformationsbegriff vgl. Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent, S. 28.

sche Transformationsgesellschaft<sup>34</sup> mit all ihren Hoffnungen und Ängsten im Hinblick auf eine völlig offene Zukunft kaleidoskopisch spiegelte. Hier wurden Erfahrungen, Erwartungen und (alternative) Demokratieentwürfe so konkret wie sonst nirgends verhandelt.

Als politische Kommunikationsform betrachtet, die weniger institutionellen Routinen folgt, sondern auf vorhandene Infrastrukturen, gesellschaftliche Akzeptanz und Breitenwirksamkeit angewiesen ist, wurde der Hungerstreik auch zur Erprobungsform demokratischer Teilhabe für diejenigen, die sich von den etablierten Institutionen des politischen Systems der Bundesrepublik in einer von völliger Ungewissheit geprägten historischen Situation nicht mehr vertreten bzw. ernst genommen fühlten. Damit geraten neben den Forderungen der Protestakteure vor allem deren Protestpraktiken, Konflikte, Selbstwahrnehmungen und die Reaktionen des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfelds in den Blick. Dabei war der Hungerstreik zugleich in eine Vielzahl kleiner Transformationen eingebunden, die ihn hervorbrachten, Bündnisse mit anderen (erfahrenen) Protestgruppen ermöglichten, Solidarität erzeugten, aber auch Entsolidarisierung bewirkten. Damit gibt der Hungerstreik Aufschluss über die Eigenlogik und Dynamik von Solidarität in den frühen 1990er Jahren. Gefragt wird in dieser Studie somit nicht nach Vereinigungsprozessen, deren mentale Dimensionen sich ohnehin nicht empirisch-objektiv messen lassen, sondern vielmehr nach konfliktiven Verflechtungen und gegenseitigen Perzeptionen von Protestakteuren und sozialen Ordnungen im Transformationsgeschehen, bei denen das Ost-West-Deutungsmuster nur eine von vielen Diskursebenen darstellt.

Wenn hier von Transformation und besonders von kleinen Transformationen gesprochen wird, dann sind nicht in erster Linie Makroprozesse des Wandels politischer, ökonomischer und sozialer Ordnungen gemeint. Vielmehr soll es um die Frage gehen, wie sich Handlungsspielräume und Wahrnehmungen konkreter Akteure in historischen Transformationsprozessen veränderten. Im Sinne der mikro-qualitativen Transformationsforschung stehen damit Prozesse im Vordergrund, in denen »das Verhältnis von Vertrautem und Fremdem in der sozialen Wirklichkeit für die Akteure in weiten Bereichen fragwürdig geworden ist, gleichzeitig aber Handlungsdruck besteht, Vertrautheit und Routine wieder herzustellen und ihr einen

---

34 Zu diesem offenen Ansatz, der die Perspektive nicht nur auf die Ost-West-Blickachse verengt, vgl. Schwartz, Transformationsgesellschaft.

Sinn zu verleihen«. <sup>35</sup> Während der mikrosoziologische Blick aber häufig nur auf eine Handlungsebene (z.B. Betrieb) fokussiert (der makrosoziologische Blick dagegen oft im nationalen ›Container‹ verhaftet ist), schaut diese Studie stärker auf dynamische Verflechtungen verschiedener Ebenen und Räume politischen Handelns. Es geht also darum zu ergründen, wie in unterschiedlichen, aber miteinander verwobenen Mikroräumen der Transformation (Betrieb, Kabinette, Parlamente, Gewerkschaften usw.) über den Hungerstreik gestritten wurde und was dies über Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte im sich vereinigenden Deutschland aussagt. Dabei wird deutlich, dass der Hungerstreik in ost- und westdeutschen Diskursräumen, die sich innerhalb von Institutionen (z.B. Parlamente, Parteien oder Gewerkschaften) auch überschneiden, jeweils sehr unterschiedlich wahrgenommen wurde. Daraus ergibt sich ein vielgestaltiges, häufig widersprüchliches Bild des Handlungs- und Erfahrungsraums Ostdeutschland, in dem die ostwestdeutsche »Transformationsgesellschaft« der frühen 1990er Jahre in dynamischen Konstellationen aufeinandertraf. Deren Eigenlogiken lassen sich aber kaum mit Makrotheorien wie der zuletzt von Philipp Ther prominent vertretenen These vom Durchbruch des Neoliberalismus nach 1989 erfassen. <sup>36</sup>

Die hier verfolgte mikrogeschichtliche Perspektive auf den Hungerstreik von Bischofferode verspricht damit auch neue Blicke auf die 1990er Jahre, die noch immer vornehmlich als Jahrzehnt der wirtschaftlichen und institutionellen Anpassung des Ostens an den Westen gelten, ohne dass dabei die Heterogenität des ostdeutschen Akteursfeldes, dessen Sinnwelten und schon gar nicht dessen vielfältige, über Prozesse der Anpassung hinausgehende Wechselbeziehungen zu nationalen, europäischen oder gar globalen Akteuren analytisch mitgedacht werden. Vielmehr dominieren aktuell noch immer sehr einseitige Sichtweisen auf die 1990er Jahre, nach denen der ostdeutsche Transformations- und Integrationsprozess trotz einiger Fehlentwicklungen entweder weitgehend gelungen sei <sup>37</sup> oder in eine »Übernahme« des Ostens durch den Westen mündete, die bis heute als Damoklesschwert über der »inneren Einheit« Deutschlands schwebt. <sup>38</sup> Zwar wird diese polarisierende Einseitigkeit seit einigen Jahren von Zeithistoriker\*innen pro-

---

<sup>35</sup> Hildenbrand, Mikro-qualitative Transformationsforschung, S. 232.

<sup>36</sup> Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent.

<sup>37</sup> So zuletzt etwa Wolfrum, Der Aufsteiger.

<sup>38</sup> Kowalczyk, Die Übernahme.

blematisiert und besonders die historische Zäsur von 1989/90 relativiert, es mangelt aber noch immer an empirischen Studien, die wirklich alternative Periodisierungskonzepte und innovative Zugänge erproben.<sup>39</sup>

Fragen der Periodisierung und des Zugangs stellen sich auch mit Blick auf die Protestgeschichte Ostdeutschlands. Die arbeitsweltlichen Proteste der frühen 1990er Jahre, die hier mit dem Beispiel Bischofferode im Mittelpunkt stehen, sind von der historischen Forschung bislang nur sehr selektiv wahrgenommen worden. So sprach etwa Lutz Raphael, einer der prominentesten Vertreter\*innen der jüngsten Zeitgeschichte, die sich seit mehr als zehn Jahren mit Strukturbrüchen seit den 1970er Jahren befasst, irritierenderweise von einer »relative[n] Ereignislosigkeit der 1990er Jahre«,<sup>40</sup> ignorierend, dass es gerade in den frühen Jahren des Dezenniums »in der einen oder anderen Form mindestens einmal wöchentlich zu Protesten ostdeutscher Belegschaften«<sup>41</sup> kam. Auch eine neuere Überblicksdarstellung zur deutschen Protestgeschichte nach 1945 blendet die Arbeitsproteste (im Gegensatz zu den rechtsradikalen Ausschreitungen) in Ostdeutschland gänzlich aus, als wären diese nur eine temporäre Begleiterscheinung eines kurzen, wenngleich tiefgreifenden Transformationsprozesses gewesen.<sup>42</sup> Insgesamt zeigen diese und andere Längsschnittstudien, dass der ostdeutsche Transformationsprozess bislang kaum in der allgemeinen Zeitgeschichte verankert ist bzw. an diese rückgebunden wird.

So haben sich bislang auch nur wenige Arbeiten mit den betrieblichen Protesten im Osten seit der friedlichen Revolution beschäftigt. Dabei unterschieden diese Studien zwischen den »Wende-Streiks« vom Herbst 1989 bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 und den sich anschließenden Transformationsprotesten im Kontext der Wiedervereinigung. Studien, die sich mit der frühen Protestphase befassten, verweisen dabei vor allem auf verblüffende Kontinuitäten zur informellen Protestkultur in der »verbetrieblichten« Gesellschaft der DDR. Denn auch die hegemonial regierende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) konnte nicht einfach im Namen der »Arbeiterklasse« durchregieren, sondern war auf die Akzeptanz der von ihr umgarnten Industriearbeiterschaft angewiesen. Dies jedenfalls war die

---

39 Innovative Impulse verspricht das von Kerstin Brückweh geleitete Projekt »Die lange Geschichte der ›Wende‹. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989«, das westdeutsche und europäische Dimensionen jedoch ausspart.

40 Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl*, S. 195.

41 Dathe/Hürtgen, *Gewerkschaften im Einheitsprozess*, S. 15.

42 Gassert, *Bewegte Gesellschaft*.

Konsequenz, die die Partei aus der Erfahrung des blutig niedergeschlagenen Aufstands vom 17. Juni 1953 zog, wo sich Arbeits- und politischer Kampf gegen die selbsternannte Arbeiterpartei eskalativ verbunden hatten. Seither gab es in der DDR zwar keine größeren Streikaktionen mehr, was aber auch daran lag, dass schon allein die Androhung von Arbeitsniederlegungen und Streiks traumatische Erinnerungen an 1953 wachrief und schnell zum Einlenken der Eliten führte. Arbeiter\*innen waren auf diese Weise in der Lage, besonders auf betrieblicher Ebene über Arbeitsnormen, Arbeitsbedingungen und Löhne zu verhandeln.<sup>43</sup> Daraus entstand 1989 jedoch keine nationale proletarische Solidaritätskultur, vielmehr folgten die Proteste weiterhin ganz der sozial-moralischen Ordnung der »verbetrieblichten« Gesellschaft. Der Kampf um Arbeitsnormen und Arbeitsbedingungen verband sich im Revolutionsherbst 1989 zwar auch mit national aufgeladenen Forderungen, die SED sowie ihre Institutionen und Vertreter\*innen aus den Betrieben zu vertreiben und die Wiedervereinigung zu realisieren.<sup>44</sup> Nach wenigen Monaten aber dominierten wieder konkrete betriebliche Probleme die Szenerie.

Studien, die auf das Protestgeschehen nach der Volkskammerwahl blickten, haben diesen Traditionsüberhang und dessen Aktualisierung im Lichte der Transformation jedoch ausgeblendet. Sie stellen die betrieblichen und überbetrieblichen Aktionen vielmehr in den Kontext der Geschichte der Treuhand und sehen diese vor allem als Versuch, sich im westdeutsch dominierten Geschehen (letztlich erfolglos) Gehör zu verschaffen.<sup>45</sup>

In dieser Studie werden anknüpfend an und im Kontrast zu den genannten Forschungen Kontinuitäten und Wandlungen der ostdeutschen Belegschaftsproteste exemplarisch und auf verschiedenen Ebenen in der *longue durée* beleuchtet. Dabei gilt es, das Blickfeld im Sinne der hier verfolgten erweiterten Transformationsgeschichte über die oft dominierende wirtschaftsgeschichtliche Dimension hinaus zu weiten. Bischofferode wird deshalb als Kristallisationspunkt von lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Ordnungsvorstellungen in den Blick genommen, an die sich

---

43 Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß; Wierling, Work, Workers and Politics in the German Democratic Republic; Jaraus, Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur; Kott, Le communisme au quotidien; Kleßmann, Arbeiter im »Arbeiterstaat« DDR; Hübner (Hrsg.), Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR 1971 bis 1989; Schuhmann, Die Zukunft der Arbeit in der Übergangsgesellschaft.

44 Kopstein, Chipping away at the State; Gehrke, Die »Wende«-Streiks; Denis, Labor in the Collapse of the GDR and Reunification.

45 Böick, »Aufstand im Osten«?; Brunner, Auf dem Weg zur »inneren Einheit«?.

jeweils unterschiedliche Erfahrungs- und Zeitschichten anlagerten und die mit der Wiedervereinigung nicht nur im Osten, sondern auch im Westen und in Europa in Bewegung gerieten. In und um Bischofferode stritten verschiedenste Akteure um die Legitimität politischen Handelns und die Form demokratischer Teilhabe in einer von tiefer Ungewissheit geprägten historischen Situation. Anhand des Hungerstreiks wird dabei auch deutlich, wie sich ostdeutsche Protestformen und damit verknüpfte Ordnungsvorstellungen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre im Möglichkeits- und Handlungsraum der europäisch und global vernetzten bundesdeutschen Demokratie veränderten und wie dieser deren politisches Koordinatensystem nachhaltig mitprägte. Kurzum: Es geht in diesem Buch auch um eine Integration der ostdeutschen Arbeitskämpfe in eine »lange« Geschichte der Demokratie als Erfahrungsraum und Aushandlungsprozess.

Das Kapitel »Strukturwandel« beschäftigt sich mit der wirtschaftlichen Transformation »von oben«, die auch in den Erzählmustern der Betroffenen den zentralen Bezugspunkt darstellt. Im Zentrum stehen hierbei die Erfahrungen, Erwartungen und Handlungsspielräume der politischen und Marktakteure, die über die Zukunft der ostdeutschen Kaliindustrie und das Schicksal von rund 30.000 Beschäftigten entscheiden mussten, von denen 2.000 (zum Zeitpunkt des Hungerstreiks noch 700) in Bischofferode arbeiteten. Eine besondere Rolle spielte dabei die noch im März 1990 von der ostdeutschen Übergangsregierung unter Hans Modrow (SED/PDS) installierte Treuhand, die ab Juni für die Privatisierung, Sanierung und Stilllegung der ostdeutschen Betriebe verantwortlich war. Diese Aufgabe stellte eine permanente Gratwanderung dar, denn die Sonderbehörde griff bei der Umsetzung ihres Auftrags zugleich in einen bestehenden Markt ein, in den die ostdeutschen Betriebe integriert werden sollten. Die Treuhand musste somit stets zwischen politischen und wirtschaftlichen Rationalitäten vermitteln und geriet dabei zunehmend in die Kritik, eine systematische westdeutsche Übernahme-Politik zu betreiben. Bevor die Treuhand aber in die Zukunftsdebatten um die (ostdeutsche) Kaliindustrie eingriff, hatten bereits andere west- und ostdeutsche Akteure Fakten geschaffen. So knüpften betriebliche und politische Akteure schon früh an ältere deutsch-deutsche und internationale wirtschafts- wie umweltpolitische Verflechtungen vor 1989 an. Dabei befand sich auch der westdeutsche Kalibergbau in einem bereits Jahrzehnte andauernden Transformationsprozess, der durch die ostdeutsche Transformation noch beschleunigt wurde. Als einer der letzten Überreste der Kartellwirtschaft in Deutschland, dem einst

»höchstkartellisierten Land« Europas,<sup>46</sup> stand die westdeutsche Kaliindustrie seit 1945 weniger für das »Wirtschaftswunder«, sondern vielmehr unter einem permanenten Wettbewerbs- und Liberalisierungsdruck, der sich mit dem Bedeutungsgewinn der Europäischen Gemeinschaft/Union seit den 1980er Jahren und dem Ende des Ost-West-Konflikts noch verschärfte. Die Treuhand hatte es deshalb mit einer doppelten deutsch-deutschen und europäischen Transformation zu tun, als sie ab 1991 zunehmend in das Geschehen eingriff.

Das Kapitel »Heimat(en)« ordnet den Hungerstreik und seine Vorgeschichte in die lange Transformationsgeschichte des Eichsfelds ein und lotet vor diesem Hintergrund die regionalen Implikationen des Kalibergbaus aus. Damit ist auch die Frage nach dem Erbe der DDR berührt, deren Eliten das Eichsfeld schon früh als Problem- und Interventionsgebiet einstufte. Für die SED verband sich der Anschluss des agrarisch-rückständigen Eichsfelds an die sozialistische Industriemoderne immer mit zwei Zielen: Die grassierende Armut in der Region sollte bekämpft und die Macht der bäuerlichen und klerikalen Eliten gebrochen werden. Stattdessen sollte das Industrieproletariat die regionale Machtstellung einnehmen und der SED einen allumfassenden Einfluss vor Ort verschaffen, der umso wichtiger war, da sich mitten durch das Eichsfeld die innerdeutsche Grenze zog, was für die Staatspartei ein erhöhtes Sicherheitsrisiko darstellte. Der Kaliindustrie kam dabei eine Schlüsselrolle zu, zumal sich der Bergmann gut als symbolisches Bindeglied zwischen Region und sozialistischer Moderne vereinnahmen ließ.<sup>47</sup> Jedoch knüpfte die SED dabei keineswegs nur an sowjetische Leitbilder, sondern auch an bürgerlich-sozialreformerische Debatten der Jahrhundertwende an. Damit ordnen sich die Initiativen der SED auch in die lange Geschichte der organisierten Moderne seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis etwa 1970 ein. Diese zeichnete sich durch eine Zunahme von Partizipationschancen und Zukunftsoptionen bei gleichzeitiger Standardisierung und Konventionalisierung in nahezu allen Lebensbereichen durch den Bedeutungszuwachs des Nationalstaates aus. Faschismus und Kommunismus erscheinen dabei als zwei Varianten der organisierten Moderne.<sup>48</sup> In Bischofferode gelang die von vielen ersehnte Modernisierung erst mit dem Aufbau der sozialistischen Diktatur nach

---

46 Berghahn, Montanunion und Wettbewerb, S. 249 f.

47 Penter (Hrsg.), Sowjetische Bergleute und Industriearbeiter.

48 Wagner, Soziologie der Moderne.

1945, ohne dass sich die Bergbaumoderne jedoch unwidersprochen in die Region einschrieb. Vielmehr spalten die radikalen Transformationen nach 1945 und 1990 die Region bis heute.

Das Kapitel »Demokratisierung« verlagert den Fokus auf die Thüringer Landesregierung als Akteurin zwischen der Bundespolitik, der Treuhand und den Betroffenen und fragt, wie diese mit dem Protest umging und den Wandel vor Ort moderierte. Dabei werden die politischen Praktiken der Landesregierung in den Kontext eigener postsozialistischer Transformationsprozesse gesetzt. In der Geschichtswissenschaft ist der Prozess der Demokratisierung im Anschluss an die sozialwissenschaftliche Forschung der 1990er Jahre bislang auf die kurze Phase von der friedlichen Revolution im Herbst 1989, der Bildung von Bürgerbewegungen, neuen bzw. reformierten Parteien und Runden Tischen, der Volkskammerwahl am 18. März 1990 und schließlich der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 beschränkt worden.<sup>49</sup> Erst seit kurzem geraten die Veränderungen der bundesdeutschen Demokratie seit dem 3. Oktober in den Blick,<sup>50</sup> wobei die Bundesländer noch immer wenig Aufmerksamkeit erhalten. In dieser Studie werden erstmals Praktiken der Demokratisierung des Landes Thüringen im Spannungsfeld von ostdeutschen Kontinuitäten, westdeutschen Erwartungen und der politischen Bewältigung der Transformation behandelt. Demokratisierung wird dabei nicht nur als Prozess des Institutionenaufbaus und Elitenwechsels verstanden, sondern im Sinne der mikro-qualitativen Transformationsforschung auch als Prozess der Sinnproduktion, d.h. als sozialer und kommunikativer Prozess, der die politischen Eliten und die von ihnen Repräsentierten miteinander verbindet. Untersucht wird vor diesem Hintergrund auch das Verhältnis der Thüringer Landesregierung zu nationalen Akteuren wie der Bundesregierung, den Gewerkschaften und zur Treuhand, die mit ihrer Politik stets auch massiv in die Handlungsfähigkeit der »neuen« Länder eingriff. Die ostdeutschen Landesregierungen waren deshalb über zahlreiche Gremien mit der Treuhand verbunden.<sup>51</sup> Zugleich verfügten sie kaum über hinreichend eigene Ressourcen zur Gestaltung des wirtschaftlichen Wandels vor Ort. Überlagert wurden die damit verbundenen Gratwanderungen zwischen Selbstbehauptung und Pragmatismus

---

49 Z. B. Jäger, Die Überwindung der Teilung.

50 Großbötling, Wiedervereinigungsgesellschaft, S. 316–340; Holzhauser, Die »Nachfolgepartei«.

51 Baumheier, Regionale Strukturpolitik in den neuen Bundesländern; Czada, Die Treuhandanstalt im politischen System der Bundesrepublik; Nägele, Strukturpolitik wider Willen?.

immer wieder durch sich fortsetzende inner-ostdeutsche Konflikte aus der Zeit des Umbruchs 1989/90. In Erfurt, wie auch in anderen ostdeutschen Landesparlamenten, trafen ehemalige Bürgerrechtler\*innen erneut auf die im Wandel befindliche SED-Nachfolgepartei PDS und frühere »Blockparteien« (vor allem CDU und LDPD), die sich parallel in ihre westdeutschen »Schwester«-Organisationen integrierten. 16 Prozent der Thüringer Abgeordneten der ersten Legislaturperiode hatten sogar der letzten, erstmals frei gewählten DDR-Volkskammer angehört.<sup>52</sup> Häufig prägten alte Grabenkämpfe der Jahre 1989/90 das Verhältnis der Abgeordneten untereinander und zu den Kabinettsmitgliedern. Zugleich konkurrierten sie um die »richtige« Form der Solidarität mit den seit August 1990 im Dauerarbeitskampf befindlichen Kalibelegschaften Nordthüringens. Unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit inszenierten sich die Abgeordneten dabei immer wieder in der Tradition des sozialistischen Abgeordneten, der nur seinem Arbeitskollektiv im Wahlkreis verpflichtet war.<sup>53</sup> Dieses Selbstverständnis geriet mit der Zeit jedoch nicht nur in Spannung zu politischen Erwartungshaltungen von außen, sondern – je nach parteipolitischen Kontext – auch zur Aneignung<sup>54</sup> westdeutscher Rollenbilder vom Berufsparlamentarier und -politiker, aber ebenso zu lokalen Identitäten im Eichsfeld.

Das Kapitel »Ausnahmезustand« beleuchtet schließlich die Dynamik des am 1. Juli 1993 beginnenden und mit Unterbrechungen bis Silvester andauernden Hungerstreiks. Der Hungerstreik im engeren Sinne war dabei nur ein Teil des in Bischofferode bereits im Dezember 1992 beginnenden Arbeitskampfes, dem zahlreiche Proteste ostdeutscher Kalibelegschaften an anderen Standorten vorangegangen waren. Es wird nachgezeichnet, wie die zuvor untersuchten Handlungsstränge im Brennglas des Hungerstreiks zusammenliefen, sich gegenseitig aufluden und sich dabei mit weiteren Handlungssträngen der deutschen Transformationsgesellschaft verban-

---

52 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, Drucksache 1/1, Namentliches Verzeichnis, 24.10.1990, URL: [http://parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/4289/namentliches\\_verzeichnis\\_der\\_abgeordneten\\_des\\_thueringer\\_landtags\\_stand\\_24\\_oktober\\_1990.pdf](http://parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/4289/namentliches_verzeichnis_der_abgeordneten_des_thueringer_landtags_stand_24_oktober_1990.pdf) (abgerufen am 21.6.2021). Vgl. dazu Verwaltung der Volkskammer der DDR (Hrsg.), Die Abgeordneten der Volkskammer nach den Wahlen vom 18. März 1990.

53 Tüffers, Die 10. Volkskammer der DDR, S. 320.

54 Im Gegensatz zur älteren politikwissenschaftlichen Forschung, die von einer notwendigen Assimilierung ostdeutscher Politiker\*innen gesprochen hat, verweist der hier verwendete Begriff der Aneignung auf die prinzipielle Offenheit des Integrationsprozesses und die Handlungsmacht ostdeutscher Politiker\*innen.

den. So betraten nun auch Personen die politische Bühne, die in heutigen Rekursen auf den Hungerstreik weitgehend vergessen sind – auch weil sie oftmals nach nur wenigen Wochen wieder von der medialen Bildfläche verschwanden. Vor allem Unterstützer\*innen aus den Reihen der außerparlamentarischen Linken prägten die Protestdynamik nachhaltig. Sie trugen wesentlich dazu bei, dass mit dem Hungerstreik eine Protestform der radikalen Linken<sup>55</sup> ins Eichsfeld einsickern konnte. Trotz dieses erfolgreichen West-Ost-Transfers spaltete die Beteiligung linker Protestgruppen nicht nur die deutsche Medienöffentlichkeit, sondern auch den Betriebsrat und die Gewerkschaften, an deren Basis sich der Hungerstreik gleichermaßen zu einem eruptiven Widerstandspotential entwickelte, das wiederum der PDS neue Mitglieder zuführte und die Transformation der Partei nachhaltig prägte. Zudem wird das Protestmanagement von Treuhand, Bundesregierung und Unternehmensvorständen beleuchtet, das keineswegs einem westdeutschen Drehbuch folgte, sondern häufig spontanen Reaktionen entsprang und zugleich Konfliktlinien zwischen den westdeutschen Akteuren offenlegte. Überdies wird die Rolle der europäischen Kommission betrachtet, die in diesem höchst konfliktiven Feld eigene Interessen im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes durchsetzen wollte.

Das Kapitel »Ostdeutsche Realität« widmet sich schließlich der Nachgeschichte des Streiks in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Untersucht wird, wie die Protestakteure und ihre Diskurse noch über viele Jahre Einfluss auf die Landespolitik und den Aufbau der Bürokratie nahmen. Die Herstellung von »Normalität« nach dem Ausnahmezustand des Hungerstreiks wird dabei nicht als eindimensionaler Prozess der Entindustrialisierung durch den Westen, sondern als widersprüchlicher und konfliktreicher Aushandlungsprozess zwischen lokalen, regionalen und nationalen Akteuren analysiert. Dabei wird auch deutlich, dass die Auswechslung ostdeutscher durch westdeutsche Minister in Thüringen nach dem Hungerstreik bzw. nach der Landtagswahl 1994 nicht mit einer westdeutschen »Übernahme« einherging, sondern die Landespolitik weiterhin eng mit den Akteuren vor Ort verflochten blieb. Der Ton und die Diskursregeln wandelten sich jedoch. Zugleich zeigten sich besonders in der Arbeitsmarktpolitik die Grenzen des westdeutschen Sozialstaats, der zunehmend auch von unten unter Reformdruck geriet, woran Gerhard Schröder (SPD) seit der Übernahme der Kanzlerschaft 1998 anknüpfen konnte. Grenzen, aber auch Chancen für de-

---

55 Hierzu Schulz, Unbeugsam hinter Gittern; Buschmann, Hungerstreik; Streng, »Hungerstreik«.

mokratische Teilhabe in diesen Prozessen zeigten sich überdies für Frauen, die ganz besonders von Arbeitslosigkeit betroffen waren, sich aber auch im katholischen Eichsfeld nicht einfach nur ins Private zurückzogen, sondern auch aktiv frauenspezifische Anliegen formulierten, auch wenn die politischen Umstände dafür alles andere als günstig waren. Das abschließende Kapitel »Bischofferode ist überall?« führt die Ergebnisse der Studie noch einmal zusammen, beleuchtet die erinnerungskulturelle Nachgeschichte des Hungerstreiks und fragt schließlich nach Potenzialen der historischen Analyse für eine demokratische Erinnerungskultur.

Die Studie beruht weitgehend auf neu zugänglichen und bislang wenig genutzten Archivquellen aus dem Bundesarchiv (Berlin-Lichterfelde und Koblenz), dem Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags, dem Thüringer Hauptstaatsarchiv, dem Archiv des Thüringer Landtags, dem Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft, dem Unternehmensarchiv von BASF<sup>56</sup>, dem Archiv der sozialen Demokratie und dem Archiv für soziale Bewegungen. Darunter fällt auch das lange Zeit für die Forschung unzugängliche Diensttagebuch des damals für den Kalibergbau zuständigen Treuhand-Direktors Klaus Schucht, das seltene Einblicke sowohl in dessen Denkweise als auch in das Funktionieren der »Blackbox« Treuhand gewährt. Hinzu kommen umfangreiche Pressedokumentationen, die dankenswerterweise in den Räumen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) – der Nachfolgeorganisation der Treuhand – eingesehen werden konnten, sowie bislang wenig beachtete Publikationen (»graue Literatur«) und online als Audiodateien zugängliche Radiobeiträge des linksalternativen Piratensenders »Dreieckland« mit Sitz in Freiburg (Breisgau), in denen auch die Protestakteure selbst ausgiebig zu Wort kommen. Zudem wurde auf weitere Online-Ressourcen zurückgegriffen, so auf Protokolle des Thüringer Landtags und des Deutschen Bundestags. Ergänzend wurde ein Interview mit dem damaligen Bürgermeister von Bischofferode, Eugen Nolte (1990–1999), geführt. Dadurch konnte auch das Fehlen kommunaler Archivquellen ein Stück weit kompensiert werden.

---

56 Dort waren zum Zeitpunkt der Recherche jedoch nur die Akten für das Jahr 1990 zugänglich, in dem die ostdeutsche Kaliindustrie für BASF noch kein nennenswertes Thema war.

# Strukturwandel: Kaliwirtschaft zwischen Kontinuität und Wandel

## Krise des Kartells: Kalipolitik in der Bundesrepublik

Am 25. und 26. April 1992 fand in Rostock eine von vielen (kritischen) Konferenzen zur Politik der Treuhand statt. Eingeladen hatte Eberhard Wagner, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Deutschen Seereederei Rostock und Mitglied des Bundessprecherrats von Bündnis 90/Die Grünen. Während der Tagung kamen aber nicht nur die Probleme der Werftenindustrie zur Sprache, auch die Zukunft der ostdeutschen Kaliwirtschaft sorgte für erhitzte Debatten. Jedoch stritten dabei nicht ost- und westdeutsche Akteure um die Rolle der Treuhand, sondern ein Schweizer Ökonom und ein westdeutscher Verbandsfunktionär. Ersterer, Peter Arnold, kritisierte die Treuhand dafür, dass die Behörde das westeuropäische Kalikartell »ungebremst« die DDR-Kaliindustrie »zerschlagen« lasse; letzterer, der Vizepräsident des Bundes Deutscher Industrieller (BDI) Tyll Necker, verteidigte dagegen den Treuhand-Kurs der schnellen Privatisierung, stimmte Arnold in seiner Kartell-Kritik aber zu: »Bei Kali gibt es keine Marktwirtschaft – Ende der Durchsage.«<sup>1</sup> Die Debatte zeigt, dass es bei der Privatisierung der ostdeutschen Kaliindustrie um weit mehr ging als um die Privatisierung eines von vielen Unternehmen. Es ging um die Zukunft einer ganzen Branche, deren Strukturen und Erzählmuster noch tief im 19. Jahrhundert verankert waren.

Die lange Geschichte der Kartellwirtschaft in der Kaliindustrie führt bis in die frühen 1860er Jahre zurück, als der preußische Staat erstmals erfolgreich ein Kalisalzlager bei Staßfurt erschlossen hatte und damit nun die Möglichkeit gegeben war, Düngemittel in großem Umfang zu produzie-

---

<sup>1</sup> Meinungsbildung zur Treuhandpolitik. Eine Arbeitskonferenz des Bündnis 90 in Rostock über »Sanierung oder Privatisierung« (25./26. April 1992), RHG, PA M. Jander, MJ47, unfol.

ren, um die stetig wachsende Bevölkerung (nicht nur im eigenen Land) zu ernähren. Dem folgte ein wahres Gründerfieber, das jedoch bald in einen erbitterten und ruinösen Konkurrenzkampf zwischen staatlichen und privaten Bergbauunternehmern mündete. Allein zwischen 1910 und 1918 wuchs die Zahl der fördernden Kaliwerke im Deutschen Reich von 68 auf 198.<sup>2</sup> Analog zum Kohlebergbau hatten sich bereits Mitte der 1870er Jahre deshalb zwei preußische Kaliunternehmen zu einem Syndikat zusammengeschlossen, das – nach der Reichsgründung 1871 auch vom nationalen Gesetzgeber unterstützt – gegen den Wildwuchs von Kalibergwerken vorging: mit zunächst eher mäßigem Erfolg. Dennoch bot das Syndikat seinen Mitgliedern stabile Verkaufspreise auch in Krisenzeiten, da es den Wettbewerb auf bestimmte Bereiche (z.B. Rationalisierung) begrenzte und den Binnenabsatz sowie den Export von Kaliprodukten kontrollierte. Außenseiter wurden entweder in das Syndikat integriert oder durch Preisregulierungen vom Markt gedrängt. Wirtschaftlicher Profit traf dabei auf den Zeitgeist des imperialen Nationalismus.<sup>3</sup> So präsentierte sich das Kalisyndikat immer wieder als Akteur des *nation building*. Auf dem X. Allgemeinen Bergmannstag 1907 in Eisenach etwa animierte dessen Vorsitzender Emil Paxmann die Anwesenden wortgewaltig dazu, die »nationalen Wirtschaftsziele« zu erfüllen, denn dies sei ein »Feld, wie geschaffen zur Betätigung echt vaterländischen Geistes auf dem Kampfplatz der Arbeit«,<sup>4</sup> womit er nur leidlich die oftmals schlechten Arbeitsbedingungen unter Tage sowie die inneren Konflikte zwischen den Mitgliedern des Syndikats überspielen konnte.

Nach dem Ersten Weltkrieg aber waren die internen Konflikte weitgehend vergessen, vielmehr erwies sich das Kalisyndikat nun als Stabilitätsanker in dauerhaft unsicheren Zeiten. Zudem eignete es sich als Vehikel, um nach der als »Schmach von Versailles« auf der Weimarer Demokratie lastenden Kriegsniederlage in den Kreis der europäischen Großmächte zurückzukehren. Damit wuchs die Bedeutung des Kalisyndikats, das 1925 um internationale Kartellstrukturen mit Frankreich erweitert wurde. Obwohl das nationale Kartell staatlich beherrscht war, griff der Staat selbst kaum in unternehmerische Entscheidungen ein. Dadurch ließen sich auch außenpolitische Spannungen aus dem deutsch-französischen Kartell ausklammern,

---

2 Hartung, Kali im Südharz-Unstrut-Revier.

3 Raphael, Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation.

4 Zit. nach Hohmann, Bunte Salze, weisse Berge, S. 36.

was die allmähliche Erweiterung des internationalen Kartells begünstigte.<sup>5</sup> Die Stabilität der Weimarer Demokratie stand damit aber nicht auf der Agenda des Syndikats. Vielmehr trug dieses zur Krise der ersten deutschen Demokratie und zum Aufstieg des Nationalsozialismus bei. So führte das Kartell seine Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse fort, sodass von 229 Schächten im Jahr 1925 auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1932 nur noch 38 übrig waren; die Zahl der Beschäftigten schrumpfte im selben Zeitraum von etwa 29.000 auf 11.800.<sup>6</sup> Zugleich näherte sich die Kaliindustrie zum Teil schon vor der Machtübernahme Adolf Hitlers 1933 den Nazis an.<sup>7</sup> Der Generaldirektor des Kalisyndikats August Diehn zählte schließlich unter anderem neben Fritz Thyssen und Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke) zu den größten politischen und materiellen Unterstützern der Nationalsozialisten, die hierfür auch in den neugegründeten, aber kurzlebigen Generalrat der deutschen Wirtschaft berufen wurden, was der Kaliindustrie wiederum hervorragende Absatzmöglichkeiten im Inland und eine Beteiligung an der Ausbeutung von Rohstoffen in den im Zweiten Weltkrieg besetzten osteuropäischen Gebieten ermöglichte.<sup>8</sup>

Mit einem Anteil von 53 Prozent an der Weltproduktion im Jahr 1944 hatten die im deutschen Kalisyndikat organisierten Produzenten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs eine globale Monopolstellung erlangt. Der heraufziehende Kalte Krieg und die Dekolonisierung verschoben dieses globale Koordinatensystem jedoch nachhaltig. Bereits seit den 1930er Jahren bauten die USA und die Sowjetunion eigene Kaliindustrien in Abgrenzung zum europäischen und deutschen Kartell auf; der nach dem Zweiten Weltkrieg neugegründete Staat Israel und das 1946 unabhängig gewordene Jordanien taten es ihnen gleich. Und schließlich löste die wachsende Rohstoffnachfrage infolge weiterer Dekolonisierungsprozesse seit den 1960er Jahren einen rasanten Anstieg der Weltmarktpreise<sup>9</sup> und damit eine weitere Gründungswelle aus, die bis in die 1980er Jahre anhielt (Kanada, Großbritannien, China, Chile, Brasilien). Die deutsche Kaliindustrie stand damit einer Vielzahl von überwiegend staatlich gestützten Produzenten gegenüber, mit denen sie

---

5 Domeratzky, *The International Cartel Movement*; Schröter, *Die internationale Kaliwirtschaft 1918 bis 1939*; ders., *Kartellierung und Dekartellierung 1890–1990*.

6 Hartung, *Kali im Südharz-Unstrut-Revier*, S. 29–31.

7 Ebd.; Emons, *Die Kaliindustrie*, S. 26 f.

8 Hartung, *Kali im Südharz-Unstrut-Revier*, S. 32 f.

9 Zur Preisentwicklung vgl. Östensson, *Internationaler Rohstoffhandel und seine Wirkung auf Entwicklungsländer*, S. 47.

um Absatzmärkte konkurrierte. Der Wettbewerbsdruck verschärfte sich zusätzlich, als der US-Dollar als Leitwährung mit dem Ende des Systems fester Wechselkurse 1974 an Stabilität verlor, der Umweltschutz an Bedeutung gewann und sich die Salzlager weltweit füllten.<sup>10</sup>

Der wachsende globale Wettbewerbsdruck nach 1945 stärkte jedoch zunächst die nationalen Kartellstrukturen, obgleich Kartelle nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus nun nicht mehr nur verpönt waren, sondern auch aktiv bekämpft wurden. Gleichwohl war auch der »Vater der sozialen Marktwirtschaft« Ludwig Erhard der Ansicht, dass »bestimmte Kartellformen« und staatliche Eingriffe der »menschlichen Psyche viel eher gerecht« würden und deshalb zur Stabilisierung der noch jungen Demokratie geboten seien, um Ordnung in das von »Unsicherheit und Unübersichtlichkeit« geprägte Marktgeschehen zu bringen.<sup>11</sup> Kartellwirtschaft und Demokratie schlossen damit durchaus an Argumentationsmuster der Weimarer Republik und des Kaiserreichs an, wodurch aber zugleich die Erblast des Nationalsozialismus verdrängt wurde. So verbot zwar das 1957 verabschiedete »Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen« Kartelle in Übereinstimmung mit europäischem Recht, ermöglichte aber zugleich Ausnahmen, was vor allem dem Einfluss des BDI zuzuschreiben ist, dessen Vorgänger, der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) als glühender Kartell-Lobbyist agiert hatte.<sup>12</sup> Das Bundeskartellamt erlaubte auf dieser Basis weiterhin Kartellverträge zwischen den nationalen Kaliproduzenten, sofern diese einen wirtschaftlich-rationalisierenden Effekt ihrer Absprachen nachweisen konnten, ohne dass die Behörde effektiv gegen illegale Kartellabsprachen vorging. So schlossen sich die zuvor im Syndikat versammelten Produzenten Ende der 1950er Jahre zur Gemeinschaft Deutscher Kali-Erzeuger (GDK) zusammen. Ihre Erzeugnisse setzten sie durch festgelegte Lieferkontingente ausschließlich über die parallel gegründete Verkaufsgemeinschaft deutscher Kaliwerke GmbH (VDK) ab, in deren Rahmen auch die Produktionspalette der beteiligten Unternehmen geregelt wurde. Die Bundesbahn gewährte der Kali-

---

10 Düe, Kaliwirtschaft und Kalipolitik, S. 109. Zur Entwicklung der westdeutschen Kaliwirtschaft grundlegend Kokorsch, Die Kaliindustrie in Hessen 1945 bis 1989.

11 Löffler, Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis, S. 50 f.

12 Bähr/Kopper, Industrie, Politik, Gesellschaft, S. 203–208. Zur Kartell-Lobbyarbeit des RDI vgl. ebd., S. 85 f.

wirtschaft zudem Ausnahmetarife, und das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) zeigte sich für Preiserhöhungen aufgeschlossen.<sup>13</sup>

Der globale Wettbewerbsdruck zwang die deutsche Kaliindustrie erst zu umfangreichen Rationalisierungen, als das Bundeskartellamt seit den 1960er Jahren, gestützt auf eine zunehmend kritische Öffentlichkeit, verstärkt gegen Kartelle vorging.<sup>14</sup> Als Vorbild dienten dabei nun die scharfen Antitrust-Gesetze der USA, die Kartelle als unvereinbar mit einer demokratisch-liberalen Ordnung erklärten.<sup>15</sup> Dieser Haltung schloss sich auch die EWG an, die den Kampf gegen Kartelle zugleich mit der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes (der Vorläufer des europäischen Binnenmarkts) verband. Dabei musste sie angesichts divergierender nationaler Rechtssysteme freilich Kompromisse eingehen.<sup>16</sup> So sah am Ende auch das EWG-Recht Ausnahmen vom grundsätzlichen Kartellverbot vor, wenn Absprachen »unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts beitragen«, ohne dass dadurch der Wettbewerb verzerrt bzw. die Unternehmen in ihrer Handlungsfreiheit beschränkt wurden.<sup>17</sup> Jedoch erhöhte sich mit der Zeit der Begründungsaufwand für Kartellanträge, was es wiederum dem Ludwigshafener Chemieriesen BASF erleichterte, die deutschen Kaliunternehmen, an denen der Konzern zum Teil ohnehin schon mehrheitlich beteiligt war,<sup>18</sup> Ende der 1960er Jahre ganz zu übernehmen<sup>19</sup> und deren Kalisparten 1971 im neugegründeten Tochterunternehmen Kali und Salz AG mit Sitz in Kassel (ehemals Wintershall AG) zu bündeln.<sup>20</sup> Der VDK wurde

---

13 Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1959 sowie über Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet (= Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, Drucksache 1795), URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/03/017/0301795.pdf> (abgerufen am 8.8.2022); Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1960 sowie über Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet (= Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, Drucksache 2734), URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/03/027/0302734.pdf> (abgerufen am 8.8.2022).

14 Teupe, *Verhandelte Grenzüberschreitungen*, S. 107–115.

15 Schröter, *Kartellierung und Dekartellierung 1890–1990*, S. 484 f. Zum Diskurs in den USA vgl. Wells, *Antitrust and the Formation of the Postwar World*, S. 138.

16 Patel/Röhl, *Transformation durch Recht*, S. 80 f.

17 Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vom 25. März 1957, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Europa – Verträge und Gesetze*, S. 115.

18 *Wirtschaft und Wettbewerb* 18 (1968), S. 403.

19 Abelshäuser, *BASF since its Refounding in 1952*.

20 Bereits am 1. Juli 1970 wurde die Kali und Salz GmbH als Zusammenschluss der Kaliproduktionen der Wintershall AG, der Salzdetfurth AG sowie der Burbach-Werke AG gegründet. Am 5. März

ebenfalls aufgelöst bzw. als Ressort in die neue AG eingegliedert. Was nach außen hin wie ein strategischer Coup eines bereits seit Jahrzehnten nach Rohstoffunabhängigkeit strebenden Großkonzerns aussah<sup>21</sup> und auch vom BMWi als positiver Beitrag zum Wettbewerbskampf gelobt wurde,<sup>22</sup> war de facto ein notwendiger Schritt, um die hohen Kosten der Kaliproduktion zu reduzieren. So ermöglichte erst die Gründung von K&S eine umfangreiche Verkleinerung von Kapazitäten. Aus anfänglich 18 Kaliwerken (1955) wurden bis 1990 acht, die Zahl der Beschäftigten sank um fast ein Drittel, von 21.000 (1955) auf 7.600.<sup>23</sup>

Der Arbeitsplatzabbau verlief dabei jedoch weitgehend in den friedlichen Bahnen der westdeutschen Sozialpartnerschaft, die bereits in den Mutterunternehmen der K&S einen wichtigen Pfeiler der Unternehmenskultur dargestellt hatte. Entsprechend zahlreich waren die Personalkontinuitäten im neuen Gesamtbetriebsrat, dessen Einfluss auf unternehmenspolitische Entscheidungen ungebrochen blieb. Zeitweise Absatzeinbrüche wurden durch tarifvertragliche Hebel (Urlaub, Arbeitszeitverkürzung) oder temporäre Kurzarbeit abgefangen, Entlassungen durch großzügige Sozialpläne abgefedert, Ersatzarbeitsplätze in anderen Werken des Unternehmens angeboten und Stellen durch vorzeitige Pensionierung frei bzw. nach dem Ausscheiden der Inhaber nicht wiederbesetzt.<sup>24</sup> Eine kulturell wichtige Rolle für den konfliktarmen Arbeitsplatzabbau spielte auch die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeitslosigkeit in der Werkszeitung *K+S*, in der immer wieder auf die Gefahren der Überbeschäftigung und die Vorzüge von Arbeitszeitverkürzung verwiesen, aber zugleich auch den Sorgen und Nöten der Kumpel Raum gegeben wurde. Dabei wurde auch der Gesamtbetriebsrat nicht müde, die engen und guten Beziehungen zur Unternehmensleitung zu betonen, wodurch »Entscheidungen mit der notwendigen Sachkenntnis getroffen werden konnten«. <sup>25</sup> Häufiger Gast bei

---

1971 wurde das Unternehmen in die Kali und Salz AG umgewandelt, die zunächst eine 71-prozentige Tochter der Wintershall AG blieb, die wiederum eine 100-prozentige Tochter der BASF darstellte. 1986 übernahm BASF dann die 71-prozentige Beteiligung der Wintershall AG an Kali und Salz. Vgl. die publizierten Geschäftsberichte der Kali und Salz AG Kassel.

21 Hierzu Thiel, Entscheidungen und Anpassungspraktiken.

22 BMWi, III A 3, Vermerk, Betr.: Eigentumsverhältnisse in der deutschen Kaliindustrie, 19.1.1970, BA-K, N 102, 183382, unfol.

23 K+S (Hrsg.), Wachstum erleben, S. 237.

24 Kali und Salz AG, Geschäftsberichte 1972–1990.

25 Betriebsrätekonferenz 1980. Unterm Strich viel Positives, in: K+S. Werkzeitschrift 1980, Heft 5, S. 10.

Betriebsversammlungen war seit 1984 der im Jahr darauf zum Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie (IG BE) gewählte Heinz-Werner Meyer, der 1992/93 die Kalifusion als Vorsitzender des DGB begleiten sollte. Bei K&S machte sich Meyer vor allem einen Namen als Vermittler zwischen Umweltpolitik und Arbeitswelt.<sup>26</sup> Wie kaum ein anderer Gewerkschafter verkörperte der zugleich als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von K&S fungierende Meyer die enge Verzahnung von Arbeit und Kapital im Bergbau. Alle Akteure teilten dabei die Wahrnehmung einer sich zuspitzenden globalen Kalikrise, die (behutsame) Kapazitätsverringerungen alternativlos mache.

Dass das Fortbestehen von Kartellstrukturen eine ebenso wichtige Bedingung für den behutsamen Arbeitsplatzabbau darstellte, war indes kaum noch offen kommunizierbar. Im Gegenteil: Schon die Gründung der K&S AG provozierte öffentliche Gerüchte über undurchsichtige Machtstrukturen, gegen die sich das Unternehmen durch intensive Arbeit am eigenen Mythos wehrte. Dabei verwies das Management auf die alleinige Entscheidung der Mutterunternehmen Wintershall und Salzdettfurth, die Kaliproduktion zu konzentrieren, womit sich K&S in die 70-jährige Tradition und Fortschrittsgeschichte des (west)deutschen Kaliberbaus einschrieb.<sup>27</sup> In der Öffentlichkeit zunehmend negativ konnotierte Traditionslinien blendete die offizielle Darstellung dagegen aus, auch weil die EWG (seit 1965 EG), die seit 1962 ein eigenes Kartellregister unterhielt, schon Ende 1970 gegen Absprachen des Unternehmens mit der zur belgischen Solvay-Gruppe und bis 1970 zur VDK gehörenden Kali Chemie AG vorging. Dass sich beide Unternehmen auf die Fortsetzung ihrer bisherigen Beziehungen verständigt hatten, wobei der Vertrieb nun über K&S lief, quittierte die EG-Kommission kurzerhand mit einem Verbot, das der Europäische Gerichtshof (EuGH) aber 1975 wieder kippte. Ebenso wenig verhindern konnte die EG letztlich auch internationale Kartellstrukturen, etwa die Verflechtung von K&S mit dem französischen Unternehmen *Enterprise Minière et Chimique* (EMC) über dessen Vertriebsunternehmen *Société Commerciale des Patasses et de*

---

26 K+S Betriebsräte-Versammlung 1984. Viele Themen auf der positiven Seite, in: K+S. Werkzeitschrift 1984, Heft 5, S. 10; BASF-Konzernbetriebsrat tagte in Hohenroda. Je besser die Informationen – umso besser kann jeder mitdenken, in: K+S. Werkzeitschrift 1986, Heft 5, S. 6; Heinz-Werner Meyer informierte sich in Philippsthal. IGBE-Chef besuchte Hattorf, in: K+S. Werkzeitschrift 1988, Heft 1, S. 19; K+S Betriebsräte-Versammlung 1988. Situation noch lange nicht befriedigend, in: K+S. Werkzeitschrift 1988, Heft 5, S. 8 f.

27 Schicksalhafte Entscheidung, in: K+S. Werkzeitschrift der Kali und Salz GmbH 1970, Heft 1, S. 4 f.

l'Azote (SCPA)<sup>28</sup> sowie die Gründung des europäischen Exportkartells Kali-Export GmbH mit Sitz in Wien in den 1970er Jahren. So demonstrierte die EG nach außen unfreiwillig, wie begrenzt der europäische Handlungsspielraum im Kampf gegen Kartelle noch immer war. Das sollte sich 1989 ändern. Im selben Jahr kündigte der Vorstand von K&S zudem ein umfassendes Rationalisierungsprojekt mit dem sperrigen Titel »Ergebnissteigerungs-Programm« (ESP) an, das intern auch unter dem beschönigenden Namen »Existenz-Sicherungs-Programm« firmierte. Dabei sollten zusammen mit einer Düsseldorfer Unternehmensberatung alle Bereiche des Unternehmens auf Rationalisierungspotentiale geprüft werden.<sup>29</sup> Bereits bis Ende 1992 waren auf der Basis des ESP fast 900 Mitarbeiter\*innen ausgeschieden, das Werk Salzdetfurth befand sich in Abwicklung.<sup>30</sup> Die Wiedervereinigung hatte den Druck auf K&S zwischenzeitlich weiter erhöht, denn BASF wollte das Ende des Ost-West-Konflikts zu umfassenden Umstrukturierungen im Konzern nutzen. Auf die interne »Streichliste« geriet dabei bald auch das Unternehmen K&S, dessen Umweltkosten infolge gesetzlicher Auflagen seit den 1970er Jahren stark gestiegen waren. Zwischen 1975 und 1989 hatte K&S, einem Gutachten vom Februar 1990 zufolge, durchschnittlich 25 Prozent der Gesamtinvestitionen für den Umweltschutz aufwenden müssen, was zu starken Wettbewerbsverzerrungen geführt habe. So wären »entsprechende Maßnahmen« von den »Hauptkonkurrenten« DDR, Sowjetunion, Frankreich, Kanada und Italien »bisher nicht oder nur teilweise verlangt bzw. durchgeführt« worden, während man selbst »in Zukunft mit weiter steigenden Anforderungen und Auflagen« rechnen müsse.<sup>31</sup> K&S drohte damit zu einem Fass ohne Boden für die BASF zu werden.

---

28 Entscheidung der Kommission vom 21. Dezember 1973 betreffend ein Verfahren nach Artikel 85 des EWG-Vertrages (IV/795 – Kali und Salz/Kali Chemie), 21.12.1973, HAEU, COM (73) 2204, 973/0405, unfol.; verschiedene Zeitungsberichte aus den Jahren 1970–1975 in: HAEU, BAC 154/1980, 862.

29 Das Ergebnissteigerungs-Programm ist die Grundlage. K+S schafft die Basis für eine sichere Zukunft, in: K+S. Werkzeitschrift 1990, Heft 4, S. 4 f.

30 Kali und Salz AG, Geschäftsbericht 1992, S. 13.

31 Kali und Salz AG, Axel Hollstein, K&S: Umweltschutz und Anlagensicherheit, Vortrag bei der BASF am 6. Februar 1990, BASF-Archiv, UA PB.B.1.5.2/190, unfol.

## Krise des Kombinati: Kalipolitik in der DDR

In den 1980er Jahren erreichte der Wettbewerbsdruck auch die vermeintlich abgeschirmte Kaliwirtschaft der Sowjetunion und der DDR, die beiden größten Kaliproduzenten im »Ostblock«. In der DDR waren 20 kaliproduzierende und verwandte Betriebe sowie ein für den Außenhandel zuständiger Betrieb (AHB) seit 1970 im VEB Kombinat Kali mit Sitz in Sondershausen zusammengefasst. Viele der Betriebe hatten bis 1946 zu den im Kalisyndikat versammelten Unternehmen gehört, bis sie von den Sowjets und der SED enteignet und für einige Jahre in sowjetisches Eigentum überführt wurden.

<b>Kali Südharz</b>	<b>Kali Werra</b>	<b>Kali Zielitz</b>	<b>Fluss- und Schwer-spat</b>	<b>Kali- und Steinsalz Saale</b>	<b>Bergwerkma-schinen</b>	<b>AHB</b>
Sondershausen Roßleben Sollstedt Bleicherde Volkenroda Bischofferode	Merkers Unterreizbach Dorndorf	Zielitz (seit 1973)	Lengendorf Ilmenau Schmalkalden Rottleberode	Staßfurt Bernburg Oberlim Teutschenthal	Dietlas Obergruna	Außenhandelsbetrieb KALI-BERGBAU

*VEB Kombinat Kali (1970–1990) – Struktur, Betriebsteile und Werke<sup>32</sup>*

Schon früh gehörte die ostdeutsche Kaliindustrie zu den weltweiten Spitzenproduzenten, bereits 1950 entfiel auf sie über ein Viertel der Weltproduktion. Mit der Globalisierung der Kaliförderung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sank dieser Anteil bei stetig steigender Bruttoproduktion – ähnlich wie in der Bundesrepublik, nur mit dem Unterschied, dass die Kapazitäten nicht in vergleichbarer Weise reduziert wurden.

<sup>32</sup> Zur Struktur mit weiterführenden Erläuterungen siehe Hartung, Kali im Südharz-Unstrut-Revier, S. 63.

<sup>33</sup> Zahlen aus: K+S (Hrsg.), Wachstum erleben; Kokorsch, Die Kaliindustrie in Hessen 1945 bis 1989, S. 122; Wöhler, Der deutsche Kalisalzbergbau und Halle (Saale), S. 66; Mineral Yearbook 1994, URL: <https://s3-us-west-2.amazonaws.com/prd-wret/assets/palladium/production/mineral-pubs/potash/560494.pdf> (abgerufen am 8.8.2022).

		1950	1990
<b>Bundesrepublik</b>	<b>Kaliproduktion</b>	0,92 Mio. t K <sub>2</sub> O	2,7 Mio. t K <sub>2</sub> O
	<b>Anteil Weltproduktion</b>	20%	8%
	<b>Werke</b>	19	8
	<b>Beschäftigte</b>	13.500	7.600
	<b>DDR</b>	<b>Kaliproduktion</b>	1,18 Mio. t K <sub>2</sub> O
	<b>Anteil Weltproduktion</b>	26%	10%
	<b>Werke</b>	14	11
	<b>Beschäftigte</b>	24.000	22.922

*Kapazitäten und Produktion der deutschen Kaliindustrie 1950 und 1990<sup>33</sup>*

In der Weltstatistik der Kaliproduktion verteidigte die DDR indes den dritten Platz hinter der Sowjetunion an der Spitze, gefolgt von Kanada, während die Bundesrepublik auf dem vierten Platz rangierte. An dieser Reihenfolge änderte sich bis 1989/90 nichts. Im Vergleich zur Bundesrepublik war die ostdeutsche Kaliindustrie zudem insgesamt exportorientierter. Stieg der Exportanteil von K&S erst in den 1980er Jahren auf 55 bis 60 Prozent, hatte die DDR diesen Wert bereits in den 1960er Jahren erreicht. Im Jahr 1984 machte der Exportanteil im Kalikombinat dagegen schon rund 82 Prozent aus. Davon wurden 41 Prozent innerhalb des RGW in Osteuropa gehandelt, 23 Prozent gingen nach Westeuropa, 21 Prozent nach Lateinamerika und 12 Prozent nach Asien; der Rest verteilte sich zu jeweils etwa gleichen Teilen auf Nordamerika und Afrika.<sup>34</sup>

Das Exportgut Kali erwies sich somit nicht nur als profitables Geschäft innerhalb des RGW,<sup>35</sup> sondern auch als attraktiver Devisenbringer. Hierzu trug auch das Wiener Kalikartell bei. Dieses sicherte zwar vorrangig den (west-)europäischen und israelischen Kaliproduzenten einen relativ stabilen Absatz zu respektablen Preisen, kam damit aber auch der Devisenwirtschaft der DDR zugute, denn die Preisfestsetzung in Ost-Berlin orientierte sich unmittelbar an den in Wien festgelegten Werten. Preiser-

<sup>34</sup> Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, HA Preise, Stellungnahme für den Staatssekretär, Gen. Dr. Fenske, zur Preiskonzeption des AHB Kali-Bergbau für die Länder CSSR, UVR und VRB für 1986, 10.10.1985, BA-B, DL 2, 13416, Teil 1, unfol.; Kokorsch, Die Kaliindustrie in Hessen 1945 bis 1989, S. 117.

<sup>35</sup> Karlsch, Energie- und Rohstoffpolitik, S. 298 f.

höhungen im Westen verbesserten immer auch die Verhandlungsposition der osteuropäischen Exporteure.<sup>36</sup> Seit 1982 waren die Sowjetunion und die DDR selbst in die Strukturen und Diskurse des Wiener Kartells durch halbjährliche Treffen mit Vertretern der westeuropäischen und der kanadischen Produzenten eingebunden. Dadurch schwappten seit Mitte der 1980er Jahre aber auch die westlichen Krisendiskurse von Überproduktion und Preisverfall in den Osten und gingen dort zunehmend in die politisch-ökonomische Planung ein.<sup>37</sup> Als die gemeinsamen Treffen 1986 abgebrochen wurden und zeitgleich der westdeutsche Kali-Exportpreis durch Veränderungen in den Erfassungsmodi des Statistischen Bundesamts kaum noch für Preiskalkulationen in Ost-Berlin taugte, verschärften sich auch die Krisenwahrnehmungen in der Staatlichen Plankommission der DDR.<sup>38</sup> Organisationsprobleme und Mängel beim Transport, die Verhängung von Zusatzzöllen (etwa in den USA) und das generell angespannte Verhältnis zu den westlichen Vertreterfirmen trugen zur Verunsicherung in den Planungsstäben der DDR bei und bedrohten deren Position besonders auf den wichtigen Überseemärkten.<sup>39</sup> Dazu kamen immer häufiger Qualitätsreklamationen auf den westeuropäischen Märkten, auf denen die Kunden zunehmend aus einem Überangebot auswählen konnten.<sup>40</sup>

Das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel registrierte erstmals 1987 einschneidende Veränderungen auf den Kalimärkten.

---

36 Vgl. z.B. Protokoll der Konferenz zwischen dem AHB Bergbau-Handel GmbH, Berlin, DDR, und der V/O Sojuspromexport, Moskau, UdSSR, zur Koordinierung des Handels von Kalidüngemitteln mit kapitalistischen Ländern – Konferenz vom 11.2.–19.2.1975, 20.2.21975, BA-B, DL 2, 20054, unfol.

37 AHB Kali-Bergbau, Generaldirektor, Information über die gegenwärtige Situation auf dem internationalen Kalimarkt und der Notwendigkeit einer Zusammenkunft der führenden Kaliproduzenten/-exporteure in der DDR, 4.6.1985, BA-B, DL 2, 14837, unfol.

38 Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Präzisierung der Stellungnahme zur DDR-Preiskonzeption des AHB Kali-Bergbau, 8.6.1984, BA-B, DL 2, 13416, Teil 1, unfol.; AHB Kali-Bergbau an das Ministerium für Außenhandel, HA Preise, Abt. RGW-Preise, RGW-Preiskorrektur 1986, 4.10.1985, ebd., unfol.

39 AHB Kali-Bergbau, HA KIL, Information für Minister Sölle, Staatssekretär Gen. Dr. Beil, Stellvertreter des Ministers Gen. Bastian, Stellvertreter des Ministers Dr. Fenske, Antidumpingverfahren USA-Kali, o.D. [1985], BA-B, DL 2, 14837, unfol.; AHB Kali-Bergbau, Generaldirektor, Information für den Stellvertreter des Ministers, Gen. Bastian, über Probleme bei der Kaliverschiffung Brasilien, 4.3.1987, ebd., unfol.; AHB Kali-Bergbau, Vertreteranalyse 1986, 27.4.1987, ebd., unfol.

40 Sekretariat der Regierungskommission zur einheitlichen Steuerung von Export und Import (RKEI), Auszug aus Hinweisen zu Qualitätsproblemen bei der Realisierung der Exportaufgaben in das NSW und nach Kuba, 5.9.1987, BA-B, DL 2, 14835, Teil 1, unfol.

So waren die in staatlichen Händen befindlichen Kaliproduzenten Kanadas dazu übergegangen, ihre Überkapazitäten zu Dumpingpreisen unterhalb der Produktions- und Frachtkosten in Westeuropa abzusetzen, auch weil die USA (ebenfalls unter dem Druck kanadischen Kalis auf ihren Inlandsmärkten) mit derselben Strategie aggressiv auf die Märkte in Lateinamerika drängten. Dem losbrechenden Kampf um Absatzmärkte für angehäuften Kali konnten die westeuropäischen Produzenten aber immer weniger mit Preisabsprachen, sondern nur noch mit Produktionsdrosselung begegnen. Dies aber hatte den Austritt Israels, Großbritanniens und Spaniens aus dem Wiener Kalikartell zur Folge. Es schrumpfte damit auf die beiden Großproduzenten Westdeutschland und Frankreich zusammen, die ihre Kapazitäten schließlich ebenfalls auf 60 bis 70 Prozent herunterfuhren. Die »kritische Situation auf den europäischen Kalimärkten« hatte auch für die Außenwirtschaft der DDR fatale Folgen:

»Zur Sicherung unserer Mengenzielstellung ist aus heutiger Sicht einzuschätzen, daß versucht werden muß den weiteren Preisverfall zu stoppen, die Dollarpreise zu halten und bei Vertragsabschlüssen in Länderwährungen ist mit weiteren Preisreduzierungen zu rechnen.«<sup>41</sup>

Einen Teil des Preisverfalls konnte man durch Erhöhung der Liefermengen abfangen.<sup>42</sup> So schlug sich die zunehmende Krisenstimmung in Ost-Berlin zwar durchaus in signifikanten Erlösrückgängen nieder, insgesamt aber änderte sich an der Handelsbilanz (im Gegensatz zur Devisenbilanz) bis zuletzt nur wenig.

Der Zustand der Betriebe aber geriet dabei zunehmend aus dem Blickfeld. Seit den 1960er Jahren war, mit Ausnahme des Neubaus in Zielitz und einigen Ausrüstungsimporten, kaum noch in die Modernisierung der Kaliindustrie investiert worden.<sup>43</sup> Der Zustand der Bergwerke, die Grubensicherheit, die Arbeitsbedingungen und die Produktionskosten blieben dem Erreichen der außenwirtschaftlichen Ziele stets nachgeordnet. Zwar wiesen seit Beginn der 1980er Jahre interne Gutachten darauf hin, dass man die bisherige Produktions- und Exportbilanz langfristig nur durch kräftige Investitionen in neue wissenschaftlich-technische Lösungen aufrechterhalten

---

41 Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Planpreisbegründung 1988, Position: Kalidüngemittel, o.D., ebd., unfol.

42 AHB Kali-Bergbau, Probleme aus der Analyse der ökonomischen Ergebnisse 1986 und der Planerfüllung 1987, o.D., ebd., unfol.

43 Karlsch, Energie- und Rohstoffpolitik, S. 341 f.

könne, zumal sich die abbaufähigen Vorräte des hochwertigen Hartsalzes allmählich erschöpften und man stattdessen zum Abbau und zur Aufbereitung minderwertiger Salze übergehen müsse, was neue Technologien erfordere.<sup>44</sup> Stattdessen aber wurde die Rolle des AHB gestärkt<sup>45</sup> und als Folge die Arbeitsnormen erhöht. Generaldirektion und Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) machten sich Ende März 1989 deshalb weniger Sorgen um die außenwirtschaftliche Bilanz des Unternehmens als um fehlende Nachwuchskräfte, die sich für die schwere und zum Teil lebensgefährliche Arbeit unter Tage kaum noch gewinnen ließen.<sup>46</sup> Dabei beförderte der sich verschärfende Kampf um Arbeitskräfte bereits Monate vor dem Mauerfall kombinatinterne Konflikte – sowohl zwischen der Kombinatleitung, der BGL und den Betriebsteilen als auch zwischen Beschäftigten des Unter- und Übertagebereichs, deren Lohndifferenzen größer wurden.<sup>47</sup>

Mit dem Fall der Mauer und der Auflösung des »Ostblocks« seit Herbst 1989 zerfielen auch die bereits zuvor konflikträchtiger gewordenen Beziehungen innerhalb des RGW<sup>48</sup> noch vor dessen offizieller Auflösung 1991. Vor allem die beiden großen Kaliproduzenten DDR und Sowjetunion entwickelten sich in den 1980er Jahren von sozialistischen Partnern zunehmend zu erbitterten Konkurrenten. Nicht nur in Jugoslawien, das seit 1964 assoziiertes Mitglied des RGW war, gewann die »qualitätsstabiler« und billiger liefernde Sowjetunion im Kalihandel bereits im November 1989 eine dominierende Position, während die DDR dort nur noch als »zweites Standbein« betrachtet wurde. Auch in der ČSSR, in der die DDR bisher rund ein Drittel ihrer RGW-Exporte abgesetzt hatte, verzeichnete die Sowjetunion nun deutliche Geländegewinne. Was bereits seit 1980 zu beobachten war, verschärfte sich mit der wirtschaftlichen Transformation, da die Landwirte in der Tschechoslowakei nun ihr geringes Privatvermögen zum Kauf von Düngemitteln ein-

---

44 Z. B. Ministerium für Wissenschaft und Technik/Zentralinstitut für Information und Dokumentation, Stand und Probleme der Leistungssteigerung in der Kaliindustrie, o.D. [1980], BA-B, DL 2, 6373, Bl. 236–243.

45 AHB Kali-Bergbau, Ergebnis 1981, o.D., BA-B, DL 2, 14835, Teil 2, unfol.

46 VEB Kali, DB Kader und Bildung, Generaldirektor Taubert, Vorlage für die Beratung des Kollektivs der BGL-Vorsitzenden am 25. und 26.4.1989, 31.3.1989, LATH-HStA, 6–94-3467, Nr. 2019, Bl. 92.

47 VEB Kombinat Kali, Kollektiv der BGL-Vorsitzenden, Ergebnisprotokoll der Beratung des Kollektivs der BGL-Vorsitzenden am 4.7.1989 im Kaliwerk »Glückauf« Sondershausen, 20.7.1989, ebd., Bl. 67–77; VEB Kombinat Kali, Kollektiv der BGL-Vorsitzenden, Stellungnahme des Kollektivs der BGL-Vorsitzenden des VEB Kombinats Kali zum Planentwurf 1990, 6.9.1989, ebd., Bl. 61–63.

48 Godard, Creative Tension.

setzen mussten und deshalb auf die billigeren Lieferungen aus der Sowjetunion zurückgriffen.<sup>49</sup> Aber nicht nur die Ostmärkte gingen dem Kalikombinat durch »unkontrollierte[s] Auftreten von sogenanntem Perestroikakali«<sup>50</sup> bereits weit vor der Währungsunion verloren. Die Sowjetunion trat neben K&S und den spanischen Produzenten auch auf den Überseemärkten zunehmend durch »aggressives Preisverhalten« in Erscheinung, wodurch der Marktanteil der DDR etwa in Brasilien von einem Tag auf den anderen von 28 auf 19 Prozent abrutschte.<sup>51</sup> Dass sich damit auch das Konkurrenzverhältnis zu K&S – anders als von Kombinatdirektor Heinrich Taubert anfangs noch erhofft – nach dem Mauerfall fortsetzte,<sup>52</sup> verwundert kaum. Die Sowjetunion erschien aus ostdeutscher Sicht aber zu diesem Zeitpunkt als der viel gefährlichere Konkurrent. So stellten die Preisabsprachen in Westeuropa, von denen man bereits zuvor – der antikapitalistischen Propaganda zum Trotz – profitiert hatte, nunmehr den letzten Hoffungsanker für das unter einen bislang ungekannten Konkurrenzdruck geratene Kalikombinat dar, wie Tauberts Nachfolger Hermann Bachmann im Jahresgeschäftsbericht für 1989 festhielt: Es sei »nur der sich eigenverantwortlich auferlegten Vernunft der Mehrzahl der Kaliproduzenten« zu verdanken, dass unter der Bilanz des Kombinats am Jahresende ein Plus von 13 Prozent im Vergleich zu 1988 stand. Dagegen hätten die »Spot-Verkäufe von sowjetischem Kali auf den verschiedenen Märkten in Europa und Südamerika« dazu geführt, dass das Ergebnis nicht besser ausfiel.<sup>53</sup>

Im Südharz-Kaliwerk Bischofferode, das seine Produkte exklusiv auf den Westmärkten absetzte, häuften sich die internen Probleme bereits seit den 1970er Jahren. Zwar wurde das Werk 1979 noch für die Veredlung seiner

---

49 HPA Beograd/BdGD Kali-Bergbau, an den Generaldirektor AHB Kali-Bergbau, Gen. Brenstein, »Berichterstattung über Marktanforderungen ausgewählter Erzeugnisse – Kalidüngemittel« – lt. Antrag vom SGD LB, Gen. Fürst vom 31. Jan. 89, 30.11.1989, Ba-B, DL 2, 14837, unfol.; AHB Kali-Bergbau, BdGD Prag, Berichterstattung der UABO über Marktanforderungen für das Erzeugnis Kalidüngemittel, 12.12.1989, ebd., unfol.

50 Ministerium der Finanzen und Preise, Staatliche Finanzrevision, Valutakontrollgruppe, Prüfungsbericht über die Eröffnungsbilanz der Firma »Kali-Bergbau-Handelsgesellschaft mbH«, 15.5.1990, DE 10, 262, unfol.

51 Berichterstattung der aeABO über Marktanforderungen zu ausgewählten Erzeugnissen, BA-B, DL 2, 14837, unfol.

52 Mitteilung Generaldirektor Kombinat Kali, Dr. ing. Taubert, an Genossen Tempel, Auslandsbeziehungen zu Betrieben und Einrichtungen der Kali & Salz AG, Kassel, 18.12.1989, LATH-HStA, 6-94-3467, Nr. 2697, unfol.

53 Jahresgeschäftsbericht des VEB Kombinats Kali, 20.2.1990, BA-B, DE 10, 262, unfol.

hochwertigen Produkte ausgezeichnet, »Rationalisierungsmittel« mussten aber auch hier bereits vermehrt in Eigenregie hergestellt werden. Zugleich wurde es seit Ende der 1970er Jahre immer dringender, in ein neues Verarbeitungsverfahren zu investieren, da – so die Prognose des 1. Parteisekretärs des »Thomas-Müntzer-Werks« im Jahr 1979 – ab 1986 kein selektiver Abbau reinen Salzes mehr möglich sei. Ohne die notwendige Investition, so die Mahnung aus Bischofferode, drohe gar ein »totaler Produktionsstopp«.<sup>54</sup>

Die Probleme in Bischofferode spiegeln den Alltag der Kaliindustrie in der späten DDR insgesamt wider. Die stetig steigenden Produktionspläne konnten bald nur noch durch eine spürbare Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erfüllt werden. Immer häufiger diskutierten Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre über diese Missstände. Im Frühjahr 1989 wurden auch die internen Berichte der Kombinatdirektion kritischer und sprachen die Diskrepanzen zwischen Planzielen und örtlichen Möglichkeiten zunehmend deutlicher an. Einen wichtigen Impuls von außen gab hierfür dabei weniger die sich unter dem Eindruck der sowjetischen Reformpolitik Michail Gorbatschows zunächst in den Bezirksstädten der DDR formierende Oppositionsbewegung,<sup>55</sup> sondern der sich im Kreis Bad Salzungen (Bezirk Suhl) am 13. März 1989 ereignende Gebirgsschlag (infolge einer Sprengung zur Herauslösung von Kalisalzen) im Kalibetrieb »Ernst Thälmann«. Dabei handelte es sich keineswegs um das erste Ereignis seiner Art im Werrarevier. Schon seit den 1960er Jahren war es hier immer wieder zu seismischen Bewegungen gekommen, die auch in der Bundesrepublik aufmerksam beobachtet wurden und dort sogar zur Verschärfung der Sicherheitsvorkehrungen geführt hatten.<sup>56</sup> 1989 aber waren die Schäden auf der ostdeutschen Seite um ein Vielfaches höher. Diese umfassten nun nicht mehr nur das Werk selbst, wo über 3.000 Abbaupfeiler auf einem Gebiet von rund sechs Kilometern einbrachen, sondern auch die umliegenden Kreise, wo zum Teil (wie in der Gemeinde Völkershausen) sämtliche Gebäude beschädigt und Versorgungseinrichtungen

---

54 BPO Kaliwerk Thomas Müntzer, Einschätzung über die Intensivierungskonferenz des Kaliwerkes »Thomas Müntzer« Bischofferode, 21.6.1977, LATH-HStA, 6–95-2115, Nr. IV D/4.13/209, Bl. 46–49; VEB Kalibetrieb »Südharz«, Werk »Thomas Müntzer«, 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Bericht, 12.7.1979, ebd., Bl. 165; SED BPO im Kalibetrieb »Südharz«, Werk »Thomas Müntzer« Bischofferode, Information über die am 26.6.1979 durchgeführte Effektivitätskonferenz im VEB Kaliwerk »Thomas Müntzer« Bischofferode, 27.7.1979, ebd., Bl. 188.

55 Weiß, Vom Herrschaftszentrum zum Revolutionsherd.

56 Erfahrungen des Kaliwerkes Hattorf beim Abbau größerer Carnallitmächtigkeiten des Flöztes Thüringen in 900 m Teufe, Stand: 6.4.1978, BA-K, B 102, 248682, unfol.

lahmgelegt wurden. Eine Handvoll Menschen wurde leicht, drei polnische Arbeiter, die Rekonstruktionsarbeiten am Kaliwerk verrichtet hatten, sogar schwer verletzt.<sup>57</sup>

Damit stiegen für die Kombinatdirektion aber auch die Chancen, bereits länger bekannte Probleme nach oben zu kommunizieren. Denn der Gebirgsschlag hatte auch die SED-Führung auf den Plan gerufen, was den Raum des Sagbaren erweiterte. In einer zunächst zur internen Beratung gedachten Vorlage vom 31. März 1989 legte Generaldirektor Taubert, der das Kombinat mit rund 30.000 Beschäftigten (von denen rund 20.000 im Kernbereich arbeiteten) seit dessen Gründung leitete, die Probleme seines Unternehmens schonungslos offen. So führte er den schon länger registrierten Rückgang junger und gut qualifizierter Arbeitskräfte nicht mehr nur auf allgemeine demographische Entwicklungen vor Ort zurück, sondern auch auf die schlechten Arbeitsbedingungen, die Wochenendarbeit und den Leistungsdruck. Gerade gegen die Wochenendarbeit und das Dreischicht-System sei eine zunehmende »Abneigung« zu spüren, die auch durch Lohnzuschläge und die sozialen Vergünstigungen des Bergbaus nicht mehr aufzuwiegen waren. Junge, gut qualifizierte Arbeitskräfte bemaßen ihre individuellen Perspektiven immer mehr am Verhältnis von Lohn hier und der erbrachten Leistung und den herrschenden Arbeitsbedingungen dort. Dass mit dem Aufbau der Mikroelektronikindustrie entsprechend attraktive Arbeitsplätze im Bezirk Erfurt entstanden,<sup>58</sup> versetzte die Kaliwirtschaft, zu deren »typische[r] Situation« auch eine besonders hohe Zahl »schwere[r] und tödliche[r] Unfälle« gehörte,<sup>59</sup> in einen direkten regionalen Konkurrenzkampf um Arbeitskräfte.

Waren die Debatten über Arbeitsbedingungen zunächst nur auf den inneren Kreis der SED-Nomenklatur beschränkt, weiteten sie sich mit dem Überschwappen der friedlichen Revolution ins Eichsfeld<sup>60</sup> schnell auf die Be-

57 Ministerium des Innern, Information vom 14.03.1989, Betreff: Gebirgsschlag im Kreis Bad Salzungen/Suhl, BA-B, DE 10, 165, unfol.; Jahresgeschäftsbericht des VEB Kombinat KALI, 20.2.1990, BA-B, DE 10, 262, unfol.

58 VEB Kali, DB Kader und Bildung, Generaldirektor Taubert, Vorlage für die Beratung des Kollektivs der BGL-Vorsitzenden am 25. und 26.4.1989, 31.3.1989, LATH-HStA, 6-94-3467, Nr. 2019, Bl. 88-95.

59 VEB Kombinat Kali, Hauptsicherheitsinspektion, Generaldirektor Taubert, Vorlage für die Sitzung des Kollektivs der BGL-Vorsitzenden, Thema: Wertung der Arbeit und der Ergebnisse auf dem Gebiet der Arbeits- und Produktionssicherheit im VEB Kombinat Kali, 5.6.1989, ebd., Bl. 96-102.

60 Stöber, Rosenkranzkommunismus, S. 332 f.

legschaften aus. Im Kaliwerk Bischofferode verlief das Protestgeschehen dabei zunächst moderat. Während in den Betrieben an der Werra, die vom Gebirgsschlag im März 1989 besonders hart getroffen waren, die »nicht nachlassende Beunruhigung«<sup>61</sup> über die Sicherheitslage gewaltsam eskalierte, einige Kumpel sogar den Grubendirektor zu Hause aufsuchten und derart in die Mangel nahmen, dass dieser kurz darauf aus der SED austrat und seine Funktion aufgab, blieb es in Bischofferode zunächst bei verbaler Kritik an der Schichtarbeit, der Entlohnung und dem Kassieren von Parteibeiträgen, aber auch an der allgemeinen Politik der SED. Selbst nachdem es am 14. November 1989 erneut zu einem tödlichen Unfall im Werk gekommen war, blieb größerer Protest aus. Lediglich am 24. November weigerten sich Grubenarbeiter, unter Tage zu fahren, um gegen das Schichtsystem zu protestieren. Jedoch konnte dieser Zwischenfall schnell behoben werden, nachdem die Betriebsleitung zugesichert hatte, das Schichtsystem zum 1. Januar 1990 zu ändern, falls es bis dahin nicht gelänge, die benötigten Arbeitskräfte aus anderen Bereichen (etwa der Nationalen Volksarmee) zuzuführen.<sup>62</sup> Ebenso schnell befriedet wurde ein Lohnstreik am 2. Februar 1990, der bereits drei Tage später mit einer Lohnerhöhung von 400 Mark und der Entlassung des Werks in die wirtschaftliche Selbständigkeit erfolgreich endete,<sup>63</sup> wobei letztere Maßnahme bald wieder zurückgenommen wurde, ohne dass dies jedoch erneute Proteste nach sich zog.

## Asymmetrische Kooperation: Umweltpolitik und erste Sanierungskonzepte

Im Herbst 1989 befand sich das Kalikombinat in einer scheinbar ausweglosen Situation. Die Sowjetunion hatte sich vom »großen Bruder« zur Hauptkonkurrentin entwickelt, das seinerseits unter Druck stehende Unternehmen K&S hatte alles andere als eine Kooperation im Sinn und auch aus Bonn ka-

---

61 VEB Kalibetrieb »Werra«, Zentrale Grubenleitung, Stellungnahme der Betriebsleitung des Kalibetriebes »Werra« zur Gebirgsschlaggefährdung und zu produktionseinschränkenden Maßnahmen in der Grube »Marx-Engels«, 11.12.1989, BA-B, DE 10, 304, unfol.

62 Vgl. die wöchentlichen Meldungen des Generaldirektors des Kalikombinats an den Minister für Schwerindustrie vom Oktober bis Dezember 1989 in LATH-HStA, 6-94-3467, Nr. 2112.

63 Gehrke, Die »Wende«-Streiks, S. 266.

men keine unterstützenden Impulse. Vielmehr machte das BMWi, von dessen Vorgaben auch das unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU) nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 neugegründete DDR-Wirtschaftsministerium<sup>64</sup> abhängig war, keinen Hehl daraus, dass ein zeitlich gestreckter und milliardenschwerer Kapazitätsabbau wie im westdeutschen Steinkohlebergbau in Ostdeutschland generell nicht infrage kam. Stattdessen sollten »bei der Konzeptfindung für die DDR [...] Beispiele aus Japan, Südkorea u. a. studiert werden, die bessere Lösungen [...] als die BRD gefunden haben, was zu ihrem schnellen wirtschaftlichen Aufstieg entscheidend beigetragen« habe, wie Vertreter des BMWi in einem Gespräch im April 1990 klarstellten.<sup>65</sup>

Bereits Anfang März 1990, kurz nachdem die DDR-Volkskammer wegweisende Gesetze zur Umwandlung der Kombinate in Kapitalgesellschaften und zur Bildung einer Treuhand als Ersatz für die bisherigen Industrieministerien verabschiedet hatte, konnte Kombinatdirektor Bachmann nur mit einer Hiobsbotschaft an die Belegschaft herantreten. Ohne Umschweife gab er in einer Betriebsversammlung bekannt, dass das Kombinat zwar insgesamt noch einen Gewinn von 332 Millionen Ost-Mark erwirtschaftete, solange sich dieses im geschützten Raum der nicht-konvertiblen Währung bewegte, nach der Währungsunion mit der Bundesrepublik und dem abrupten Übergang zur Marktwirtschaft jedoch einen Verlust von 850 Millionen DM einfahren werde, ohne dass man dies überbrücken könne. In der Kaliregion fieberte man der nahenden Währungsunion als Vorstufe auf dem Weg zur Wiedervereinigung also keineswegs so euphorisch entgegen. Jedoch konnte Bachmann auch mit einem Hoffnungsschimmer aufwarten. Dieser galt jedoch einzig den Werra-Betrieben, obwohl diese durch die drückende Ost-Konkurrenz und den Gebirgsschlag in besonderen Schwierigkeiten waren. Allerdings standen für die in räumlicher Nähe zu den K&S-Werken gelegenen Betriebe Kooperationsoptionen mit dem Kasseler Unternehmen in Aussicht. Zu den Südharz-Betrieben äußerte sich Bachmann dagegen nicht, vielmehr gab er lediglich die Auflösung einer bis dahin bestehenden

---

64 Malycha, Die Staatliche Plankommission (SPK) und ihre Vorläufer 1945 bis 1990, S. 130 f.

65 Ministerium für Schwerindustrie, Abt. Geologie, Bericht über die Dienstreise in die BRD, 3.5.1990, BA-B, DE 10, 304, unfol.; Kurzbericht zur Dienstreise vom 22.–25.4.1990 in die BRD, 23.4.1990, ebd., unfol.

und sich speziell mit den Südharz-Betrieben beschäftigenden Arbeitsgruppe bekannt, was allerlei Raum für Spekulationen ließ.<sup>66</sup>

Die für die Werra-Betriebe in Aussicht stehenden Kooperationen mit K&S resultierten allerdings nicht aus Überlegungen, wie der Wandel im Osten zu gestalten war, sondern waren eine späte Frucht der asymmetrischen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten seit den 1970er Jahren. Nach dem Grundlagenvertrag von 1972/73 hatten diese daran gearbeitet, ihre Beziehungen zu »normalisieren«. Die Grenzlage der beiden Kaliunternehmen prädestinierte diese geradezu für das Vorhaben der Annäherung. So einigten sich beide Seiten am 12. April 1984 nach jahrelangen Verhandlungen auf eine Vereinbarung zum grenzüberschreitenden Kaliabbau, um Abbauverluste zu minimieren. Unter Tage sollte jedoch ein 100 Meter breiter Sicherheitspfeiler bestehen bleiben, um den »kleinen Grenzverkehr« zu unterbinden, der allerdings ohnehin schon zum Alltag im Eichsfeld gehörte.<sup>67</sup> Gleichwohl wurde die Vereinbarung in der bundesdeutschen Medienöffentlichkeit als Beitrag zur deutsch-deutschen Verständigung gefeiert,<sup>68</sup> auch wenn sie wirtschaftlich gesehen für die Bundesrepublik kaum von Bedeutung war.<sup>69</sup>

Der symbolische Erfolg verdeckte aber nur für einen Moment einen schwelenden deutsch-deutschen Umweltkonflikt, in den die beiden Kaliunternehmen ebenso involviert waren. Es ging um die Minderung der Salzlast der in die Weser mündenden Werra, die vor allem die Umweltbilanz der Bundesrepublik trübte. Ging es nach der Bundesregierung, dann sollte K&S als Zeichen der Annäherung den Bau einer vom Unternehmen selbst entwickelten Flotationsanlage in der DDR finanzieren, während die Regierung der DDR jedoch die Übernahme des gesamten elektrostatischen Trennverfahrens ESTA forderte. Beides wiesen sowohl das Unternehmen als auch die IG BE zurück, befürchteten sie doch erhebliche Wettbewerbsverzerrungen und negative Folgen für die Belegschaft. Denn K&S verkaufte das im ESTA-Pilotwerk Hattorf als Nebenprodukt anfallende Kieserit selbst gewinnbringend auf den Weltmärkten. Jedoch entstanden dabei auch Abraumsalze, für die K&S neue Lagerhalden außerhalb der umweltpolitisch

---

66 Einige Bemerkungen zur Beratung des GD mit BD und WD am 8.3.90, handschriftlich, LATH-StA, 6-94-3467, Nr. 2023, Bl. 16 f.

67 Schaefer, States of Division, S. 157-195.

68 Helmut Ernst, Der grenzüberschreitende Kaliabbau, in: K+S. Werkzeitschrift 1984, Heft 3, S. 1.

69 BMWi, III B 3, Betr.: Grenzüberschreitender untertägiger Kalibergbau, 13.9.1977, BA-K, B 102, 183385, unfol.

zunehmend sensibler werdenden Bundesrepublik benötigte. Die DDR bot sich als Abnehmerin an, verband dies aber mit Forderungen nach weiteren Finanzhilfen.<sup>70</sup> Allerdings blieb diese Politik auch innerhalb der DDR nicht unwiderrprochen. Als beide deutsche Staaten 1988 über die Errichtung einer Salzhalde in der DDR verhandelten, warnte Generaldirektor Taubert intern vor der Möglichkeit eines Gebirgsschlags durch die in der Bundesrepublik übliche Laugenverpressung. Der Gebirgsschlag vom März 1989 wurde damit zur selbsterfüllenden Prophezeiung. Bereits einen Tag nach dem Unglück machten erste Analysen eingepresste Abwässer aus der Bundesrepublik als Hauptursache (neben einem fehlenden wissenschaftlichen Erkenntnisstand und Mängeln in der Abbauführung aufseiten der DDR) aus.<sup>71</sup> Diese Position aber spielte letztlich nur den westdeutschen Akteuren in die Karten, welche die Herausgabe von notwendigen Informationen, die von der DDR zur Überprüfung ihrer Thesen benötigt wurden, mit Verweis auf die schwebenden Verhandlungen zur Werraentsalzung bis zuletzt verweigerten. Selbiges taten freilich auch die Akteure der DDR, die mit Verweis auf geheimes Know-how die Herausgabe der von der Bundesrepublik geforderten Unterlagen ablehnten, mit denen man in Westdeutschland die These untermauern wollte, dass der Gebirgsschlag auf eine unzureichende Pfeilerdimensionierung aufseiten der DDR zurückzuführen war.<sup>72</sup>

Damit setzte sich ein Konflikt um Deutungshoheiten fort, der sich bereits seit dem wesentlich glimpflicher ausgegangenen Gebirgsschlag im thüringischen Sünna (Unterbreizbach) im Jahr 1975 herauskristallisiert hatte.<sup>73</sup> Und auch nach dem Mauerfall war dieser Konflikt keineswegs beendet, vielmehr vergifteten die deutsch-deutschen Umweltgespräche weiterhin die Atmosphäre zwischen den politischen Akteuren, die nun auf die Wiedervereinigung zusteuerten. So verschärfte man in Ost-Berlin, ungeachtet des politischen Umbruchs, den Ton gegenüber Bonn. Auf der Grundlage eines neuen Gutachtens, das den Standpunkt der DDR noch einmal bestätigte,

---

70 Eckert, Geteilt, aber nicht unverbunden, S. 338–345; Heinz-Werner Meyer informierte sich in Philippsthal. IGBE-Chef besuchte Hattorf, in: K+S. Werkzeitschrift 1988, Heft 1, S. 19.

71 Minister für Erzbergbau, Metallurgie und Kali, Kurt Singhuber, an das ZK der SED, Leiter Abt. Grundstoffindustrie, Horst Wambutt, 14.3.1989, BA-B, DE 10, 165, unfol.

72 Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali, Bericht über die am 27.9.1989 in Bonn, Bundesministerium für Wirtschaft, durchgeführte 2. Verhandlung zwischen den beauftragten Regierungsdelegationen der DDR und der BRD zur Klärung der Ursachen des Gebirgsschlages vom 13. März 1989 und zur Kaliabwässerverpressung, 9.10.1989, BA-B, DE 10, 304, unfol.

73 Vgl. hierzu BA-K, B 102, 183383–183385.

erwog das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) sogar eine Völkerrechtsklage gegen die Bundesrepublik wegen des Verstoßes gegen das Verursacherprinzip der Staatenhaftung bei Umweltschäden, das in den KSZE-Verhandlungen kodifiziert worden war. Politische Erwägungen aber verhinderten diesen Schritt am Ende. Denn eine Klage, so ein Rechtsgutachten des Amtes für den Rechtsschutz des Vermögens der DDR, sei zwar »politisch und moralisch gerechtfertigt«, jedoch würden dadurch »die Verhandlungen zum Gesamtkomplex ebenso wie die Verhandlungen zu den Forderungen der DDR, die sich aus der Verpreßstätigkeit ergeben, erschwert«, weil die DDR das bisherige »Prinzip des Interessenausgleichs« verlasse.<sup>74</sup> Eine mögliche Belastung der bereits laufenden Debatten über die Zukunft der DDR durch den deutsch-deutschen Konflikt um Kaliabwässer führte auf der ostdeutschen Seite damit zum Einlenken.

Gleichwohl hatte der Umweltkonflikt schon längst die Betriebsebene erreicht. So war auch in den Betriebszeitungen von K&S und Kali Werra die jeweilige Version der Schuldfrage verbreitet worden, was die bisherige Politik der gegenseitigen Erpressung noch befeuerte.<sup>75</sup> Während dies in den betroffenen westdeutschen Regionen in eine solidarische Machtdemonstration lokaler Akteure gegen die DDR mündete,<sup>76</sup> trug dies auf ostdeutscher Seite zur lokalen Desintegration bei. So kursierte unter den Bergleuten der betroffenen Gruben zunehmend der Verdacht, »daß die Laugenverpressung als Ablenkungsmanöver von den wahren Ursachen gesehen wird und dazu in der alten politischen Tradition der sogenannte Klassenfeind erhalten müßte«.<sup>77</sup> Das große Misstrauen eines Teils der Kombinati-belegschaft gegenüber Politikern und Fachexperten der DDR wurde damit zum Türöffner für K&S, obgleich sich das Kasseler Unternehmen weiterhin als Konkurrenz begriff.

Die sich fortsetzenden Umweltkonflikte erschwerten jedoch die Umsetzung des Entsalzungsprogramms. Gleichwohl tat Kombinatdirektor

---

74 Amt für den Rechtsschutz des Vermögens der Deutschen Demokratischen Republik, Der Leiter, an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Oskar Fischer, 11.12.1989, ebd., unfol.

75 VEB Kombinat Kali, DB Produktion, Niederschrift über die Beratung am 12. Dez. 1989 im Werk Hattorf, 27.12.1989, BA-B, DE 10, 303, unfol.

76 Wissenschaftler, Kali und Salz sowie Kumpel aus dem Werratal sind sich über die Ursachen des Gebirgsschlags einig. Bergmännische Spielregeln verletzt – DDR provozierte Ereignis vom 13. März, in: K+S. Werkzeitschrift 1989, Heft 2, S. 8 f.

77 VEB Kalibetrieb »Werra«, Zentrale Grubenleitung, Stellungnahme der Betriebsleitung des Kalibetriebes »Werra« zur Gebirgsschlaggefährdung und zu produktionseinschränkenden Maßnahmen in der Grube »Marx-Engels«, 11.12.1989, BA-B, DE 10, 303, unfol.

Bachmann selbst wenig, um die Wogen zu glätten. Zwar hängte er unmittelbar nach seinem Dienstantritt zum Jahreswechsel 1989/90 symbolisch das Honecker-Porträt im Zimmer seines Vorgängers ab und lobte die Vernunft der internationalen Kaliproduzenten. Dennoch hatte er noch kurz vor dem Mauerfall als Produktionsdirektor des Kombinats neben Taubert zu den eifrigsten Anklägern der Umweltsünden von K&S gezählt und hielt damit auch nach seiner Beförderung nicht hinterm Berg. Im Gegenteil: In der westdeutschen Medienöffentlichkeit trat der »wohlbeleibte [...] Wendedemanager« als starker Konzernchef mit wortgewaltigen Anwürfen gegen die »Schandtaten der kapitalistischen Kali-Konkurrenz an der Werra« in Erscheinung, während er die umweltpolitische »neue Philosophie« der DDR rühmte, die vor allem darin bestand, die Abraumsalze nicht – wie bei K&S – aufzuhalten, sondern in die »Maulwurfsgänge im Werra-Gebirge« zu verfüllen, wodurch dieses an Stabilität gewinnen sollte.<sup>78</sup> Sicher erhoffte sich Bachmann damit Handlungsspielräume. Das Abschlussgutachten der deutsch-deutschen Expertengruppe vom 19. Juni 1990 aber beendete den Konflikt endgültig, indem es die westdeutsche Version der »unzureichenden Pfeilerdimensionierung« in der DDR bestätigte.<sup>79</sup>

Damit konnten die Verhandlungen über das Entsalzungsprogramm beginnen, nachdem auch die Zuständigkeit innerhalb der Bundesregierung im Mai 1990 vom Innerdeutschen Ministerium ins Bundesumweltministerium gewandert war. Ungeachtet dieser symbolischen Entpolitisierung änderte sich an der Haltung der Bundesregierung aber nichts. Wie bereits in den 1980er Jahren boten die westdeutschen den ostdeutschen Akteuren weiterhin 200 Millionen DM als Unterstützungsleistungen für Entsalzungsmaßnahmen mit einer Option auf Erhöhung an. Sie wiesen jedoch zugleich darauf hin, dass die Mittel nur freigegeben werden könnten, wenn die »erforderlichen innerstaatlichen Schritte (gegenüber den betroffenen Bundesländern und dem Bundestag) spätestens Anfang September 1990 eingeleitet« seien. Angesichts dieser »dargelegten Dringlichkeit«, so das Fazit des DDR-Wirtschaftsministeriums, »ist nicht mehr an einer parallelen Regelung der mit dem Kaliabbau verbundenen Umwelt- und Bergbausicherheitsfragen

---

78 David Weidlich, »Es gibt kein Leben ohne Kali«, in: taz, 20.1.1990.

79 Abschlußbericht zu Expertengesprächen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Ursachenforschung zum Gebirgsschlag vom 13.03.1989 in der Grube Ernst Thälmann des VEB-Kombinats Kali in der DDR, 19.6.1990, BA-B, DE 10, 304, unfol.

festzuhalten«. <sup>80</sup> Eigene Initiativen wurden damit gestoppt. Zeitgleich legte eine bereits seit Februar 1990 tätige Expertengruppe – bestehend aus Vertretern von K&S, des Kalikombinats und des Kalibetriebs Werra – einen ersten Zwischenbericht über ein gemeinsames Unternehmenskonzept vor, das die Übernahme des Flotations- und Aufhaldungsmodells aus Kassel vorsah. <sup>81</sup>

Für die Werra-Betriebe lag damit ein Konzept vor, das allein durch seine umweltpolitische Bedeutung legitimiert war. Anstatt wie 1988 noch 23.000 sollten ab 1994 nur noch 5.000 Tonnen Salz in die Werra eingeleitet werden, was das Umweltproblem freilich nur minderte, aber nicht löste, jedoch den gültigen Richtlinien für Chlorid-Grenzwerte entsprach, die allerdings noch aus dem Jahr 1942 stammten. Zudem konnte dieser 185 Millionen DM teure Fortschritt bei der Werraentsalzung nur unter Berücksichtigung der Interessen von K&S erkaufte werden, denen sich die Werra-Betriebe fügen mussten. Für die ostdeutschen Akteure stellte dies aber kein Problem dar. Vielmehr betrachteten sie das Konzept als gute Alternative zu der ansonsten bevorstehenden Schließung aller Gruben. So wurde die ursprünglich für 1993 vorgesehene Stilllegung der Grube Dorndorf auf 1991 vorgezogen, die Produktion im Werk Unterbreizbach umgestellt und Merkers musste im Gegenzug für den Aufbau einer Flotationsanlage sein überschüssiges Kieserit über eine noch zu bauende Leitung an das hessische Werk Hattorf abliefern, wo der Grundstoff weiterverarbeitet wurde. <sup>82</sup> Weitere kleine umweltpolitische Fortschritte erfolgten erst im Jahr 2020, als der noch immer gültige Grenzwert von 2.500 Milligramm Chlorid pro Liter leicht auf 2.400 Milligramm gesenkt wurde. Jedoch schreibt die aktuelle EU-Wasserrahmenrichtlinie vor, dass die Grenzwerte spätestens ab 2027 deutlich gesenkt werden müssen, womit weitere Einschnitte in der Kaliindustrie bevorstehen.

Den sechs Südharz-Betrieben drohten dagegen bereits im Frühjahr 1990 umfangreiche Entlassungen und Stilllegungen ohne Perspektive. Hoffnung bot hier nur noch die Treuhand, wo mit Karl-Heinz Sorg der ehemalige stellvertretende Minister für Erzbergbau, Metallurgie und Kali für den Bereich Grundstoffindustrie verantwortlich zeichnete. Gleichwohl war Sorgs Hand-

---

80 Bericht über die Verhandlung mit der BRD über die Reduzierung der Salzbelastung der Werra am 17.5.1990 in Dermbach (Kreis Bad Salzungen), o.D., ebd., unfol.

81 1. Zwischenbericht zum unternehmerischen Gesamtkonzept zur Verringerung der vom VEB Kalibetrieb »Werra« ausgehenden Umweltbelastungen, 17.5.1990, ebd., unfol.

82 Bericht über die Verhandlungen zu Fragen, die mit dem Kaliabbau im Werra-Gebiet zusammenhängen, vom 10.08.1990 in Fulda, BA-B, DE 10, 303, unfol.

lungsspielraum durch die bereits ausgehandelte Sanierungsstrategie für die Werra-Betriebe begrenzt. Dabei stand der Investitionshilfe der Bundesregierung auf ostdeutscher Seite ein Fehlbetrag für Umweltschutzmaßnahmen von mindestens 380 Millionen DM gegenüber. Dazu kamen Kosten von rund 1,15 Milliarden DM für den Weiterbetrieb bzw. Stilllegungen von Kalischächten bis 1993 sowie Sozialplankosten von 222 Millionen DM.<sup>83</sup> Schließlich lehnte die Treuhand sämtliche Liquiditätshilfen ab, bis die MDK, der Rechtsnachfolger des Kalikombinats seit Juni 1990, ein Unternehmenskonzept vorlegen konnte. Da sich Sorg zugleich dem von ehemaligen DDR-Opportunisten öffentlich erhobenen Vorwurf »alter Seilschaften« ausgesetzt sah,<sup>84</sup> machte er keine Anstalten, von den Vorgaben der Bundesregierung abzuweichen.

Ein Gesamtkonzept für die ostdeutsche Kaliindustrie war auch im Sommer 1990 noch nicht in Sicht. Auch deshalb war das modernste ostdeutsche Kaliwerk Zielitz zum 1. Juni 1990 aus dem Verbund des ehemaligen Kalikombinats ausgeschieden<sup>85</sup> und arbeitete seitdem zielstrebig an seiner Sanierung,<sup>86</sup> bis die Treuhand das Werk ohne Rücksprache mit den betrieblichen Gremien Mitte Februar 1991 plötzlich an die MDK zurück verkaufte.<sup>87</sup> Auch der AHB schied dem Verbund der MDK aus und arbeitete mit K&S bereits früh am Aufbau einer gemeinsamen Vertriebsorganisation.<sup>88</sup> Aber nicht nur das, auch das Bundesfinanzministerium erhöhte seit August 1990 den Handlungsdruck auf das DDR-Wirtschaftsministerium, die Treuhand, die MDK und schließlich auch K&S, indem es festlegte, dass »die Abwassersanierung der thüringischen Kaliwerke nur im Zusammenhang mit der Gesamtanierung der DDR-Kaliindustrie gesehen werden« könne.<sup>89</sup>

---

83 Ministerium für Wirtschaft, Minister Gerhard Pohl, an das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit, Minister Karl-Hermann Steinberg, 31.7.1990, BA-B, DE 10, 303, unfol.

84 »Die Kuh muß Futter kriegen«. Die Privatisierung des DDR-Vermögens kommt nur schleppend voran, in: Der Spiegel 21/1990, S. 26 f.

85 Gründungsbericht der Mitteldeutschen Kali AG Sondershausen, 1.6.1990, BA-B, B 412, 104577, Bl. 156.

86 Unternehmenskonzept der Zielitzer Kali AG vom 6.7.1990, BA-B, DE 10, 262, unfol.

87 Siegfried Schmücking, Vorstandsvorsitzender der Zielitzer Kali AG (abberufen), an den Präsidenten der Treuhandanstalt, Dr. Rohwedder, Rechtmäßigkeit des Verkaufs der Zielitzer Kali AG in Vollmacht der Treuhandanstalt, 25.2.1991, AfsB, IGBE, 16178, unfol.

88 Zur Kooperation zwischen dem AHB und K&S vgl. BA-K, B 246, 755.

89 BMWi, Ref. WA I 1, Betr.: Verhandlungen zu Fragen, die mit dem Kaliabbau Werragebiet zusammenhängen, hier: Dritte Verhandlungsrunde am 10. August 1990 in Fulda, 14.8.1990, BA-B, DE 10, 303, unfol.

Die Südharz-Betriebe seien allein aus umweltpolitischen Gesichtspunkten »durchweg nicht überlebensfähig«, bestenfalls Bischofferode, so die Ansicht in Bonn, könne weitergeführt werden. Denn das Werk verfügte nicht nur über marktfähige Produkte, sondern auch über das höchste Anlagenvermögen (rund 90 Millionen DM). Gleichwohl drohte den Südharz-Betrieben die Entlassung von 71 Prozent ihrer Beschäftigten bis 1993. Als einziger Lichtblick für die Region lagen lediglich Pläne für Untertagedeponien zur Prüfung vor,<sup>90</sup> die auch von der IG BE als Maßnahme zur Beschäftigungssicherung unterstützt wurden. In der Bochumer Gewerkschaftszentrale sah man das Südharzrevier vor allem wegen dessen räumlicher Nähe zur Bitterfelder Chemieindustrie als Lagerstätte für Industrie- und Gewerbeamüll bestens geeignet.<sup>91</sup> Im DDR-Wirtschaftsministerium, das seit Ende August 1990 kommissarisch von Gunter Halm, dem letzten Minister für Leichtindustrie, geleitet wurde, sah man unter diesen Voraussetzungen fünf Wochen vor der Wiedervereinigung nur noch zwei Optionen für die DDR-Kaliindustrie: »eine Vereinigung der [ost- und westdeutschen; Anm. C.R.] Unternehmen unter Beachtung von Wettbewerb und Kartellbildung beschleunigen oder unterbinden«.<sup>92</sup> Dieses Spannungs- und Konfliktfeld prägte auch das Handeln Halms, der Anfang August 1990 in den Vorstand der Treuhand berufen worden war und nach dem Jahreswechsel 1990/91 dort auch für den Kalibergbau zuständig wurde. Und hohem Zeitdruck musste nun ein Konzept ausgearbeitet werden und die Verhandlungen gestalteten sich höchst konfliktreich.

---

90 BMWi, III B 3, Vermerk, Betr.: Kaliindustrie der DDR – Teilstillegung und Sanierung, hier: Besprechung im BMWi am 22.08.90, 23.8.1990, ebd., unfol.; Ministerium für Wirtschaft, Branche 5: Kaliindustrie, Einschätzung der ökonomischen Situation in der Kaliindustrie, 28.8.1990, BA-B, DE 10, 262, unfol.; Kali Südharz AG Sondershausen, Anhang zur D-Markeröffnungsbilanz zum 1.7.1990, 3.4.1991, LATH-HStA, 6–94-3464, Nr. 2075, unfol.

91 IG Bergbau und Energie, Vorschläge für mögliche Projekte zur Sicherung von Beschäftigung, Qualifikation und Strukturentwicklung in der DDR, 30.8.1990, AfsB, IGBE, 17389, unfol.

92 Ministerium für Wirtschaft, Referat Kali, Zentrale Aufgabenstellungen für das Ministerium für Wirtschaft zur Sicherung der Bereitstellung der Rohstoffe Kali-, Spat- und Steinsalz, 23.8.1990, BA-B, DE 10, 262, unfol.

## Vom Umwelt- zum Strukturprogramm: Die Treuhand und die Kalifusion

Nach der Wiedervereinigung vollzogen sich auf den Fachebenen der Treuhand und der MDK entscheidende Personalwechsel. Karl-Heinz Sorg musste nach nicht abebbenden Vorwürfen »alter Seilschaften« gehen, für ihn kam Helmut Ballon, ein erfahrener westdeutscher Bergbaumanager mit Schwerpunkt Erzbergbau. Bereits seit den 1970er Jahren hatte er als Prokurist für die Gewerkschaft Exploration in Düsseldorf gearbeitet, die seit den 1950er Jahren am Bau einer Eisenerzmine in Liberia beteiligt war. Von 1982 bis 1986 arbeitete Ballon selbst als General Manager der Bong Mining Company, die zu 51 Prozent vom liberischen Staat und zu 49 Prozent von einer deutsch-italienischen Investorengruppe gehalten wurde und deutsche wie italienische Stahlwerke mit Rohstoffen versorgte.<sup>93</sup> Am 13. Dezember 1990 wechselte Ballon in die Treuhand und wurde dort für den Bergbaubereich zuständig, der zum Jahreswechsel 1990/91 im Zuge der Bildung von Branchendirektoraten in den Unternehmensbereich 3 (U3) von Gunter Halm eingegliedert wurde. Zugleich wechselte die Treuhand den gesamten Vorstand der MDK (mit einer Ausnahme) aus, was von K&S rückblickend ebenfalls als Maßnahme zur Bekämpfung »alter Seilschaften« gerechtfertigt wurde.<sup>94</sup> Diese Deutung verdeckte allerdings, dass sich der am 14. Dezember neuberufene Vorstand ausschließlich aus Fachexperten, Politikern sowie Managern mit enger Beziehung zu K&S zusammensetzte. Vermeintlich ostdeutsche Seilschaften wurden damit durch westdeutsche Unternehmensnetzwerke ersetzt. Neuer MDK-Vorsitzender wurde Friedhelm Teusch, Diplom-Volkswirt und langjähriger Manager der Deutschen Bundesbank. Weitere Vorstandsmitglieder waren Peter Backhaus, zuvor Personalleiter des Essener Energiekonzerns STEAG, Heinz Mühlberg, langjähriger technischer Direktor und Umweltextperte des ostdeutschen Kalikombinats, Hans-Jürgen Ertle, Bergassessor a.D. und ehemals Geschäftsführer der Saarberg-Interplan, sowie Alwin Potthoff, bis 1990 Leiter der Zentraleinheit Bergbau bei K&S. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde der SPD-Politiker, Hochschullehrer und Manager Ulrich Steger be-

---

<sup>93</sup> Coale, West German Transnationals in Tropical Africa; Siebel, Die Eisenerzbergbau-Gesellschaft Bong Mining Company in Liberia.

<sup>94</sup> K+S (Hrsg.), Wachstum erleben, S. 235.

stellt, der von 1984 bis 1987 als hessischer Wirtschaftsminister amtiert hatte und ebenfalls gute Kontakte zu K&S pflegte.

Diese enge Personalverflechtung zwischen K&S und der MDK, die in der Rückschau wie eine geplante westdeutsche »Übernahme« aussieht, ergab sich zum einem aus dem enormen ökonomischen und politischen Handlungsdruck, ein tragfähiges Konzept für die ostdeutsche Kaliindustrie in einer wirtschaftlich höchst unsicheren Zeit für die Gesamtbranche schmieden zu müssen, zum anderen aus der häufig unausgesprochenen Logik der Wiedervereinigung, die nicht nur den Osten zu schnellen Anpassungen zwang, sondern auch Rückwirkungen auf den Westen hatte. So hatte der ostdeutsche MDK-Vorstand, der sich ausschließlich aus dem Führungspersonal der alten und neuen Kalibetriebe zusammengesetzt hatte,<sup>95</sup> zwar im September 1990 ein Unternehmenskonzept vorlegen können, dieses erwies sich aber weder als kompatibel mit den Vorgaben der Bundesregierung noch mit den Vorstellungen von K&S und der IG BE, die beide (im Einvernehmen mit der Treuhand) spätestens seit November 1990 auf eine perspektivische Verschmelzung der ost- und westdeutschen Kaliunternehmen hinarbeiteten.<sup>96</sup> Damit lief alles auf eine Fortsetzung der in Westdeutschland als bewährtes Modell geltenden Unternehmenskonzentration hinaus. Parallel dazu wuchs auch in Bonn das Bewusstsein dafür, dass es nicht nur um die Zukunft der ost-, sondern auch der westdeutschen Kaliindustrie bedrohlich stand. Mit der Wiedervereinigung hatte sich auch dort die Stimmung merklich verschlechtert. In der Belegschaft machte angesichts eigener Krisendebatten zunehmend die Befürchtung die Runde, dass »die Kaliwerke im neuen Gebiet der Bundesrepublik über die Treuhandanstalt mit erheblichen Geldmengen subventioniert« und somit »mit unseren Steuermitteln Arbeitsplatzverluste in Niedersachsen und Hessen« finanziert würden, wie ein mit Helmut Kohl befreundeter Betriebsrat dem seinerseits eng mit der BASF und der westdeutschen Chemieindustrie verbundenen Bundeskanzler im November 1990 zu verstehen gab.<sup>97</sup>

Auf dem neuen Vorstand von MDK lastete damit die Verantwortung, ein Unternehmenskonzept vorzulegen, in dem sich möglichst alle Beteiligten

---

95 Auszug aus Handelsregisterblatt, BA-B, B 412, 104577, Bl. 24.

96 IG Bergbau und Energie, Protokoll der 81. Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 11. November 1990, AfsB, IGBE, 15919, unfol.

97 Betriebsräte von Sigmundshall bei Wirtschaftsminister Peter Fischer. Konzertierte Aktion soll dem Kaliwerk Bokeloh Wettbewerbsfähigkeit sichern, in: Leine-Zeitung, 23.11.1990; Heinz Braun, Ludwigshafen, an Bundeskanzler Helmut Kohl, 26.11.1990, BA-K, B 136, 48269, unfol.

wiederfinden konnten. Die Eckpunkte eines solchen Konzepts waren schnell ausgemacht.<sup>98</sup> Demnach sollte die MDK zunächst einmal auf westlichen Standard gebracht werden. Neben der Reduzierung des Unternehmens auf kaliproduzierende Kernunternehmen und damit der Beschäftigtenzahl um zunächst 8.000 Mitarbeiter bedeutete dies umfassende Altlastensanierungen und Verwahrarbeiten sowie die Erschließung neuer Geschäftsfelder (Umweltschutz, Entsorgung gewerblicher Abfälle).<sup>99</sup> Gleichzeitig trieb der neue MDK-Vorstand die Mitgliedschaft des Unternehmens im Wiener Vertriebskartell voran, um ein späteres Zusammengehen mit K&S zu ermöglichen. Auch der ostdeutsche Treuhand-Vorstand Gunter Halm war bereit, einer perspektivischen Verringerung der MDK-Belegschaft um 60 Prozent sowie der Stilllegung von fünf bzw. sechs von zehn Kaliwerken zuzustimmen, allerdings mit dem Ziel, dass dadurch »verstärkt eine Konkurrenzsituation unter den potentiellen Käufern geschaffen« werde.<sup>100</sup> Es war damit ein Ostdeutscher, der auf maximalen Wettbewerb als Sanierungsstrategie für die MDK setzte, während die westdeutschen Akteure in den Kaliunternehmen auf eine gesamtdeutsche Lösung unter Beibehaltung der bisherigen Wettbewerbsbeschränkungen und der Konzentration von Kapazitäten hinarbeiteten. In der Treuhand aber standen alle Zeichen auf Wettbewerb. Auch mit der Kooperationsstrategie zwischen K&S und der MDK schien dieser Weg durchaus kompatibel, lief letztere doch zunächst nur auf eine gemeinsame Vertriebsstruktur hinaus. Für die Betriebsteile der MDK, die nicht unmittelbar zur Kaliproduktion gehörten, lagen in der Treuhand Ende Februar bereits Privatisierungs- oder Ausgründungspläne vor bzw. waren Kaufgespräche eingeleitet.<sup>101</sup> Für die auf Kaliproduktion begrenzte MDK wurde eine internationale Ausschreibung vorbereitet, wobei im Vorfeld bereits mögliche Interessenten in Japan, Frankreich, Großbritannien, Skandinavien und den USA angeschrieben worden waren.<sup>102</sup> Einen Dämpfer erhielt das Projekt jedoch durch den Gesamtvorstand der Treuhand, der Bürgschaftsanträge für die Umsetzung der vorgesehenen

---

98 Eckpunkte eines Sanierungskonzeptes, o.D., BA-B, B 412, 104580, Bl. 144–148.

99 THA, Direktorat Bergbau/Steine/Erden, Erstes Treffen des Treuhandvorstandes mit dem Ministerpräsidenten und Kabinett des Landes Thüringen, 21.1.1991, BA-B, B 412, 9482, Bl. 68 f.

100 THA, Günter Schneider, persönlicher Referent, Fachausschuss-Sitzung Unternehmensbereich 3 am 4.2.1991, 7.2.1991, BA-B, B 412, 4189, Bl. 215.

101 Sitzung des Fachausschusses Sondervermögen am 28.2.1991, BA-B, B 412, 4189, Bl. 31.

102 THA, U3, persönlicher Referent, Protokoll der Fachausschusssitzung vom 28.2.1991, 11.3.1991, ebd., Bl. 209.

Umweltmaßnahmen so lange ablehnte bzw. nur teilweise genehmigte, bis ein endgültiger Liquidationsplan sowie ein geprüftes Sanierungskonzept vorlagen.<sup>103</sup> Ein Käufer für die MDK ließ sich unter diesen Bedingungen schwerlich finden.

Parallel dazu beabsichtigte BASF, sich sukzessive von nicht dauerhaft profitablen Bereichen trennen zu wollen, wozu auch K&S gehörte.<sup>104</sup> Im Juni 1991 vereinbarten die Kaliunternehmen daher im Einvernehmen mit einer länderübergreifenden Arbeitsgruppe ein strukturpolitisches Gesamtkonzept, das eine strikte Verkleinerung der MDK auf vier Kernbetriebe (Zielitz, Bischofferode, Unterbreizbach, Merkers) und 8.500 Beschäftigte bis 1993 sowie einen parallelen Personallabbau bei K&S von 1.400 Beschäftigten durch Schließung des Werkes Salzdetfurth und der Landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Bünthof vorsah, um einen ruinösen Wettbewerb zum Nachteil beider Seiten zu verhindern. Eine schnelle Fusion schloss K&S aber aus, solange »Art und Umfang der Finanzierung« von Sanierung, Sozialplänen und Altlasten nicht geklärt waren. Vielmehr wollten beide Unternehmen »unter Beibehaltung der unternehmerischen Selbstständigkeit« in den Bereichen Einkauf und Logistik, Produktion, Vertrieb und Vertriebslogistik sowie Administration zusammenarbeiten.<sup>105</sup> Dies lief auf eine Kartelllösung hinaus. Der Leitungsausschuss der Treuhand, der der Behörde als Beratungsgremium zur Seite stand, empfahl indes eine noch deutlichere Personalreduzierung auf 5.500 Beschäftigte, um die MDK auf der Basis des eingereichten Sanierungskonzepts als »in wesentlichen Teilen sanierungsfähig« beurteilen zu können. Zudem machte sich das Gremium für eine Übernahme der MDK durch K&S stark. Für Bischofferode und Roßleben, die als einzige Südharz-Betriebe fortgeführt werden sollten, fiel das Urteil indes verheerend aus: Beide Werke waren konsequent stillzulegen. Entscheidend hierfür waren jedoch keine betriebswirtschaftlichen Daten, die in ostdeutschen Betrieben ohnehin schwer zu ermitteln waren. Vielmehr urteilte der Leitungsausschuss auf der Grundlage der kartellierten Marktverhältnisse und kam dabei zu dem Schluss, dass sich die MDK auf Kaliprodukte mit hohem Magnesiumanteil konzentrieren müsse, die Bisch-

---

103 Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung der THA am 19.2.1991, BA-B, B 412, 2563, Bl. 7 f., 56–63; Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung der THA am 26.2.1991, BA-B, B 412, 2564, Bl. 14, 179 f.

104 Abelshauer, BASF since its Refounding in 1952, S. 618.

105 Kali und Salz AG, Kassel/Mitteldeutsche Kali AG, Sondershausen, Strukturpolitisches Konzept für die Unternehmen der Kali-Industrie in der Bundesrepublik Deutschland, Juni 1991, BA-B, B 412, 3358, unfol.

offerode aber nicht lieferte. Dass die Produktionskosten in Bischofferode weit unter denen der Werra-Betriebe lagen, spielte indes keine Rolle.<sup>106</sup>

Das Votum des Leitungsausschusses war gewichtig und so blieb der Treuhand kaum etwas anderes übrig, als dem zuzustimmen, um die Voraussetzungen für die Freigabe von Liquiditätshilfen und Investitionsmitteln von immerhin 150 Millionen DM allein für das restliche Jahr 1991 zu schaffen.<sup>107</sup> Gunter Halm war bereits zu diesem Zeitpunkt (wie einst auch Karl-Heinz Sorg) nach scharfen Debatten über seine DDR-Vergangenheit und einen dubiosen Beratervertrag von seinem Vorstandsamt zurückgetreten.<sup>108</sup> Der weiterhin von Helmut Ballon geleitete Bereich Kali- und Erzbergbau/Steine und Erden wanderte in den neugeschaffenen Bereich U6 unter Klaus Schucht, wo Ballon jedoch die bisherige Strategie des maximalen Wettbewerbs fortsetzte,<sup>109</sup> obgleich das Votum des Leitungsausschusses in eine ganz andere Richtung ging. Konkrete Pläne über die künftige Struktur der deutschen Kaliindustrie lagen zu diesem Zeitpunkt wohl noch nicht in den Schubläden von K&S. Eine Fusion mit der MDK strebte man noch nicht an, gleichwohl wollte man über die Personalverflechtung mit der MDK Einfluss auf die Standortpolitik im Osten nehmen, was der Strategie der Treuhand aber entgegenwirkte. Nachdem Steger bereits im Februar den Rückkauf des Werks Zielitz mithilfe der Treuhand eingefädelt hatte, ergriff der Aufsichtsratsvorsitzende von MDK im Monat darauf eigene Initiativen, um eine internationale Ausschreibung zu verhindern, die sich am Ende zum Nachteil von K&S entwickeln konnte. Offiziell beauftragte er das ebenfalls im Aufsichtsrat der MDK vertretene Frankfurter Bankhaus Metzler mit der Suche nach Investoren. Damit war sichergestellt, dass letztere nur die Informationen über die MDK erhielten, die der Unternehmenspolitik von K&S nicht schaden. Die meisten Gespräche mit potenziellen Investoren liefen somit wie beabsichtigt ins Leere. Lediglich zwei Unternehmen hatten sich zu einer Übernahme im Rahmen einer Projektfinanzierung

106 Treuhandanstalt, 74. Sitzung des Leitungsausschusses – Ergebnisprotokoll, 13.6.1991 (mit Anlagen), BA-B, B 412, 16312, Bl. 20–30, 163–231 (Anlagen).

107 Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung der THA am 9.7.1991, BA-B, B 412, 2585, Bl. 12; Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung der THA am 16.7.1991, BA-B, B 412, 2587, Bl. 10. Zum Vorgang im BMWi vgl. BA-K, B 102, 706082, Bl. 133–138.

108 »Zuviel Ideengut von gestern«. SPIEGEL-Interview mit Conrad-Michael Lehment über alte Seilschäften in den Betrieben der ehemaligen DDR, in: Der Spiegel 27/1991; Mischung aus Marx und Mafia, in: Der Spiegel 37/1991.

109 MDK, Bericht zur Lage des Unternehmens, August 1991, BA-B, B 412, 3358, unfol.

bzw. zu einer Minderheitsbeteiligung bereit gezeigt, wobei das Interesse zumeist nur auf Zielitz lag. Die Mehrzahl der angesprochenen Unternehmen hatte eine Beteiligung dagegen wegen unsicherer Prognosen über die Entwicklung des Kalimarkts generell abgelehnt. Zu risikoreich erschien die Beteiligung an einem überdimensionierten Unternehmen angesichts volatiler Marktverhältnisse.<sup>110</sup> Vor diesem Hintergrund ist auch fraglich, ob eine internationale Ausschreibung der MDK unter der Regie von Halm und Ballon zu besseren Ergebnissen geführt hätte.

Als der Vorstand der MDK dem Aufsichtsrat am 30. August 1991 als Reaktion auf den Metzler-Bericht ein neues Standortkonzept vorlegte, das sich sowohl vom älteren Sanierungskonzept, das die Fortführung von Zielitz, zwei Werra-Betrieben und einem Südharz-Betrieb vorgesehen hatte, als auch vom Vorschlag des Leitungsausschusses, der lediglich eine Sanierung der Werra-Betriebe und Zielitz empfohlen hatte, unterschied, kam es zum Konflikt mit der Treuhand. So sah das neue Konzept vor, beide Werra-Betriebe stillzulegen und stattdessen Roßleben und Bischofferode im Südharzrevier zu erhalten. In Roßleben sollte mit »erheblichem Aufwand« die Produktion von Kamex (ein kombinierter Kali- und Magnesiumdünger) entwickelt werden, mit dem K&S (anders als mit reinem Kalidünger) mehr Marktanteile besaß. Damit war jedoch das Entsalzungsprojekt zur Disposition gestellt. Helmut Ballon erwischte diese plötzliche Strategieänderung kalt. Unverzüglich verfügte er, »alle Investitionen an den fraglichen Standorten zu unterlassen«, und beauftragte den Leitungsausschuss mit der kurzfristigen Prüfung des neuen Konzepts, um »möglicherweise überflüssig werdende Maßnahmen zur Reduzierung der Salzfracht in der Werra zu vermeiden«.<sup>111</sup> Auch die Landtagsfraktion der in Thüringen regierenden CDU reagierte entrüstet auf den vorgeschlagenen »ungleichen Kapazitätstausch« zulasten der Werra-Betriebe. Dagegen forderte sie einen »objektiven Vergleich aller deutscher Kaliwerke« und eine kurzfristige »Geschäftszusammenlegung von Kali und Salz AG und Mitteldeutscher Kali

---

110 Metzler Cooperation, Bericht: Aktivitäten von B. Metzler seel. Sohn & Co., Frankfurt, im Zusammenhang mit der beabsichtigten Privatisierung der Mitteldeutschen Kali AG, Sondershausen, 30.8.1991, ebd., unfol.

111 THA, U3 BS, Helmut Ballon, an U1 U, Direktor Plaschna, Betr.: Unternehmenskonzept der Mitteldeutschen Kali AG – Erhaltenswerte Standorte, 28.8.1991, ebd., unfol.

AG«. <sup>112</sup> Daraufhin intervenierte auch Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) bei Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP). <sup>113</sup>

Steger, der das neue Standortkonzept als kurzfristige Reaktion auf ein höchst volatiles Marktgeschehen und Voraussetzung für ein alternativloses Zusammengehen mit K&S begriff, überraschte diese Politisierung kalt. In seiner Reaktion an Treuhand-Vorstand und SPD-Parteifreund Schucht machte er deutlich, dass er als MDK-Aufsichtsratsvorsitzender angesichts der verschärften Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt verpflichtet sei, »sofort eine vertiefte Kooperation, auch im Absatzbereich, mit der Kali und Salz AG zu schaffen und die Betriebsaufspaltung bis zum Jahresende durchzuführen«. Steger verwies dabei nachdrücklich auf den Beschluss des Vorstands und Verwaltungsrats der Treuhand, der keine »konkreten Schachtanlagen« ausgewiesen habe, sondern sich »richtigerweise [...] auf die Vorgabe von Kapazitätszielen, die im Lichte der Absatzentwicklung überprüft wurden«, beschränkt habe. Konkrete »Einzelentscheidungen«, so Steger, könnten »aufgrund der unzureichenden Informationslage erst nach weiteren Untersuchungen getroffen werden«. <sup>114</sup> Vor diesem Hintergrund verständigten sich Treuhand und MDK bei einem konfliktreichen Treffen am 4. Oktober 1991 <sup>115</sup> auf das weitere Procedere, vertagten aber konkrete Sanierungsschritte. <sup>116</sup> Zugleich ging K&S mit dem gemeinsamen Kooperationskonzept an die Öffentlichkeit, um voreiligen Forderungen nach einer Fusion beider Unternehmen, wie sie aus der Thüringer CDU kamen, entgegenzutreten. <sup>117</sup> Als der Leitungsausschuss am 21. November 1991 sein Urteil

---

112 Landtag Thüringen, CDU-Fraktion, Zur Situation der thüringischen Kaliwerke innerhalb der deutschen Kali-Industrie, 3.9.1991, LATH-HStA, 6–82-1001, Nr. 1295, Bl. 56 f.; CDU-Fraktion des Thüringer Landtages, Parlamentarischer Geschäftsführer Häfner, an den Chef der Staatskanzlei, Krapp, Kaligespräch des MP am 9.9.1991 in Bonn, 4.9.1991, ebd., Bl. 55.

113 Die Präsidentin des Deutschen Bundestages an den Bundesminister für Wirtschaft, o.D., ebd., Bl. 45–54.

114 European Business School e.V., Institut für Ökologie und Unternehmensführung, Ulrich Steger, an die Treuhandanstalt, Mitglied des Vorstandes, Klaus Schucht, 24.9.1991, BA-B, B 412, 3358, unfol.

115 Klaus Schucht schildert in seinem Diensttagebuch, in dem er das Treffen auf den 3. und 4. Oktober 1991 datiert, dass sich Teusch sowie Backhaus auf der einen und Ballon sowie Kuyumcu auf der anderen Seite wie »Kampfhähne« aufgeführt hätten. Vgl. Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 3.10.1991, BA-K, N 1585, 14, unfol.

116 THA, U6, persönlicher Referent von Klaus Schucht, Ergebnisprotokoll zum Gespräch der Mitteldeutschen Kali AG am 4.10.1991, 6.11.1991, BA-B, B 412, 3358, unfol.

117 K+S, Presseinformation, Kali und Salz AG – Pressegespräch am 14. November 1991, ebd., unfol.

vom Juni jedoch noch einmal bestätigte,<sup>118</sup> verschärfte Steger abermals den Ton gegenüber der Treuhand: Der »bisherige Konsens zwischen MDK und Treuhand über das weitere Vorgehen [ist] abhanden gekommen«, so Steger an Schucht am 2. Dezember.<sup>119</sup> Stegers Parteifreund musste eingreifen. Dabei zeigte sich, dass sich mit Schucht auch ein Paradigmenwechsel in der Bergbaupolitik der Treuhand insgesamt vollzogen hatte. Als langjähriger Manager im Ruhrkohlebergbau verkörperte das SPD-Mitglied Schucht die für die »alte« Bundesrepublik typische Verflechtung von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften bei der Bewältigung des Strukturwandels.<sup>120</sup> Das zeigte sich auch darin, dass Schucht nach der Ermordung von Treuhand-Präsident Rohwedder an Ostern 1991 mit erheblicher Unterstützung von DGB-Chef Heinz-Werner Meyer in die Treuhand gekommen war, wie Schucht gleich im ersten Eintrag seines Diensttagebuchs schildert.<sup>121</sup> Schucht und Meyer, der als langjähriger IG BE-Chef und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von K&S eng mit dem Kasseler Konzern verbunden war, pflegten ein persönliches, fast schon freundschaftliches Verhältnis, das beide auch für die Arbeit der Treuhand nutzten.<sup>122</sup> Im Konflikt um die Kaliindustrie im Herbst/Winter 1991 hatte Schucht nun die Aufgabe, die unvereinbaren Positionen wieder zusammenzubringen. Dabei wog er drei Optionen ab:

»Entweder verkaufen wir die Mitteldeutsche Kali an Ausländer, dann gibt es auf einer Lagerstätte eine ehemals westdeutsche, nämlich die BASF-Gruppe, und eine ausländische. Oder wir verkaufen an Wintershall bzw. BASF, dann gibt es nur einen Eigentümer auf einer Lagerstätte, was manchen internen Wettbewerb wegfallen läßt und damit die Lage vereinfacht. BASF hat aber überhaupt keine Lust, in Kali weiter zu investieren. Viel lieber gäben sie ihre Kaliproduktion ab. Das gäbe dann die dritte Lösung, daß sie ihre Produktion abgeben, wir unsere verkaufen und beide an einen Bewerber von außen geben.«<sup>123</sup>

---

118 THA, 109. Sitzung des Leitungsausschusses – Ergebnisprotokoll, 21.11.1991, BA-B, B 412, 3360, unfol.

119 European Business School e.V., Institut für Ökologie und Unternehmensführung, Ulrich Steger, an die Treuhandanstalt, Mitglied des Vorstandes, Klaus Schucht, 2.12.1991, BA-B, B 412, 3358, unfol.

120 Art. »Schucht, Klaus«, in: Munzinger Online, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000021355> (abgerufen am 26.10.2022)

121 Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 8.4.1991, BA-K, N 1585, 11, unfol.

122 Das zeigen mehrere Einträge über private Treffen zwischen Schucht und Meyer im Diensttagebuch Klaus Schuchts.

123 Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 30.9.1991, BA-K, N 1585, 13, unfol.

Auf dieser Grundlage und nach weiteren Gesprächen mit BASF, K&S und der IG BE<sup>124</sup> schlug Schucht Ballon bereits Ende November sein Eckpunkteprogramm vor. Demnach sollten alle Kalisparten bei MDK Rationalisierungen einleiten, bis sie den technischen Stand von K&S erreicht hatten. Dabei sollten die Werra-Betriebe Merkers und Unterbreizbach zusammengelegt werden, Zielitz sollte weiterlaufen und für Roßleben sollte zumindest die Option auf Erhalt gewahrt werden. Für die Phase der Umstrukturierung sollte ein Rationalisierungskartell gegründet werden, spätestens 1994 sollten K&S und MDK dann fusionieren. In der Öffentlichkeit sollte Stillschweigen über mögliche, aber noch keineswegs ausgemachte Konzepte bewahrt und diesbezüglich auch im Vorfeld mit der IG BE gesprochen werden.<sup>125</sup> Denn den Vorstellungen Schuchts standen »alle sehr ungläubig« gegenüber. Besonders die Fusionslösung, durch die der Anteil von BASF bei einer staatlichen Beteiligung auf unter 50 Prozent »heruntergedrückt« werden könne, stieß im Ludwigshafener Konzern keineswegs auf Gegenliebe, befürchtete man hier doch eher eine langfristige Konzernverantwortung, die man gerade nicht mehr wollte. Wie Schucht in seinem Dienstagebuch notierte, musste er immer wieder seine »schärfste Drohung« ausspielen, nämlich den Verkauf der MDK an ausländische Investoren, was zwar keineswegs seinen realen Handlungsoptionen entsprach, bei BASF aber regelrechte Angstszenerien auslöste,<sup>126</sup> drohte damit doch ein harter Konkurrenzkampf und Strukturbruch im Westen, der politisch schlecht in die Planungen des Konzerns passte. Zugleich wuchs der Druck auf BASF, als das Bundeskartellamt Anfang 1992 klarstellte, dass die Behörde kein Rationalisierungskartell genehmigen werde. Vor allem »zufällige Beobachtungen« über die bereits »klammheimlich praktizierte Kooperation [...] in der Marktaufteilung (zumindest im Inland), in Preisabsprachen etc.« hatten bei der Behörde einen ungünstigen Eindruck hinterlassen. Man habe diesen Praktiken bislang mit Rücksicht auf die Ausnahmesituation zugesehen, werde aber künftig »aktiv werden, sobald irgendeine Beschwerde vorgetragen wird«, so die Behördenvertreter. Das Kartellamt verwies aber zugleich auf die Möglichkeit einer Fusion, sofern die internationale Ausschreibung der MDK erfolglos blieb. Für die Ge-

---

124 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 25.10.1991, BA-K, N 1585, 14, unfol.

125 Klaus Schucht an Helmut Ballon, 25.10.1991, ebd., unfol.

126 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 16.12.1991, BA-K, N 1585, 15, unfol.

nehmung war dann die EG zuständig, deren Bestimmungen »großzügiger als die der nationalen Behörde« seien.<sup>127</sup>

Das spielte Schucht in die Karten. Auch der Gesamtvorstand der Treuhand war nun von seiner Lösung überzeugt, hielt die Unternehmen dazu an, sich bis zum 30. April 1992 über eine »evtl. gemeinsame Privatisierungslösung« zu äußern, und beauftragte den Bereich U6 zugleich mit der Einleitung »betriebswirtschaftlich zwingend notwendiger Einzelmaßnahmen entsprechend den Empfehlungen des Leitungsausschusses«. Diese sollten spätestens zum 30. August 1992 in eine Aufspaltung des Unternehmens in einen sanierungsfähigen »operativen Teil« und eine terminierte Abwicklungsgesellschaft münden. Für die sanierungsfähigen Werke wurden durch Fremdkredite aufzubringende Investitionsmittel von rund 370 Millionen DM veranschlagt.<sup>128</sup> Flankiert wurde der Vorstoß der Treuhand durch einen Beschluss des Thüringer Kabinetts, das am 18. Februar einem vom Bundesumweltministerium angeregten Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über Zuwendungen zur Werraentsalzung zugestimmt hatte, das an einen Fortbestand der Werra-Betriebe geknüpft war. Dabei ging es immerhin um Hilfen von 146,5 Millionen DM, von denen Thüringen 5,8 Millionen DM aufzubringen hatte.<sup>129</sup> Schließlich forderte nun auch die IG BE öffentlich die Fusion beider Unternehmen im Rahmen einer »konzertierten Aktion«.<sup>130</sup> Dabei nutzte die Gewerkschaft nicht nur eigene Medienorgane, um ihren Zehn-Punkte-Plan zu präsentieren, sondern lobbyierte diesbezüglich auch eifrig bei Politikern und Abgeordneten in Bund und Ländern.<sup>131</sup> BASF-Vorstandsmitglied Gerhard Wolf hatte bereits Ende Januar 1992 den Widerstand gegen die Fusionslösung aufgegeben. Von der Treuhand forderte er für den ungeliebten Deal jedoch eine Einlage von 1,4 Milliarden DM sowie »absolute Diskretion«, denn er müsse das Projekt, so Schucht in seinem Tagebuch, »in seinem Vorstand zunächst einmal durch-

---

127 THA, Direktorat Bergbau/Steine/Erden, Abt. Kali- und Erzbergbau, Kuyumcu, Notiz über ein Gespräch beim Bundeskartellamt am 08.01.1992 über Möglichkeiten zu einem Kooperationsabkommen zwischen der Mitteldeutschen Kali AG und der Kali und Salz AG/BASF, 14.1.1992, BA-B, B 412, 3360, unfol.

128 Auszug aus VS 7/1/92 Protokoll LAusschuß, BA-B, B 412, 2626, Bl. 147.

129 Thüringer Staatskanzlei, Kabinettsreferat, Niederschrift über die 64. Kabinettsitzung am 18.2.1992, LATH-HStA, 6-82-1001, Nr. 2266, Bl. 5 f., 283-295 (Anlagen).

130 IGB fordert Zukunftsinitiative für den deutschen Kalibergbau, IGBE-Extra, Flugblatt, Februar 1992, AfsB, IG BE, 12883, unfol.

131 Vgl. den Schriftverkehr mit Politikern und Abgeordneten in: AfsB, IG BE, 12867.

bekommen, dann in seinem Aufsichtsrat, dann im Vorstand, Aufsichtsrat und in der Hauptversammlung der Kali und Salz, die ja auch noch freie Aktionäre hat. Dieser Prozeß würde durch Indiskretion sofort gestört.«<sup>132</sup>

Beseelt vom »Jahrhundertdeal« der Privatisierung der mitteldeutschen Chemieindustrie im Paket mit dem Tankstellennetz Minol an ein internationales Konsortium, der in nur wenigen Monaten bis zum Jahresende 1991 über die Bühne gegangen war,<sup>133</sup> wollte Schucht das Kaliprojekt zu seinem nächsten großen Erfolg machen. Erneut war die Zeitvorgabe ambitioniert, denn der Leitungsausschuss hatte den gesamten Privatisierungsvorgang auf das Jahresende 1992 terminiert.<sup>134</sup> Indem Schucht hierbei auf die Hilfe der internationalen Investmentbank Goldman Sachs zurückgriff, welche die erforderliche internationale Ausschreibung übernehmen sollte,<sup>135</sup> schloss er unmittelbar an die gute Zusammenarbeit beim Leuna/Minol-Deal an.<sup>136</sup> Schuchts gute Beziehungen zu Paul Achleitner, dem Geschäftsleiter der Frankfurter Außenstelle von Goldman Sachs, ermöglichten es, »die Ausschreibungsbedingungen so [zu] setzen, daß sie zum Schluß in die gemeinsame Gesellschaft Mitteldeutsche Kali + Kali & Salz münden«, und bis dahin den internationalen Wettbewerb »sehr vorsichtig [zu] steuern«. So kam einer internationalen Investmentbank paradoxerweise die Aufgabe zu, eine Ausschreibung so zu gestalten, dass möglichst kein ausländischer Investor bei der Treuhand Interesse bekundete. Freilich beschlossen Achleitner und Schucht über diese risikobehaftete Strategie strengste Geheimhaltung:

»Wenn eine Ausschreibung so auf dem offenen Tablett, über die Presse begleitet und durch dauernde Gespräche erhellt abläuft, kann man sich nicht wundern, daß die Leute [gemeint sind die Investoren; Anm. C.R.] verlangen, daß man ihnen eine neue Werft fertiggestellt hinbaut oder wie Krupp bei Eko-Stahl, daß man ihnen ein neues Stahlwerk baut, welches sie dann gnädigst übernehmen, sofern man für eventuelle Anlaufverluste der nächsten 5

132 Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 29.1.1992, BA-K, N 1585, 15, unfol.

133 Annette Jensen, Jahrhundertdeal der Treuhand, in: taz, 17.12.1993, S. 13; Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes (= Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/9300), S. 304 f., URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/14/093/1409300.pdf> (abgerufen am 8.8.2022); Karlsch, Industrielle Kerne in Ostdeutschland, S. 163–166.

134 Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 29.1.1992, BA-K, N 1585, 15, unfol.

135 Klaus Schucht, Aktennotiz, Privatisierung Kali, 12.2.1992, BA-B, B 412, 3360, unfol.

136 Zur Zusammenarbeit zwischen der Treuhand und Goldman Sachs vgl. Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes (= Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/9300), S. 302–325, URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/14/093/1409300.pdf> (abgerufen am 8.8.2022).

Jahre auch noch bürgt. Von unternehmerischem Risiko oder Engagement kann überhaupt keine Rede sein.«<sup>137</sup>

Geheimhaltung diene somit in erster Linie der Verbesserung der Verhandlungsposition der Treuhand gegenüber der BASF, deren Forderungen über das übliche Maß an Investitionshilfen hinausgingen. Aber auch im Vorstand der Treuhand und in den Bonner Ministerien gab es noch immer gewichtige Stimmen, die MDK lieber an einen internationalen Investor verkaufen wollten, auch um die Treuhand von ihrem schlechten Image zu befreien, nur den westdeutschen Wirtschaftsinteressen zu dienen. Dazu zählten der Vorsitzende des Treuhand-Verwaltungsrats Jens Odewald (Vorstandsvorsitzender der Kaufhof Holding AG) sowie die Verwaltungsratsmitglieder Dieter von Würzen (Staatssekretär im BMWi) und Johann Tilburg (Vorstandsvorsitzender der Grundig AG), aber auch Franz Josef Lappe, der das Kaufmännische Direktorat in Schuchts Treuhand-Bereich U6 leitete. So verständigte sich Schucht auch mit IG BE-Chef Hans Berger darauf, künftig auf öffentliche Äußerungen zum Kaliprojekt zu verzichten, was Berger, so Schucht, »sofort« eingesehen habe, da »ja immer ein Vorstoß der Gewerkschaften selbst in eine richtige Richtung meist zu einer Gegenreaktion führt, wenn die Initiative der Gewerkschaft nicht nachhaltig im Rahmen der öffentlichen Meinung liegt«.<sup>138</sup>

Die konkreten Verhandlungen wurden auf einen achtköpfigen Kreis begrenzt (jeweils vier Vertreter von Treuhand/Goldman Sachs und der Kaliunternehmen), zudem wurde ein »Drehbuch« festgelegt, »wann wer zu welcher Zeit durch wen zu benachrichtigen sei«.<sup>139</sup> Während die gesteuerte internationale Ausschreibung reibungslos über die Bühne ging und das gewünschte negative Ergebnis erzielte, sorgte jedoch bald die nach wie vor ungewisse Zukunft des Werkes Bischofferode für Irritationen. Denn der Leitungsausschuss hatte das Werk zur Stilllegung empfohlen, gleichwohl war es noch immer Bestandteil des offiziellen Sanierungskonzepts. Besonders im Thüringer Wirtschaftsministerium bemängelte man zwar die vorgesehene Schließung an sich, sondern das Fehlen einer »konkrete[n] Aussage zum Zeitpunkt der aus betriebswirtschaftlichen Gründen zu

---

137 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 15.2.1992, BA-K, N 1585, 15, unfol.

138 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 12.2.1992, ebd., unfol.; Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 15.2.1992, ebd., unfol.

139 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 1.4.1992, BA-K, N 1585, 16, unfol.

schließenden Betriebsstätte Bischofferode«,<sup>140</sup> um entsprechende strukturpolitische Maßnahmen planen zu können. Dagegen empfahl das BMWi, die für Bischofferode vorgesehenen Investitionsmittel angesichts des Votums des Leitungsausschusses besonders kritisch zu überprüfen, eine »Beunruhigung der Gewerkschaftsvertreter/Belegschaft [...] jedoch zum jetzigen Zeitpunkt« zu vermeiden.<sup>141</sup> So ging Bischofferode zunächst in die Anfang Oktober 1992 umstrukturierte MDK (zusammen mit Merkers, Unterbreizbach und den 100-prozentigen Tochtergesellschaften Zielitzer Kali AG und Mitteldeutsche Salzwerke GmbH) ein. Zwei der »Altgesellschaften« gingen in die Liquidation, zwei weitere waren für eine separate Privatisierung vorgesehen. Die restlichen »Altgesellschaften« wurden in eine Verwahrgesellschaft eingebracht und sollten dort zum Teil zu Untertagedeponien umstrukturiert werden.<sup>142</sup>

Die Schließung Bischofferodes wurde damit von allen Akteuren, auch der Thüringer Landesregierung, schon lange vor der entscheidenden Verwaltungsratssitzung am 9. Dezember 1992 mitgetragen. Nur der Zeitpunkt stand noch nicht fest. Intern hatte sich der exklusive Kreis um Schucht aber schon längst auf einen vertraulichen Geschäftsplan für die zu fusionierende Kaligesellschaft verständigt. Danach waren Bischofferode und Merkers umgehend zu schließen, womit die Förderkapazität des Gesamtunternehmens von 2,1 auf 1,4 Tonnen Kalisalz absinken sollte. K&S verpflichtete sich im Gegenzug ebenfalls zur Stilllegung zweier Werke, was dessen Fördermenge auf 1,9 Tonnen Kalisalz begrenzte. Dies entsprach dem tatsächlichen Auslastungsgrad der Werke zu diesem Zeitpunkt. Anstatt der offiziell anvisierten 5.000 Beschäftigten sollten auf ostdeutscher Seite nur noch 2.800 bis 3.000 Arbeitsplätze erhalten bleiben.<sup>143</sup> Einig waren sich die Verhandlungspartner auch bereits in Bezug auf das Beteiligungsverhältnis (Treuhand: 49 Prozent, K&S: 51 Prozent), wobei sich Schucht vor allem auf Druck von K&S auf eine zeitlich begrenzte Ergebnisaufteilung zulasten der Treuhand einließ. Danach sollte die Treuhand bis 1995 90 Prozent, 1996 85 Prozent und 1997 noch

140 Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Abt. 2A2 an 2A1, Dr. Pampel, Betr.: Stellungnahme zur Vorlage für den Verwaltungsrat der THA vom 17.6.92/hier: MDK AG Verlängerung bzw. Erhöhung der Finanzierungshilfen der THA, 22.6.1992, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 406, Bl. 67 f.

141 BMWi, L-D/THA, 2, Vermerk, Betr.: Verwaltungsratssitzung der THA am 26.6.1992; hier: Mitteldeutsche Kali AG (MdK), 23.6.1992, BA-K, B 102, 706082, Bl. 165.

142 Vorstandssitzung der THA am 17.11.1992, BA-B, B 412, 2710, Bl. 277.

143 Goldman Sachs an Klaus Schucht, Memorandum, MdK-Team, Vorbereitung des Gesprächs mit Herren Bethke und Wolf, 5.10.1992, BA-B, B 412, 3362, unfol.

80 Prozent der Verluste tragen. Gleiches galt zwar ebenso für Betriebsgewinne, die jedoch unwahrscheinlich waren.<sup>144</sup> Eine schnelle Lösung wurde auch in der Frage des Barwertausgleichs gefunden, also derjenigen Kosten, die der Treuhand entstehen würden. BASF hatte zunächst 1,4 Milliarden DM verlangt, die Treuhand und Goldman Sachs boten dagegen 600 bis 750 Millionen DM. Gleichwohl waren sowohl Schucht als auch Treuhand-Präsidentin Birgit Breuel bereit, BASF entgegenzukommen.<sup>145</sup> Der Befürchtung, dass die Treuhand dadurch BASF subventionieren könnte, hielt Schucht seine Bergbauerfahrungen entgegen. So gewährte eine gute Ausstattung des Kalibergbaus von vornherein, dass man die »notleidende« Branche nicht »nach wenigen Jahren schon wieder am Tropf« habe.<sup>146</sup> Zudem erhoffte sich Schucht durch seine »großzügige Geste« Konzessionen bei anderen Verhandlungen mit BASF, so etwa in der Frage von Gaslieferungen nach Italien oder einer möglichen Übernahme der Buna-Werke.<sup>147</sup> Am Ende einigten sich die Parteien auf einen Mittelwert von 1,04 Milliarden DM.

Am 24. November 1992 wurde der Gesamtvorstand der Treuhand in die Pläne eingeweiht. In seinem Informationspapier<sup>148</sup> listete Schucht alle wesentlichen Punkte auf und verhehlte dabei keineswegs, dass es sich bei der Fusion weniger um eine Liebes- denn um eine Zweckheirat handelte, bei der K&S wesentliche Eckpunkte diktieren konnte. Im Hinblick auf die Zukunft von Merkers und Bischofferode aber blieb Schucht vage. So sprach er lediglich von der Stilllegung von jeweils zwei Kaliwerken auf beiden Seiten (sowie zusätzlich einem Steinsalzwerk bei K&S). Die umstrittene hohe Bareinlage von 1,04 Milliarden DM machte Schucht dem Vorstand dagegen mit zwei Argumenten schmackhaft. Zum einen sollten davon 700 Millionen DM in die MDK-Werke fließen, was gegenüber dem Verhandlungsstand von Anfang Oktober eine Verbesserung darstellte. Ursprünglich war vorgesehen, nur rund 490 Millionen DM in die MDK-Werke zu investieren, 300 Millionen

---

144 Kali und Salz AG, Wolf, an Klaus Schucht, 6.II.1992, ebd., unfol.

145 Goldman Sachs, Frank O. Lehmann, an Klaus Schucht/Paul Achleitner, Vertrauliches Memorandum, Stand der Gespräche zwischen Treuhandanstalt und Kali und Salz AG (»K+S«) bezgl. der Mitteldeutschen Kali AG (»MdK«), 17.IO.1992, ebd., unfol.; Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 6.IO.1992, BA-K, N 1585, 17, unfol.

146 Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 26.IO.1992, BA-K, N 1585, 18, unfol.

147 Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 19.IO.1992, BA-K, N 1585, 17, unfol.

148 Informationsvorlage für Vorstandssitzung am 24.II.1992, vertraulich, 23.II.1992, BA-B, B 412, 10749, unfol.

DM dagegen in die Werke von K&S.<sup>149</sup> Dazu kamen allerdings noch Kosten für die Verwahrgesellschaft von ebenfalls über einer Milliarde DM sowie für die Altlastensanierung von etwa 270 Millionen DM. Zum anderen listete das Papier eine Reihe von Kontrollgremien auf, die über die Verausgabung der Mittel wachen sollten. Dazu zählten neben der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat, an denen die Treuhand als Anteilseignerin zu beteiligen war, das Recht der Behörde, die Jahresbilanzen durch unabhängige Experten prüfen zu lassen, sowie ein zusätzliches Sondercontrolling über die Einhaltung der Investitionszusagen, den Personalabbau und die Abführung von Mehrerlösen bei Vermögensveräußerungen. Dennoch stieß das hohe finanzielle Risiko vielen Vorstandsmitgliedern noch immer sauer auf, und eine weitere Diskussion im Präsidialausschuss, der ausgewählte Vertreter der beiden höchsten Treuhand-Gremien vereinte,<sup>150</sup> verlief entsprechend hitzig. Zwar nickte das Gremium die Fusionspläne ab, auf Druck des stellvertretenden Verwaltungsratsvorsitzenden und Wirtschaftsprüfers Otto Gellert aber sollte das Beteiligungsverhältnis auf 50:50 geändert werden. Zudem plädierte der Präsidialausschuss für einen Doppelsitz des neuen Unternehmens in Kassel und Sondershausen und forderte die Aufnahme weiterer Klauseln, die eine Gleichberechtigung der Anteilseigner gewährleisten sollten. Schucht erwischte diese Forderungen unvorbereitet.<sup>151</sup>

Nachdem der Fusionsplan am 8. Dezember 1992 zwar reibungslos den Vorstand passiert hatte,<sup>152</sup> stand Schucht am Folgetag jedoch eine emotionale Verwaltungsratssitzung bevor. Denn Gellert hatte nach der Vorstandssitzung noch einmal mit Nachdruck auf seine Forderungen gedrängt und angeboten, selbst die Verhandlungen mit K&S/BASF zu führen, was das Unternehmen aber ablehnte (ebenso wie die Forderungen Gellerts).<sup>153</sup> Die IG BE hatte für die gewerkschaftlichen Vertreter im Verwaltungsrat hingegen schon im Vorfeld Zustimmung empfohlen.<sup>154</sup> Gleichwohl bot auch dies keine Gewähr dafür, dass die gewerkschaftlichen Verwaltungsratsmitglieder die-

149 Goldman Sachs an Klaus Schucht, Memorandum, MdK-Team, Vorbereitung des Gesprächs mit Herren Bethke und Wolf, 5.10.1992, BA-B, B 412, 3362, unfol.

150 Marissal, Der politische Handlungsrahmen der Treuhandanstalt, S. 42.

151 Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 6.12.1992, BA-K, N 1585, 18, unfol.

152 Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 8.12.1992, ebd., unfol.; Vorstandssitzung der THA am 8.12.1992, BA-B, B 412, 2715, Bl. 8–11.

153 Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 8.12.1992, BA-K, N 1585, 18, unfol.

154 DGB, Abt. Vorsitzender, Volker Jung, an den Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer, Hermann Rappe, Dieter Schulte, Roland Issen, Verwaltungsrat THA 9. Dezember 1992, 8.12.1992, AdSd, DAG, RV-6106, unfol.

sem Votum folgten. Denn, so Schucht in seinem Diensttagebuch über die »lange Debatte«, »Gellert steckte alle mit dem Bazillus 50:50 an«. <sup>155</sup> Die Sorge, dass K&S sich auf Kosten der Treuhand sanieren wolle, ohne dass diese hinreichend Einfluss auf die Geschäftspolitik des fusionierten Unternehmens habe, teilten viele Verwaltungsratsmitglieder. Auch der Vorsitzende des DGB und Schucht-Vertraute Heinz-Werner Meyer zeigte sich überrascht und verwies darauf, dass die Fusion zur »Teilung von Arbeitsplätzen zwischen Ost und West« führe, was bei den Betroffenen »Widerspruch hervorrufen« müsse. <sup>156</sup>

Im Verwaltungsrat herrschte damit eine selten angespannte Situation vor. Schucht und BASF aber hatten sich auf diese Situation vorbereitet. In ihrem Drehbuch hatten sie verabredet, zeitgleich zum Verwaltungsrat den BASF-Aufsichtsrat tagen zu lassen, um den Druck auf ersteren zu erhöhen. Die Strategie ging auf. Schucht ließ sich, wie verabredet, während der Sitzung von BASF ans Telefon bitten und steigerte damit die Anspannung im Gremium. Den Anwesenden erklärte er anschließend, dass BASF eine 50:50-Regel zum »Dealbreaker« machen werde. Das Eis brach ausgerechnet ein Ministerpräsident, jedoch nicht der (ohnehin abwesende) thüringische, sondern der sächsische, also Kurt Biedenkopf (CDU). Dieser erklärte im Sinne Schuchts »sehr sachlich«, dass BASF einer 50:50-Regel mit Blick auf einen möglichen Verkauf ihrer Anteile nach fünf Jahren nicht zustimmen könne. Daraufhin habe auch DGB-Chef Meyer seine Meinung geändert und argumentiert, dass »es einen verheerenden Eindruck hinterläßt, wenn die gesamte Aktion wieder abgeblasen werden muß«. Dies und der Hinweis Schuchts, dass eine Fortführung der MDK für die Treuhand teurer würde, brachten den Durchbruch. Der Verwaltungsrat stimmte der Fusion einstimmig zu. Dass diese letztlich auch der Sanierung von K&S diene, ergab sich schon allein aus der Logik des Sachverhalts, denn, so Schucht ganz nüchtern in seinem Tagebuch, »ohne ein gewisses Desinvestment in Aussicht zu nehmen, hätte die BASF hier überhaupt keine Veranlassung gehabt, sich mit dem heruntergewirtschafteten östlichen Bergbau zu verbinden«. Das einzige Druckmittel, das die Treuhand dem hätte entgegensetzen können, wäre eine zeitlich und finanziell nur schwer abzuschätzende Fortführung der MDK gewesen, was zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung aber kei-

---

155 Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 9.12.1992, BA-K, N 1585, 18, unfol.

156 Protokoll über die 27. Sitzung des Verwaltungsrates am 9. Dezember 1992, BA-B, B 412, 9035, Bl. 8–10.

ner der beteiligten Akteure auch nur ansprach.<sup>157</sup> Auch eine Privatisierung einzelner Kaliwerke erwog keiner der Akteure – schon allein, weil damit das Entsalzungsprogramm für die Werra gefährdet gewesen wäre.

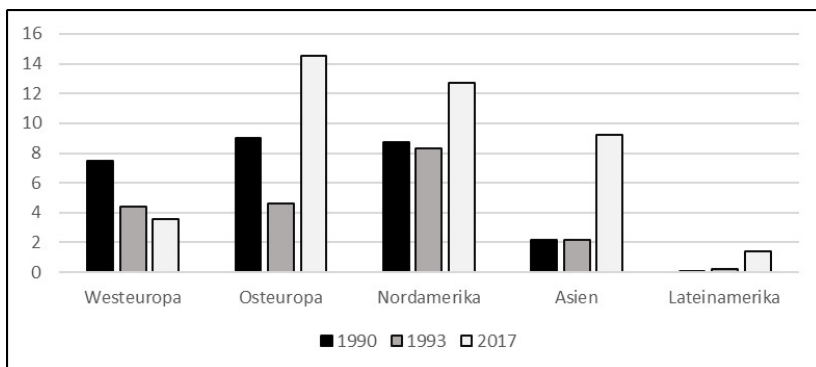
Die Fusion war damit am Ende mehr als ein Erhaltungsprogramm für einen kleinen Teil der ostdeutschen Kaliindustrie. Es war ein gigantisches Strukturprogramm für die gesamte deutsche Kaliindustrie, das alle Involvierten mittrugen – trotz mancher Bedenken. Diese Strategie war durchaus riskant, widersprach sie doch dem gesetzlichen Treuhand-Auftrag, in erster Linie die ostdeutsche Wirtschaft umzustrukturieren. Dieser Imperativ von 1990, auf den später die Kritiker\*innen der Fusion immer wieder verwiesen, ließ sich im Alltag der Transformation aber kaum durchhalten, denn Sanierungen im Osten konnten nie ohne Rückwirkungen auf den Westen bleiben. Die Fusionsverhandlungen stehen damit paradigmatisch für die schwierigen Aushandlungen, in denen sich die Treuhand behaupten musste.

Nach Abschluss der Privatisierung Ende 1993 konzentrierte sich die deutsche Kaliindustrie noch auf zehn Standorte. 1994 und 1996 wurden zwei Werke in Niedersachsen geschlossen, bis 2015 folgten zwei weitere Betriebe in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Seither fördert K&S nur noch im sachsen-anhaltischen Zielitz, im niedersächsischen Bergwerk Sigmundshall, im hessischen Neuhoof-Ellers und in einem neu gebildeten Werra-Betrieb, bestehend aus dem thüringischen Werk Unterbreizbach und den beiden hessischen Betrieben Hattorf und Wintershall. Ein Teil von Merkers dient bereits seit Sommer 1991 als Erlebnisbergwerk.<sup>158</sup> Im europäischen Kontext ordnen sich diese Konzentrationsprozesse auch in einen längerfristigen Bedeutungsverlust der Rohstoff- und Bergbauwirtschaft vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Effizienz- und gesellschaftlicher Nachhaltigkeitsdebatten ein, was eine Verlagerung der Förderung nach Osteuropa, Nordamerika und zusehends auch nach Asien begünstigt. Dieser langfristige globale Blick verdeutlicht zudem, dass der »Osten« 1989 keineswegs gegen den »Westen« verlor. Vielmehr wurde die Kaliindustrie der DDR in einen westeuropäischen Kontext integriert, in dem die Kaliförderung bereits im Rückzug begriffen war, während die USA, Russland und Asien nach einer Übergangszeit einen rasanten Aufstieg erlebten.

---

<sup>157</sup> Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 9.12.1992, BA-K, N 1585, 18, unfol.

<sup>158</sup> K+S (Hrsg.), Wachstum erleben, S. 251; Verband der Kali- und Salzindustrie e. V. (Hrsg.), Kali und Salz, S. 6.



Die weltweite Kaliproduktion 1990–2017<sup>159</sup>

Im Frühjahr 2021 kündigte das australische Unternehmen Davenport Resources jedoch an, den Kalibergbau in Bischofferode wieder zum Leben erwecken zu wollen. Angesichts der Sanktionen gegen Russland und Belarus sowie insgesamt steigender Kalipreise gewinnt der Thüringer Standort wieder an Attraktivität. Das von den Australiern zu diesem Zwecke gegründete Unternehmen Südharz Kali GmbH, dessen Name wohl nicht zufällig an »goldene Zeiten« in der Region erinnert, beabsichtigt, noch im Jahre 2022 eine Standortentscheidung zu treffen. Ob das vor Ort durchaus nicht unumstrittene Unternehmen Bischofferode 2.0 jedoch gelingt, steht allerdings noch in den Sternen, und es scheint angesichts des weiterhin volatilen Marktgeschehens, der generellen Tendenz zum Rückgang des Bergbaus in EU-Ländern sowie wachsender Umweltauflagen einige Skepsis angebracht. Auch die Ankündigung der Investoren, zu ähnlich niedrigen Preisen wie in Osteuropa produzieren zu wollen, wirft Fragen auf – etwa wie dies mit dem vergleichsweise hohen Lohnniveau in Deutschland zu vereinbaren ist.<sup>160</sup>

<sup>159</sup> Zahlen aus: Mineral Yearbook, Potash Statistics and Information, URL: <https://www.usgs.gov/centers/nmic/potash-statistics-and-information> (abgerufen am 4.10.2021).

<sup>160</sup> Maike Telgheder, Kalisalze für ganz Europa: Australier wollen Thüringer Vorkommen erschließen, in: Handelsblatt, 8.2.2021; Bernd Müller, Kali-Bergbau in Thüringen lebt wieder auf, in: Telepolis online, 31.3.2022, URL: <https://heise.de/-6658833> (abgerufen am 5.8.2022).



# Heimat(en): Das Eichsfeld als umstrittene Bergbauregion

## Aufbruch in die Moderne? Industrialisierung und regionale Identität im Eichsfeld bis 1945

Als einer der ehemaligen Hungerstreikenden sorgt Willibald Nebel mit über 70 Jahren noch heute mit Leib und Seele dafür, dass die Geschichte ihres Widerstands vor Ort nicht versiegt. Sein Engagement für das 1994 auf dem ehemaligen Werksgelände gegründete Kalimuseum und seine persönlichen Erinnerungen zeugen, stellvertretend für alle damals Betroffenen, noch Jahre nach der Stilllegung des Betriebs von der Emotionalität der Ereignisse. Das Museum sieht er vor allem als Bollwerk gegen das scheinbar gewollte Vergessen, »weil es Bischofferode nicht geben soll. Nie wieder«.<sup>1</sup> Zugleich aber ist das Museum eine Zumutung für viele, die sich stets schwer damit taten, im Eichsfeld eine moderne Bergbauregion zu sehen. Für sie verband sich der Bedeutungsgewinn des Bergbaus im Zuge der Industrialisierung des Eichsfelds in der DDR nicht mit sozialen Aufstiegs-, sondern mit Unterdrückungserfahrungen. Der Protestchronist der *taz*, Helmut Höge, der im Gegensatz zu anderen Journalist\*innen noch viele Jahre an den lokalen Nachwirkungen des Hungerstreiks interessiert blieb, fing diese lokalen Stimmen in einem bemerkenswerten Artikel vom August 1996 ein, in dem er nicht nur die Kumpel, sondern auch den Leiter der Entwicklungsgesellschaft Südharz-Kyffhäuser (ESK), Werner Dietrich, einen örtlichen Speditionsunternehmer und die evangelische Pastorin der Nachbargemeinde Großbodungen, Christine Haas, zu Wort kommen ließ:

»Dietrich ist – ähnlich wie der größte Bischofferoder Arbeitgeber, Speditionsunternehmer Kielholz, – vor allem enttäuscht vom mangelnden unternehmerischen Elan der Ka-

---

<sup>1</sup> Kalinowski, Da hängt ganz viel leben dran, S. 159, 171.

likumpel selbst: ›Wir hatten mit mehr Ausgründungen gerechnet. Aber die Bergarbeiter waren privilegiert.‹ Das sehen auch viele Eichsfelder drumherum so. Christine Haas wird noch heute bisweilen in der Gemeinde für ihr damaliges Engagement [für den Hungerstreik, C.R.] kritisiert: ›Die Bauern sagen, den Bergleuten ging es immer besser als allen anderen. Erst wenn das alles vorbei ist, sind wir wieder alle gleich.‹<sup>2</sup>

Die Frage, wem das Eichsfeld gehört, ist auf der ehemaligen Ostseite der Region noch immer stark umkämpft. So wird auch Willibald Nebel nicht müde, seine regionale Zugehörigkeit zu betonen. Er wurde dort geboren, katholisch erzogen, zog 1971 nach Kirchworbis, fand dort seine große Liebe, kaufte ein Grundstück und verrichtete »auf der Grube unsere Arbeit«. <sup>3</sup> Seine Identität als Eichsfelder bestimmt auch sein ambivalentes Verhältnis zum SED-Staat. Als Bürger einer zutiefst katholisch geprägten Grenzregion, in der die Teilung Deutschlands und der repressive Charakter der DDR zur alltäglichen und familiären Erfahrung gehörten, habe er seine Abneigung gegen die SED nicht nur im Privaten artikuliert. So habe er den Staatsbürgerkundelehrer im Unterricht bloßgestellt, weil dieser westdeutsche Kleidung trug; er habe die SED-Mitgliedschaft verweigert und die Forderungen der Funktionäre abgelehnt, seinen Sohn zur Jugendweihe zu schicken. Mit diesen biographischen Episoden schreibt sich Nebel in das ältere Narrativ des widerständigen Eichsfelds<sup>4</sup> ein. Gleichwohl hätten ihm die Erfahrungen mit der Treuhand die Vorzüge des »sozialen Ostens« bewusst gemacht,<sup>5</sup> die er im Arbeitskampf gegen die Marktwirtschaft »für uns, für die Region, für unsere Familien«<sup>6</sup> verteidigt habe. Für Nebel gingen mit der Treuhand Sicherheit und Stabilität im Osten verloren, für viele andere im Eichsfeld aber bedeutete das Ende der SED-Herrschaft die Befreiung von jahrzehntelanger Unterdrückung. Und doch: Die Kalikumpel wuchsen im Verlauf der DDR nicht nur zu einer sozial privilegierten und kulturell überhöhten Gruppe vor Ort heran, sondern wurden auch Teil des sozialmoralischen Gefüges im Eichsfeld. Und sie blieben es: Auch nach 1990 engagierten sie sich in örtlichen Parteiverbänden, im Sportverein, in der Freiwilligen Feuerwehr oder im Kirchenchor. Während des Hungerstreiks aber schien es, als sei all dies nebensächlich. Gisela Bernd brachte dies in einem Interview auf den Punkt, nachdem

---

2 Helmut Höge, Depression im Eichsfeld, in: taz, 12.8.1996.

3 Kalinowski, Da hängt ganz viel leben dran, S. 165.

4 Behrens, Regionalkultur und Regionalbewusstsein im Eichsfeld 1920 bis 1990, S. 41.

5 Kalinowski, Da hängt ganz viel leben dran, S. 166.

6 Ebd., S. 173.

sie sich als erste Frau im Juli 1993 den Hungerstreikenden für ein paar Tage angeschlossen hatte: »Doch, was bleibt uns, wenn die Grube schließt?«<sup>7</sup> Für Siegfried Hubenthal, ehemals Elektromeister über Tage, steht das Kaliwerk noch heute im Zentrum seines Lebensentwurfs: »Der Schacht war mein Leben.«<sup>8</sup> Für einige der ehemaligen Protestakteure wurde das Kalimuseum in der Tat zu einer Art Ersatzheimat, die ansonsten nur wenige Besucher\*innen anlockt.<sup>9</sup> Für die meisten aber ging das Leben trotz des Verlustes des betrieblichen Soziotops und der Zumutungen des kapitalistischen Arbeitsmarkts auch innerhalb des sozialmoralischen Gefüges des Eichsfelds weiter. Das Verhältnis der Kumpel zur Region ist damit bis heute ein ambivalentes, was sich auch in so mancher Biographie widerspiegelt. Willibald Nebel ist hierfür ein eindrückliches Beispiel. Er setzt sich nicht nur für die vor Ort umstrittene Erinnerung an den Hungerstreik ein, sondern engagiert sich auch in der Alters- und Ehrenabteilung des Eichsfelder Kreisfeuerwehrverbands.

Dieser regionale Identitätskonflikt lässt sich nicht nur bis ins Jahr 1945, sondern bis ins frühe 20. Jahrhundert zurückverfolgen, als viele europäische Gesellschaften wie das Kaiserreich in eine »offene Moderne« eintraten und vor dem Hintergrund tiefgreifender Transformationsprozesse (Hochindustrialisierung, Urbanisierung, Migration, Aufkommen sozialer Bewegungen, Entstehen eines politischen Massenmarkts, der Ausbreitung des Nationalstaats und Verwissenschaftlichung) Zugehörigkeiten und »Heimat« neu verhandelt werden mussten.<sup>10</sup> Vielerorts entstanden Heimatvereine, die diese vor Ort häufig als Bedrohung wahrgenommenen Prozesse des Wandels moderierten und zuweilen selbst zu Motoren des Wandels in den Regionen wurden. Das katholische Eichsfeld bildete hiervon keine Ausnahme. Schon als die einst zum Kurfürstentum Mainz gehörende historische Region 1802 infolge der Säkularisierung bzw. 1866 nach einer erneuten Teilungsphase infolge des Wiener Kongresses von 1815 Teil des protestantischen Preußens wurde, galt sie als »Armenhaus« inmitten eines mächtigen Staates,<sup>11</sup> der alles daran setzte, zu den modernen europäischen Industrienationen aufzuschließen. Dass technische Innovationen in der englischen Webstuhlindustrie das lokale Textilgewerbe im ansonsten landwirtschaft-

---

7 Heilig/Holm, Signal Bischofferode, S. 30.

8 Vinke, »Ein Volk steht auf – und geht zum Arbeitsamt«, S. 192.

9 Die Tragödie von Bischofferode (1): Von Bischofferode bleibt nur ein Museum, in: Thüringer All-gemeine, 22.2.2014.

10 Marx/Reitmayer (Hrsg.), Die offene Moderne.

11 Aufgebauer, Geschichte einer Grenzlandschaft.

lich geprägten Eichsfeld verdrängten, erhöhte den Problemdruck mehr denn je.<sup>12</sup> So entwickelte sich das Eichsfeld im 19. Jahrhundert zu einem Reservoir billiger und ungelernter Wanderarbeiter\*innen – eine Entwicklung, die durch die überwiegend kleinen Erbhöfe mit minderwertiger Bodenqualität, die sich bestenfalls zum Anbau von Tierfutter eigneten,<sup>13</sup> aber die stetig wachsende Landbevölkerung kaum noch zu ernähren vermochten,<sup>14</sup> beschleunigt wurde.

Als um 1860 erstmals Kalivorkommen in Preußen erschlossen wurden und um die Jahrhundertwende auch im Eichsfeld erste Kaliwerke entstanden, stellte sich der 1906 gegründete Verein für eichsfeldische Heimatkunde (VEH) an die Spitze dieses als Chance für die Region begriffenen Transformationsprozesses. Die überwiegend katholisch-sozialreformerischen Akteure des Vereins hofften, dadurch endlich zur modernen Industriegesellschaft aufschließen zu können. Sie förderten die Nationalisierung des Eichsfelds, verwiesen auf die Vorteile für die gewerbliche Wirtschaft vor Ort und warben für Tourismus.<sup>15</sup> Das »Mineral, das mehr wert ist als Gold«, wurde von ihnen zum großen Hoffnungsträger stilisiert:

»Der Kalibergbau und die sich ihm anschließende Kali-Industrie können dem Eichsfelde das werden, was ihm so lange fehlte, können dem Bevölkerungsüberschuß, der seit dem Rückgange der Hausweberei in der Fremde als Hausierer und Wanderarbeiter (Winter-Weber) oder kümmerlich noch in der Heimat als Dauerweber sich ernährt, auf dem Eichsfelde eine sichere und lohnende Beschäftigung verschaffen, welche die Landwirtschaft allein nicht bieten kann.«<sup>16</sup>

Dabei musste der VEH aber gegen starke Vorbehalte ankämpfen. Denn der Einzug der Kaliwirtschaft wurde von vielen lokalen Eliten als Bedrohung für die regionale Ordnung wahrgenommen:

»Gleichwohl hört man bereits wieder viele Stimmen, die dafür nicht Dank wissen, sondern schon wieder die schlechten Seiten der neuen Erscheinung herausgesucht haben. Der Landwirt klagt nunmehr naturgemäß, daß er für kein Geld mehr eine Magd bekomme, die Hausfrau findet kaum noch ein Dienstmädchen, der Pfarrer weiß von Gefährdung

12 Schaefer, Lebensbericht, S. 158 f.

13 Hugo Engelmann, Die eichsfeldische Landwirtschaft, in: Unser Eichsfeld 1 (1906), Heft 7, S. 106–110.

14 Müller, Migrant Workers from East Elbe and Eastern Europe in the Prussian ›Sugarbeet‹ Province of Saxony, S. 79 f.; Hochstadt, Mobility and Modernity, S. 185.

15 Behrens, Regionale Identität und Regionalkultur in Demokratie und Diktatur, S. 48–57.

16 Hugo Engelmann, Die eichsfeldische Industrie, in: Unser Eichsfeld 4 (1909), Heft 2, S. 91–93, hier S. 91.

der Sitten, von Putzsucht u. a. zu erzählen, andere wieder meinen, die Mädchen könnten nicht mehr kochen, würden keine guten noch gesunden Hausfrauen mehr werden. [...] Man sollte aber wahrlich alle kleinlichen Bedenken (anders kann man kaum sagen) endlich fallen lassen, auch einseitige (ja verständliche) Standesinteressen: der Landwirt will richtige Auswahl bester einheimischer Arbeitskräfte sich sichern!<sup>17</sup>

Die Hoffnung, dass eine »heimische« Industrie der Region »eine wirklich gute Zukunft« bringen und das Eichsfeld von der (auch unter volkshygienischen Gesichtspunkten) für schädlich gehaltenen Wanderarbeit sowie der mit ihr verknüpften überkommenen sozialen Ordnung befreien werde, versiegte jedoch, weil die Kaliindustrie kaum jene reformerischen Potentiale entfaltete. Zwar bot sie schon am Ende des Ersten Weltkriegs rund 2.000 Eichsfeldern Beschäftigung, ein Viertel davon allein im 1911 in Betrieb genommenen Werk bei Bischofferode, und ließ vielerorts einen florierenden Einzelhandel sowie eine vergleichsweise moderne Verkehrsinfrastruktur entstehen.<sup>18</sup> Gleichwohl stand der körperlich schweren Arbeit ein niedriger Lohn gegenüber, der häufig nicht einmal das Existenzminimum sicherte. So blieben die meisten Bergleute auf zusätzliche Tätigkeiten in der Landwirtschaft angewiesen, während die kapitalkräftigen Kaliunternehmer zunehmend einheimische Bauern verdrängten, indem sie deren Grundstücke durch geschickte Aktiengeschäfte aufkauften.

Während der Weimarer Republik war das »weiße Gold« im Eichsfeld bereits wieder auf dem Rückzug. Zu kostenintensiv war die Kaliproduktion in den schwer zugänglichen Revieren. So verlor das Eichsfeld in den 1920er Jahren vier Bergwerke, rund 1.000 Bergleute wurden arbeitslos und die auf die Kaliindustrie ausgerichtete lokale Ökonomie erlitt harte Einbrüche.<sup>19</sup> Das Werk Bischofferode, das 1918 von der Gewerkschaft Wintershall (1929 als Wintershall AG neugegründet) übernommen wurde, reduzierte seine Belegschaft bis 1933 von rund 600 auf 160, während der von der Weltwirtschaftskrise nur bedingt betroffene Konzern seine Geschäftszweige auf andere Branchen ausdehnte.<sup>20</sup> Zwischen 1931 und 1932 war sogar die gesamte Belegschaft des Bischofferöder Werks entlassen worden. Seine reichsweit einmalige Produktpalette (Kaliumchlorid mit höchstem Reinheitsgehalt) aber verhinderte, dass das Werk trotz seiner ungünstigen Verkehrslage

---

17 Ebd., S. 92.

18 Schmidt, Die territoriale und soziale Bedeutung des Kalibergbaus von 1890 bis 1990, S. 396.

19 Ebd., S. 404.

20 Grieger/Karlsch/Köhler, Expansion at all Costs?, S. 87–90.

gänzlich geschlossen wurde. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 florierte die Produktion des Werks wieder, da dieses nun als besonders wichtig für die Autarkie- und die Kriegswirtschaft galt.

Unter den Bedingungen des Nationalsozialismus stiegen die Beschäftigtenzahlen im Kalibergbau zwar insgesamt wieder stark an (in Bischofferode auf 760 bis zum Jahr 1940), eine regionalpolitisch relevante Rolle erlangte die Branche aber dennoch nicht, sieht man einmal von der in Merkers errichteten SS-Schule ab, die von den Kaliunternehmern massiv mitfinanziert wurde.<sup>21</sup> Insgesamt jedoch mieden die Nazis das Eichsfeld, in dem der Katholizismus ungebrochen fortlebte. Der machtsüchtige Thüringer NSDAP-Gauleiter Fritz Sauckel untermauerte seine Vision vom Reichsgau Thüringen viel lieber durch eine intensive Thüringen-Propaganda vor Ort, ohne dass sich damit konkrete regionalpolitische Partizipationsangebote verbanden. Ein in den Thüringer Amtsstuben erarbeiteter Entwicklungsplan für das Eichsfeld blieb unverwirklicht. Da halfen auch die engen Verflechtungen zwischen der Wintershall AG und dem nationalsozialistischen Thüringen wenig.<sup>22</sup> Das 1920 gegründete Land Thüringen hatte es damit insgesamt schwer, sich als neues regionales Machtgewicht im Eichsfeld zu etablieren, zumal die Neugründung eine abermalige Teilung der Region in ein Ober- (Thüringen) und Untereichsfeld (Provinz Preußen) zur Folge hatte. So beklagten selbst lokale Funktionsträger des NS-Regimes, die gerade im Obereichsfeld überwiegend nicht aus der Region selbst stammten, zunehmend die Ignoranz übergeordneter Instanzen gegenüber den spezifischen Eichsfelder Wirtschaftsproblemen. Im Untereichsfeld trugen ähnlich erfolglose Versuche, die preußische Provinzialregierung unter Verweis auf die (Stammes-)Zugehörigkeit der Duderstädter zur nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« zu wirtschaftlichen Investitionen zu bewegen, sogar zur Reaktivierung der älteren Idee von einem staatlichen Gebilde »Niedersachsen« bei.<sup>23</sup>

Diese Konflikte hallten nach, als das Land Thüringen nach dem Zweiten Weltkrieg unter sowjetischer Besatzung reorganisiert wurde. Umso wichtiger waren anfangs Mittlerfiguren wie das Gründungsmitglied der Eichsfel-

---

21 Schmidt, Die territoriale und soziale Bedeutung des Kalibergbaus, S. 409; Bartl, Das Kaliwerk »Thomas Müntzer« in Bischofferode, S. 644.

22 Grieger/Karlsch/Köhler, Expansion at all Costs?, S. 177 f.

23 John, Rüstungswirtschaftlicher Strukturwandel und nationalsozialistische Regionalpolitik; Behrens, Regionale Identität und Regionalkultur in Demokratie und Diktatur, S. 154–162.

der CDU Aloys Schaefer, der von den amerikanischen Alliierten zunächst als Bürgermeister in Dingelstädt eingesetzt und dann von den Sowjets Ende Juni 1945 zum Landrat des neugebildeten Thüringer Eichsfeldkreises berufen wurde. Gerade die administrative Zusammenfassung der Landkreise Worbis und Heiligenstadt wurde von Schaefer, obwohl die Maßnahme vor Ort nicht unumstritten war,<sup>24</sup> als Symbol des »neue[n] Thüringen« ausgemacht, das regionalen Identitäten gegenüber aufgeschlossen war. Schaefer verband dies freilich selbst mit der Forderung, das Eichsfeld aufgrund seiner neuen Lage im Zonengrenzgebiet zu einem wirtschaftlichen und kulturellen Umschlagplatz zu entwickeln.<sup>25</sup> Solche Hoffnungen aber versickerten, nachdem Schaefer im September 1946 verhaftet und der Eichsfeldkreis nach den Landtagswahlen im darauffolgenden Monat wieder aufgelöst wurde. Die Landkreise Worbis, Nordhausen und Heiligenstadt wurden neu strukturiert.

Gleichwohl setzte sich damit nicht sofort die SED-Herrschaft vor Ort durch. Vielmehr erhielten der katholische Glauben und traditionelle Wirtschaftszweige neue Relevanz, während die Kaliwerke in sowjetisches Eigentum übergangen und damit dem Einfluss lokaler wie regionaler Stellen (und letztlich auch der SED) entzogen waren.<sup>26</sup> Der Bedeutungsgewinn des Katholizismus, der, so der Heiligenstädter Ortschronist Johannes Müller 1947, »trotz Reformation, trotz Säkularisation, Kulturkampf und 12 Jahre Naziherrschaft«<sup>27</sup> überlebt habe, half nicht nur, den auch bei lokalen Eliten verankerten »radikale[n] Nachkriegs-Nationalismus«<sup>28</sup> der 1920er und 1930er Jahre auszublenden. Er spielte auch eine lokalpolitisch wichtige Rolle, galt es doch, zahlreiche Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten trotz eigener Überbevölkerung aufzunehmen. Wirtschaftspolitisch konzentrierten sich die örtlichen Beamten auf die Landwirtschaft, das Handwerk sowie die Zigarren- und Textilindustrie und damit auf bäuerli-

---

24 Bericht des Bürgermeisteramts Worbis, 30.7.1946, in: Müller/Pinkert (Hrsg.), Kriegsende und Neubeginn im Landkreis Eichsfeld 1945/1946, S. 360 f.

25 Ansprache des Landrats am 12.2.1946 zur Bauernkundgebung in Heiligenstadt, in: Schaefer, Lebensbericht, S. 169–171.

26 Der Präsident des Landes Thüringen, Vollmacht, 17.9.1945, in: John (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens, 1945–1952, Halbbd. 1, S. 160 f.; Hartung, Kali im Südharz-Unstrut-Revier, S. 46 f.

27 Zit. nach Siebert, Das Eichsfeld unterm Hakenkreuz, S. 1.

28 Speckmann, »Ein Mahnmal für die Freiheit«, S. 315; Behrens, Regionale Identität und Regionalkultur in Demokratie und Diktatur, S. 117 f.

che und mittelständische Eliten, als deren Vertreter sich die CDU vor Ort begriff.<sup>29</sup>

Die Kaliindustrie spielte dagegen nur bei kleineren Tauschgeschäften eine Rolle.<sup>30</sup> Im sowjetischen Eigentum entwickelten sich die Werke häufig eher zur Last der örtlichen Behörden. So hoben Berichte aus den Bürgermeisterämtern vom Sommer 1946 zwar immer wieder die arbeitsmarktpolitische Bedeutung einiger Kaliwerke, insbesondere Bischofferode, und ferner die Nutzung betrieblicher Baracken für Flüchtlinge hervor.<sup>31</sup> Gleichwohl kritisierten die ihrerseits unter dem Druck hoher Produktionspläne stehenden Betriebsleitungen und -räte der Kaligruben immer wieder den hohen Anteil ungelernter Arbeitskräfte, die sie von lokalen Arbeitsämtern zugewiesen bekamen, und forderten ihrerseits Sonderrationen ein, was wiederum vielfach für Neid vor Ort sorgte,<sup>32</sup> zumal lokale Eliten weiterhin die generelle Unterversorgung des Eichsfelds beklagten.<sup>33</sup> Zum Motor der Modernisierung im Eichsfeld konnte der Bergbau erst werden, nachdem diese wieder ganz im Besitz der DDR waren, die bürgerlichen lokalen Eliten aus ihren Positionen verdrängt waren und die SED die administrativen Weichen für einen effektiveren Durchgriff in die Regionen gestellt hatte. Die CDU verlor teils durch Gewalt und Flucht, teilweise durch Selbstentmachtung ihren Charakter als Milieupartei und wurde nach und nach als »Blockpartei« in den sich formierenden SED-Staat integriert.<sup>34</sup> 1952 wurden zudem die Länderstrukturen zugunsten kleinteiliger Bezirksstrukturen aufgelöst, die einen effektiveren Herrschaftsaufbau vor Ort sichern sollten. Das Eichsfeld gehörte seither zum Bezirk Erfurt und verteilte sich auf die reorganisierten Kreise Worbis, Heiligenstadt und Mühlhausen (teilweise).

---

29 Rechenschaftsbericht von Dr. Aloys Schaefer, Landrat des Kreises Eichsfeld, vor der Kreisversammlung am 14. Juli 1946 in Heiligenstadt in Gegenwart des Vizepräsidenten des Landes Thüringen, Dr. Hans Lukaschek, in: ebd., S. 173–198; Behrens, Regionale Identität und katholisches Milieu, S. 181 f.

30 Schaefer, Lebensbericht, S. 63.

31 Vgl. die Berichte der Bürgermeisterämter in: Müller/Pinkert (Hrsg.), Kriegsende und Neubeginn im Landkreis Eichsfeld 1945/1946, S. 125, 147.

32 Besprechung des Herrn Präsidenten Dr. Paul mit den Direktoren und Betriebsräten der Kalibergwerke in Thüringen am 19.2.1946, in: John (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens, 1945–1952, Halbbd. 1, S. 213–218.

33 Ignaz Wenzel an Johannes Giesberts, 31.5.1948, in: Wenzel, Die Anfangsjahre der CDU in Thüringen und auf dem Eichsfeld (1945–1950), S. 144.

34 Die Debatte über das Verhältnis von Ost-CDU und SED spaltete auch den Eichsfelder Kreisverband der CDU. Vgl. ebd.

## Durchbruch der Moderne: Intervention, Integration und Konstruktion des Eichsfelds in der SED-Diktatur

Das Eichsfeld konnte nun »planmäßig« entwickelt werden. Dem diente der sogenannte »Eichsfeldplan«, der in den Jahren von 1957 bis 1959 ausgearbeitet wurde<sup>35</sup> und den Anschluss der »Rückständigsten in der DDR« an die sozialistische Moderne herbeiführen sollte. Nicht nur rhetorisch griff die SED dabei auf ältere planungspolitische Narrative vom Eichsfeld als »Notstandsgebiet« zurück, dessen Ursachen man nun freilich dem Kapitalismus anlastete. Auch beruhten die Pläne auf einem Gutachten des früheren Jenaer Wirtschaftsprofessors Felix Boesler, der unbeschadet seiner aktiven Unterstützung des NS-Regimes und seiner Beratungstätigkeit für Heinrich Himmlers »Generalplan Ost« weiterhin Planungsgutachten für staatliche Stellen der DDR erstellte und bis zu seiner Flucht in die Bundesrepublik 1957 Mitglied der Bauakademie blieb.<sup>36</sup> Boesler hatte 1951 auch für das Eichsfeld eine Analyse »von Strukturfehlern der dortigen Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung« erarbeitet und darauf basierend »strukturverändernde Maßnahmen« gefordert, wobei er eine »gewisse Dezentralisierung der industriellen Kapazitäten« empfahl.<sup>37</sup> Gerade dies aber erzeugte Widerstand in den Ost-Berliner Planungsbüros, wo man sich dem Aufbau der sozialistischen Moderne verpflichtet sah. Der Begriff »Notstandsgebiet« stand hier vor allem für die überkommene »Anschauung der ›Landesplaner‹«, denen es mehr um die Entwicklung von Regionen als um den Sozialismus ging.<sup>38</sup> Regionale Potentiale sollten in den Augen der sozialistischen Territorialplaner hingegen nur entwickelt werden, wenn sie für den »Aufbau des Sozialismus« nützlich waren. So zielte der »Eichsfeldplan«, als er 1959 fertiggestellt war, auf wirtschaftliche Konzentrationsprozesse in der Landwirtschaft und Industrie. Dadurch sollten die lokal noch immer weit verbreitete Wanderarbeit und die kleinteiligen Landwirtschaften endgültig verschwinden und an deren Stelle sesshafte »Werktätige« treten, die »ihr Leben so gestalten können,

---

35 Umfassend zum »Eichsfeldplan« vgl. Stöber, Rosenkranzkommunismus, S. 90–170.

36 Zu Felix Boesler vgl. Aly/Heim, Vordenker der Vernichtung, S. 405.

37 Land Thüringen, Regionale Planung, Das Eichsfeld, 11.6.1951, BA-B, DE 1, 5296, Bl. 176–192.

38 Die Landesplanung und das Eichsfeld, 16.1.1956, BA-B, DE 1, 5295, Bl. 12–17.

daß sie auch bewußt und begeistert als Industriearbeiter oder LPG-Bauern einen maßgebenden Beitrag zum Siege des Sozialismus leisten.«<sup>39</sup>

Im Zentrum des ökonomisch-sozialreformerischen Plans stand der Aufbau eines großen Baumwollkombinats in Leinefelde, in dem rund 4.500 »Werk tätige«, vor allem Frauen, Beschäftigung finden sollten. Daneben gewann die Kaliindustrie, die bis Mai 1952 in Gänze an die DDR zurückübertragen worden war, eine zunehmende regionalpolitische Bedeutung, wengleich sich das Boesler-Gutachten noch skeptisch über die Zukunftsaussichten des Industriezweigs geäußert hatte:

»Eine ausgesprochen günstige Absatzorientierung ist infolge der in der neueren Zeit schlechten allgemeinen Verkehrslage des Eichsfeldes und einer unzureichenden Verkehrserschließung ebenfalls nicht gegeben. Sie ist auch für den Abtransport von Rohstoffen nicht günstig.«<sup>40</sup>

Solche ökonomisch-regionalpolitischen Einwände wurden in der Zentralplanwirtschaft der DDR jedoch ausgeblendet. Unter Zugrundelegung der Bruttoproduktion, also des Wertes des Produktionsumfangs, zählte die Kaliindustrie stattdessen bald zu den führenden Industriezweigen vor Ort. So machte sie bereits 1957 rund 23 bzw. 13 Prozent der Bruttoproduktion des Kreises Worbis bzw. des Bezirks Erfurt aus. Die Zielvorgabe, die Kaliindustrie – insbesondere das 1953 in Thomas-Müntzer-Schacht umbenannte Bergwerk in Bischofferode, wo mittlerweile rund 1.600 Bergleute arbeiteten – auszubauen, erzeugte jedoch einen gewaltigen Problemstau. Zunächst musste die völlig veraltete technische Ausstattung der Gruben mit 30 Millionen Ost-Mark erneuert werden.<sup>41</sup> Dies hatten auch regionale SED-Funktionäre seit Jahren gefordert. So wurde die Planuntererfüllung im Thomas-Müntzer-Werk bereits 1954 auf fehlende Investitionen in die Grubensicherheit und die 25 Jahre alten Produktionsanlagen zurückgeführt.<sup>42</sup>

Zugleich musste der stetig wachsende Arbeitskräftebedarf zur Bewältigung der expansiven Produktionspläne sichergestellt werden. Dem stand eine unzureichende Versorgungsinfrastruktur vor Ort entgegen. Noch Mit-

---

39 Plan zur Entwicklung des Eichsfeldes, 2. Entwurf, abgeschlossen am 15. April 1959, ebd., Bl. 18–84, hier Bl. 80.

40 Land Thüringen, Regionale Planung, Das Eichsfeld, 11.6.1951, BA-B, DE 1, 5296, Bl. 178.

41 Plan zur Entwicklung des Eichsfeldes, 2. Entwurf, abgeschlossen am 15. April 1959, BA-B, DE 1, 5295, Bl. 28, 38.

42 SED-Bezirksleitung Erfurt, Gen. Sichel, Analyse über die Lage in den Kalibetrieben des Bezirkes Erfurt, 24.2.1954, LATH-HStA, 6–95-2016, Nr. 1122, Bl. 61 f.

te der 1950er Jahre musste ein großer Teil der Bischofferöder Arbeitskräfte täglich aus 25 Ortschaften in bis zu 40 Kilometer Entfernung zum Werk befördert werden, was den Betrieb jährlich 400.000 Ost-Mark kostete. Eine Berücksichtigung des Werks beim örtlichen Wohnungsbau wurde deshalb immer dringlicher,<sup>43</sup> denn vor allem die benötigten Fachkräfte ließen sich wegen der »ungünstigen lokalen Lage unseres Werkes« und der »unzureichende[n] Wohnverhältnisse« kaum langfristig nach Bischofferode locken. Da half auch die »Spitzenposition des Kaliwerks im Wettbewerb aller Kaliwerke« der DDR herzlich wenig, wie ein Bericht von 1959 zeigt.<sup>44</sup>

All diese Probleme wurden erst in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre angegangen. Bis dahin stellte das Hochleistungswerk Bischofferode eher eine Last für die Herrschaftsdurchsetzung der SED vor Ort dar. Nicht nur, dass sein »bürgerlich-progressiver« Namenspatron Thomas Müntzer mehr schlecht als recht als Identifikationsfigur in einer erzkatholisch geprägten Region taugte. Auch politische Entscheidungen des übergeordneten Staatssekretariats Chemie, Steine und Erden bzw. der Hauptverwaltung Kali- und Nichterzbergbau erwiesen sich häufig als Belastung für die Herrschaftsträger vor Ort. So zählte ein Bericht der SED-Kreisleitung Worbis vom August 1953 allein 21 ehemalige NSDAP-Mitglieder in Leitungspositionen auf, die man von Wintershall übernommen hatte, darunter auch die Fabrik- und Grubendirektoren. Dagegen waren seit 1949 bereits 13 Parteisekretäre ausgetauscht worden, und dies nicht unbedingt zum Guten. So befand sich auf der Position des 2. Parteisekretärs ein »moralisch verkommener Mensch«, der im Ort bereits wegen Vergewaltigung aufgefallen war. Lediglich für die »gute Frauenarbeit«, insbesondere die Qualifikation von 16 Frauen, fand die SED-Kreisleitung lobende Worte.<sup>45</sup> Insgesamt fiel der Betrieb im Vergleich mit anderen lokalen Kaliwerken in Bezug auf die Zahl der SED-Mitgliedschaften weit hinten ab, wie eine Statistik vom Juni 1954 zeigt. Wurden in vier weiteren Kalibetrieben des Bezirks Erfurt Mitgliedschaftsquoten von 18 bis 38 Prozent gemessen, so waren in Bischofferode gerade einmal acht Prozent der Belegschaft der SED beigetreten, im Grubenbetrieb waren es nur

---

43 Auszug aus dem Protokoll, Kreis Worbis, 22.6.1956, BA-B, DE 1, 5295, Bl. 121.

44 VEB Kaliwerk »Thomas Müntzer«, Leitung der APO des Grubenbetriebes, an die SED-Bezirksleitung Erfurt, 22.6.1959, LATH-HStA, 6-95-2016, Nr. B IV/2/6-25, Bl. 51 f.

45 SED-Kreisleitung Worbis an die SED-Bezirksparteikontrollkommission Erfurt, Bericht über die Überprüfung der BPO Kali »Thomas Müntzer«, 27.8.1953, LATH-HStA, 6-95-2016, Nr. 1122, Bl. 72-76.

5,7 Prozent.<sup>46</sup> Wie sehr dies für lokale SED-Funktionäre zur Zerreißprobe werden konnte, zeigt ein Bericht vom September 1957. Demnach trug sich der obendrein lungenkranke 1. SED-Sekretär des Werks bereits mit dem Gedanken, »eine Schlägerei [zu] provozieren«, um seine Ablösung zu erwirken und damit einem demütigenden wie kräftezehrenden Parteiverfahren zu entgehen, in dem sich bereits ein weiteres Parteileitungsmitglied befand – dieses hatte es abgelehnt, die Kumpel bei 300 Ost-Mark Monatslohn zur Arbeit und zu Qualifizierungsmaßnahmen zu zwingen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren schon 21 Parteisekretäre abgelöst und weitere 100 Belegschaftsmitglieder aus der SED ausgeschlossen worden, von denen jedoch noch 80 im Betrieb arbeiteten. Praktische Parteiarbeit fand de facto nicht statt, und auch bei der Verteilung von Prämien und Ferienplätzen spielten politische Erwägungen kaum eine Rolle.<sup>47</sup>

Die Strukturprobleme der Region ließen sich erst nach der endgültigen Abriegelung der DDR durch den Mauerbau am 13. August 1961 in Angriff nehmen, als die SED eine forcierte autarkiewirtschaftliche Strategie bei gleichzeitiger Steigerung der Exporte ins »nicht-sozialistische Wirtschaftsgebiet« zur Devisengewinnung einschlug. So sollten nun auch heimische Rohstoffe verstärkt ausgebeutet werden, um den Sozialismus ökonomisch zu festigen, den Westen einzuholen und den Vertragsstaaten des RGW höhere Liefermengen als bislang bereitstellen zu können. Hierzu fasste die SED-Führung auf dem VI. Parteitag im Januar 1963 einen offiziellen Kali-Beschluss, der die Erhöhung der Kaliproduktion bis 1970 auf bis zu 2,4 Millionen Tonnen forderte.<sup>48</sup> Für den Bezirk Erfurt, dessen Kali-Produkte zu drei Viertel exportiert wurden, bedeutete dies eine Steigerung der Produktion um rund 14 Prozent – für das Thomas-Müntzer-Werk, das fast ausschließlich für den Westen produzierte, sogar um 40 Prozent in sechs Jahren, was nun nicht mehr nur »umfangreiche Rekonstruktionsmaßnahmen« und den Einsatz »modernster Fördertechnik«, sondern auch umfassende Infrastrukturmaßnahmen in der Region sowie eine bevorzugte Versorgung der Kumpel mit »hochwertigen Industriewaren«, medizinischer Betreuung, Kulturangeboten, Kindergarten- und Schulplätzen sowie Reparaturleistungen rechtfertigen

---

46 SED-Bezirksleitung Erfurt, Abt. Wirtschaftspolitik, Überblick über die Lage in den Kalibetrieben, 9.6.1954, ebd., Bl. 42 f.

47 SED-Bezirksparteikontrollkommission Erfurt, Betr.: Untersuchung im VEB Kaliwerk »Thomas Müntzer« Bischofferode, mit Anhang, 7.9.1957, ebd., Bl. 41–50.

48 Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, 15.–21. Januar 1963, Bd. 1, S. 76, und Bd. 4, S. 448.

tigte.<sup>49</sup> Dadurch erhöhten sich die Investitionen in das Bischofferöder Werk bis 1970 auf 200 Millionen Ost-Mark,<sup>50</sup> und das territoriale Umfeld erlebte eine bis dahin beispiellose Modernisierung seiner Infrastruktur.

Bis Ende 1966 sollten rund 300 Wohnungen am Ort entstehen, dazu bis 1967 ein Klärwerk, eine Kaufhalle, eine Berufs- und Oberschule, eine Kinderkrippe, eine Werksküche, ein Klubhaus und ein FDJ-Gesellschaftsraum. Es wurden Straßen erneuert und weitere Häuser renoviert, zum Teil durch Eigenleistungen der Kalibergleute, die damit selbst am Aufbau ihrer Heimat mitwirkten.<sup>51</sup> Allerdings wurden dabei auch die Probleme der extensiven Wirtschaftspolitik deutlich. So meldete das Thomas-Müntzer-Werk stetig neuen Bedarf an Arbeitskräften und Wohnraum an, was die Behörden vor Ort vor kaum lösbare Probleme stellte. Schon die ausgewählten Standorte für den Wohnungsbau ließen sich aufgrund lokaler Bedingungen nicht beliebig erweitern. Zudem beklagten lokale Stellen »mit Blick auf andere Volkswirtschaftszweige«, dass sich der Wohnungsbau und die Arbeitskräftelenkung vorrangig auf Kali-Standorte konzentrierten.<sup>52</sup> Ferner ließ die Bevorzugung des Kalibergbaus einen »Überhang« von »grubenuntauglichen« Arbeitskräften in den Werken entstehen, die sich mit Verweis auf erworbene Bergbau-rechte weigerten, eine andere Arbeit anzunehmen.<sup>53</sup>

Die Zahl der SED-Mitglieder in der Belegschaft stieg gleichwohl nicht wie erhofft signifikant, sondern eher mäßig an. Ende 1968 zählte man insgesamt 356 SED-Mitglieder unter den nunmehr 1.981 Beschäftigten im Bischofferöder Werk, was eine Mitgliedsquote von 18 Prozent bedeutete. Dabei wurde im Grubenbetrieb mit 19 Prozent nun ein etwas höherer Mitglieder-anteil gemessen als im werkseigenen Fabrikbetrieb (17 Prozent), wo die Kali-

---

49 Rat des Bezirkes Erfurt, Bezirksplankommission, Abt. Planung, Beschlus zur Unterstützung der Kaliindustrie für den Zeitraum 1964–1970, 20.4.1964, LATh-HStA, 6–62-0001, Nr. 4184, Bl. 1–20.  
50 Stöber, Rosenkranzkommunismus, S. 152.

51 Einschätzung über die Realisierung des Beschlusses des Rates des Bezirkes zur Unterstützung der Kaliindustrie, 11.9.1965, LATh-HStA, 6–62-0001, Nr. 4184, Bl. 44–52; Rat des Kreises Worbis, Kreisplankommission, an den Rat des Bezirkes Erfurt, Bezirksplankommission, Berichterstattung über die Erfüllung der Vereinbarung zwischen Rat der Gemeinde und dem Kaliwerk »Thomas Müntzer« Bischofferode – Fernschreiben vom 16.2.66, ebd., Bl. 54–57.

52 Einschätzung des Beschlusses des Rates des Bezirkes zur Unterstützung der Kaliindustrie, o.D., ebd., Bl. 108; Rat des Bezirkes, Bezirksplankommission, Abt. Standort- und Regionalplanung, Aktenvermerk, 23.3.1965, ebd., Bl. 127 f.

53 Rat des Bezirkes Erfurt, Amt für Arbeit und Berufsbildung, Einschätzung der Arbeitsgruppe »Arbeitskräfte« über die Verwirklichung des Beschlusses zur Unterstützung der Kaliindustrie, 23.4.1965, ebd., Bl. 152–157.

salze verarbeitet wurden. Die Privilegierung der Bergleute schlug sich damit nur sehr niederschwellig in der SED-Mitgliederstatistik nieder. Die sozialen Unterschiede der Bergbaumoderne aber wurden auch im Werk zunehmend offensichtlich. So betrug die Löhne für Hauer unter Tage bereits 1955 im Durchschnitt 610 Ost-Mark. Dazu kamen weitere soziale Privilegien wie die Bergmannsvollrente ab dem vollendeten 50. Lebensjahr und die Bergmannsaltersrente mit 60 Jahren, sofern man 15 Jahre Arbeit unter Tage nachweisen konnte. Zudem unterhielten die Werke wie alle Kombinate in der DDR exklusive Ferieneinrichtungen für ihre Belegschaften, die deren Identifikation mit »ihren« Betrieben wesentlich mitbeförderten.<sup>54</sup> Gleichwohl verdienten viele der über Tage Beschäftigten mit 400 bis 500 Ost-Mark noch Ende der 1960er Jahre kaum genug, um ihre Familien ernähren zu können, sodass sie oft in einem zweiten Arbeitsverhältnis standen.<sup>55</sup>

Die statistischen Misserfolge und die sozialen Ungleichheiten vor Ort spielten aber zunehmend keine politische Rolle mehr. Der SED genügte es nun, den Bergmann als Leitfigur des sozialistischen Eichsfelds zu überhöhen, worin sich die Transformation der DDR von einer revolutionär-repressiven in eine »Konsensdiktatur«<sup>56</sup> widerspiegelte. Das zeigt sich auch in den Veröffentlichungen des Kaliwerks »Thomas Müntzer«. So feierte der Betrieb 1988 in einem Atemzug den 500. Geburtstag seines Namenspatrons, zu dessen »Getreuesten« auch die Bergarbeiter gezählt hätten, den 80. Jahrestag des Bergbaus in Bischofferode und den im folgenden Jahr anstehenden 40. Republikgeburtstag der DDR<sup>57</sup> – auch wenn die Fassade der Bergmannsidylle hinter den Kulissen bereits mächtig bröckelte. Das seit den 1960er Jahren an Deutungsmacht gewinnende Bild der jahrhundertalten und progressiv-modernen Bergmannsregion verdeckte zudem die werksinternen sozialen und regionalen Ungleichheiten. So stand dem proletarischen Aufstiegsnarrativ, das sich im sukzessiven Anwachsen der nicht mehr von der Kleinlandwirtschaft abhängigen Industriearbeiterschaft (1989 im Kreis Worbis nahezu 45 Prozent aller Erwerbstätigen)

54 Hohmann, Der Kaliabbau im Werragebiet seit 1893, S. 83–88.

55 SED-BPO VEB Kaliwerk Thomas Müntzer an die SED-Kreisleitung, Kreispartei kontrollkommission, 2.12.1968, LATH-HStA, 6–95-2115, Nr. IV B/4.13/115, Bl. 7; SED-Bezirksleitung Erfurt, Abt. Parteiorgane, Analyse über die Verteilung der Parteikräfte, 18.12.1968, ebd., Bl. 80 f.

56 Sabrow, Der Konkurs der Konsensdiktatur; ders., Consent in the Communist GDR or How to Interpret Lion Feuchtwanger's Blindness in Moscow 1937.

57 SED-Betriebsparteiorganisation des Kaliwerks »Thomas Müntzer« (Hrsg.), Unsere erfolgreichsten Jahre.

materialisierte, ein verdecktes Niedergangs- und Unterdrückungsnarrativ der enteigneten und zwangskollektivierten (sowie durch die Einrichtung von Grenzanlagen zum Teil auch zwangsumgesiedelten) Bauern gegenüber, deren Bedeutung immer weiter zurückging. Bis 1989 sank der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten um rund zwei Drittel.<sup>58</sup>

## Revolution und regionale Identität: Kali und Zukunft im Eichsfeld um 1989

Schon kurze Zeit, nachdem die friedliche Revolution auch ins Eichsfeld geschwappt war, gewann die Kritik an der Kaliindustrie und der von ihr verursachten Umweltschäden vor Ort an Bedeutung. Das Werk Bischof-ferode bekam den Frust der Nachbargemeinde Holungen bereits Ende November 1989 in einem Bürgerforum zu spüren. Dort forderten die Versammelten einen sofortigen Aufhaldungsstopp, während die Argumente des Betriebsleiters, dass der Betrieb seit 1979 eine Genehmigung zur weiteren Aufhaltung besitze und ohne diese eine Stilllegung drohe, auf Ablehnung stießen.<sup>59</sup> Für viele Holunger Bürger\*innen, die bereits seit den 1970er Jahren gegen eine Erweiterung des Kaliwerks und die dadurch drohende Zerstörung ihrer Heimat gekämpft hatten,<sup>60</sup> war die Revolution von 1989 gleichbedeutend mit der Rettung ihrer Region. Aber auch an einer anderen politischen Front bröckelte die über viele Jahre lang beschworene Identifikation des Eichsfelds mit dem Kalibergbau. Schon bevor die CDU als Siegerin aus der Volkskammerwahl am 18. März 1990 hervorging, hatte sie sich im Eichsfeld wieder als politisch bestimmende Kraft etabliert. Bereits am 7. Dezember 1989 wurde mit Werner Henning der erste Nicht-Sozialist seit 1946 zum Vorsitzenden des Kreises Heiligenstadt gewählt. In seinem politischen Selbstverständnis knüpfte Henning nicht nur an Entwicklungen der unmittelbaren Nachkriegszeit an und beteiligte sich 1994 maßgeblich an der Reorganisation des Eichsfeldkreises, dem er noch heute als dienst-

---

58 Stöber, Rosenkranzkommunismus, S. 155–160. Zur Zwangsumsiedlung grenznaher Landbesitzer vgl. Schaefer, *States of Division*, S. 58–87.

59 VEB Kombinat Kali, Generaldirektor Taubert, an den Minister für Schwerindustrie, Singhuber, Meldung vom 30.11.1989, 30.11.1989, ebd., Bl. 5.

60 Palmowski, *Die Erfindung der sozialistischen Nation*, S. 247–280.

ältester Landrat Deutschlands vorsteht. Auch sah er sich schon früh als Vertreter des traditionellen lokalen katholischen Milieus. So beschwor er bei seiner Wahl die »katholische Volkskirchlichkeit, das ausgeprägte Heimatbewusstsein, den Anspruch auf eine regionale Eigenständigkeit und Selbstbestimmung«, die sich nur durch eine schnelle Wiedervereinigung samt Einführung der Marktwirtschaft erreichen ließe. Die abstrakten Begriffe Wiedervereinigung, Marktwirtschaft und Demokratie wurden damit von Beginn an mit konkreten Heimatgefühlen aufgeladen. So warf Henning auch einen Anschluss des Eichfelds an das Land Niedersachsen in die Waagschale. Die Idee von einem Niedersachsenstaat war somit noch immer als Option für das Eichfeld präsent. Die Aneignung des Heimatdiskurses bescherte der CDU nicht nur vor Ort zahlreiche Neumitglieder, sondern auch einige Anerkennung bei Bundeskanzler Kohl, sodass Henning schon sehr früh über exklusive Kontakte in Bonner Regierungskreise verfügte. Den Anspruch der CDU, Hüterin der Heimat zu sein, unterstrich Landrat Henning auch durch die Wiederbelebung des VEH, der sich fortan vor allem der Wahrung der katholischen Identität des Eichfelds widmen sollte. Schon wenige Monate nach der Revolution engagierte sich Henning für die Neugründung des VEH, die schließlich am 6. September 1991 erfolgte.<sup>61</sup> Der oppositionelle Heimatdiskurs war damit in nur wenigen Monaten von den umweltpolitisch engagierten Bürgerforen auf die ehemalige »Blockpartei« CDU als neue Lokalpartei übergegangen, die Heimat nun als Ressource zur Legitimation einer schnellen Wiedervereinigung nutzte. Das entsprach freilich auch den veränderten Erwartungshorizonten, in deren Zentrum bald keine reformierte DDR, sondern der Weg in den Westen stand, der sich viele Jahrzehnte lang als imaginärer Sehnsuchtsort in das Gedächtnis vieler Ostdeutscher eingeschrieben hatte.

Den politischen Entwicklungen sah man vor Ort jedoch nicht überall mit Euphorie entgegen, vielmehr warfen die Folgen der sozialistischen Umgestaltung des Eichfelds ihre Schatten auch auf die CDU. Im Kreisverband Worbis, zu dem auch Bischofferode gehörte, setzte man vielmehr als in Heiligenstadt auf ein langsames Zusammenwachsen beider deutscher Staaten mittels einer Konföderation, womit man eher der Linie des Runden Tisches und der Übergangsregierung unter Hans Modrow (SED/PDS) folg-

---

61 Heinrich Scholle, Der Verein für Eichsfeldische Heimatkunde – Ein kurzer geschichtlicher Überblick, URL: <http://veh-eichsfeld.de/modx/index.php?id=4> (abgerufen am 8.8.2022).

te.<sup>62</sup> Hier mögen die unter den Kalikumpeln weit verbreiteten Ängste vor einem »Ausverkauf der DDR« eine wesentliche Rolle gespielt haben. Umso mehr mag man in Bischofferode aufgeatmet haben, als bei den Kommunalwahlen Anfang Mai 1990 mit Eugen Nolte ein katholischer CDU-Politiker zum Bürgermeister gewählt wurde, der im Kaliwerk seit 1971 als Schweißer gearbeitet hatte. Seine Wahl folgte ebenso einer lokalen Tradition – auch Noltés Vorgängerin war einst aus dem Kaliwerk gekommen, in ihrem Fall freilich als SED-Funktionärin.<sup>63</sup> Wohl auch deshalb hielten sich die Ängste im Kaliwerk Bischofferode zunächst in Grenzen, während sie an anderen Standorten schon längst in Protest umgeschlagen waren, der sich bald vom Betrieb auf die Straßen verlagerte.

Dabei zeigte sich auch ein tradiertes Grundmuster der betrieblichen Protestkultur in der DDR: Jeder Betrieb streikte für sich allein, das Kombinat bildete dagegen keinen solidarischen Mobilisierungsraum. Umso wichtiger wurden für die Streikenden regionale Netzwerke und in sie eingeschriebene Raumvorstellungen. Dabei sollten sich zwei Regionskonzepte als Mobilisierungsressourcen überlagern: Nordthüringen als wirtschaftlicher Krisenraum, den regionale und nationale DDR-Verwaltungseliten bereits im Umbruchsjahr 1990 in Reaktion auf fehlende Wirtschaftskonzepte »erfanden« und der über viele Jahre politische und Verwaltungsressourcen des Landes Thüringen mobilisierte; und das Eichsfeld als historisch-sozialmoralischer Raum, der vor allem lokale Akteure auch jenseits der Thüringer Landesgrenzen mobilisierte, dessen Bergbauidentität vor Ort aber auch stark umstritten war. Fragen der wirtschaftlichen Zukunft waren damit von Beginn an mit starken und teilweise konkurrierenden Heimatgefühlen aufgeladen, deren Aushandlung sich vor allem die CDU als Regional- und Landespartei stellen musste. Dabei sollte der Hungerstreik der Bischofferöder Kalikumpel auch zu einer Herausforderung für die Integrität der Partei werden. Vor allem die beiden Landräte Werner Henning (Heiligenstadt) und Heinrich Große (Worbis), die sich beide gemeinsam im Vorstand des VEH für die kulturelle Identität des Eichsfelds engagierten, standen sich in wirtschaftspolitischen Fragen nun als Konfliktparteien gegenüber.

---

62 Stöber, Rosenkranzkommunismus, S. 339–352.

63 Interview mit Eugen Nolte am 13.11.2018, Transkript (im Besitz des Autors), S. 2.



# Demokratisierung: Kaliproteste und Landespolitik in Thüringen

## Vom Betrieb auf die Straße: Protest und Regionalpolitik im letzten Jahr der DDR

Während es im Werrarevier schon im Umfeld der friedlichen Revolution zu ersten größeren Unruhen von Kalibergleuten kam, blieb es im Südharz zunächst verhältnismäßig ruhig. Im Sommer 1990 kam es indes auch hier zu ersten Kampfmaßnahmen, denen viele weitere folgen sollten. Am 1. Juli traten Kumpel des Kaliwerks Bleicherode (Kreis Nordhausen) und an ihrer Seite örtliche Einzelhändler\*innen und Zulieferer, deren Existenz unmittelbar von der Kaliwirtschaft abhing, in einen Streik, der so große Ausmaße annahm, dass bald auch das westdeutsche Duderstadt aus Eichsfelder Solidarität bei der Versorgung der Protestierenden half. Gemeinsam errichtete man Straßenblockaden und legte Bahngleise lahm.<sup>1</sup> Der ostdeutsche Protest verlagerte sich vom Betrieb auf die Straße, die damit auch zum Erprobungsfeld neuer demokratischer Protestformen in Anknüpfung an den Erfahrungsraum der Revolution von 1989 wurde.

Der Protest kam jedoch keineswegs spontan, sondern folgte einer betrieblichen Konfliktschneise, die sich dann auf die Straße verlagerte, als die Spannungen in den Räumen des Betriebs nicht mehr lösbar schienen. Eine Schlüsselrolle spielten dabei ostdeutsche Gewerkschaftsfunktionäre, die einst unter dem Dach des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB) agiert hatten und seit der friedlichen Revolution unter massivem Erwartungsdruck wie misstrauischer Beobachtung der ost- und westdeutschen

---

<sup>1</sup> Eine zeitgenössische Dokumentation der Ereignisse aus Sicht der 1971 in West-Berlin gegründeten trotzkistischen Splitterpartei »Bund Sozialistischer Arbeiter« ist abgedruckt in: Bund Sozialistischer Arbeiter, Das Ende der DDR, S. 323–341.

Öffentlichkeit standen. So warf auch die *Thüringer Allgemeine* ihnen im Januar 1990 vor, sich mehr um ihre Mitgliederbeiträge und interne Angelegenheiten als um den Erhalt von Arbeitsplätzen zu kümmern.<sup>2</sup> Die Belegschaften erwarteten dagegen gerade von den Gewerkschaften eine tatkräftige Unterstützung, um den auf den Konten der SED vermuteten »Volkswohlstand« seiner gerechten Verteilung zuzuführen, eine echte Leistungsgesellschaft zu entwickeln und »ausländisches Kapital« in die notleidenden Betriebe zu lenken.<sup>3</sup> Zugleich fürchteten die neuen, aus der Bürgerrechtsbewegung hervorgegangenen Parteien, die zusammen mit der SED/PDS am Runden Tisch saßen und um die Zukunft der DDR stritten, nichts mehr als den Zorn der Arbeiter\*innen, denen man zutraute, dass sie »nicht nur die bisher bestehende Regierungsseite kaputt [stürmen], sondern [...] auch uns kaputt [machen]« würden.<sup>4</sup> In der Tat war das Misstrauen der Produktionsarbeiter\*innen gegenüber den alten und neuen Kräften der DDR groß. Umso größer waren die Erwartungshaltungen gegenüber den Gewerkschaften, auch wenn diese selbst Teil des SED-Regimes gewesen waren. Gerade örtliche Gewerkschafter\*innen aber genossen vielfach das Vertrauen der Belegschaften, blickten sie doch selbst zumeist auf eine langjährige Zugehörigkeit zu »ihren« Betrieben zurück. Sie verschlossen sich den Erwartungshaltungen der Belegschaften nicht, ganz im Gegenteil: In Abgrenzung zum alten Organisationsverständnis des FDGB, das sich vornehmlich an den Interessen der SED orientiert hatte, schwenkten sie sich nun zu reinen Vertretungen der Interessen der Arbeiter\*innen auf, auf deren kompromisslose Durchsetzung sie mit Nachdruck pochten. Wie überall in der noch existierenden DDR übten auch im Kalikombinat örtliche Gewerkschafter\*innen zunehmend Kritik an der mangelnden Reformbereitschaft der Betriebsleitungen und ihrer Vorstände<sup>5</sup> und demonstrierten ihr neues demokratisches Selbstbewusstsein, so etwa auf einer Vertrauensleuteversammlung am 12. März 1990, sechs Tage vor der ersten freien (und letzten) Volkskammerwahl:

---

2 Wo bleiben die Interessenvertreter?, in: *Thüringer Allgemeine*, 25.1.1990.

3 »Der Klassenfeind kann kommen«. Rostocker Werftarbeiter über die DDR, den Westen und die Wiedervereinigung, in: *Der Spiegel* 51/1989, S. 46–51.

4 Wortprotokoll der 1. Sitzung des Runden Tisches am 7.12.1989, in: Thaysen (Hrsg.), *Der Zentrale Runde Tisch der DDR*, Bd. 1: Aufbruch, S. 38.

5 Herrmann, Vertrauensmann, Aufruf, o.D. [5.1.1990], *LAth-HStA*, 6–94-3467, Nr. 2023, Bl. 27.

»Durch die neue Basisdemokratie und die damit verbundene Stellung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung wurde auch das Antlitz der gewerkschaftlichen Leitungen verändert, die sich den Interessen ihrer Mitglieder zuwandte und nur ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig ist.«<sup>6</sup>

Noch am 13. März konnte die Gewerkschaft einen großen Erfolg vermelden. Man hatte mit dem Kalikombinat einen neuen Lohn- und Gehaltstarifvertrag abgeschlossen, der dem »Stellenwert des Bergmanns« endlich gerecht werde.<sup>7</sup> Zu den ersten Aufgaben der Gewerkschaften nach der Volkskammerwahl vom 18. März, deren Ergebnis die Reformphase der DDR abrupt beendete und stattdessen den schnellen Vollzug der Wiedervereinigung einleitete, gehörte jedoch eine ganz und gar unpopuläre Maßnahme: die Umwandlung des Kalikombinats in eine Kapitalgesellschaft unter dem Dach der Treuhand, die zum 1. Juni 1990 vollzogen wurde, wobei die alte Kombinati-Struktur im Wesentlichen fortbestand. Lediglich der Name änderte sich. Aus dem Kalikombinat wurde die Mitteldeutsche Kali AG (MDK) mit insgesamt sieben Betriebsteilen, darunter die Kali-Südharz AG und die Kali-Werra AG. Für die weitgehende Beibehaltung der alten Kombinati-Struktur hatten sich die Beteiligten bewusst entschieden, im Glauben daran, »das vorhandene Volksvermögen in der Form staatlichen Eigentums [...] an den derzeitigen Standorten – mit ihren sozialen Umfeldern« erhalten zu können.<sup>8</sup>

Der Gründung der MDK, der weniger eine wirtschafts-, sondern vielmehr eine sozialpolitische Intention zugrunde lag, waren heftige Debatten in den Räumen des Kalikombinats vorangegangen. Vor allem unter den Gewerkschaftsfunktionären, die unter hohem Erwartungsdruck standen, brodelte es gewaltig. Bereits am 6. April 1990 waren alle 21 BGL-Vorsitzenden mit der Kombinatdirektion und Funktionären der IG BEW bis hoch zum zentralen Vorstand zusammengekommen, um über die Modalitäten der Umwandlung zu diskutieren. Dabei konnte Direktor Bachmann nur wiederholen, was er bei anderen Gelegenheiten schon verkündet hatte, nämlich dass »kein Betrieb/Werk mit Gewinn arbeitet«. Bachmann nahm

---

6 VEB Kombinat Kali, Kombinatdirektion, Betriebsgewerkschaftsleitung, Rededisposition anlässlich der Vertrauensleutetvollversammlung am 12.3.1990, 7.3.1990, LATH-HStA, 6–94–3465, Nr. 2019, Bl. 10.

7 Stellenwert des Bergmanns in das rechte Licht gerückt. Ein notwendiges Vorwort zum neuen Lohn- und Tarifgehaltsvertrag im Kombinat KALI, in: Südharzer Kali-Mitteilungen, 30.4.1990.

8 Ministerium für Wirtschaft, Bereich Schwerindustrie/Kali, Stellungnahme zur Umwandlung des VEB Kombinat Kali in die »Mitteldeutsche KALI AG Sondershausen«, o.D., BA-B, DE 10, 262, unfol.

aber auch wahr, dass mit Blick auf die herannahende Währungsunion die »Ängste größer« werden und »zugleich die Arbeit beeinträchtigten«. Deshalb stellte er die Gründung einer Kalistiftung in Kombination mit einem umfassenden Sozialprogramm in Aussicht, um diesen Sorgen entgegen zu wirken. Dennoch wollten die BGL-Funktionäre, deren Werke bereits zur Stilllegung vorgesehen waren, ihr Plazet zur Gründung der MDK nur geben, wenn konkretere Perspektiven aufgezeigt würden. Die IG BEW musste schließlich vermitteln. Sie empfahl die Zustimmung zur Bildung der Kapitalgesellschaft, mahnte aber zugleich beim Kombinatdirektor an, Informationen künftig »schneller und exakter« mitzuteilen, »um der Existenzangst der Gewerkschaftsmitglieder nicht noch weiter Zündstoff zu geben«, und sicherte ihrerseits Unterstützung für umfassende Schulungs- und Qualifizierungsprogramme zu.<sup>9</sup> Dass parallel auch in anderen ostdeutschen Bergbauregionen, etwa im Mansfelder Kupferbergbau und in der Wismut, ähnlich harte Konflikte aufgebrochen waren, setzte die Leitung des Kalikombinats noch zusätzlich unter Handlungsdruck.

So stimmten manche BGL-Funktionäre der Gründung der MDK erst am 17./18. Mai 1990 zu,<sup>10</sup> nachdem die Kombinatleitung einen umfassenden Tarifvertrag zur sozialen Absicherung der Bergleute unterzeichnet hatte und damit etwas Handfestes vorlag. Dieser hatte es in sich, denn er legte sowohl den Betrieb als auch die politisch Handelnden darauf fest, Ersatzarbeitsplätze entweder am selben Ort oder innerhalb des Kombinats anzubieten. Der Arbeitsweg musste ferner »dem im Territorium üblichen Zeitaufwand« anderer Beschäftigter entsprechen, und der Nettolohn durfte nicht unter 80 Prozent des bisherigen Lohns liegen. Bei Arbeitsplatzwechseln musste der Betrieb zudem bis zu drei Jahre Überbrückungsgeld und die Umzugskosten zahlen. Umschulungsmaßnahmen mussten nur angenommen werden, wenn sie zwölf Monate nicht überschritten und innerhalb eines Arbeitsrechtsverhältnisses stattfanden.<sup>11</sup> Der Druck auf die politisch Handelnden stieg noch weiter, als die von der Treuhand beauftragte Münchner Unternehmensbe-

9 VEB Kombinat Kali, BGL-Kombinatdirektion, Ergebnisprotokoll der Beratung der BGL-Vorsitzenden im Kombinat Kali am 6.4.1990, LATH-HStA, 6-94-3465, Nr. 2019, Bl. 14-19.

10 VEB Kombinat Kali, Stellungnahme der Vertreterorgane der Betriebe und Werke des VEB Kombinats KALI zur Bildung einer »Mitteldeutschen KALI AG« Sondershausen – (Holding), 28.5.1990, BA-B, DE 10, 262, unfol.

11 Tarifvertrag zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmer bei Rationalisierung und Strukturänderungen (Betriebsänderungen) für den volkseigenen Betrieb Kombinat Kali, 21.5.1990, LATH-HStA, 6-94-3465, Nr. 2039, unfol.

ratung Roland Berger am 9. Juli ihr erstes Gutachten über die MDK vorlegte und damit erste Standortentscheidungen getroffen werden konnten, die – wie bereits gezeigt – durch grundlegende Personalwechsel im Vorstand der MDK im Dezember wieder revidiert wurden. Zuvor aber hatte das Berger-Gutachten den Südharz-Betrieben attestiert, »die schwächste Gesellschaft« der MDK zu sein; lediglich Bischofferode und Roßleben hätten »Überlebenschancen«, »wobei das Erreichen der Gewinnzone nur mittelfristig anvisiert werden kann«. Dem standen jedoch gravierende Strukturprobleme im Weg, die schon in der DDR bekannt, aber stets wegdiskutiert worden waren. Dazu zählte der schlechte Zustand der Anlagen, Qualitätsrückstände bei den Haupterzeugnissen, überhöhte Produktionskosten, die starke Umweltbelastung und – was nur schwer durch Rationalisierungsmaßnahmen zu heben war – eine »ungünstige Lagerstättenstruktur«.<sup>12</sup> Damit bestätigte das Gutachten, was Direktor Bachmann bereits kurz vor der Unterzeichnung der Gründungsurkunde der MDK befürchtet hatte.<sup>13</sup> Mehr noch machte das Gutachten deutlich, dass der Weg in die Marktwirtschaft auch für Bischofferode nicht allein durch betriebliche Umstrukturierungen und Modernisierungen zu bewerkstelligen war. Unternehmensdirektor Bachmann blieb in dieser Situation kaum Handlungsspielraum und so tat er, was alle Betriebsleiter in dieser Zeit taten: Er ordnete umfassend Kurzarbeit Null an, um Zeit zu gewinnen. Währenddessen schlug das DDR-Wirtschaftsministerium, noch ohne eine klare Perspektive aufzeigen zu können, dem Ministerrat eine Teilstilllegung der Kaliindustrie vor. Am 21. Juli 1990 ging die Gewerkschaft im Südharzrevier schließlich zu Kampfmaßnahmen über, zwei Tage später lehnte die Treuhand beantragte Liquiditätskredite für die MDK wegen schlechter Erlöse ab, die Produktion musste gestoppt werden.<sup>14</sup>

Während der Protest im Südharzrevier eskalierte, herrschte im Werrarevier Aufbruchsstimmung. In Merkers arbeiteten Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsleitung parallel zu den deutsch-deutschen Umweltgesprächen gemeinsam an der Erschließung einer Untertagedeponie, durch die Arbeitsplätze in der Region gehalten werden sollten. Unterstützung hatten sie da-

---

12 Roland Berger & Partner GmbH an die Mitteldeutsche Kali AG, Entwicklung eines Konzeptes zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Führungsorganisation, 9.7.1990, LAItH-HStA, 6–94-3464, Nr. 2074, unfol.

13 VEB Kombinat KALI, Stellungnahme des Generaldirektors zur Umwandlung des VEB Kalibetrieb Südharz in die KALI – Südharz AG – Sondershausen, 23.5.1990, BA-B, DE 10, 262, unfol.

14 Ministerium für Wirtschaft, Information über die Situation der Kaliindustrie der DDR, 10.8.1990, BA-B, DE 10, 262, unfol.

bei auch von der Wirtschaftsministerin der SED/PDS-Übergangsregierung Christa Luft erhalten, die seit Februar 1990 mit einem US-amerikanischen Unternehmen, das eng mit K&S kooperierte und zugleich mit lukrativen Kontakten zu weiteren investitionswilligen Unternehmen (u.a. McDonalds) lockte, über Investitionen in Untertagedeponien in der DDR verhandelte – letztlich jedoch erfolglos.<sup>15</sup> Durch diese Unterstützung aber fiel es den Akteuren in Merkers leichter, sich vom SED-Erbe zu verabschieden und die soziale Marktwirtschaft mit positiven Erwartungshaltungen aufzuladen. So versicherten sie auch der letzten DDR-Regierung unter Lothar de Maizière (CDU) ihre Bereitschaft zur konsequenten Umstrukturierung, denn es sei das SED-Regime gewesen, das durch eine »Politik des ›Austrocknens als Grenzgebiet« wesentlich dafür verantwortlich sei, dass der durch die Kaliwirtschaft errungene Wohlstand in der Region nunmehr infrage stand. Dagegen biete die »soziale Marktwirtschaft« Chancen für »eigene Initiative und persönliche Anstrengung«, mit denen die »wirtschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen der Vergangenheit bewältigt werden« sollten.<sup>16</sup> Im Sommer 1990 wurde der Kreis Bad Salzungen, zu dem Merkers gehörte, als förderwürdiger Grenzkreis anerkannt, was weitere Investitionsmöglichkeiten eröffnete.

Im Südharzrevier erreichte der Protest derweil die höchste Ministeriebene, als die Betriebsbesetzungen in einen Hungerstreik überzugehen drohten. Vor diesem Hintergrund trat der erst seit 8. Juni amtierende Regierungsbevollmächtigte der Bezirksverwaltung Erfurt, der langjährige Ingenieur des VEB Gummiwerke, der Gothaer CDU-Vorsitzende und Katholik Josef Duchač (CDU), vor die Kumpel und sicherte ihnen die Unterstützung der Regierung zu. Am 3. August 1990 telegraphierte er nach Ost-Berlin:

»heute vormittag bin ich in einem meeting vor den kalikumpels aufgetreten und habe verhandlungsbereitschaft zugesichert. im nachgang habe ich die zugesicherte verhandlungsbereitschaft mit dem buero des staatssekretaers im amt des ministerpraesidenten, herrn dr. moritz, telefonisch abgestimmt. die vorsitzende des landesverbandes der ig bergbau-energie-wasserwirtschaft thuringen, frau glaubrecht, ist mit den kalikumpels

---

<sup>15</sup> Vgl. diverse Dokumente in BA-B, DC 20, 11775, Bl. 6–14.

<sup>16</sup> Kali Werra AG, Gewerkschaftsvorstand, an den Ministerpräsidenten der DDR de Maizière, Erklärung des Gewerkschaftsaktivs der Kali-Werra Aktiengesellschaft zum Referat Kali im Wirtschaftsministerium der DDR, 28.6.1990, ebd., Bl. 3–5.

in den schacht eingefahren und bleibt solange unter tage, bis die tarifverhandlungen eroeffnet werden. Sie ist zum hungerstreik bereit.«<sup>17</sup>

Der Politikneuling Dučač hatte damit gegen letzte noch verbliebene Leitungsprinzipien des »demokratischen Zentralismus« verstoßen, die angesichts von Demokratisierungsprozessen auf allen Ebenen aber kaum noch zeitgemäß waren. Einzig auf der regionalen Ebene fehlten noch Parlamente, die erst mit der Neubildung der Länder etabliert werden sollten.<sup>18</sup> Die Kommunikationslücke zwischen den wachsenden Existenzängsten vor Ort und regionalpolitischen Entscheidungen versuchte Dučač zu füllen. Eine gewisse Rolle mögen auch seine Ambitionen auf das Amt des Thüringer Wirtschaftsministers gespielt haben.<sup>19</sup> So stellte sich Dučač Anfang August 1990 auf die Seite der seit April amtierenden Vorsitzenden der IG BEW Erfurt, Gabriele Glaubrecht (von 1978 bis 1981 Mitglied der CDU-Ost),<sup>20</sup> die auch am konfrontativen Treffen im Kalikombinat am 6. April teilgenommen hatte. Die Forderungen, die Glaubrecht erhob, spiegeln die massiven Abstiegsängste wider, die in Teilen des Südharzreviers grassierten. So sollte der Tarifvertrag über soziale Absicherungen und Abfindungen, die für die Mansfelder Kupferbergarbeiter galt, übernommen, das Kurzarbeitergeld auf 85 Prozent des Nettolohns (analog zum Tarifvertrag vom 21. Mai 1990) angehoben, Kurzarbeit Null für faktisch Arbeitslose untersagt und die Einbeziehung der Südharz-Betriebe in den staatlichen Förderplan (analog zu den Werra-Betrieben) zugesichert werden.<sup>21</sup> Der Erwartungshorizont der Belegschaften hatte sich damit innerhalb weniger Monate grundlegend verschoben. Die einstige Euphorie im Hinblick auf die Wiedervereinigung war nackten Existenzängsten gewichen, die den Blick weg von den »großen Politik« hin zu regionalen Verhandlungen lenkten. Noch am 1. Mai 1990 hatten zahlreiche Kalikumpel aus Ost- und Westdeutschland gemeinsam den Tag der Arbeit gefeiert und der Wiedervereinigung trotz des Bewusstseins über die Heraus-

---

17 An Frau Minister Dr. Hildebrandt, Auszug aus dem Bericht des Regierungsbevollmächtigten des Bezirkes Erfurt vom 3. August 1990, BA-B, DQ 3, 1884b, Bl. 8.

18 Marek/Schilling, Neubildung des Landes, S. 63 f.

19 Dučač, »Ich hatte immer schon eine ganz satte Portion Ehrgeiz«.

20 Als gelernte kaufmännische Angestellte und Schreibtechnikerin hatte Gabriele Glaubrecht seit 1974 auf verschiedenen Positionen in FDGB-Gewerkschaften gearbeitet. Im Februar 1990 wurde sie stellvertretende Vorsitzende der IG BEW Erfurt. Vgl. die Kurzbiographie von Gabriele Glaubrecht in Stadtland, Daten zur Entwicklung der Verbände im DGB, S. 348.

21 An Frau Minister Dr. Hildebrandt, Auszug aus dem Bericht des Regierungsbevollmächtigten des Bezirkes Erfurt vom 3. August 1990, BA-B, DQ 3, 1884b, Bl. 9.

forderungen und Unwägbarkeiten der Marktwirtschaft optimistisch entgegesehen.<sup>22</sup> Drei Monate später herrschte dagegen Unmut über die Politik der Regierung: »Die Millionen des Herrn Eppelmann [gemeint ist der DDR-Abrüstungs- und Verteidigungsminister Rainer Eppelmann, C. R.] eingesetzt für destruktive Zwecke, hätten hier den Grundstein für das Überleben gelegt«, so Gabriele Glaubrecht in ihrer Rede vor den Kumpeln am 3. August.<sup>23</sup>

Das DDR-Wirtschaftsministerium reagierte auf Duchačs Intervention keineswegs mit einer Ahndung des Verstoßes gegen Leitungsprinzipien. Trotz der anvisierten Teilstilllegungen wollte man es anders machen als die SED. Und so traten Vertreter des Ministeriums am 5. August selbst vor die Kumpel, nahmen ihre Forderungen entgegen und beriefen kurzerhand eine Regierungskommission ein, in der alle involvierten Akteure vom Landrat über die Gewerkschaften und die Unternehmen bis hin zur westdeutschen Bundesregierung über die Tarifforderungen sowie über ein Konzept zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region verhandelten. Als Soforthilfe gab die DDR-Regierung unumwunden 29 Millionen DM für soziale Ausgleichsmaßnahmen bis zum Jahresende 1990 sowie weitere 15 Millionen DM für Infrastrukturmaßnahmen in Bleicherode und Sollstedt frei.<sup>24</sup> Dass dies bei weitem nicht reichte, zeigen jedoch erste interne Analysen der Kommission:

»Bei der komplizierten Gesamtlage ergeben sich die krassen Probleme im Süd-West-Teil des Kreises Nordhausen mit den Kaliwerken Bleicherode und Sollstedt. Von den 20 280 Einwohnern in diesem Raum sind nur 6 400 Menschen, das sind ca. 30%, im erwerbsfähigen Alter. Die Weiterbeschäftigung von 4 200 Arbeitskräften, darunter über 3 000 Kräften aus der Kaliindustrie, ist nicht mehr gesichert. Damit tritt eine plötzliche Arbeitslosenquote von 21% bezogen auf die Einwohnerzahl bzw. von ca. 66% bezogen auf die erwerbsfähigen Personen ein. Damit besteht die Gefahr, daß die Lage in diesem Raum außer Kontrolle geraten kann.«<sup>25</sup>

Damit stand die Regierungskommission zwei Monate vor der Wiedervereinigung vor der Aufgabe, der Verarmung einer ganzen Region entgegenzuwirken. Hierfür sollte eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft unter Beteili-

22 100 Jahre 1. Mai. Zur Geschichte und Tradition des Feiertags der internationalen Arbeiterklasse, in: Kali-Kumpel, 8.5.1990; Kalimarkt mit neuen Anforderungen, in: ebd.

23 Rede Gabriele Glaubrecht am 3.8.1990, AfsB, IGBE, 16178, unfol.

24 Ministerium für Wirtschaft, Information über die Situation der Kaliindustrie der DDR, 10.8.1990, BA-B, DE 10, 262, unfol.

25 Ministerium für Wirtschaft, Entwurf: Programm zur Regionalentwicklung sowie zur Industrie- und Gewerbeansiedlung für das Südharzgebiet des Landes Thüringen, 9.8.1990, ebd., unfol.

gung aller involvierten Behörden und Unternehmen der Region gegründet und der Raum Nord-West-Thüringen mit der bereits geförderten Grenzregion Süd-West-Sachsen-Anhalt zur Harzregion vereinigt werden, die dann touristisch erschlossen und entwickelt werden sollte. Und schließlich wurde die Gründung einer Beschäftigungsgesellschaft mit 2.000 Qualifizierungsplätzen auf die Agenda gesetzt.<sup>26</sup> Aber all diese Pläne blieben auf dem Papier, solange die notwendigen Finanzmittel fehlten. Und es regte sich Widerstand gegen die Pläne. So befürchteten besonders die Landräte, deren Kreise keine Kali-Standorte waren, für etwas in die Zahlungspflicht genommen zu werden, wovon sie am Ende nicht profitierten. Als Mitte September noch immer nur der Landrat von Nordhausen als einziger von fünf Landräten für eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft votierte und die IG BEW bereits von einer eklatanten »Schwäche der Arbeit der Regierungskommission« sprach, entschied Dučač, die Gesellschaft im Alleingang zu gründen und an dieser neben der Kali- auch die Leicht- und Mikroelektronikindustrie sowie die Wismut zu beteiligen, um einer regionalen Spaltung entgegenzuwirken. Noch hitziger gestalteten sich indes die Debatten über die Beschäftigungsgesellschaft, die alle Landräte ablehnten, was der Vertreter Dučačs mit deutlicher Kritik am »zögerliche[n] und unkoordinierte[n] Verhalten der Territorialorgane« quittierte. Damit drohten alle regionalpolitischen Initiativen auch am neugewonnenen demokratischen Selbstverständnis der Kommunen zu scheitern,<sup>27</sup> während die Belegschaften im Südharz- und sogar im Werrarevier, wo trotz optimistischer Aussichten die Ängste vor einem Verlust zahlreicher Arbeitsplätze wieder größer geworden waren, durch Solidaritätsaktionen weiterhin beharrlich Druck auf die Politik ausübten. Unterstützt wurden sie dabei nicht nur von thüringischen, sondern auch von rheinland-pfälzischen Gewerkschaftsfunktionären,<sup>28</sup> von denen ein Vertreter sogar im Aufsichtsrat der Kali-Südharz AG saß. Doch die Solidarität der Belegschaften hatte auch Grenzen. In Bischofferode etwa, wo man sich weiterhin gute Chancen auf einen Weiterbetrieb des Schachts ausrechnet, sorgte man sich Anfang August weniger um die eigenen Ar-

---

26 Ebd., unfol.

27 Ministerium für Wirtschaft, Regierungskommission, Bericht über die 4. Beratung der Regierungskommission zur Förderung der Entwicklung der Südharzregion am 30.08.1990 in Sondershausen, 31.8.1990, ebd., unfol.; Ministerium für Wirtschaft, Regierungskommission, Bericht über die 5. Beratung der Regierungskommission zur Förderung der Entwicklung der Südharzregion am 13.9.1990 in Sondershausen, 17.9.1990, BA-B, DE 10, 446, unfol.

28 »Gemeinsam sind wir stark!«, in: Kali-Kumpel, 24.8.1990.

beitsplätze als vielmehr um die 1978 eröffnete Betriebssauna, die nun als eine von vielen Sparmaßnahmen geschlossen wurde.<sup>29</sup>

Die schlechte Bilanz der Regierungskommission wurde am Ende aber nur dank einiger privatwirtschaftlicher Initiativen aufgehellt. So lagen der Kommission am Ende ihrer Tätigkeit 81 Projekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region vor, davon neun aus den Belegschaften der Kalibetriebe selbst und 72 auf der Basis von »Fremdkapital«. Bereits Ende September waren für 49 Projekte die notwendigen Genehmigungen erteilt worden. Davon erhofften sich die politisch Handelnden 218 Arbeitsplätze bis Jahresende 1990 und weitere 600 bis 621 im Jahr 1991. Den Investitionsbedarf bis 1992 taxierten sie auf 35,3 Millionen DM. Wie und vor allem von wem diese Summe nach der Wiedervereinigung aufgebracht werden sollte, blieb jedoch unklar, auch wenn sie von einem deutsch-deutschen Förderausschuss grundsätzlich befürwortet wurde.<sup>30</sup>

Die Regierungskommission hatte es zwar vermocht, den regionalen Protest kurzzeitig zu kanalisieren, weckte aber auch Erwartungen, die sie nicht erfüllen konnte. Schon vor der letzten Sitzung drohte die Gewerkschaftsleitung der Südharz-Betriebe mit erneuten Protestaktionen, denn am 18. September standen die Tarifverhandlungen an.<sup>31</sup> Und die von Existenzängsten erfüllten Belegschaften setzten die Drohung der Gewerkschaft vom 3. August nunmehr in die Tat um. Am 21. September traten 2.500 Thüringer Kalibergleute in einen unbefristeten Hungerstreik, der auch in überregionalen westdeutschen Medien Aufmerksamkeit erfuhr.<sup>32</sup> Dass die privilegierte Position der Bergleute in der DDR neben den Existenzängsten auch eine durchaus wichtige Rolle für das Gerechtigkeitsdenken und die Mobilisierung der Belegschaften spielte, darauf machten die Betriebsräte immer wieder aufmerksam. Es gehe nicht um die »gier« nach geld«, so einer von ihnen in einem Telegramm an den Hauptvorstand der IG BEW, sondern um in der DDR »erworbene rechte«. <sup>33</sup> Angesichts dieser Entwicklungen wurden

---

29 Betriebssauna im Kaliwerk Bischofferode geschlossen, in: Landsberger Tageblatt, 4.8.1990.

30 Ministerium für Wirtschaft, Außenstelle, Entwurf, Bericht der Regierungskommission zur Förderung der Entwicklung der Südharzregion, o.D., BA-B, DE 10, 262, unfol.

31 Gewerkschaftsleitung der Kali Südharz AG, Standpunkt der Gewerkschaftsleitungen KALI Südharz zur Sitzung der Regierungskommission am 13.9.1990 in Sondershausen, o.D., BA-B, DE 10, 446, unfol.

32 2500 Bergleute im Süden der DDR im Hungerstreik, in: Süddeutsche Zeitung, 22.9.1990.

33 Betriebsrat der Fluss- und Schwerspat GmbH, Betriebsteil Trusetal, an den Hauptvorstand der IG Bergbau, Energie und Wasserwirtschaft, Peter Witte, 21.9.1990, AfsB, IGBE, 16178, unfol.

die Tarifverhandlungen nun unter hochrangiger Beteiligung des Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsministeriums der DDR geführt und schnell abgeschlossen. Sogar Vertreter des BMWi nahmen teil, tauchten aber freilich nicht als Vertragspartner auf. Schon am 24. September verabschiedeten die Beteiligten ein Festlegungsprotokoll, dem fünf Tage später ein Tarifvertrag folgte. Darin bekannten sich die Unterzeichner zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung im Bergbau sowie zur »sozialen Gleichberechtigung der Bergleute« und beriefen sich hierbei auf den Einigungsvertrag, der im Gegensatz zu früheren Verlautbarungen der Bundesregierung nun sogar die Förderung von Bergbauregionen als »Schwerpunktgebiete« vorsah. Unternehmen und Gewerkschaft sollten sich auf Abfindungen verständigen, deren Zahlung vorrangig aus Betriebsmitteln zu leisten war; im Notfall sollten aber auch Haushaltsmittel zum Einsatz kommen.<sup>34</sup> Genau dieser Punkt aber führte später zu heftigen Konflikten, denn die Presseerklärung der IG BEW enthielt einen Halbsatz, der so explizit nicht im Protokoll stand. Demnach sollte nach dem 3. Oktober 1990 »als Rechtsnachfolger [der DDR; Anm. C.R.] die Regierung der BRD« die Sozialplanpflichten übernehmen.<sup>35</sup>

## Von der Straße ins Kabinett: Protest und Landespolitik in Thüringen unter Josef Duchač (1990/91)

Nach den Landtagswahlen, die elf Tage nach der Wiedervereinigung am 14. Oktober 1990 stattfanden, stand Josef Duchač als Ministerpräsident nun an der Spitze der ersten demokratisch gewählten Thüringer Landesregierung seit 1946 und dort einem christdemokratisch-liberalen Kabinett vor. Duchačs Wahlerfolg steht damit zugleich paradigmatisch für die Ambivalenzen der ostdeutschen Transformation als politischem Projekt. Nicht nur setzte sich mit der Wahl der Erfolgskurs der CDU in Ostdeutschland seit der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 auf regionaler Ebene fort, auch

---

34 Ministerium für Wirtschaft/Ministerium für Arbeit und Soziales/Ministerium der Finanzen/Sprecherrat der Bergleute der Flußspatgruben Straßberg und Rottleberode, Festlegungsprotokoll der Beratung der bevollmächtigten Vertreter der Ministerien mit dem Sprecherrat der Bergleute unter Teilnahme von Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums, 24.9.1990, LATH-HStA, 6-82-1001, Nr. 1295, Bl. 58 f.

35 IG BEW, Erklärung, o.D., LATH-HStA, 6-82-7001, Nr. 1157, Bl. 115.

konnte die Wiedervereinigungspolitik Helmut Kohls noch immer auf einen großen Rückhalt in der ostdeutschen Bevölkerung aufbauen. Obwohl die Währungsunion unzählige Ostbetriebe über Nacht zu handlungsunfähigen Sanierungsfällen gemacht hatte, obwohl es in vielen Betrieben und ganzen Regionen bereits zu Protesten gekommen war, und obwohl die Treuhand bereits für erste Skandalmeldungen gesorgt hatte (man denke etwa an den Beschluss zur Liquidation des traditionellen Dresdner Kamerahersteller »Pentacon« einen Tag vor der Wiedervereinigung), sah sich die CDU durch die Wahlergebnisse insbesondere im Osten weiterhin in ihrer Politik bestätigt. Am 2. Dezember 1990, dem Tag der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, konnte die CDU mit 44,3 Prozent abermals einen fulminanten Sieg einfahren. Man sollte den Wahlsieg der CDU in Thüringen aber nicht einseitig als Spiegelbild nationaler Entwicklungen betrachten. Vielmehr bedeutete die Personalkontinuität an der Spitze der neuen Thüringer Landesregierung auch, dass die Zäsur der Wiedervereinigung auf regionaler Ebene von einer weitgehenden Diskurskontinuität begleitet wurde. So wurden der neue Ministerpräsident und sein überwiegend ostdeutsch besetztes Kabinett in der Thüringer Kaliregion weiterhin an den Versprechungen vom August 1990 gemessen. Auch Gabriele Glaubrecht blieb als Aufsichtsratsmitglied der MDK<sup>36</sup> der Region und den Kumpeln verbunden, selbst nachdem sie auf dem ersten gesamtdeutschen Kongress der IG BE im Mai 1991 mit einem fulminanten Ergebnis von 348 (von 400) Delegiertenstimmen zur ersten Vorstandssekretärin für Frauen in den neuen Gewerkschaftsvorstand gewählt worden war.<sup>37</sup> Bis dahin verhandelte sie als kommissarische Leiterin des Bezirks Thüringen der IG BE mit Ministerpräsident Duchač weiter über die Erfüllung des Festlegungsprotokolls und des Sozialplans vom September 1990. Denn die MDK verwies erwartungsgemäß auf die anstehenden Sanierungsaufgaben und ihre prekäre Finanzlage,<sup>38</sup> während sich der Bund nicht als Rechtsnachfolger der DDR verstand. Stattdessen verwies man in Bonn auf die »neue Rechtslage«, nach der Tarifverträge Sache der Sozialpartner (und gegebenenfalls der Treuhand) waren.<sup>39</sup> Aber auch

---

36 Mitteldeutsche Kali AG, 15.12.1990, BA-B, B 412, 104580, Bl. 142.

37 Fichter, Die »Vereinigung« der Gewerkschaften, S. 283 f.

38 THA, Direktorat Bergbau/Steine/Erden, Erstes Treffen des Treuhandvorstandes mit den Ministerpräsidenten und Kabinett des Landes Thüringen, 21.1.1991, BA-B, B 412, 9482, Bl. 68 f.

39 BMWi, III B 3, Vermerk, Betr.: Sozialflankierung für die Betroffenen bei der Anpassung bzw. Stilllegung des Kali-Bergbaus in der früheren DDR, 28.1.1991, LATH-HStA, 6-82-7001, Nr. 1157, Bl. 105-108.

die Treuhand wies jegliche Verpflichtungen für Abfindungsleistungen ab – erst recht, nachdem sie sich mit dem DGB und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) am 13. April 1991 auf Grundsätze zur Finanzierung von Sozialplänen verständigt hatte,<sup>40</sup> nach denen die Abfindungsleistungen der MDK deutlich zu hoch ausfielen.<sup>41</sup> Dabei ging es immerhin um einen Differenzbetrag von über 600 Millionen DM.<sup>42</sup> Die Ansprüche zu erfüllen, so Treuhand-Präsidentin Birgit Breuel in einer Vorstandssitzung im Mai 1991, stelle geradezu eine »eine Gefahr für den Bestand der gemeinsamen Erklärung« mit den Gewerkschaften dar.<sup>43</sup> Da half es auch wenig, dass das ostdeutsche Treuhand-Vorstandsmitglied, der letzte DDR-Wirtschaftsminister Gunter Halm, den Staatssekretär im BMWi Dieter von Würzen aus eigenen Erfahrungen bereits am 1. Februar davor gewarnt hatte, dass es wegen des Streits um die Abfindungen erneut »wahrscheinlich zu erheblichen Unruhen und Arbeitskampf« in der Region komme. Aber selbst der Hinweis, dass »Teile der freizusetzenden Belegschaft von einer eigenen Kündigung – aus Sorge um den Anspruchsverlust auf den besagten Sozialplan – Abstand nehmen«, führte nicht zum Einlenken Bonns.<sup>44</sup>

Halms Warnung kam zu einer Zeit, in der sich die Stimmung im Osten merklich verschlechtert hatte, und sollte bald Wirklichkeit werden. Nicht nur in den Betrieben und in den Regionen demonstrierten immer mehr Beschäftigte – unter Rückgriff auf die positiv besetzte Protestkultur der Revolution von 1989 – gegen die Privatisierungspolitik von Bundesregierung und Treuhand. Auch die Treuhand selbst wurde zunehmend zum Ort überregionaler Proteste.<sup>45</sup> Die Thüringer Kaliregion ordnete sich in diese Entwicklungen ein. Dort demonstrierten am 23. Februar 1991 erneut »Tausende Kali-Kumpel« des Südharzreviers auf dem Marktplatz in Sondershausen und weitere 5.000 Bergleute in Bad Salzungen – drei Tage, bevor der Aufsichtsrat der MDK die Stilllegung von vier Produktionsstätten im Südharz-

---

40 Gemeinsame Erklärung von Deutschem Gewerkschaftsbund, Deutscher Angestellten-Gewerkschaft und Treuhandanstalt vom 13.4.1991, in: Treuhandanstalt (Hrsg.), Dokumentation 1990–1994, Bd. 2, S. 389–392.

41 Tarifvertrag über die soziale Absicherung der Arbeitnehmer der Unternehmen der Kali-, Steinsalz- und Spatindustrie (Sozialplan – Kali), 29.9.1990, BA-B, B 412, 104579, Bl. 107.

42 Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung der THA am 5.6.1991, BA-B, B 412, 2578, Bl. 25 f.

43 Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung der THA am 28.5.1991, BA-B, B 412, 2577, Bl. 20.

44 THA, Mitglied des Vorstandes, Dr. Halm, an das BMWi, Staatssekretär Dr. von Würzen, Betr.: Lage der Mitteldeutschen Kaliindustrie, 1.2.1991, BA-B, B 412, 4189, Bl. 225 f.

45 Böick, Die Treuhand, S. 309 f.

revier beschloss.<sup>46</sup> Wiederum angeführt von Gabriele Glaubrecht und unterstützt von rheinland-pfälzischen IG BE-Funktionären sowie Bundestagsabgeordneten der SPD, der inzwischen auch Glaubrecht beigetreten war, forderten sie die Landes- und Bundesregierung zur Einhaltung des Tarifvertrags vom September 1990 auf und wandten sich überdies vehement gegen die »sogenannte alternative Lösung«, die Bergwerke zu Untertagedeponien umzuwandeln,<sup>47</sup> ungeachtet, dass diese Lösung von Teilen der Belegschaften im Werrarevier und auch vom IG BE-Vorstand als Beitrag zur Beschäftigungssicherung begrüßt wurde. Die Proteste aber zeigten die politischen Grenzen dieses Vorschlags auf. Stattdessen forderten die Demonstrierenden nun staatliche Förderprogramme für die Kaliindustrie.<sup>48</sup>

Indes hatten nicht nur die öffentliche Ankündigung von insgesamt neun Grubenschließungen in Ostdeutschland Ende Februar 1991 und die parallelen Treuhand- und regierungskritischen Proteste in Berlin, sondern auch Duchač selbst wesentlich zur Wiederaufnahme der Proteste in Nordthüringen beigetragen. Unter hohem Druck hatte der Ministerpräsident, dessen Stab, wie er rückblickend formulierte, anfangs kaum über mehr Personal verfügte als »eine Sekretärin, ein[en] Chef der Staatskanzlei und ein paar Freunde«,<sup>49</sup> bereits am 16. Februar Glaubrecht ohne Rücksprache mit seinem Kabinett die Erfüllung der Abfindungsansprüche aus Landesmitteln zugesichert. Im Thüringer Finanzministerium, das vom Mikroelektronik-Fachmann Klaus Zeh (CDU) geleitet wurde, sorgte diese Zusage freilich für erheblichen Unmut. Denn Duchač behauptete nach den Protesten in Sondershausen und Bad Salzungen, lediglich die Zusage für die Freigabe von Geldern für März (rund 18,9 Millionen DM) gegeben zu haben, während am Tag darauf der Presse (und einer internen Notiz vom 18. Februar 1991) zu entnehmen war, dass die Landesregierung die »prinzipielle« Übernahme aller Ansprüche »vom Bund« beschlossen habe. Duchač hatte aber nicht nur sein Kabinett, sondern auch das Parlament übergangen, das allein über die Gewährung »freiwilliger Leistungen« befinden konnte. Und schließlich brachte seine Zusage das Land in die Rolle des armen Bittstellers, denn die Übernahme aller Abfindungen (nun rund 260 Millionen DM) machte zusätzliche Ver-

---

46 Kali Südharz AG Sondershausen, Anhang zur D-Markeröffnungsbilanz zum 1.7.1990, 3.4.1991, LATH-HStA, 6-94-3464, Nr. 2075, unfol.

47 Kali-Kumpel demonstrieren, in: taz, 26.2.1991.

48 Kalibergbau vor Massen-Entlassungen. Protestkundgebungen mit Ruf nach Förderprogrammen und Konzepten, in: Der Morgen, 25.2.1991.

49 Duchač, »Ich hatte immer schon eine ganz satte Portion Ehrgeiz«, S. 26.

handlungen mit den »reicheren« Ländern notwendig, die bereits erhebliche Zahlungen an Thüringen leisteten. So entsprach die Summe der Abfindungen in etwa den Energie- und Verkehrssubventionen für 1991, der auf fünf Jahre angelegten »Hessen-Hilfe« für Thüringen oder der jährlichen Mehrbelastung des hessischen Landeshaushalts zur Finanzierung des »Aufbaus Ost«. <sup>50</sup>

Dennoch übernahm das Land Thüringen auch die Beträge für April und Mai. <sup>51</sup> Denn für einen kurzen Moment deutete sich in der Treuhand ein Umdenken an. So geriet die Behörde durch die Protestwelle im Osten zusehends in Bedrängnis und musste sich in der Öffentlichkeit dabei sogar Stasi- und Nazi-Vergleiche gefallen lassen. <sup>52</sup> Im Bemühen um Deeskalation sicherte der wenige Wochen später, mutmaßlich von RAF-Terroristen ermordete Treuhand-Präsident Detlev Karsten Rohwedder Ducháč zu, diesen in seinem Bemühen, den Bund von dessen Zahlungspflicht zu überzeugen, zu unterstützen. <sup>53</sup> Noch am selben Tag forderte Thüringens Wirtschaftsminister Hans-Jürgen Schultz (FDP) seinen Parteifreund, Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP), dazu auf, die Kosten ab Mai 1991 bis 1992 (235 Millionen DM) zu übernehmen, <sup>54</sup> während der Meininger SPD-Bundestagsabgeordnete Wieland Sorge parallel über den Weg der parlamentarischen Anfrage auf eine Stellungnahme des BMWi drängte. <sup>55</sup> Im Bonner Ministerium aber blieb man, trotz der aufgeheizten Stimmung

---

50 Thüringer Finanzministerium, III, an den Ministerpräsidenten, Vermerk, vertraulich, Betr.: Kali-Sozialplan, Bezug: Besprechung mit Ihnen am 8.3.1991, 10.3.1991, LATH-HStA, 6–82-7001, Nr. 1157, Bl. 92–98; Büro des Ministerpräsidenten, Dr. Debes, Vermerk für Herrn Ministerpräsidenten, Gespräch mit IG Bergbau und Energie am 16.02.1991, 18.2.1991, ebd., Bl. 103.

51 Mitteldeutsche Kali AG Sondershausen, Vorstand, an den Ministerpräsidenten des Landes Thüringen Josef Ducháč, 1.3.1991, ebd., Bl. 101 f.

52 Böick, Die Treuhand, S. 306–316; Jahresgutachten 1991/92 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (= Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/1618), S. 72, URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/12/016/1201618.pdf> (abgerufen am 8.8.2022); Schroeder, Die veränderte Republik, S. 200.

53 Thüringer Staatskanzlei, Niederschrift über die 17. Kabinettsitzung am 19.3.1991, LATH-HStA, 6–82-1001, Nr. 2221, Bl. 4; Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Technik, Kabinettsvorlage, 15.3.1991, ebd., Bl. 187–190.

54 Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Technik, Schultz, an den Bundesminister für Wirtschaft, Minister Möllemann persönlich, 19.3.1991, LATH-HStA, 6–82-7001, Nr. 1157, Bl. 85–87.

55 Wieland Sorge, Mitglied des Deutschen Bundestages, an Peter Struck, MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Schriftliche Fragen für den Monat März, 19.3.1991, LATH-HStA, 6–82-1001, Nr. 1400, Bl. 69.

im Osten, nicht nur bei der bisherigen Linie,<sup>56</sup> sondern forderte nun sogar, über den Tarifvertrag vom 29. September 1990 wegen Nichterfüllbarkeit neu zu verhandeln.<sup>57</sup> Und wie bereits erwähnt, lehnte die Treuhand nach der Ermordung Rohwedders an Ostern 1991 und der Verabschiedung von Grundsätzen für Sozialpläne am 13. April kategorisch die Zahlung aller höherliegenden Ansprüche ab.

Aber auch Ducháčs Kalipolitik war ein politisches Pulverfass. Im Bemühen darum, gegenüber den aufgewählten Kumpeln als Vertreter eines starken Staats und Anwalt ihrer Ansprüche aufzutreten, konnte er sich lediglich auf ein umstrittenes Festlegungsprotokoll stützen, das selbst das Resultat gescheiterter Initiativen der letzten DDR-Regierung zur Entspannung der Lage in der Kaliregion gewesen war. Ducháčs Festhalten an diesen Versprechungen entsprach keineswegs seinen realen Handlungsoptionen, sondern brachte ihn vielmehr in Konfrontation zur Treuhand. Zudem wurde er vor Ort bald selbst zum Gefangenen seiner Politik. So war das Unternehmen MDK nur dann zur Unterstützung der noch von der DDR-Regierungskommission geplanten, aber erst am 26. März 1991 gegründeten gemeinnützigen »Gesellschaft Arbeit und Umwelt Südharz mbH«, die 1.800 Arbeitsplätze in der Südharzregion schaffen sollte, bereit, wenn das Land weiterhin Sozialplanmittel zur Verfügung stellte.<sup>58</sup>

Es sollte jedoch noch bis September dauern, bis eine Lösung in diesem Konflikt gefunden wurde, wobei die Landesregierung hierbei keine Rolle mehr spielte. Vielmehr nahm nun die IG BE die Verhandlungen mit der Treuhand auf, die mit dem neuen für Kali zuständigen Vorstandsmitglied Klaus Schucht an westdeutsche Bergbau-Netzwerke anknüpfen konnte. Als langjähriger Manager der Ruhrkohle AG legte Schucht eine hohe Sensibilität für gewerkschaftliche Belange an den Tag. Am 22. Juli traf er sich mit Vorstandsfunktionären der IG BE in Bochum, um grundlegend über die generell hohen Abfindungsansprüche im Bergbau zu verhandeln, wobei Schucht erklärte, dass die Interessen der Gewerkschaft »im wohlverstan-

---

56 Bundesminister für Wirtschaft, Parlamentarischer Staatssekretär Erich Riedl, an Wieland Sorge, Betr.: Schriftliche Fragen für März 1991, Bezug: Fragen Nr. 255, 256, 257 und 258, 9.4.1991, ebd., Bl. 67 f.

57 Bundesminister für Wirtschaft, Jürgen Möllemann, an den Minister für Wirtschaft und Technik des Landes Thüringen, Hans-Jürgen Schultz, 13.5.1991, ebd., Bl. 65 f.

58 Mitteldeutsche Kali AG, Vorstand, an den Ministerpräsidenten des Landes Thüringen, Josef Ducháč, 10.4.1991, LAth-HStA, 6–82-1001, Nr. 1403, Bl. 89–101.

denen Interesse des Gemeinwohls liegen«. <sup>59</sup> Der stellvertretende IG BE-Vorsitzende Klaus Südhofer nutzte dies, um den Druck auf die Treuhand zu erhöhen. Er rief für den 10. September zu einer weiteren Großdemonstration in Erfurt auf, <sup>60</sup> der – je nach Berichtsquelle – zwischen 4.000 und 10.000 Bergleute folgten, darunter auch zahlreiche westdeutsche Kumpel, die sich von einem sozialverträglichen Abbau der ostdeutschen Kalikapazitäten auch stabilisierende Wirkungen auf eigene unternehmensinterne Krisendebatten erhofften. Dabei nutzte Südhofer auch die Gelegenheit, um erstmals offen für die vom Gewerkschaftsvorstand schon länger favorisierte Fusion zwischen MDK und K&S zu werben, womit es ein westdeutscher Gewerkschafter war, der den ostdeutschen Kumpeln erstmals öffentlich eine Zukunftsperspektive eröffnete. <sup>61</sup>

Die Strategie der IG BE, den Protest der Kumpel gegen den drohenden Arbeitsplatzverlust im Osten in einen Protest für die Zukunft der deutschen Kaliindustrie umzudeuten, ging zunächst auf. Schon am 2. September hatte die Treuhand angeboten, die Kumpel nach den am 13. April 1991 vereinbarten Regelsätzen abzufinden (5.000 DM pro Arbeitnehmer\*in), zuzüglich 3.000 DM für Beschäftigte, deren Abfindungen noch nicht ausgezahlt waren und die bis Jahresende aus dem Betrieb ausschieden. Bedingung dafür war, dass sämtliche Restforderungen gegen den Bund an die Treuhand abgetreten würden. <sup>62</sup> Am 20. September stimmten die IG BE und die Betriebsräte diesem Vorschlag zu, am 24. September gab der Gesamtvorstand der Treuhand sein Plazet <sup>63</sup> und am 28. Oktober schlossen die Gewerkschaft und der als Tarifpartner zuständige Kaliverein einen Änderungsstarifvertrag mit dem Ziel, eine Insolvenz der MDK abzuwenden. <sup>64</sup> Für die IG BE war dies Legitimation genug, um nun am Verhandlungstisch über die Zukunft der Kaliindustrie mitzuzuscheiden, während sie sich als Protestpartei aus der Thüringer Kaliregion zurückzog. Damit vollzog sich, erst rund ein Jahr nach der Wie-

---

59 Klaus Schucht, Treffen mit Hans Berger, Klaus Südhofer, Geißler und einem weiteren IGBE-Mitglied am 22.07.1991, BA-B, B 412, 3358, unfol.

60 Sozialplan. Kali-Bergleute: Geduld begrenzt, in: Mitteldeutsche Allgemeine, 14.8.1991.

61 Zahlung des Kali-Sozialplanes gefordert. Trausende Bergleute protestierten in Erfurt gegen Wortbruch des Bundes, in: Thüringer Tageblatt, 11.9.1991.

62 THA, Hero Brahms/Klaus-Peter Wild, an die IG BE, Herrn Windisch, Sozialplan MDK, 2.9.1991, LATH-HStA, 6–82-1001, Nr. 2246, unfol.

63 Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung der THA am 24.9.1991, BA-B, B 412, 2601, Bl. 18 f., 407.

64 Tarifvertrag vom 28.10.1991 zur Änderung des Tarifvertrags über die soziale Absicherung der Arbeitnehmer der Unternehmen der Kali-, Steinsalz- und Spatindustrie (Sozialplan-Kali) vom 29.9.1990, AdsD, DAG, RV-1–6098, unfol.

dervereinigung, auch ein sichtbarer Wandel der Gewerkschaftskultur in der Thüringer Kaliregion. Waren die Belegschaftsproteste bis zum Herbst 1991 inhärenter Bestandteil der lokalen Vorstellung von gewerkschaftlicher Mitbestimmung gewesen und hatten sogar Forderungen an den Gewerkschaftsvorstand nach sich gezogen, die gewerkschaftliche Vertretung vor Ort institutionell zu stärken,<sup>65</sup> verfolgten die westdeutschen Spitzenfunktionäre der IG BE traditionell ein auf Sozialpartnerschaft zwischen Arbeit und Kapital gründendes Modell von Mitbestimmung, in dem Kompromisse am Verhandlungstisch höher wogen als Protest. Die Herausforderung der Wiedervereinigung und der Transformation in Ostdeutschland hatten dieses Modell im westdeutschen Gewerkschaftslager sogar noch gestärkt. So war es der IG BE beim Bundeskongress des DGB im Mai 1990 gelungen, einen Antrag durchzusetzen, der die Grenzen der Mitbestimmung betonte. Selbst in Westdeutschland, so der Antragstext, habe die Diskrepanz zwischen der Symbolik der Mitbestimmung als demokratische Verheißung für die betriebliche Basis und der Realität gewerkschaftlicher Handlungsmacht im Kontext des wirtschaftlichen Strukturwandels seit den 1970er Jahren immer wieder zu »Fehleinschätzungen, überzogenen Erwartungen und zu Enttäuschungen geführt, die am Ende das Vertrauen in die Gewerkschaften schwächen.«<sup>66</sup> Diese Erwartungen galt es in Ostdeutschland schon von vornherein zu dämpfen. Die nordthüringische Kaliregion wurde damit auch zum Testfall für ein revidiertes, moderateres Konzept von gewerkschaftlicher Mitbestimmung.

Für das Land Thüringen und die MDK aber war der Konflikt um den Sozialplan indes noch nicht beendet, sondern hatte ein Nachspiel, das sich noch bis ins Jahr 1993 ziehen sollte. Denn in Erfurt fühlte man sich vom Tarifkompromiss, der letztlich nur 70 Prozent der im September 1990 festgelegten Abfindungsleistungen sicherte, schlicht übergangen. Das Thüringer Kabinett beschloss daher bereits am 23. September, an der bisher vertretenen Rechtsauffassung festzuhalten und die Bereitstellung zusätzlicher Mittel durch die Treuhand als Erfolg der bisherigen Praxis der Vorfinanzierung zu betrachten, die sich die Berliner Behörde lediglich angeeignet habe.<sup>67</sup> Die MDK kün-

---

65 Anträge zum 15. Ordentlichen Gewerkschaftskongress der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie vom 7. bis 11. Mai 1991 in Dortmund, o.D., AfsB, IGBE, 16178, unfol.

66 Protokoll, 14. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Hamburg, 20. – 26. 5. 1990, Anträge, S. 152 f.

67 Thüringer Staatskanzlei, Kabinettsreferat Niederschrift über die 43. Kabinettsitzung am 23.9.1991, 24.9.1991, LATH-HStA, 6–82-1001, Nr. 2246, unfol.

digte dagegen eine Klage gegen den Bund an,<sup>68</sup> denn ohne eine Lösung des Sozialplan-Konflikts ließen sich die geplanten massiven Umstrukturierungen nicht umsetzen. Die Klage wurde eingereicht, kam aber erst 1993 zum Abschluss, als sie kaum noch eine Rolle spielte.

Der Konflikt um den Sozialplan war aus landespolitischer Sicht mehr als nur ein Nebenschauplatz. Im Herbst 1991 ging es bereits um die Zukunft der Thüringer Landesregierung insgesamt, für die jede politische Niederlage einen weiteren Legitimationsverlust bedeutete. So wurde im Thüringer Parlament unlängst über Fragen der wirtschaftlichen Zukunft der Kaliregion diskutiert, die in den Kabinettsdiskussionen bislang nur wenig Raum eingenommen hatten. Das wurde der Regierung nun zum Verhängnis. Thüringens Umweltminister Hartmut Sieckmann (FDP) musste sich schon am 20. März 1991 zu Plänen über Giftmüllleinlagerungen in Kalischächten positionieren<sup>69</sup> und eine Woche später forderten die Koalitionsfraktionen CDU und FDP die Landesregierung dazu auf, Initiativen für eine konzertierte Aktion zum Schutz der deutschen Kaliindustrie zu ergreifen. Die »innerdeutsche Wettbewerbssituation« sollte nach ihrem Dafürhalten durch Struktur Eingriffe abgestellt und die Kaliindustrie in das deutsche Entwicklungshilfsprogramm einbezogen werden, um den Unternehmen günstige Absatzbedingungen in der »Dritten Welt« zu verschaffen.<sup>70</sup> Das Parlament beschloss daraufhin die Bildung einer Arbeitsgruppe, der die Landesregierungen Thüringens, Hessens und Niedersachsens, die Unternehmen K&S und MDK sowie die IG BE angehörten. Sie bestand bis Anfang 1992, tagte viermal, kam letztlich aber zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass die ökonomischen Anpassungsmaßnahmen vor allem von den Unternehmen selbst zu leisten seien, während staatliche Maßnahmen bestenfalls flankierend wirken könnten, ohne dabei jedoch konkret zu werden.<sup>71</sup>

---

68 Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Technik, Minister, Tischvorlage zu TOP III.5: Sozialplan Mitteldeutsche Kali AG, o.D., LATH-HStA, 6–82-1001, Nr. 1295/1, unfol.

69 13. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am 20.3.1991, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/4347/13\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/4347/13_plenarsitzung.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

70 Antrag der Fraktionen der CDU und FDP, Initiative für eine Unterstützung des deutschen Kalibergbaus, 27.3.1991, Drucksache 1/222, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/4595/initiative\\_fuer\\_eine\\_komplexe\\_unterstuetzung\\_des\\_deutschen\\_kalibergbaus.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/4595/initiative_fuer_eine_komplexe_unterstuetzung_des_deutschen_kalibergbaus.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

71 Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Beschluß des Landtags vom 18. April 1991 zu Drucksache 1/222, Initiative für eine komplexe Unterstützung des deutschen Kalibergbaus, Drucksache 1/996, 19.2.1992, URL: <http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/4598/>

Als sich Duchač am 7. November 1991 vor dem Parlament für das in einem Jahr Geleistete rechtfertigen musste, enttäuschte er die hohen Erwartungen der Parlamentarier vollends. In seiner 30-minütigen Rede kam er nur kurz auf die regionalen Reizthemen Treuhand und Wirtschaftspolitik zu sprechen. Dabei rühmte er ausgerechnet den Kali-Sozialplan als stolzes »Beispiel für das Bemühen um sozial verträgliche Lösungen bei schmerzhaften, an betriebswirtschaftlichen Grundsätzen orientierten Treuhandentscheidungen«, die er selbst kaum beeinflussen konnte. Deshalb konzentrierte sich das Land auf Mittelstandsförderung und »eine möglichst ausgewogene räumliche und strukturelle Verteilung von Großunternehmen«. <sup>72</sup> Aus Sicht der Opposition war diese Rede aber eine glatte Bankrotterklärung – und das nicht zu Unrecht. Denn die Landesregierung hatte mit ihrem Fokus auf den Sozialplan-Konflikt die wirtschaftlichen Fragen vernachlässigt. Nicht einmal in den Monatsgesprächen mit der Treuhand machte sie Anstalten, auf die wirtschaftliche Zukunft der Kaliindustrie Einfluss zu nehmen. Vielmehr traten hier die Landräte als Kämpfer für ihre Region und Triebkräfte einer lokalen Strukturpolitik auf. <sup>73</sup> Im Dezember brachte die PDS schließlich einen Missbilligungsantrag ein, in dem sie Duchač vorwarf, einen »Offenbarungseid« geleistet zu haben. Er habe »trotz öffentlich bekundeter Lernfähigkeit weder eine tatsächliche noch eine gesetzliche Veränderung der Treuhandpraktiken durchgesetzt. Im Gegenteil, alle Handlungen der Regierung in der Vergangenheit zeugen davon, daß sie die Umkehr des Treuhandauftrags niemals ernsthaft betrieben hat.« <sup>74</sup> Zwar zog die Partei den Antrag zu Jahresbeginn 1992 wieder zurück, dies jedoch nur, weil die SPD zwischenzeitlich ebenfalls einen Misstrauensantrag eingereicht hatte, auf den die PDS wiederum mit einem ähnlichen Antrag reagierte. Die dahinterstehenden Hoffnungen auf ein linkes Bündnis aber zerschlugen sich schnell, denn die SPD verstand sich nach wie vor als Erbin der ostdeutschen Bürgerbewegung, die

---

initiative\_fuer\_eine\_komplexe\_unterstuetzung\_des\_deutschen\_kalibergbaus.pdf (abgerufen am 8.8.2022).

72 34. Sitzung des Thüringer Landtags am 7.11.1991, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/5070/34\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/5070/34_plenarsitzung.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

73 Z. B. THA, Länderabteilung Thüringen P L5, Ergebnisvermerk: Monatsgespräch der Treuhandanstalt, Länderabteilung Thüringen, mit dem Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Technik am 12. Juli 1991 in Erfurt, 7.8.1991, BA-B, B 412, 23351, Bl. 397–399.

74 Antrag der Fraktion der LL-PDS, Mißbilligungsantrag, 10.12.1991, Drucksache 1/959, URL: <http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/6724/missbilligungsantrag.pdf> (abgerufen am 8.8.2022).

auf eine strikte Abgrenzung zur Nachfolgepartei der SED bedacht war.<sup>75</sup> So hatte der SPD-Abgeordnete Gerd Schuchardt schon die erste Initiative der PDS im Parlament als »Trittbrettfahren« bezeichnet. Ihren eigenen Antrag wollte die SPD dagegen auch als Beitrag zur konsequenten Abgrenzung vom SED-Erbe verstanden wissen. Die Partei nahm deshalb auch auf öffentlich bereits breit diskutierte Stasi-Vorwürfe gegen Duchač Bezug. Diese spezifisch ostdeutsche Diskurslogik, die ihre Wurzeln in der friedlichen Revolution hatte, lebte im Thüringer Landtag fort und prägte bei vielen Abgeordneten weiterhin die Erwartungshaltung, dass die Zukunft des Ostens einen konsequenten Bruch mit alten Eliten und Strukturen voraussetze. Das spiegelte sich auch in Schuchardts Rede:

»Es ist zu bedauern, daß in der Öffentlichkeit und nicht nur im Land Thüringen, sondern in der ganzen Bundesrepublik und darüber hinaus das Image dieses Landes zunehmend nicht mehr geprägt ist von fleißigen Menschen, die hier in Thüringen wohnen, die um ihre Arbeitsplätze ringen, die neben Fleiß über hohe Bildung, über Kultur verfügen, die in einem landschaftlich attraktiven und in vielerlei anderer Hinsicht auch attraktiven Thüringen leben und um einen Wiederaufbau, um ein besseres Thüringen ringen, nein, das Image dieses Landes wird zunehmend geprägt von einer Altlastendebatte um die Person des Ministerpräsidenten Josef Duchac.«<sup>76</sup>

Diesen Worten folgte eine erhitzte Debatte, in der Duchač sämtliche Verfehlungen der Thüringer Landespolitik angekreidet wurden. Die Vergangenheitsdebatte stellte dabei den politischen Fluchtpunkt für die vielen enttäuschten, jedoch keineswegs einhelligen Zukunftserwartungen und Hoffnungen in die Landespolitik dar. Sie bildete den kleinsten gemeinsamen Nenner, der eine parlamentarische Mehrheit für den ersehnten politischen Neubeginn erst möglich machte. Der Misstrauensantrag wurde am 18. Dezember zwar mit 49 Nein-Stimmen (bei 35 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen) abgelehnt,<sup>77</sup> dem knappen Ergebnis entsprechend und angesichts parallel entfachter Vergangenheitsdebatten innerhalb der CDU reichte Duchač aber wenig später seinen Rücktritt ein. Damit ebneten die Thüringer Landtagsfraktionen dem langjährigen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten (1976–1988) und engen Kohl-Vertrauten Bernhard Vogel

---

75 Holzhauser, »Niemand mit der PDS«?

76 37. Sitzung des Thüringer Landtags am 12.12.1991, S. 2514, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/1938/37\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/1938/37_plenarsitzung.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

77 39. Sitzung des Thüringer Landtags am 18.12.1991, S. 2621, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/6532/39\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/6532/39_plenarsitzung.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

(CDU) den Weg ins Ministerpräsidentenamt, in das dieser offiziell am 5. Februar 1992 gewählt wurde. Ihm oblag es nun, die weiterhin offene Zukunft des Landes zu gestalten.

### Die Kalifusion als demokratische Herausforderung: Protest, Parlamentarismus und Strukturpolitik unter Bernhard Vogel im Frühjahr 1993

Als Bernhard Vogel seinen Dienst in Erfurt antrat, wurde in der nationalen Öffentlichkeit bereits zunehmend über die Verwerfungen der Wiedervereinigung diskutiert. Im Zentrum der Debatten standen dabei vor allem die rechtsextremen Ausschreitungen im sächsischen Hoyerswerda vom September 1991 und in Rostock-Lichtenhagen vom August 1992, die der SPD-nahe Historiker Jürgen Kocka seinerzeit als das »schrillste Zeichen der Krise« der liberalen Demokratie bezeichnete.<sup>78</sup> Diesen Diskurswandel nahm auch Vogel wahr, der sich zwar als glühender Anhänger des westdeutschen Föderalismus gegen den »demokratischen Zentralismus« der DDR begriff, zugleich aber vermeiden wollte, in Thüringen als westdeutscher Kolonialherr wahrgenommen zu werden, weshalb er sich auch offen für die Integration positiver DDR-Traditionen zeigte, etwa in der Bildungspolitik.<sup>79</sup> So betonte Vogel auch in seiner Regierungserklärung vor dem Thüringer Landtag am 26. Februar 1992, an den Koalitionsvertrag vom November 1990 anknüpfen zu wollen,<sup>80</sup> was auch die Übernahme von Ministern der Vorgängerregierung implizierte, darunter Willibald Böck (CDU, Innenminister, bis August 1992), Jürgen Bohn (FDP, Wirtschaftsminister), Klaus Zeh (CDU, Finanzminister) und Andreas Trautvetter (CDU, Minister der Staatskanzlei). Ihnen ließ Vogel viele Handlungsfreiheiten, während er sich selbst eher im Hintergrund bewegte. So saß Trautvetter auch im Verwaltungsrat der Treuhand, wo er die am 9. Dezember 1992 beschlossene Fusion der ost- und westdeutschen Kalifusion mittrug.

---

78 Kocka, Vereinigungskrise, S. 134.

79 Bernhard Vogel. Gespräch am 12. März 1992, in: Gaus (Hrsg.), Zur Person, S. 33–54.

80 Thüringen – Deutschlands Mitte. Regierungserklärung vor dem Thüringer Landtag 26. Februar 1992, in: Wiedemeyer (Hrsg.), Bernhard Vogel, S. 125–135.

Als die Details der Fusion am Tag daraufhin öffentlich wurden und damit erstmals die bis dahin geheim gehaltene Schließung der Werke Bischofferode und Merkers feststand, erhob sich an beiden Orten Protest.<sup>81</sup> Aus der Erfahrung der Amtszeit Ducháčs wusste man um die politischen Dynamiken, die solche Proteste auslösen konnten. Umso entschlossener reagierte der ebenfalls vom Fusionsbeschluss überrumpelte Wirtschaftsminister Bohn auf die Krise. Dabei galt es auch, den Makel der Zustimmung der Landesregierung zur Fusion wettzumachen und Handlungsmacht zu demonstrieren. Am 14. Dezember forderte er die Treuhand auf, alle betriebswirtschaftlichen Details der Fusion offenzulegen.<sup>82</sup> Dabei konnte sich Bohn auf einen breiten parlamentarischen Rückhalt stützen. Bereits am 11. Dezember hatten die Koalitionsfraktionen einen gemeinsamen, auch von SPD und PDS befürworteten Antrag zur »Unterstützung der Thüringer Kaliregionen« eingebracht, der das Ziel vorgab, nicht die Fusion, aber die Modalitäten der Fusion neu zu verhandeln. Diesen Antrag machte sich Bohn zu eigen und unterfütterte ihn argumentativ mit vergleichenden Blicken ins Ruhrgebiet, das in der Öffentlichkeit immer wieder als Projektionsfläche sowohl für einen gelungenen als auch misslungenen Strukturwandel im Osten bemüht wurde. Auch Bohns scharfe Kritik an der »Rhein-Ruhr-Lobby« war nach beiden Richtungen lesbar, gipfelte sie doch in einem »Appell in Richtung Bonn«, auch der Westen möge »diese bittere Pille und diesen schweren Weg durchmachen, den wir momentan vor uns haben.«<sup>83</sup> Mit dieser Aufladung zu einem Konflikt von nationaler Tragweite erreichte der bislang föderale Konflikt zwischen Thüringen und Bonn/Berlin eine neue nachhaltige Qualität. Nicht nur im Parlament, auch bei den Protesten vor Ort verfiel das Erzählmuster ostdeutscher Ungleichbehandlung und trug zur weiteren Mobilisierung bei. So trat Bohn am 1. Februar 1993 vor rund

---

81 Zu Bischofferode vgl. Werk Bischofferode, Vorsitzender des Betriebsrats Brodhun, an Herrn Minister, o.D., AfsB, IG BE, 17363, unfol.; Wohnungsgenossenschaft Bischofferode e.G. an Ministerpräsident Bernhard Vogel, 14.12.1992, LAItH-HStA, 6–82-1001, Nr. 1295/1, Bl. 110; Gemeinde Bischofferode/Hauröden, Bürgermeister Eugen Nolte, an Ministerpräsident Bernhard Vogel, 16.12.1992, PA E. Nolte, Loseblattsammlung, unfol.

82 THA, Direktorat Bergbau/Steine/Erden, Helmut Ballon, Telefonnotiz zum Telefonat mit Wirtschaftsminister Dr. Bohn, Landesregierung Thüringen, am 14.12.1992, BA-B, B 412, 3362, unfol.; Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Der Minister, Jürgen Bohn, an die Treuhandanstalt, Herrn Schucht, 22.12.1992, ebd., unfol.

83 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, 69. Sitzung am 11. Dezember 1992, S. 4994, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/6266/69\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/6266/69_plenarsitzung.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

2.500 Bergleuten auf einer von einem breiten Bündnis lokaler und regionaler Akteure getragenen Großdemonstration in Bad Salzungen auf und versicherte den Protestierenden, dass er der Treuhand den »Kohlepfennig im Ruhrgebiet« vorhalten werde.<sup>84</sup>

Den Worten sollten rasch Taten folgen, mit denen die Landesregierung ihre Fähigkeit unter Beweis stellen konnte, dass sie den Takt des regionalen Strukturwandels in Abstimmung mit den Betroffenen vorzugeben vermochte. Nirgendwo ließ sich dies besser demonstrieren als in Merkers. Denn hier konnte man an ein seit 1990 in enger Zusammenarbeit mit der MDK erarbeitetes Konzept für eine Untertagedeponie in der zu Merkers/Dorndorf gehörenden Grube Springen anknüpfen. Zudem wurde mit der Erfurter Firma Ercosplan, der Nachfolgerin des aus der MDK ausgegliederten Kali-Ingenieurbüros, ein Recycling-Konzept für den Übertagebereich in Merkers erarbeitet. Ferner griff Bohn einen Vorschlag des Betriebsrats vom Frühjahr 1993 auf und ließ eine Modellstudie für einen Grubenverbund aller Werra-Betriebe ausarbeiten. Hoffnung für Bischofferode keimte hingegen erst auf, als der westfälische Transport- und Entsorgungsunternehmer Johannes Peine Anfang März 1993 mit einem unverhofften Kaufangebot für Bischofferode an Bohn herantrat, mit dem Ziel, die Kaliförderung im Werk mit rund 500 bis 600 von 700 Beschäftigten fortzuführen. Dafür verlangte Peine jedoch, den Betrieb »zu gleichen Bedingungen, wie ihn Kali und Salz erwerben würden«, zu übernehmen. Und schließlich drängte das Land auf eine Angleichung der Abfindungen bei der MDK (9.600 DM je Beschäftigtem) an den K&S-Standard (32.000 DM je Beschäftigtem).<sup>85</sup>

Teile der Oppositionsfractionen aber wollten nach den Erfahrungen des Jahres 1991 nicht mehr nur Ergebniskorrekturen mittragen, sondern endlich Zukunft gestalten, was nun sogar Gräben zwischen der SPD und PDS überbrückte. So forderten Abgeordnete beider Parteien die Landesregierung in einer Parlamentsdebatte über die Situation der Thüringer Kaliindustrie am 15. Januar 1993 dazu auf, sich »nicht auf Nebenkriegsschauplätzen« zu tummeln, sondern kompromisslos für den Erhalt von Standorten zu kämpfen.

---

84 Saar, Bittersalz, S. 93–99.

85 Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Dr. Pampel, Standpunkte der Thüringer Landesregierung, 22.3.1993, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 36, Bl. 69–78; Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Der Minister, Jürgen Bohn, an Ministerpräsident Bernhard Vogel, 18.3.1993, LATH-HStA, 6–82-1001, Nr. 1295, Bl. 154–156; Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Esther Seemann, Sachstand Kali, 9.3.1993, LATH – HStA Weimar, 6–82-3001, Nr. 65, unfol.

Dabei verwiesen sie auf die widersprüchliche Rolle der Landesregierung bei der Entscheidung für die Fusion im Verwaltungsrat.<sup>86</sup> SPD und PDS konnten zudem auf Unterstützer\*innen im Bundestag zählen. So forderten Abgeordnete der PDS auch dort die Bundesregierung dazu auf, die Zustimmung zur Fusion zu verweigern, bis sämtliche Details auf dem Tisch lagen. Die Sondershäuser SPD-Abgeordnete Gisela Schröter, die auch in Bad Salzungen mitdemonstriert hatte, nutzte die sich daran anschließende Debatte im Bundestag aber zugleich dazu, der Landesregierung monatelange Untätigkeit vorzuwerfen. Dabei nahm sie auch Bezug auf den letzten großen Arbeitskampf der »alten« Bundesrepublik 1987: »Die Thüringer Landesregierung ist erst munter geworden, als die Betriebsräte munter geworden sind.« Die Wut der Thüringer Kalikumpel, die »aufs Haar den Gesichtern der Stahlwerker in Rheinhausen« glichen, sei Grund genug, »endlich aktiv in die Fusionsverhandlungen einzugreifen und die Interessen der Thüringer Bürgerinnen und Bürger zu vertreten«. Auch die IG BE wurde von Schröter nicht mit Kritik verschont, nachdem auch der Jenenser CDU-Abgeordnete Udo Haschke der Gewerkschaft Verrat an den Ost-Kumpels vorgeworfen hatte.<sup>87</sup> Für den Thüringer Bezirksleiter der IG BE Manfred Peters warf dies nicht nur ein »beschämendes Licht auf das Verhältnis der Thüringer Landes-SPD zu den Gewerkschaften«, vielmehr sah er darin eine Verletzung sozialmoralischer Gewissheiten der deutschen politischen Kultur: »Verzeih mir an dieser Stelle das Wort »alte« Bundesländer«, so Peters an Schröter in seiner Reaktion, »aber dort wäre ein derartiger Vorgang nicht möglich, weil man dort weiß, welche gemeinsamen Wurzeln wir haben und wie wir miteinander umgehen.«<sup>88</sup> Dass der Gewerkschaft die Deutungshoheit über die Proteste in der Kaliregion allmählich abhandenkam, wird in diesen Zeilen aber ebenso deutlich.

---

86 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, 72. Sitzung am 15. Januar 1993, S. 5233–5252, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/7855/72\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/7855/72_plenarsitzung.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

87 Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/4268, Antrag des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) und der Gruppe der PDS/Linke Liste, Aufschub der Zustimmung der Bundesregierung zur Fusion der Kali und Salz AG mit der Mitteldeutschen Kali AG, 4.2.1993, URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/12/042/1204268.pdf> (abgerufen am 8.8.2022); Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Stenographischer Bericht der 147. Sitzung am 12. März 1993, S. 12659–12666, URL: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/12/12147.pdf> (abgerufen am 8.8.2022).

88 IG Bergbau und Energie, Bezirk Thüringen, Bezirksleiter Manfred Peters, an Gisela Schröter MdB, 16.2.1993, AfsB, IG BE, 11951, unfol.

Aus Furcht vor einer möglichen neuen Regierungskrise schwenkte die Landesregierung auf die Forderungen der Opposition ein, während die Strukturförderung in den Hintergrund trat. Die auf Vogels Initiative geschaffenen Institutionen (Landesentwicklungsgesellschaft, Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Aufbaubank)<sup>89</sup> führten damit noch lange Zeit ein Schattendasein. Die Oppositionsparteien drängten dagegen zunehmend auf einen »Thüringer Weg« mit dem Ziel, »alle Abmachungen des Fusionsvertrages zu korrigieren«, wie erstmals so direkt in einer Sitzung des Landtagsausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 6. April 1993 gefordert. In diesen Tenor stimmten selbst Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen ein,<sup>90</sup> deren bisherige Versuche, auf Umweltprobleme bei der Erschließung von Untertagedeponien hinzuweisen, eher mit Achselzucken quittiert worden waren.<sup>91</sup> Vor Ort sorgte der Strategiewechsel der Landesregierung jedoch für Irritationen. Der Landrat von Bad Salzungen und der Betriebsrat von Merkers, die auf ein auch von der Treuhand unterstütztes regionales Strukturprogramm und die Umsetzung regionaler Deponiekonzepte drangen, fühlten sich geprellt,<sup>92</sup> zumal die Demonstration vom 1. Februar und eine sich anschließende Protestfahrt von 1.500 Bergleuten nach Bonn am 12. März, die auch von Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth (CDU) unterstützt worden war,<sup>93</sup> »unser Vertrauen in die Landesregierung« erst gestärkt hatten, wie der Betriebsrat hervorhob. So war es gelungen, die Kaliunternehmen dazu zu bewegen, ihre Argumente für die Fusion vor »Fachleuten unseres Vertrauens« vorzutragen. Dies stärkte die Akzeptanz für die Fusion, ohne dass eigene Vorstellungen von einem Grubenverbund der Werra-Betriebe als Alternative zum einseitig von Hattorf aus entworfenen K&S-Abbaukonzept dadurch an Relevanz verloren.<sup>94</sup> Aber auch in Unterbreizbach, wo man ja von der Fusion profitierte, regte sich Widerstand gegen

89 Schuster, Thüringens Weg in die soziale Marktwirtschaft, S. 187–222.

90 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, Ergebnisprotokoll der 40. Sitzung am 6.4.1993, Thüringer Landtag, Parlamentsdokumentation, 1/1224V, unfol.

91 Vgl. die Debatten im Rahmen einer »Aktuellen Stunde« zu Untertagedeponien in Thüringen am 31. März 1993: Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, 78. Sitzung am 31.3.1993, S. 5774–5781, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/8534/78\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/8534/78_plenarsitzung.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

92 Landratsamt Bad Salzungen/Kreisausschuß, Resolution, 15.12.1992, BA-B, B 412, 3362, unfol.

93 Saar, Bittersalz, S. 106.

94 MDK, Betriebsrat Merkers, Schmidt/Kloth, an den Ministerpräsidenten des Landes Thüringen, Vogel, 12.2.1993, BA-B, B 412, 3363, unfol.

Erfurt. Dort erachtete man die Fusion »als richtig und notwendig«. <sup>95</sup> Brisant war jedoch, dass der Betriebsrat von Unterbreizbach auch dem Gesamtbetriebsrat der MDK vorsah und letzterer (mit Ausnahme des Vertreters von Bischofferode) der Fusion als »alternativlos« zugestimmt hatte. <sup>96</sup>

In Bischofferode ergossen sich die Flutwellen des Schocks indes vollends über die Treuhand. Auf eine Stilllegung war man hier (anders als im Wer rarevier) nicht vorbereitet. Ganz im Gegenteil: Bisherige Betriebsanalysen (mit Ausnahme des Leitungsausschusses) hatten die prinzipielle Sanierungsfähigkeit Bischofferodes (freilich unter Bedingungen) bestätigt, die exklusiven Handelsbeziehungen in den Westen schienen weiterhin stabil und auch die vergleichsweise moderne Video- und Computertechnik im Koordinationsraum legte Zeugnis von der relativen Modernität des Werks ab. Einige dieser Investitionen waren noch in den Jahren 1991 und 1992 getätigt, noch im Herbst 1992 aufwendige Schachtsanierungen begonnen worden. <sup>97</sup> Alle Segel standen auf Zukunft. So forderte der Betriebsratsvorsitzende Heiner Brodhun auch in seiner ersten Reaktion eine staatlich gestützte Fortführung des Werks, mindestens für fünf Jahre. Danach, so seine Prognose, erreiche der Betrieb die Gewinnzone. <sup>98</sup> Am 15. Dezember und an Heiligabend 1992 unterstrich die Belegschaft diese Forderungen mit ersten Protestkundgebungen. <sup>99</sup> Der Schock der Stilllegung mobilisierte viele Eichsfelder aus dem unmittelbaren Umfeld. Kirchenvertreter, Unternehmer und die Nachbarschaft versammelten sich hinter den Kumpeln. Begleitet wurden die friedlichen Aktionen jedoch von Beginn von einer radikalen Sprache, die deutlich machte, wie unvorbereitet die Schließung kam – in einem Leserbrief an die *Eichsfelder Zeitung* war etwa von »Hinrichtung« die

---

95 Briefzitate aus IG Bergbau und Energie, Bezirk Thüringen, Bezirksleiter Manfred Peters, an Gisela Schröter MdB, 16.2.1993, AfsB, IG BE, 11951, unfol.

96 Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Dr. Pampel, Positionen zur Fusion aus Sicht der Beteiligten und Betroffenen, 29.3.1993, LATh-HStA, 6–82-3001, Nr. 36, Bl. 71; Keine Alternative. Betriebsräte unterstützen Kali-Fusionskonzept, in: *Neue Zeit*, 6.3.1993.

97 Heiner Brodhun, Geheimnisvoller als Jäger 90?, in: *Neues Deutschland*, 31.7.1993.

98 Kaliwerk Bischofferode, Betriebsrat, Betriebsratsvorsitzender Brodhun, Vorschlag des Betriebsrates des Werkes Bischofferode für eine Weiterführung der Produktion, 17.12.1992, AfsB, IG BE, 17363, unfol.

99 Proteste gegen Kahlschlag in Bischofferode, in: *Thüringische Landeszeitung*, 16.12.1992; Wilfried Klöde, Kalikumpel am Heiligabend im Schacht. Auch Priester bei Protest gegen geplante Schließung des Werkes Bischofferode, in: *Neue Zeit*, 24.12.1992.

Rede.<sup>100</sup> Auftritte des im August 1992 nach Korruptionsvorwürfen zurückgetretenen Innenministers Böck, der sich einst gerühmt hatte, Bernhard Vogel nach Thüringen geholt zu haben,<sup>101</sup> heizten den Protest zusätzlich an. Böck behauptete, im Besitz eines Geheimgutachtens zu sein, das den Kumpeln bewusst vorenthalten worden sei. Dabei handelte es sich um ein Papier von Ercosplan über Möglichkeiten für Mülleinlagerungen in Kalischächten. In Bischofferode sah man dies aber als Beleg dafür, dass die Landesregierung seit Monaten über den »Grubentod« informiert war.<sup>102</sup> So konnten sich vor Ort schon früh Verschwörungsmymen über die nicht für möglich gehaltene Werksschließung verfestigen, auf die die an Vertrauen verlierende Landesregierung kaum adäquat reagieren konnte.

Die Treuhand war indes über die Reaktion der Landesregierung wenig begeistert. Das wirkte sich auf deren Verhandlungsposition aus. Anstatt mit Bernhard Vogel sprach die Treuhand mit den beiden CDU-Landräten Werner Henning (Heiligenstadt) und Heinrich Große (Worbis) über eine gemeinsame »Entwicklungsstrategie Bischofferode«.<sup>103</sup> Dennoch gelang es Vogel im Hintergrund, soziale Kompensationen für die stillzulegenden Kaliwerke auszuhandeln. Dabei kam ihm zugute, dass der Verwaltungsrat Schucht Auflagen für Nachverhandlungen mit BASF gemacht hatte, die auf eine Reduzierung des finanziellen Risikos für die Treuhand sowie den Ausschluss zusätzlicher Vorteile für K&S zielten<sup>104</sup> und in den folgenden Monaten »z.T. erhebliche Differenzen« zwischen beiden Seiten verursachten.<sup>105</sup> Deshalb mahnte Schucht den MDK-Vorstand bereits im Vorfeld eines gemeinsamen Gesprächs mit Vogel am 22. Dezember 1992 eindringlich, »nicht von den vertraglichen Festlegungen mit der K+S, insbesondere in Fragen des Geschäftsplanes« abzuweichen und »keinerlei Zusagen was Sozialplanfragen, Stilllegungen oder Entlassungen betrifft« zu machen.<sup>106</sup> Schuchts Ziel war es, »die Fusion schnellstens hinter uns zu bringen, um

---

100 Vgl. den Leserbrief von Alfons Rieger, Leinefelde, Frost und Frust im Kalischacht, in: Eichsfelder Tageblatt, 5.1.1993.

101 »Eine stürmische Braut«, in: Der Spiegel 18/1992, S. 101–110.

102 Vgl. das Flugblatt des Bürgerkomitees Worbis e.V., Grubentod, o.D., LATh-HStA, 6–82-1001, Nr. 1295, Bl. 132.

103 THA, Direktorat Bergbau/Steine/Erden, Notiz für Herrn Schucht, Betr.: Bischofferode, 18.2.1993, BA-B, B 412, 3363, unfol.

104 THA, Klaus Schucht an BASF, Gerhard Wolf, Mitteldeutsche Kali AG / Kali und Salz AG, 21.1.1993, BA-B, B 412, 3363, unfol.

105 BASF AG, Zentralabteilung Recht, Freier, an Dir. Wolf, 19.2.1993, BA-B, B 412, 3363, unfol.

106 THA, Klaus Schucht an die MDK, Friedhelm Teusch, o.D., BA-B, B 412, 3362, unfol.

wieder sozialen Frieden und Ruhe in den Betrieben zu haben.«.<sup>107</sup> Den Handlungsdruck wusste auch IG BE-Chef Hans Berger zu nutzen, der – ebenfalls überrumpelt vom Beschluss der Treuhand – Bundesarbeitsminister (und IG Metall-Mitglied) Norbert Blüm (CDU) am 21. Dezember um Unterstützung bei der Nachverhandlung der Sozialpläne gebeten hatte. Zur Debatte stand ein Mehraufwand von bis zu 20 Millionen DM, der im Vergleich zur Bareinlage der Treuhand aber »nicht so sehr ins Gewicht« fiel.<sup>108</sup> Die gewerkschaftliche Intervention eröffnete auch Vogel Spielräume. Schon Mitte Februar 1993 konnte sich Berger auf die Fahnen schreiben, für jeden Entlassenen 21.000 DM Abfindung ausgehandelt zu haben, was aus Sicht der Treuhand zwar »finanziell nur schwer vertretbar, aber politisch kaum zu vermeiden« war, weil es »das Land zum Einlenken zwingt«.<sup>109</sup> Darauf aufbauend, erreichte Vogel, dass sich die Treuhand zusätzlich auf die Finanzierung eines befristeten Beschäftigungsprojekts ohne die üblichen Vorleistungen des Landes einließ. Bedingung hierfür war, dass das Land die Fusion vorbehaltlos unterstützte.<sup>110</sup>

Das schloss jedoch auch eine Ablehnung jeglicher Alternativen ein. So wurde die Werra-Studie kurzerhand von den Unternehmen kassiert. Zwar sagten sie eine Prüfung des Konzepts zu, das Ergebnis aber fiel erwartungsgemäß negativ aus. Ähnlich verfahren die Unternehmen mit dem Konzept für die Untertagedeponie Springen, die nach einer internen Prüfung ebenso als nicht mehr benötigt erklärt wurde.<sup>111</sup> Das Kaufange-

---

107 THA, Klaus Schucht, an Frau Dr. Kiesel, 12.2.1993, BA-B, B 412, 3363, unfol.

108 IG Bergbau und Energie, Hans Berger, an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm, 21.12.1992, AfsB, IG BE, 16537, unfol.

109 THA, Direktorat Betriebsverfassung und Tarifwesen, Werner Bayreuther, Information zu Personalabbau im Zusammenhang mit der Fusion der MdK AG und Rahmenvereinbarung (Entwurf) mit der IGBE, 18.2.1993, BA-B, B 412, 3363, unfol.

110 THA, Präsidentin Birgit Breuel/Vorstand Klaus Schucht, an den Ministerpräsident des Landes Thüringen, Bernhard Vogel, 16.3.1993, BA-B, B 412, 10608, unfol.; Thüringer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Vertretung des Landes beim Bund, MR Dr. Grunwald, Vermerk, Betr.: Kali-Industrie in Thüringen, 26.3.1993, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 36, Bl. 81 f.

111 MDK, Backhaus/Mühlberg, an den Thüringer Minister für Wirtschaft und Technik, Jürgen Bohn, 11.3.1993, BA-B, B 412, 3363, unfol.; THA, Klaus Schucht, an Ministerpräsident Bernhard Vogel, 23.3.1993, ebd., unfol.; Kali und Salz AG, Bethke/Schneider, an den Thüringer Ministerpräsidenten Bernhard Vogel, UTD-Springen, 24.2.1993, ebd., unfol.; Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Dr. Pampel, Untertagedeponie (UTD) Springen, 27.3.1993, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 36, Bl. 77; Stellungnahme der Kali und Salz AG zu der Studie »Möglichkeiten zur Verbesserung des Fusionskonzeptes der deutschen Kaliindustrie (Modell Werra)«, 16.4.1993, vertraulich, BA-B, B 412, 3364, unfol.

bot Peines aber ließ sich nicht ohne Weiteres kassieren, zumal Peine die Unterstützung des Bischofferöder Betriebsrats hatte. So warben beide in einem Brief an Treuhand-Präsidentin Breuel vom 5. April erstmals offen für die Umstellung der Produktion in Bischofferode auf die Gewinnung von Magnesiumchlorid aus Kaliabwässern und damit für einen Geschäftszweig, der seit der Schließung des niedersächsischen K&S-Werks Salzdetfurth 1992 nicht mehr zum Portfolio des Kasseler Unternehmens gehörte.<sup>112</sup> Dies nährte vor Ort Hoffnungen, ließ aber andere Probleme wie die ungünstige Lagerstättenstruktur und die Standortsschwierigkeiten aus dem Blickfeld geraten. Um zu verhindern, dass Peines Angebot die bereits für den nächsten Tag angesetzte Entscheidung des Treuhand-Vorstands über das nachverhandelte Fusionskonzept sprengte, argumentierte Schucht mit »gesellschaftsrechtlichen Treuepflichten« und empfahl zunächst ein Gespräch zwischen Peine und den Kaliunternehmen.<sup>113</sup> Zudem verwies er mit Bezug auf Salzdetfurth auf die Gefahr, »dass mit der angestrebten Produktpalette [...] unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nur hohe Verluste verbunden sind«. <sup>114</sup> Das überzeugte auch den Vorstand, der den nachverhandelten Fusionsplan einstimmig beschloss.<sup>115</sup> Die Entscheidung des Verwaltungsrats aber stand noch aus. Und dazwischen glitt der Treuhand die öffentliche Deutungshoheit über das Fusionsprojekt immer mehr aus den Händen.

---

112 Der Landrat des Landkreises Worbis, Große/Betriebsrat des Kaliwerks Bischofferode, Brodhun, an die THA, Präsidentin Breuel, Kaliwerk Bischofferode, 5.4.1993, BA-B, B 412, 2741, Bl. 51–53.

113 Klaus Schucht, Stellungnahme zum Vermerk von Frau Präsidentin Breuel vom 05.04.93, 5.4.1993, ebd., Bl. 33.

114 Kaliwerk Bischofferode/Argumentation gegen einen Weiterbetrieb, o.D., ebd., Bl. 35.

115 Vorstandssitzung der THA am 6.4.1993, ebd., Bl. 13.

# Ausnahmezustand: Der Hungerstreik und die deutsche Transformationsgesellschaft

## Bischofferode im Fokus: Politik, Protest und Solidarisierung am Vorabend des Hungerstreiks

Die Annahme des Fusionskonzepts durch den Vorstand der Treuhand am 6. April 1993 hatte weitreichende Folgen. Am Tag darauf wurden Johannes Peine der Zutritt zum Thomas-Müntzer-Werk und die Herausgabe aller Unterlagen verwehrt,<sup>1</sup> woraufhin die Frühschicht den Schacht bei laufender Produktion besetzte. Der offenbar selbst überraschte Betriebsratsvorsitzende Heiner Brodhun setzte sich umgehend an die Spitze des Protests,<sup>2</sup> um die Treuhand zur Überprüfung des Peine-Angebots und zur Herauslösung des Werks aus dem Fusionskonzept zu drängen. Dabei sollten »kompetente Vertreter der Landesregierung und der Treuhandanstalt [...] im Kaliwerk Bischofferode mit Vertretern unseres Vertrauens« verhandeln.<sup>3</sup> Bereits am Nachmittag des 8. April weitete sich der Protest lokal aus. Einwohner\*innen, Gemeindevertreter und Abgeordnete aus umliegenden Ortschaften sowie Angehörige der Bergleute blockierten mit amtlicher Genehmigung die Bundesstraße 80, um gegen den »Grubentod« und den »Tod des Eichsfelds« zu kämpfen.<sup>4</sup>

---

1 THA, Klaus Schucht an Dr. Gschwindt, o.D., BA-B, B 412, 3364, unfol.

2 IG Bergbau und Energie, Vorstandsbereich Vorsitzender, Abt. Vorstandsbüro, an die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands, Notiz, Anruf des Kollegen F. Nothelfer, 16:30 Uhr, 7.4.1993, AfsB, IG BE, 879A, unfol.

3 Kalikumpel besetzen Zeche in Thüringen, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 8.4.1993; Befristete Betriebsbesetzung bei laufender Produktion des Kaliwerkes Bischofferode, 7.4.1993, LAIth-HStA, 6-82-1001, Nr. 1295, Bl. 176 f.

4 Vgl. Harz-Kurier. Nordhäuser Zeitung, 10.4.1993; Heidi Neumann (Bischofferode), Wurstbrötchen für die Kumpel. Bergleute halten das letzte Kali-Werk in Thüringen besetzt, in: Frankfurter Rundschau, 21.4.1993.

Die Eichsfelder Solidarität traf dabei auf einen Diskurswandel in der nationalen Medienöffentlichkeit, in der die Wiedervereinigung zusehends in den Hintergrund gerückt war und – dynamisiert durch die rechtsradikalen Ausschreitungen – zunehmend über die »innere Einheit« diskutiert wurde.<sup>5</sup> In zahlreichen überregionalen Medien gerieten die Kumpel nun zu hoffnungsvollen Symbolfiguren, die sich gewaltlos und hohen Hauptes gegen westliche Dominanz und kapitalistische Arroganz erhoben. Die zuvor mehrheitlich als deutsches Integrationsmodell gepriesene Kalifusion<sup>6</sup> inszenierten die Medien dagegen nun als Kampf »David gegen Goliath«. <sup>7</sup> Die *Bild-Zeitung* ging in ihrem Ostergruß an die Kumpel sogar noch weiter und verortete den Protest der Bischofferöder in der langen Widerstandsgeschichte des Eichsfeldes. Pathetisch sprach die Zeitung schon vom Beginn eines »Volksaufstand[es] in der ganzen Region«, in dem sich der »Mut« und die »Treue« der Eichsfelder spiegele. An den Eichsfeldern hätten »sich schon NSDAP und SED die Zähne ausgebissen. Und die hatten schärfere als Ihr [gemeint sind die »kühlen Treuhand-Rechner im fernen Berlin«; Anm. C. R.]«. <sup>8</sup> Man wollte zeigen, dass es im Osten nicht nur gewalttätige Rechte und politikverdrossene Massen, sondern auch bewundernswerten legitimen Widerstand gegen eine als ungerecht empfundene Politik gab, der sich im Rahmen der demokratischen Werteordnung bewegte. Zudem ordnete sich Bischofferode in einen zunehmend gesamtdeutschen Deindustrialisierungsdiskurs ein. Seit 1992 befand sich auch der Westteil Deutschlands in einer tiefen Rezession. Bereits in diesem Jahr lag die Arbeitslosenquote in den »alten« Bundesländern bei 6,6 Prozent, vier Jahre später bereits bei 10,1 Prozent. <sup>9</sup> Die Angst vor einem ähnlich erdrutschartigen Abstieg wie in Ostdeutschland erreichte nun auch den Westen. Der Emotionalisierung der Berichterstattung um Bischofferode korrespondierte damit auch ein Bedeutungsgewinn von Bildlichkeit in den Medien. Wurden die ersten Aktionen im Dezember 1992 noch ausschließlich mit journalistischen Texten kommuniziert, wurden nun oft-

---

5 Ahbe, Die Ost-West-Diskurse als Strukturen der Nobilitierung und Marginalisierung von Wissen.

6 Axel Granzow, Kali-Privatisierung als Modell?, in: Handelsblatt, 17.12.1992.

7 Z. B. David gegen Goliath, in: Tagesspiegel, 10.4.1993.

8 Bild (Thüringen), 10.4.1993, S. 1.

9 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 1997 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 123.

mals große Abbildungen der notleidenden Region und verrottender Industriebrachen gezeigt.<sup>10</sup>

Dass es aber im konkreten Fall Bischofferode auch schwerwiegende Zweifel an dem von den Medien als Hoffnungsschimmer gepriesenen Vorstoß des Unternehmers Peine gab, war in der aufgeladenen Mediendebatte kaum vermittelbar. Dabei stellten die fehlenden Erfahrungen Peines im Bergbau und die womöglich zu geringe Kapitaldecke des Mittelständlers, die unvorhersehbare Ereignisse nicht abfangen könne, durchaus schwere Risiken dar.<sup>11</sup> Zudem hatte Peine dort, wo er bereits in Ostdeutschland tätig geworden war, nicht nur positive Eindrücke hinterlassen. In der Treuhand selbst konnte man ein Lied von monatelangen und letztlich an nicht eingehaltenen Lieferzusagen gescheiterten Verhandlungen mit Peine um ein Bergwerk im Harz singen.<sup>12</sup> Auch aus ostdeutschen Kommunen erreichten die Treuhand warnende Stimmen – so etwa aus dem sachsen-anhaltischen Halberstadt, wo man mit Peine bereits 1992 über die Verfüllung von Hohlräumen verhandelt, man letztlich aber von der angebotenen »Hilfe« abgesehen habe, nachdem die Worte »Versatz von Asbestzement und Kraftwerksasche« gefallen seien.<sup>13</sup> Auch der Bischofferöder Betriebsrat wollte Peine keineswegs blindlings vertrauen, auch wenn er in der Außendarstellung einen anderen Eindruck vermittelte. Aber vor allem der Betriebsratsvorsitzende Heiner Brodhun war sich durchaus im Klaren darüber, dass auch Peine »uns, wenn er will, zerkauen und ausspucken« könne. Für viele der Belegschaftsangehörigen aber war der Westfale der letzte Strohalm ihrer Hoffnungen und Grund genug, den Protest nicht erlahmen zu lassen.<sup>14</sup>

Um dem wachsenden öffentlichen Druck zu begegnen, sagte Treuhand-Präsidentin Breuel eine sorgfältige Prüfung des Peine-Konzepts zu, was jedoch erst recht die Alarmglocken in Kassel schrillen ließ. Denn Peine hatte Mitte April ein revidiertes Konzept eingereicht, das nun auf die Produktion von Kaliumchlorid in Bischofferode abstellte und damit in direkte Konkurrenz zu K&S trat. Zudem hatte Peine vorab mit Kunden des Bischofferöder Werks verhandelt und zum Teil Vorabklärungen über Liefermengen ab-

---

10 »Die haben uns verkauft«, in: Der Spiegel 16/1993, S. 141 f.

11 K&S, Produktions- und Absatzsituation Magnesiumchlorid in Westeuropa, 14.4.1993, BA-B, B 412, 3364, unfol.

12 Informationen über die Firma Peine, 7.4.1993, ebd., unfol.

13 Stadt Halberstadt, Der Bürgermeister, Dezernat VI, Abrahms, an die THA, Kaliwerk Bischofferode/Firma Peine, 19.4.1993, BA-B, B 412, 3366, unfol.

14 Heilig/Holm, Signal Bischofferode, S. 28.

gegeben.<sup>15</sup> So bestand K&S nun darauf, dass das Werk Bischofferode unter keinen Umständen privatisiert würde, denn, so die Befürchtung, dann würden »alle übrigen für die Stilllegung vorgesehenen Kali-Standorte [...] mit gleicher Berechtigung eine Abweichung von der optimalen Produktionsstruktur verlangen, um ihr Überleben zu sichern«. Die »Sicherstellung der Überlebensfähigkeit« der Kaliindustrie gelinge nur »in einem Unternehmen«.<sup>16</sup> Schucht aber dachte gar nicht daran, den »Irrsinn« des Peine-Vorhabens ernsthaft in Erwägung zu ziehen, denn dessen Umsetzung würde am Ende nur zu einem »Wettlauf um den Absatz führen zwischen der öffentlichen Hand (Bund) und der öffentlichen Hand (Land)«: »Beide müssten zuzahlen und würden sich gegenseitig in ihren Subventionen hochtreiben.«<sup>17</sup> So beauftragte er erneut Goldman Sachs mit der Prüfung des Konzepts. Die Investmentbank kam am 19. Mai zu dem wenig überraschenden Schluss, dass dieses mittel- und langfristig zu »unvermeidlichen Erlöseinbrüchen« und damit zu weiteren Arbeitsplatzverlusten führe.<sup>18</sup> Das Misstrauen der Kaliunternehmen in das Handeln der Treuhand aber war deutlich gestiegen. So hatte die MDK selbst ein Gutachten über das Peine-Konzept erarbeitet, das schon am Tag der Vertragsunterzeichnung, den 13. Mai, ebenfalls zu dem Schluss kam, dass der Mittelständler »Marktanteile nur in Konkurrenz zu den etablierten Anbietern erwerben [könne], die ihre Marktanteile nicht kampflos aufgeben werden«.<sup>19</sup>

Um Peine zur gesichtswahrenden Aufgabe zu zwingen, beauftragte Schucht Goldman Sachs auch mit der Führung der Kaufverhandlungen mit dem Mittelständler. Erneut arbeiteten er und Paul Achleitner eng zusammen. So legten beide für die Gespräche einen »relativ scharfen Maßstab« an, der den Kauf Bischofferodes von einem exklusiven Absatzmarkt und einer besonders kräftigen Bonität anhängig machte,<sup>20</sup> um Peine klarzumachen, dass er mit Bischofferode ein »Riesenengagement eingeht, das ihn völlig überfordert«.<sup>21</sup> Das Kalkül schien zunächst aufzugehen. Denn nun bekam

15 MDK, Friedhelm Teusch, an die THA, Klaus Schucht, 16.6.1993, ebd., unfol.

16 Kali & Salz AG, Einzelprivatisierung von Bischofferode verhindert das Kali-Fusionskonzept, 20.4.1993, BA-K, N 1585, 18, unfol.

17 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 7.4.1993, BA-K, N 1585, 19, unfol.

18 Goldman Sachs, Zum Konzept der Fa. Peine für das Kaliwerk Bischofferode, 19.5.1993, BA-B, B 412, 3365, unfol.

19 MDK, Teusch/Mühlberg, an die THA, Klaus Schucht, Kaliwerk Bischofferode – Stellungnahme der MdK zum Konzept der Fa. Peine, 13.5.1993, ebd., unfol.

20 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 8.4.1993, BA-K, N 1585, 19, unfol.

21 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 16.4.1993, ebd., unfol.

auch Ministerpräsident Vogel ernste Zweifel, ob Peine Bischofferode wirklich retten könne, zumal der Unternehmer jetzt sogar vom Land eine kräftige finanzielle Unterstützung erwartete, was Vogel jedoch ablehnte. Lediglich die Suche nach Absatzmärkten in »Entwicklungsländern« war er bereit zu unterstützen. Indes hatte Minister Trautvetter Peine die geforderten Landeshilfen bereits in Aussicht gestellt.<sup>22</sup> Aber auch andere Politiker\*innen erhöhten den Druck auf Vogel. So hatte seine Parteifreundin Rita Süßmuth Bischofferode am 17. April medienwirksamen besucht und versprochen, sich mit aller Kraft für Peine einzusetzen.<sup>23</sup> Zudem forderte der Sollstedter Bürgermeister Jürgen Hohberg, der als ehemaliges Vorstandsmitglied der ostdeutschen IG BE einst an der Fusion mit der westdeutschen »Schwester«-Gewerkschaft mitgewirkt und als Kommunalpolitiker die Folgen des Niedergangs der Kaliindustrie vor Ort bereits erfahren hatte, Vogel dazu auf, mit Bischofferode ein »politisches Zeichen dafür zu setzen, daß es den Entscheidungsträgern mit der Solidarität zu den Menschen in den neuen Bundesländern ernst ist.«<sup>24</sup>

In der Treuhand befürchtete man deswegen schon bald, dass Vogel in Thüringen kurz vor einer »Palastrevolution« stand.<sup>25</sup> Und das vor der entscheidenden Sitzung des Verwaltungsrats am 23. April, ohne dessen Votum die Vertragsverhandlungen nicht beginnen konnten. Denn am Tag zuvor hatten die Regierungs- und Oppositionsparteien im Thüringer Landtag den Ministerpräsidenten nochmals dazu aufgefordert, im Verwaltungsrat gegen die Fusion zu stimmen bzw. die Vertagung der Entscheidung zu erwirken, bis sämtliche Alternativkonzepte vorbehaltlos geprüft waren.<sup>26</sup> Vogel hatte nun kaum noch eine andere Wahl. Hinter den Kulissen hatte er

---

22 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 15.4.1993, ebd., unfol.

23 Mitteldeutsche Kali AG, Werk Bischofferode, Ablauf des Besuchs der Bundestagspräsidentin am 17.4.1993 im Kaliwerk Bischofferode, 19.4.1993, BA-B, B 412, 3364, unfol.; Süßmuth: Entscheidungen noch vor dem 23. April. Spontaner Besuch der Bundestagspräsidentin, in: Thüringer Allgemeine, 19.4.1993.

24 Gemeinde Sollstedt, Landkreis Nordhausen, Der Bürgermeister, Jürgen Hohberg, an den Ministerpräsidenten Bernhard Vogel, Erhalt des Kaliwerkes Bischofferode, 13.4.1993, LATh-HStA, 6-82-1001, Nr. 1295, Bl. 180.

25 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 19.4.1993, BA-K, N 1585, 19, unfol.

26 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, Antrag der Fraktion der SPD, Vertrag über die Fusion der ost- und westdeutschen Kaliindustrie, 19.4.1993, Drucksache 1/2159, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/8323/vertrag\\_ueber\\_die\\_fusion\\_der\\_ost\\_u\\_westdeutschen\\_kaliindustrie.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/8323/vertrag_ueber_die_fusion_der_ost_u_westdeutschen_kaliindustrie.pdf) (abgerufen am 8.8.2022); Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, Antrag der Fraktionen der CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und LL-PDS, Entschließung, Vertrag über die Fusion der ost- und westdeutschen Kaliindustrie, 20.4.1993, Drucksache 1/2182, URL:

oft als Korrektiv zu seinen ostdeutschen Ministern agiert, die im Eifer des Gefechts voreilige Zusagen abgegeben hatten. Aber ein »Ja« zur Fusion im Verwaltungsrat wäre einer waschechten politischen Krise im Land gleichgekommen. Es folgte, was folgen musste: Vogel stimmte am 23. April als einziges Verwaltungsratsmitglied gegen die Fusion. Selbst die von Schucht mit Unterstützung des BMF während der Sitzung nachdrücklich bekundete Bereitschaft, ein Großprojekt zur Arbeitsbeschaffung in der Region auf die Beine zu stellen und eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit K&S zur Beratung von Strukturfördermaßnahmen einzusetzen, ja sogar die Pläne für eine Untertagedeponie in Springen wiederaufzunehmen und die Auslaufphase für Bischofferode zu verlängern, war für Vogel unannehmbar. Daraufhin wurde ihm zu verstehen gegeben, dass das Landesinteresse hinter dem »übergeordneten« Interesse am Erhalt der deutschen Kaliindustrie zurückstehen und eine »Gegensubventionierung« als gegen die »bundesfinanzierten Sanierungsmaßnahmen des Kalibergbaus« gerichtet betrachtet werden müsse. Diese Sicht unterstützte auch DGB-Chef Heinz-Werner Meyer: »In der öffentlichen Debatte dürfe nicht die Chance vergeben werden, dieses erste gesamtdeutsche Projekt, in dem der Abbau westlicher Arbeitsplätze zum Erhalt von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland beitrage, zu einem gesamtpolitisch positiven Signal werden zu lassen.«<sup>27</sup>

Auch der Treuhand-Sonderausschuss des Bundestags, der seit Dezember 1992 die Arbeit der Behörde kritisch begleitete, sich dabei für den Erhalt industrieller Kerne im Osten einsetzte und seit April 1993 auch die Kalifusion zum Thema machte, konnte den Eklat vom 23. April nicht verhindern. Anders als der Thüringer Landtag aber entschied sich das Gremium, an dem zahlreiche ostdeutsche Abgeordnete partizipierten, gegen einen Beschluss, der dem Votum des Verwaltungsrats vorgriff. Vielmehr beließ es der Ausschuss bei einem Appell, am 23. April noch keine endgültige Entscheidung

---

[http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/8194/vertrag\\_ueber\\_die\\_fusion\\_der\\_ost\\_u\\_westdeutschen\\_kaliindustrie.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/8194/vertrag_ueber_die_fusion_der_ost_u_westdeutschen_kaliindustrie.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

27 Protokoll der 36. Sitzung des Verwaltungsrates der THA am 23.4.1993, BA-B, B 412, 9036, Bl. 336–342; BMF, II B 3, an das BMWi, L-D/THA 2, Betr.: Kali-Fusion, hier: Stellungnahme zur Vorlage der Treuhandanstalt (THA) für die Sitzung des Präsidiums des Verwaltungsrates der THA am 23.04.1993 »Information über Ergänzungen und Änderung der Verwaltungsratsvorlage vom 08. Dezember 1992 – Privatisierung Mitteldeutsche Kali AG«, 20.4.1993, BA-K, B 102, 706082, Bl. 250–255.

über Bischofferode zu fällen.<sup>28</sup> Auch nach dem Beschluss des Verwaltungsrats rückte der Ausschuss nicht von dieser Linie ab. Zwar beschloss er am 28. April, dass die Treuhand die Fusion aussetzen möge, bis alternative Modelle »kurzfristig«, d.h. innerhalb von vier Wochen, begutachtet worden waren. Jedoch wollten die Ausschussmitglieder dies nicht als Ablehnung der Fusion verstanden wissen, passte das Fusionskonzept doch gut zu ihrem industriepolitischen Ansatz.<sup>29</sup>

Vogels Nein-Stimme im Verwaltungsrat gab dem Bischofferöder Protest indes weiteren Auftrieb. Dabei setzten die Kumpel weiterhin auf Eichsfelder Solidarität, die sie in Teilen der Region auch problemlos vorfanden. Am symbolträchtigen 1. Mai, dem »Tag der Arbeit«, an dem der DGB fernab vom Eichsfeld für eine migrationsoffene Gesellschaft demonstrierte, protestierten die Bischofferöder Kumpel erstmals außerhalb des Werksgeländes im einstigen innerdeutschen Grenzort Teistungen gegen die »Kolonisierung« des Ostens. Damit eigneten sich die Kumpel zugleich ein Erzählmuster an, das zu dieser Zeit vor allem von einigen westdeutschen Medien und Kapitalismuskritiker\*innen als Erklärung für die allseits präsenste »Vereinigungskrise« popularisiert wurde. Die Kumpel demonstrierten unter diesem Rubrum aber konkret gegen den »Verstoß« der Treuhand gegen das »Veto eines ganzen Bundeslands«.<sup>30</sup> Im Eichsfeld vermischten sich diese Diskursplitter zuweilen auch mit Verlustdiskursen, in denen sich unterschiedliche Zeit-, Raum- und Erfahrungsschichten widerspiegelten. Klassenkampfdenken, die Verknüpfung von nationaler Zugehörigkeit und individueller Leistung (Arbeit) sowie (sozialistische) Heimatdiskurse konnten auf diese Weise reaktiviert und aktualisiert werden. Dies verdeutlicht etwa ein offener Brief eines Teistungser Bürgers an verschiedene Persönlichkeiten der Bundespolitik vom 26. April. Das Eichsfeld, so der Autor, habe seinen »Aufschwung Ost« schon »in sozialistischen Zeiten« erlebt. Der vielgepriesene »Aufschwung Ost« nach 1990 sei dagegen nur einer »kleinen früheren Schicht« zugutegekommen, habe aber die ehrlich und fleißig

---

28 Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Ausschuss Treuhandanstalt, Kurzprotokoll der 7. Sitzung des Ausschusses Treuhandanstalt am 21.4.1993, PA-DBT, 3105, 1500 08.93, Protokoll Nr. 7, unfol.

29 Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Ausschuss Treuhandanstalt, Kurzprotokoll der 8. Sitzung des Ausschusses Treuhandanstalt am 28.4.1993, PA-DBT, 3105, 1525 09.93, Protokoll Nr. 8, unfol.; BMWi, L-D/THA 2, an L-D/THA, Betr.: Ausschuss Treuhandanstalt, hier: 8. Sitzung am 28. April 1993, 30.4.1993, BA-K, B 102, 706083, Bl. 41 f.

30 Aufruf der Bischofferöder Kaliwerker, An die Bevölkerung der ganzen Region Thüringen, o.D., AfsB, IG BE, 17363, unfol.

arbeitende Bevölkerung ausgeschlossen. Westliche Konzepte wie »freie Marktwirtschaft« und »Gewerkschaft« standen für den Autor dagegen nun für Habgier, Untreue, Verleumdung und Verrat. Die Bundespolitik forderte er deshalb dazu auf, die »Ehrlichen« zu unterstützen, bevor es zum »Bürgerkrieg« komme.<sup>31</sup> An diese regionalen Diskurse knüpfte auch die gegen die »sittenwidrige« Fusion gerichtete Demonstration in Teistungen an. Rund 4.000 Eichsfelder\*innen versammelten sich hinter der Losung, dass sich nur durch »fleißige Arbeit ein gemeinsames Deutschland« aufbauen ließe.<sup>32</sup> Aber auch auf der Westseite des Eichsfelds erzeugte das Feindbild K&S Solidarität. So forderte Bernhard Reuter, niedersächsischer Landtagskandidat für die SPD, stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Osterode und 1. Stellvertretender Bürgermeister der Stadt Herzberg im Harz, IG BE-Chef Berger am 15. Juni dazu auf, sich aus Solidarität für die »Region Eichsfeld« für einen Stopp der Kalifusion und eine ernsthafte Prüfung des Peine-Konzepts »ohne Berücksichtigung der Interessen der K&S« einzusetzen, und verwies dabei auf die jahrelangen Enttäuschungen in Duderstadt, wo es nicht gelungen war, »dauerhaft Arbeitsplätze zu schaffen«.<sup>33</sup> Die neue Eichsfelder Solidarität, die Ost-West-Grenzen transzendierte, hatte freilich auch ihre Kehrseite. Sie grenzte diejenigen Arbeitnehmer\*innen in der Region aus, die von der Fusion profitierten oder dieser mit deutlich mehr Akzeptanz entgegensahen.

Das Protestgeschehen seit der Verwaltungsratssitzung am 23. April wirkte sich durchaus negativ auf die Verhandlungsposition der Treuhand bzw. der von ihr beauftragten Rechtsanwaltskanzlei Shearman & Sterling gegenüber BASF/K&S aus – wovon die Kumpel aber nicht profitierten. So erhoben die Unternehmen bis zum letzten Verhandlungstag am 13. Mai immer wieder neue Forderungen, welche die Treuhand noch einmal in ihrem Handlungsspielraum beschränkten. Dazu gehörten ein Ausschluss der Behörde bei der Definition umweltpolitischer Maßnahmen, ein Aussetzen des vereinbarten Prüfungsrechts des Bundesrechnungshofes (BRH) auch über 1997 hinaus, eine Erweiterung des Wettbewerbsverbots über die Dauer des gemeinsamen Geschäftsplans (fünf Jahre) auf zehn Jahre,

31 Herbert A., Teistungen, an Frau Bundespräsidentin, Herrn Bundeskanzler, Herrn Bundesfinanzminister, Herrn Wirtschaftsminister, 26.4.1993, BA-B, B 412, 3366, unfol.

32 Flugblatt Demonstration 1. Mai 1993, ebd., unfol.; »Heute sind wir hier, weil wir bleiben wollen«. Über 4.000 Eichsfelder demonstrierten für Kaliwerk, in: Thüringer Allgemeine, 3.5.1993.

33 Bernhard Reuter an Hans Berger, Kalifusion/Schließung des Werkes Bischofferode, 15.6.1993, AfsB, IG BE, 17714, unfol.

zudem die Nichtzulassung von Wirtschaftsprüfern, die bereits für die Treuhand gearbeitet hatten und die Einschaltung von Schiedsgerichten bei Streitigkeiten in Fragen des Geschäftsplans und der Umweltlasten. Die meisten Punkte musste Schucht akzeptieren oder Kompromissformeln finden, weil BASF immer wieder mit dem Platzen der Fusion drohte.<sup>34</sup> In der wohl umstrittensten Frage des Wettbewerbsverbots mag man in der Treuhand aufgeatmet haben, als die Rechtsabteilung klarstellte, dass dieses »im Zweifel nichtig ist und nicht durchgesetzt werden kann«.<sup>35</sup> Am Ende der konfliktiven Verhandlungen stand ein 62 bzw. mit Anlagen rund 1.000 Seiten umfassendes, ungewöhnlich detailliertes und für Laien kaum zu durchdringendes Vertragswerk.

Nach Ende der Vertragsverhandlungen, die das Aus für Bischofferode besiegelten, taten sich jedoch auch die Bruchlinien zwischen nationalen und regionalen Protestdiskursen auf. Am 17. Mai hatte Schucht den Bischofferöder Betriebsrat, Bürgermeister Nolte und Landrat Große, der sich nach anfänglichen Verhandlungen mit der Treuhand seit Anfang April ebenfalls hinter die Kumpel gestellt hatte, nach Berlin eingeladen, um die »schlechten Eindrücke zu beseitigen«.<sup>36</sup> Das dreistündige Gespräch brachte jedoch keine Ergebnisse, sondern verstieg sich vielmehr in gegenseitigen Konfrontationen. Der eigentliche Skandal aber ereignete sich vor den Toren der Treuhand. Dort standen 400 Kalibergleute 20 Mannschaftswagen und einem Schützenpanzer der Polizei gegenüber. Am Abend eskalierte die Situation gewaltsam. Vier Demonstranten wurden festgenommen, einige erlitten Prellungen und Schürfwunden, auch neun Polizisten wurden verletzt, beide Seiten erstatteten Anzeige.<sup>37</sup> Es waren diese Gewaltszenen, die besonders von ost- und westdeutschen linken Medien mit großer Sympathie für die Kumpel aufgegriffen wurden. Die PDS-nahe Tageszeitung *Neues Deutschland*, das einstige Leitorgan der SED, begriff die Gewalt der Protestierenden als legitimen Widerstand gegen »diese verdammte Ohnmacht« gegenüber »industrielle[m] Kahlschlag, Kürzung sozialer Leistungen und

---

34 Zu den Detailfragen und Konflikten vgl. BA-B, B 412, 3365.

35 THA, Direktorat Recht P R4, Brandt, an U6 BS, Ballon, Projekt Medikus, hier: Aktenvermerk von Stephan Hutter vom 6.5.1993, ebd., unfol.

36 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 28.4.1993, BA-K, N 1585, 19, unfol.

37 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 17.5.1993, ebd., unfol.; Klaus Schucht, Bericht zur Lage, 25.5.1993, BA-K, N 1585, 19, unfol.

Aushöhlung gewerkschaftlicher Rechte«. <sup>38</sup> Der PDS-Bundestagsabgeordnete und Rechtsanwalt Gregor Gysi kündigte bald darauf an, die Kumpel vor Gericht zu vertreten. Die in der West-Berliner linken Szene verwurzelte *taz* sah sich indes an glanzvolle »Kreuzberger Verhältnisse« und den gewaltsamen Kampf gegen neoliberale Spekulation in den 1980er Jahren erinnert. Dies erzeugte Solidarität, mehr als die bisher in ostdeutschen Arbeitskämpfen praktizierte »Norm proletarischen Protests«, die vielen radikalen Linken in Westdeutschland als wenig effektives »Ventil für angestaute Wut« galt. <sup>39</sup> Demgegenüber verhalte in Medien jenseits des linken Spektrums die einstige Bewunderung für den Mut der Kumpel, die nun vor allem als Eier und Büchsen werfende Randalierer porträtiert wurden. Dass auch die Polizei wegen ihrer Eskalationsstrategie in die Kritik geriet, änderte nichts daran, dass die Kumpel nun wie ein unzivilisierter Haufen erschienen. <sup>40</sup> Die Gewalt, die hier vor allem mit der RAF assoziiert wurde, passte nicht ins Bild der ehrlichen und bodenständigen Arbeiter, die sich, ihren Flugblättern zufolge, als die »letzten 700 Kumpel [...] in unserer Region Eichsfeld« verstanden, »die in 40 Jahren durch uns und durch unsere Eltern Arbeit aufgebaut wurde« und nun »in nur knapp 4 Jahren zum größten Teil wieder zunichte gemacht« werde. <sup>41</sup>

Klaus Schucht und die MDK gab diese Diskursverschiebung, die sie sicher nicht beabsichtigt hatten, wohl aber zu nutzen wussten, die Legitimation, sich selbst in der Opferrolle zu wännen und ihr Protestmanagement entsprechend anzupassen. So empfahl der Aufsichtsratsvorsitzende Steger Ministerpräsident Vogel im Nachgang der Demonstration, seine »ganze Autorität zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit im Lande einzusetzen«. <sup>42</sup> Auch Schucht machte in einem ersten Lagebericht zum 17. Mai deutlich, »die polizeilichen Hilfsdienste intensivieren« zu wollen, <sup>43</sup> um gleich darauf an Peine ein Exempel zu statuieren. Als dieser Schucht wiederum am 19. Mai

38 Gabriele Oertel, Thüringer Kali-Bergleute machten vor Treuhand Rabatz. Ohnmacht, in: Neues Deutschland, 19.5.1993.

39 Severin Weiland, Polizei geht gegen Kali-Kumpel vor, in: *taz*, 19.5.1993.

40 Etwa: Mit Schlagstöcken gegen Kalikumpel. Festgenommene Demonstranten wieder auf freiem Fuß, in: Berliner Zeitung, 18.5.1993; Kumpel warfen Eier auf die Treuhand, in: Berliner Kurier, 19.5.1993.

41 In Zukunft Peine-Kali aus Bischofferode, o.D., BA-B, B 412, 3365, unfol.; Was kostet dem Steuerzahler diese »Kali-Fusion«, o.D., ebd., unfol.

42 Institut für Ökologie und Unternehmensführung e.V. an der European Business School, Ulrich Steger, an Ministerpräsident Bernhard Vogel, 19.5.1993, BA-B, B 412, 3365, unfol.

43 Klaus Schucht, Stichworte für Bericht zur Lage, 19.5.1993, ebd., unfol.

auf dem Weg nach Bischofferode anrief, wies Schucht die Verantwortlichen vor Ort umgehend an, dem Unternehmer den Zugang zum Werk »notfalls mit polizeilichem Zwang (Hausfriedensbruch)« zu verwehren, und gab Peine gleich noch zu verstehen, dass er die Information über ein Treffen zwischen ihm und Gysi am Rande der Demonstration als Form eines kollusiven Zusammenwirkens deute und dies auch den Ermittlungsbehörden mitteile.<sup>44</sup> Peine reagierte entsprechend, kündigte seine Verhandlungen mit Goldman Sachs auf und drohte ebenfalls mit juristischen Mitteln, sollte Schucht weiterhin »unwahre Behauptungen über mich und meine Unternehmen verbreiten. Dies könnte unangenehme Folgen für Sie haben.«<sup>45</sup> Weitere Vorstöße Schuchts scheiterten dagegen am Widerstand des übergeordneten BMF. Dieses wehrte sein Ansinnen ab, den offiziellen Bericht zum 17. Mai an das Bundeskriminalamt zu überweisen. Während Schucht dabei an Rohwedder gedacht haben mag, der ohne hinreichenden Personenschutz an Ostern 1991 ermordet worden war, argumentierte das BMF mit Blick auf den 17. Mai 1993, dass »dieser Vorgang nicht jene sicherheitsgefährdende Dimension erreicht [habe], die eine Befassung des BKA als oberste Bundespolizeibehörde rechtfertigt«. Mehr noch galt es aus Bonner Sicht, »unerwünschte politische Nachwirkungen« zu vermeiden.<sup>46</sup>

So gab das BMF auch dem Druck des Treuhand-Ausschusses nach und bestellte eigene Gutachter, welche die Konzepte des Werra-Grubenverbunds und Peines unabhängig von Goldman Sachs und MDK beurteilen sollten. Die Begutachtung des ersteren wurde in die Hände des westdeutschen Bodenkundlers Berndt-Michael Wilke (TU Berlin) und des ostdeutschen Bergwirtschaftsexperten Dieter Slaby (Bergakademie Freiberg) gelegt, die beide zwar die Machbarkeit des Vorhabens bestätigten, dieses aber letztlich aus rechtlichen und Sicherheitsgründen zur Ablehnung empfahlen. Das Peine-Konzept wurde dagegen zur Begutachtung an die Frankfurter Treuarbeit AG gegeben, die jedoch zu keinem anderen Ergebnis als Goldman Sachs kam. Im Gegenteil: Die Frankfurter Wirtschaftsprüfer stellten neben dem Problem des fehlenden Absatzmarkts innerhalb oligopolistischer Strukturen noch eine Reihe weiterer Ungereimtheiten im Konzept des Westfalen fest: zu nied-

---

44 THA, Klaus Schucht an Birgit Breuel, 19.5.1993, ebd., unfol.

45 Johannes Peine an Klaus Schucht, 24.5.1993, BA-B, B 412, 3365, unfol.

46 BMF, VIII B 1, MR Schick, an Staatssekretär Horst Köhler, Betr.: Demonstration von Bergleuten der Kaligrube Bischofferode am 17. Mai 1993, Bezug: »Bericht zur Lage« von Herrn Schucht vom 25. Mai 1993, 7.6.1993, BA-K, B 126, 145364, Bl. 9.

rig angesetzte Personalkosten, fehlende Abschreibungen und zu knapp berechnete Preise, die nur bei Volllastung des Werks Gewinn versprachen.<sup>47</sup>

In Merkers, wo es im Schatten von Bischofferode Ende April ebenfalls noch einmal zu Protestaktionen für den Grubenverbund gekommen war,<sup>48</sup> trug das wissenschaftliche Gutachten von Wilke und Slaby wesentlich zur Befriedung bei. In Erfurt und Bischofferode stieß das Gutachten der Treuarbeit AG dagegen auf heftigen Widerstand. Wirtschaftsminister Bohn beauftragte kurzerhand den Bremer Ökonomen und Kartell-Kritiker Peter Arnold mit einem Gegengutachten. Dieses kam auf der Basis einer detaillierten Potential- und Marktsegment-Analyse freilich zu einer völlig anderen Einschätzung. Erstmals legte ein Gutachten zudem die strukturellen Bedingungen offen, die alle betriebswirtschaftlichen Analysen seit 1991 präjudiziert hatten, über die in den Fusionsverhandlungen sonst nicht gesprochen wurde. Dazu zählten das frühe »strukturelle Festnageln« der MDK auf vorwiegend erlösschwache Produkte, Liefermengen und Absatzgebiete bereits im August 1990 und die auch von der Treuhand geförderte Kartellmitgliedschaft der MDK ab Frühjahr 1991 (die allerdings auch im Interesse des Kombinats gewesen war). Marktwirtschaftliche Entwicklungspotentiale, so Arnolds Fazit, wurden damit von Beginn an verstellt, die hohe Kundenbindungskraft des Bischofferöder Kalis sei nicht berücksichtigt worden. Zudem bezweifelte Arnold, dass das »Experiment Einzelwerk Kali Bischofferode«, wie von BASF/K&S behauptet, zulasten von Zielitz und Unterbreizbach ginge, da sich die Produkte und deren Absatzmärkte zu sehr voneinander unterschieden.<sup>49</sup>

So bemerkenswert die Studie ist, so stellte sie doch kaum eine alternative politische Handlungsgrundlage zum Fusionskonzept dar. Denn mit sei-

---

47 BMF, VIII B 5, Zwischenbericht des BMF über die Umsetzung des Beschlusses des Ausschusses Treuhandanstalt zur Fusion der Mitteldeutschen Kali AG (MdK) und der Kali + Salz AG (K + S), 7.6.1993, BA-K, B 136, 3772L, Bl. 98–100; BMF, Umsetzung des Beschlusses des Ausschusses Treuhandanstalt zur Fusion zwischen Kali & Salz AG und Mitteldeutscher Kali AG, 23.6.1993, BA-K, B 102, 706083, Bl. 143–154.

48 Die Belegschaft des Kaliwerkes Merkers fordert!, Flugblatt, angebracht vor dem Versammlungsgebäude der Kali & Salz AG anlässlich der Hauptversammlung am 27.4.1993, BA-B, B 412, 3364, unfol.

49 Peter Arnold, Studie: Anmerkungen und Informationen zu Ausrichtung, Entwicklung und Bestimmungsgründen des Absatzes für Bischofferöder Kali und zu Marktstellung und Marktumfeld dieses Werkes sowie Beurteilung seiner absatzseitigen Chancen und Stellung als Einzelwerk und Anmerkungen zum Sanierungsgeschehen in der ostdeutschen Kaliindustrie seit 1990, 27.6.1993, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 36, Bl. 194–227.

ner grundlegenden Kartell-Kritik war das Gutachten nicht nur sehr voraussetzungsreich. Es blendete letztlich auch die von der Fusion profitierenden Kaliwerke aus, denen Arnold mindestens eine ähnlich gute Alternative hätte aufzeigen müssen. Das Gutachten aber entfaltete seine politische Sprengkraft, denn nun konnten Verteidiger\*innen der Fusion kaum noch plausibel auf die fehlenden Marktkenntnisse der Ostdeutschen und den Leichtsinn eines mittelständischen Unternehmers verweisen. So griff auch Ministerpräsident Vogel in einem Gespräch mit der Treuhand, den Unternehmen, dem Bischofferöder Betriebsrat, Kommunalpolitikern und Bundestagsabgeordneten am 28. Juni Arnolds Argumente auf, stellte sämtliche Grundlagen der Fusion infrage, brach eine Lanze für den Mittelstand und entlockte Teusch sogar die Bemerkung, dass das Bischofferöder Produkt nicht zu ersetzen sei.<sup>50</sup> Schuchts Tagebuch zufolge handelte es sich dabei zwar um eine Verlegenheitsantwort, um die intern schon beschlossene Übernahme der Bischofferöder Produktion durch westdeutsche Werke nicht preiszugeben – aus Angst, damit die Stimmung weiter aufzuheizen.<sup>51</sup> Der Effekt war jedoch gegenteilig. Nachdem auch der Treuhand-Ausschuss nach einer kontroversen Sitzung am 1. Juli mit 11 Stimmen (gegen drei Nein-Stimmen und vier Enthaltungen) die Fusion bestätigt und den Schwerpunkt der Debatte auf »Alternativkonzepte für die Region« verlagert hatte,<sup>52</sup> traten aus dem Kreis der noch beschäftigten 700 Bischofferöder Bergleute zunächst 12 Kumpel noch am selben Tag in einen Hungerstreik. Bereits drei Tage später waren es über 40, unter ihnen zeitweise auch fünf Bergmannsfrauen, die ansonsten vornehmlich die Schachtanlagen besetzt hielten.<sup>53</sup> Die meisten von ihnen waren in den späten 1940er und 1950er Jahren geboren worden, hatten die DDR als Staat des Mangels und der Unfreiheit, das Kaliwerk aber auch als sicheren Arbeitgeber und Zentrum sozialer Beziehungen erlebt. All dies sollte nun wegbrechen. Als Initiator des Hungerstreiks gab sich später der Bergmann Wigbert Mühe zu erkennen, der sich nach eigenen Angaben am 1. Juli auf eine Liege in der Werksküche gelegt und die ersten sechs Stunden

---

50 Der Thüringer Ministerpräsident, Bernhard Vogel, an den Vorsitzenden des Treuhandausschusses des Deutschen Bundestages, 29.6.1993, BA-B, B 412, 3366, unfol.

51 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 29.6.1993, BA-K, N 1585, 19, unfol.

52 Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Ausschuß Treuhandanstalt, Kurzprotokoll der 15. Sitzung des Ausschusses Treuhandanstalt am 1.7.1993, PA-DBT, 3105, 1504 08.93, Protokoll Nr. 15, unfol.

53 Vgl. die Protestchronik in Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. (Hrsg.), Bischofferode '93, o.S.

zunächst allein gehungert habe.<sup>54</sup> Die Hungerstreikenden wechselten sich ab, einige von ihnen hielten es 20 Tage ohne Nahrung aus und manche – wie der Gerätefahrer Thomas Bachmann – traten nach einem kurzen Krankenhausaufenthalt sogar zweimal in den Hungerstreik. Bis Ende Juli reduzierte sich die Zahl auf 22 Bergleute, neben denen sich die symbolisch aufgereihten Hefter mit fein säuberlich eingeordneten Solidaritätsbekundungen stapelten, die die Kumpel aus allen Ecken der Welt erreichten. Die anderen Streikenden hatten keineswegs aufgegeben, sondern waren abberufen worden, um die Produktion am Laufen zu halten.<sup>55</sup>

## Der Hungerstreik in Daten: Eine kurze Protestchronik

Mit dem Beginn des Hungerstreiks überschlugen sich die Ereignisse. Die nachfolgende Übersicht versammelt die wichtigsten von ihnen in chronologischer Abfolge und bietet damit eine Orientierungshilfe für alle nachfolgenden, strenger analytisch ausgerichteten Kapitel.

1. Juli 1993	Zustimmung des Treuhand-Ausschusses des Deutschen Bundestags zur Kalifusion; Beginn des Hungerstreiks in Bischofferode
6. Juli 1993	Schülerdemonstration vor dem Kaliwerk Bischofferode
8. Juli 1993	Besuch von Ministerpräsident Bernhard Vogel in Bischofferode
10. Juli 1993	Aktionstag in Bischofferode mit 5.000 Teilnehmenden; bald darauf Gründung des Aktionsbündnisses »5 vor 12 – Thüringen brennt!«
14. Juli 1993	Sondersitzung des Thüringer Landtags zu Bischofferode und Demonstration von 500 Bergleuten und Unterstützer*innen vor dem Erfurter Parlament; Angebot der Bundesregierung, allen Bischofferöder Kumpeln für zwei Jahre Arbeitsplätze anzubieten
16. Juli 1993	Urabstimmung der Belegschaft zur Fortsetzung des Arbeitskampfes, 535 Kumpel stimmen mit Ja.

<sup>54</sup> Molitor, Vergessene Helden, S. 79.

<sup>55</sup> Interview mit dem Streikbüro Bischofferode, Radio Dreyeckland, 27.7.1993, URL: <https://rdl.de/sites/default/files/audio/2018/07/20180726-tagesinfovom-wi10799.mp3> (abgerufen am 26.1.2022).

17. Juli 1993	Aktionstag in Bischofferode mit über 2.000 Teilnehmenden; Zusage der Landesregierung, allen Kumpeln bis Ende 1995 einen Arbeitsplatz anzubieten
22. Juli 1993	Empfang einer Delegation aus Bischofferode im Bundeskanzleramt, ohne Ergebnisse
23. Juli 1993	Gründung der Entwicklungsgesellschaft Südharz-Kyffhäuser (ESK); Aufruf des Betriebsrats zum bundesweiten Hungerstreik
1. August 1993	Bundesweiter Solidaritätstag in Bischofferode mit 15.000 Teilnehmenden
16. August 1993	EG-Kommission ordnet umfassende Überprüfung der Kalifusion an.
17. August 1993	Gegendemonstration westdeutscher Kalibergleute in Kassel mit 2.000 Teilnehmenden
21. August 1993	Letzter Aktionstag in Bischofferode mit 5.000 Teilnehmenden
25. August 1993	Gruß und Solidaritätsadresse des Papstes aus seiner Sommerresidenz vor 6.000 Menschen
18. November 1993	Zustimmung des Gesamtbetriebsrats der MDK zur Stilllegung der Grube Bischofferode
26. November 1993	Zustimmung des Aufsichtsrats der MDK zur Stilllegung der Grube Bischofferode; Entscheidung des Arbeitsgerichts Erfurt zugunsten eines Antrags des Betriebsrats Bischofferode auf einstweilige Verfügung gegen den fusionsbedingten Sozialplan; Demonstrationen in Frankfurt am Main mit 1.000 Teilnehmenden und in Erfurt
14. Dezember 1993	Zustimmung der EG-Kommission zur Kalifusion unter Auflagen; erneute Besetzung des Schachts durch 50 Bischofferöder Kumpel
22. Dezember 1993	Urabstimmung der Belegschaft zur Fortsetzung des Arbeitskampfes, ein Drittel spricht sich dagegen aus.
24. Dezember 1993	Einstellung der Kaliförderung in Bischofferode
30. Dezember 1993	Verhandlungen über Interessenausgleich und Sozialplan
31. Dezember 1993	Ende des Arbeitskampfes

## Transfers: Wie der Hungerstreik nach Bischofferode kam und zum Medienereignis wurde

Als einer der Hungerstreikenden Mitte August 1993 von der anarchosyndikalistischen Zeitschrift *Direkte Aktion* gefragt wurde »Warum ein Hungerstreik?«, antwortete er: »[...] weil alle Möglichkeiten, die zum Erhalt des

Arbeitsplatzes aufgeführt werden können, alle Kampfmaßnahmen von den Bischofferodern [sic!] ergebnislos durchgeführt worden waren.«<sup>56</sup> Aus Sicht der Hungerstreikenden war der Übergang von der traditionellen Form des aktiven Arbeitskampfes in den passiven Widerstand also keine Frage der Ideologie, sondern ergab sich aus dem Lauf der Geschehnisse. Zugleich veränderte der Hungerstreik das Bewusstsein einiger Streikender. Es ging, wie ein Kalikumpel es später formulierte, »plötzlich nicht mehr nur um mich und meinen Arbeitsplatz [...], auch nicht mehr darum, hier für die älteren Kollegen zu hungern, nein, unser Hungerstreik ist wie wiedererlangter Stolz, sich zu wehren, ein Zeichen zu setzen und vielleicht eine Wende in der menschenverachtenden Politik einzuleiten.«<sup>57</sup> Solche und ähnliche Urteile verfestigten sich aber erst mit der Zeit. So ist es weiterhin erklärungsbedürftig, wie die Idee des Hungerstreiks und damit eine der radikalen Linken zugeschriebene Protestform in die Protestkultur der Eichsfelder einsickerte. Zwar hatte der Hungerstreik als Protestform der Unterdrückten, Ausgegrenzten und Inhaftierten in Europa eine lange Tradition, die bis ins späte 19. Jahrhundert zurückreicht und ihre Spuren auch in der revolutionären Arbeiterbewegung hinterließ, bis sie von der radikalen Linken in den 1970er Jahren adaptiert worden war.<sup>58</sup> In der Bundesrepublik hatten sich die Gewerkschaften jedoch von Streikhandlungen außerhalb von Tarifkonflikten losgesagt. Dennoch hielt das Konzept des Hungerstreiks gegen Ende der 1980er Jahre wieder vermehrt Einzug in die lokale Arbeitskulturfunktion. Bischofferode ordnete sich in diese Entwicklungen ein.

Dies bedurfte jedoch konkreter Transfers. Eine wichtige Rolle spielte hierbei die Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, mit der die Kumpel bereits seit Monaten in engem Kontakt standen. Dieses Bündnis war im Februar 1992 zunächst in Berlin entstanden und hatte sich schnell zum ersten (und einzigen) dauerhaften überregionalen Protestbündnis ostdeutscher Betriebsräte entwickelt. Dies gelang jedoch nur, weil die Initiative wesentlich von West-Berliner Linken mitsamt deren Strukturen und Netzwerken getragen wurde, während das Feindbild Treuhand für sich genommen noch keine dauerhafte Mobilisierungskraft erzeugte.<sup>59</sup> In diesem Diskursraum eigneten sich die Bischofferöder Metaphern der linken Globalisierungs-

---

56 Interview, in: *Direkte Aktion*, Nr. 100/1993.

57 Gedanken zum Hungerstreik, in: Ostrowski, *Tagebuch*, o.S.

58 Einen historischen Überblick bietet Buschmann, *Hungerstreik*.

59 Rau, *Die verhandelte »Wende«*, S. 439–485.

und Kapitalismuskritik an, was die vielerorts kursierenden Analogien zwischen Wiedervereinigung und kolonialistischer Ausbeutung verfestigen half.<sup>60</sup> Unterstützung erfuhr das Bündnis auch von anderen linken Gruppen, so von ehemaligen kritischen SED-Mitgliedern, die sich während der Revolution von 1989 am Aufbau alternativer Gewerkschaftsgruppen beteiligt hatten und einen demokratischen Sozialismus anstrebten, und von westdeutschen trotzkistischen Gewerkschafter\*innen insbesondere aus der IG Metall, die innerhalb der Gewerkschaft eher Außenseiter waren. Über letztere wiederum bestanden enge Kontakte zu den Stahlwerkern von Duisburg-Rheinhausen, die ihrerseits enge Solidaritätsbeziehungen zum Bischofferöder Betriebsrat entwickelten und als ehrliche wie stolze Arbeiter geradezu Vorbildcharakter für die Protestneulinge aus dem Eichsfeld erlangten. Am 11. März 1993 waren sechs Rheinhausener Stahlwerker selbst in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, um die bevorstehende Betriebsschließung, die nach dem letzten aufsehenerregenden Arbeitskampf der »alten« Bundesrepublik 1988 zumindest aufgeschoben werden konnte, gänzlich aufzuhalten.<sup>61</sup> Am 9. Juni reiste eine Abordnung der Rheinhausener zu einer von einem breiten Bündnis Thüringer Politiker\*innen und Abgeordneter unterstützten Protestaktion ins Eichsfeld, um die enge Verbundenheit der west- und ostdeutschen Betriebsräte zu demonstrieren.<sup>62</sup> Während des Hungerstreiks von Bischofferode wurde die Verbindung zwischen Rheinhausen und den Kalikumpeln auch von der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) aufgegriffen, die wiederum eng mit den Aktivisten von Rheinhausen verbunden war. So rühmte die Partei die Eichsfelder Kalikumpel nun dafür, »die Fackel des mutigen Arbeitskamps von Rheinhausen übernommen« zu haben, nachdem diese mit ihrem Hungerstreik gescheitert waren, und verwies auf die »Fata Morgana der ›sozialen Marktwirtschaft‹« und den »unsozialen« Charakter des Kapitalismus, der sich im Kampf der Eichsfelder erneut zeige.<sup>63</sup> Aber nicht nur der Protest der Stahlwerker farbte auf die Bischofferöder ab. Im Juni 1993 konnten die Kalikumpel auch in Berlin den Erfolg eines Hungerstreiks als Arbeitskamppform durch ihre Kontakte zur Ostdeutschen Betriebs-

---

60 Z. B. Handschriftliche Notizen zu BR-Initiative Sitzung 3.3.1993, RHG, PA M. Jander, MJ 21, unfol.

61 J. S., Hungerstreik fürs Werk. Rheinhausen-Männer protestieren, in: taz, 15.3.1993.

62 »Man muß Finanzminister Theo Waigel direkt auf den Pelz rücken«. Politiker des Landes wollen Bischofferödern den Rücken stärken, in: Thüringische Landeszeitung, 11.6.1993.

63 Faltblatt MLPD, 16.8.1993 »Bischofferode – Symbol einer neuen Arbeiteropposition«, RHG, PA M. Jander, MJ 59, unfol.

räteinitiative mitverfolgen. Eine Woche nach dem 1. Mai hatte der zu den Gründern der Initiative zählende Betriebsratsvorsitzende des Batteriewerks Belfa, Hanns-Peter Hartmann, einen Hungerstreik angekündigt, um die für den 30. Juni vorgesehene Stilllegung des Werks in Oberschöneweide im Südosten Berlins zu verhindern. Allein dies erzeugte ein enormes Medienecho, und bereits am Tag nach Beginn des Hungerstreiks am 28. Juni war das Ziel erreicht. Der Betrieb wurde an eine Münchner Firma verkauft, die jedoch 1999 in Konkurs ging.<sup>64</sup> Überregionale Netzwerke wie diese spielten nicht nur für die Entwicklung des Bischofferöder Arbeitskampfes zum Hungerstreik eine wesentliche Rolle, sie überbrückten auch die fehlende Solidarität zwischen den Kalibelegschaften Thüringens. So gehörte auch der Hungerstreik im Südharzrevier vom September 1990 nicht zum Erinnerungsschatz der Bischofferöder Kumpel.

Für den Wandel der Protestkultur in Bischofferode war ebenso entscheidend, wie die Kumpel auf die Gewalteskalation in Berlin am 17. Mai und die Distanzierung vieler überregionaler Medien von Bischofferode reagierten. Dem setzte der Betriebsrat zunächst eine eigene Medienstrategie entgegen, deren Reichweite jedoch kaum über Regional- und Lokalblätter hinausging. Dort wurden ausführliche Gegendarstellungen mit bekannten Stasi-Vergleichen und eigenen Fotografien, die ausschließlich gewalttätige Zivilbeamte zeigten, veröffentlicht. Ziel war es jedoch nicht, die Gewalt der Demonstrierenden zu rechtfertigen (wie dies linke Medien taten), sondern das Image der friedlichen und ehrenhaften Arbeiter wiederherzustellen.<sup>65</sup> Dies untermauerten öffentliche Stellungnahmen, die klarstellten, dass sich die »Belegschaft [...] nicht auf eine Stufe mit Autonomen und Schlägertrupps stellen« ließ.<sup>66</sup> Auch der Unternehmer Peine und Politiker\*innen des Landes bemühten sich nach den Berliner Gewalteskapaden, die Bischofferöder gegenüber der Öffentlichkeit zu rehabilitieren. Bei einer Protestkundgebung am 19. Mai forderte Peine die Kumpel erneut zur »Unterstützung [...] bei der Verfolgung seiner Kaufabsichten, jedoch ohne gewalttätige Aktionen« auf, und auch Landrat Große mahnte anschließend zu »Ruhe und Besonnenheit« bei

---

64 Höge, Berliner Ökonomie, S. 98–101.

65 »Methoden wie bei der Stasi«. Kumpel fühlen sich von der Polizei provoziert und mißhandelt, in: Das Obereichsfeld, 22.5.1993.

66 MDK, Werk Bischofferode, Betriebsrat, Protestdemonstration der Kaliwerker aus Bischofferode vor der Treuhandanstalt Berlin, 26.5.1993, BA-B, B 412, 3366, unfol.

weiterhin »absoluter Entschlossenheit«. <sup>67</sup> Selbst die Thüringer CDU-Fraktion machte sich diese Strategie zu eigen und unterstützte die bereits erwähnte »gewaltfreie Protestaktion« in Bischofferode am 9. Juni. <sup>68</sup> Friedlichkeit wurde damit nicht nur von den Bischofferödern selbst, sondern auch ihren direkten Unterstützer\*innen zur unverhandelbaren Bedingung weiterer Protestaktionen erklärt. Auch dies trug wesentlich dazu bei, dass die Bischofferöder die Protestform des gewaltfreien Hungerstreiks adaptierten.

Der Beginn des Hungerstreiks prägte auch mediale Aufmerksamkeitsökonomien und veränderte damit den Protestdiskurs. Bischofferode sei plötzlich zur »Spitzenmeldung« geworden, so der seit 1989 für das *Neue Deutschland* arbeitende Journalist René Heilig, der am 1. August 1993 selbst nach Bischofferode fuhr und seine Eindrücke kurze Zeit später publizierte. Als er im Werk ankam, nahm er zuallererst die »eilig angereisten Fernsehreporter« und »ein Dutzend Übertragungswagen« wahr, die vor der ehemaligen Werkskantine »rangierten«, in der die 40 Hungerstreikenden unter Aufsicht der Ärztin Rosemarie Sonneborn untergebracht waren:

»NTV und Vox spendierten den Kumpeln sogar je eine Satellitenempfangsanlage. Und Fähnchen mit den Senderinitialen dazu. Ein paar Campingliegen, durch Pappwände abgegrenzt, auf denen Grußbotschaften und Zeitungsausschnitte in wachsender Zahl aufgeklebt wurden – das war alles, was die Kumpel den Objektiven zu bieten hatten. Korrespondenten regionaler und weiter vertriebener Tageszeitungen jagten sich gegenseitig Hotelbetten ab, von der ›New York Times‹ erkundigte sich ein Herr, dem alsbald spanische und Schweizer Kollegen folgten. Abend für Abend war man gespannt auf die Kommunikés des Betriebsrates, Fotografen lauerten auf die titelfototrächtig [sic!] Tränen der Ehefrauen, bis sich einige von ihnen dem Protest der Männer anschlossen oder tagsüber untertage die Stellung hielten.« <sup>69</sup>

Die von Heilig mit spitzer Zunge persiflierten Medien waren somit nicht nur Zaungäste und Beobachterinnen, sondern vielmehr Akteure oder Produzenten des Protests: »Seit die thüringischen Kumpel nicht mehr nur ein paar Schilder vor dem Grubeneingang hochhalten, sondern für den Erhalt ihres stickigen, heißen, lauten und manchmal sogar gefährlichen Arbeitsplatzes ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, sind sie wieder in den Medien«, berich-

---

67 MDK, Kaliwerk Bischofferode, Berichterstattung des Werkes Bischofferode an den Vorstand der MdK AG über das Treffen des Herrn Johannes Peine am 19.5.1993 mit Belegschaftsangehörigen vor dem Betriebsgelände des Werkes, 24.5.1993, ebd., unfol.

68 CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Jörg Schwäblein, an die Präsidentin der THA, Birgit Breuel, 9.6.1993, ebd., unfol.

69 Heilig/Holm, Signal Bischofferode, S. 19 f.

tete etwa der *Spiegel* am 12. Juli 1993. Dass nun auch die Frauen der Kumpel neben der Schachtbesetzung seelische und materielle Versorgungsaufgaben für die Hungerstreikenden übernahmen, trug wesentlich dazu bei, dass die »hungernde[n] Arbeiter« nicht mehr als »sture Werktätige« einer längst vergangenen Zeit erschienen, sondern die Medien sie nun als Männer, deren nackte individuelle und familiäre Existenz durch das »kuschelige Kartell der West-Kaliproduzenten« bedroht war, inszenieren konnten. Je länger der Hungerstreik andauerte und je sichtbarer die Verschlechterung des Gesundheitszustands der Kumpel wurde, desto mehr gerieten auch Gesten und Emotionen der Gegenseite zu politischen Handlungen. So trat, wie der *Spiegel* eine Szenerie beschrieb, den unter Tage »täglich zehn Stunden streiken[den]« Frauen für »lange zehn Minuten« ein überforderter, zu Boden blickender Wirtschaftsminister Bohn gegenüber, dem zum Schluss ein unüberlegter Satz entglitt: »Ich bin nur der Kaliindustrie verpflichtet.«<sup>70</sup>

Solche Konfrontationen zählten zu den ikonischen Szenen, die das Medienereignis Bischofferode vor allem im Juli 1993 Tag für Tag produzierte. Nur wenige Tage nach dem desaströsen Auftritt Bohns wurde mit dem damals 45-jährigen Willibald Nebel, viele Jahre Schichtmeister in der Verladung, bereits der vierte Bergmann nach zwei Wochen Hungerstreik und Ohnmachtsanfällen unter Begleitung von Fernsehkameras ins Krankenhaus eingeliefert. Mit geballter Faust verließ er den »Hungersaal« und mit geballter Faust kehrte er kurze Zeit später zurück, als gerade sein Kollege Thomas Bachmann seinen Hungerstreik begann, der selbst nach 18 Tagen ohne Nahrung ins Krankenhaus musste, dann aber sogar ein zweites Mal in den Hungerstreik trat.<sup>71</sup> Zwischen all diesen bewegenden Szenen und der Bewältigung des »normalen« Alltags bemühte sich der Betriebsratssprecher Walter Ertmer, die Deutungshoheit über den Gang der Ereignisse im Sinne der Kumpel zu behalten, was sich für den in Pressekommunikation ungeübten Grubenelektriker und seine Kollegen nicht immer als einfaches Unterfangen erwies. So sah sich auch ein Betriebsratskollege, als er Ende Januar 1994 öffentlich Bilanz über das Erreichte zog, auch als »Opfer vieler Interviews«, in denen die Kumpel oftmals mehr Objekt als Subjekt waren:

70 »Das Hungern frißt Nerven«. Kalikumpel in Bischofferode kämpfen verzweifelt gegen die Schließung ihrer Grube, in: *Der Spiegel* 28/1993, S. 86.

71 Corinna Pfaff, Bischofferöder Kali-Kumpel weiter zum Widerstand entschlossen. Mit dem Mut der Verzweiflung – Hungerstreik wird fortgesetzt, in: *Freie Presse*, 17.7.1993; Heilig/Holm, *Signal Bischofferode*, S. 31.

»Was ich zum Kern der Sache sagte, war niemals im Fernsehen zu sehen. Erst vor kurzem habe ich in Panorama vor laufender Kamera zehn Minuten gesprochen. Was ich sagte, wurde von dem Fernsehteam als bewundernswert dargestellt, aber es war nachher in der Sendung noch nicht einmal mein Bild zu sehen – geschweige denn, was ich sagte.«<sup>72</sup>

Die bald nicht mehr nur in nationalen, sondern auch in europäischen und US-amerikanischen Medienräumen zirkulierenden Bilder hungernder Körper vormals hart schuftender Bergmänner, die sich – auf Campingliegen gebettet – nur noch von Mineralwasser, überzuckertem Tee und Saft ernährten, und ihrer Ehefrauen, die sich als seelische Unterstützerinnen ihrer oftmals über zwei Wochen lang physisch und psychisch abbauenden Ehemänner und Ex-Kollegen, zum Teil aber auch selbst als Hungerstreikende in die Materialität des Protests einschrieben, rehabilitierten die Bischofferöder nicht nur gegenüber der breiten Öffentlichkeit. Sie öffneten ihnen vielmehr auch langfristig überregionale Kommunikationsräume, die Diskursteilnehmer wie die Treuhand und die IG BE kategorisch ausschlossen bzw. einzig auf die Rolle von Feindbildern verwiesen. Die Nation hörte nun nicht mehr den Managern, sondern den Kumpeln zu. Zugleich unterwarfen sie sich damit auch eigenlogischen medialen Inszenierungszwängen, die nicht selten im Spannungsverhältnis zu den Anliegen der Kumpel standen. Dennoch veränderte der Hungerstreik den Arbeitskampf der Eichsfelder Kalibergleute nachhaltig. Aus einem Kampf mit dem Staat um das Überleben von Betrieb und Region wurde ein Kampf gegen das »System« und dessen Träger\*innen (Staat, Unternehmen und Gewerkschaften), wobei die Übergänge fließend und widersprüchlich waren, regionale Bezugnahmen nie aus der Protestkultur verschwanden und daraus auch Konflikte zwischen den Protestgruppen erwuchsen.

## Die Kumpel und die Demokratie: Der Hungerstreik als ordnungspolitischer Konflikt

Während die Kumpel in vielen nationalen Medien als kleine Helden im Kampf gegen die Mächtigen erschienen, mehrte sich zugleich die Kritik am

---

<sup>72</sup> Walter Kunze, Betriebsratsmitglied im Kaliwerk Bischofferode: Es war nicht umsonst – Interview, in: Neues Deutschland, 31.1.1994.

Hungerstreik. Denn dieser stellte – im Gegensatz zu den vorangegangenen Protesten im Eichsfeld bzw. in der Thüringer Kaliregion – die Handlungsfähigkeit der politischen Institutionen und damit die Funktionsfähigkeit der Demokratie grundlegend infrage. Und diese kritischen Stimmen kamen nicht unbedingt aus dem Westen. So warf auch der Kreisausschuss von Heiligenstadt, dessen Landrat Henning stets für die Fusion eingetreten war, den »verantwortlichen politischen Kräften« in Thüringen in einer Stellungnahme vom 9. Juli vor, sich »hinter dem verständlichen und berechtigten Protest der Kumpels vor der eigenen Verantwortung« versteckt zu haben. Die Landespolitik hätte wesentlich dazu beigetragen, dass nun selbst das »höchste parlamentarische Gremium des deutschen Volkes, der Deutsche Bundestag«, übergangen und nun nach »immer höher angebundene[n] Richterinstanzen« gesucht werde, womit der Protest »zu einer offenen Nötigung des Staates wurde«. Von den politischen Kräften im Land und in den Kommunen forderte der Kreisausschuss, alle Anstrengungen zu unternehmen, um praktische Lösungen »im Sinne der Betroffenen« zu finden, und letztere rief er dazu auf, den Hungerstreik zu beenden.<sup>73</sup> Damit erhöhte sich der Druck auf die Landesregierung, ihre bisherige Schlinger-Strategie im Umgang mit den Protesten zu überdenken.

Zudem hatte sich der Hungerstreik unlängst auch auf die öffentliche Ordnung vor Ort ausgewirkt. So blieben zahlreiche Kommunalverwaltungen umliegender Gemeinden demonstrativ geschlossen, rund 120 Bürgermeister solidarisierten sich mit den Kumpeln und Schülerdemos ließen die Schulpflicht vor Ort zur Makulatur werden und zogen sogar Bombendrohungen nach sich. Solche Szenen erzeugten einen politischen Ausnahmezustand, der auch bei Lokalpolitiker\*innen umliegender Kreise die Frage aufkommen ließ, ob man den Protest der Kumpel noch unterstützen könne. Denn ein Hungerstreik, so waren sich die Kritiker des Protests einig – selbst diejenigen, die grundsätzlich große Sympathien für die Belange der Kumpel hegten –, war mit dem Selbstverständnis des demokratischen Rechtsstaats nur schwer vereinbar.<sup>74</sup> Vor allem Bernhard Vogel, der sich nicht nur von Linken, sondern zunehmend auch aus den Reihen der CDU Rücktrittsforde-

---

73 Landkreis Heiligenstadt (Eichsfeld), Erklärung des Kreisausschusses des Landkreises Heiligenstadt zu den fortdauernden Auseinandersetzungen um die Perspektive des Kaliwerkes Bischoferode, 9.7.1993, BA-B, B 412, 3367, Bl. 424 f.

74 Ist Hungerstreik Nötigung? Kalikumpel setzen erstmals neues Druckmittel im Arbeitskampf ein, in: Freie Presse, 16.7.1993; Die Waffe des Hungers, in: Tagesspiegel, 24.7.1993.

rungen ausgesetzt sah,<sup>75</sup> musste reagieren, wollte er nicht als Symbolfigur einer erpressbaren und schwachen Demokratie erscheinen. Noch am 8. Juli war Vogel zum ersten und letzten Mal persönlich nach Bischofferode gereist – allerdings ohne Erfolg. Schon die Ankunft in einem Polizeihubschrauber verfehlte seine mediale Wirkung nicht. Sie symbolisierte die fortgeschrittene Distanzierung zwischen den Protestierenden und der Landesregierung, die mehr auf ihren Schutz, aber weniger auf Dialog bedacht schien. Im sich anschließenden Gespräch mit den Hungerstreikenden setzte sich dies fort. Seine Aufforderung, den Hungerstreik zu beenden und stattdessen tatkräftig am Aufbau des Landes mitzuwirken, erntete nur Gelächter – im Hintergrund die leere Campingpritsche, die für Vogel symbolisch als provokantes Partizipationsangebot reserviert worden war.<sup>76</sup>

Unter dem Druck der sich radikalierenden Stimmung in Bischofferode entzog die Landesregierung den Kumpeln schließlich bald ihre Protestunterstützung und einigte sich nun schnell mit der Treuhand, den Kaliunternehmen und der GVV, einer Tochtergesellschaft der Treuhand zur Verwahrung stillgelegter Bergwerke, auf ein Konzept zur »Schaffung alternativer Arbeitsplätze für Bischofferode«,<sup>77</sup> das am 14. Juli sogar vom Bundeskanzleramt veröffentlicht wurde. Demnach sollten alle in Bischofferode Beschäftigten zum 1. Januar 1994 für zwei Jahre in die GVV wechseln. Zudem sagte die Landesregierung zu, die Entwicklungsgesellschaft Südharz/Kyffhäuser mbH (ESK) als eine Tochtergesellschaft der Landesentwicklungsgesellschaft mit Sitz in Worbis zu gründen, der die Aufgabe zukommen sollte, »dauerhafte und zukunftssichere Arbeitsplätze« vor Ort zu schaffen.<sup>78</sup> Die Kaliunternehmen erklärten sich ferner bereit, freiwerdende Stellen im fusionierten Unternehmen bevorzugt mit Bischofferöder Kumpeln zu besetzen und bis zu 30 Ausbildungsverhältnisse zu übernehmen.<sup>79</sup> Im Länderreferat der Treuhand war man sich sicher, dadurch »den Hungerstreikenden die Mög-

---

75 Hartmut Kaczmarek, Die Kumpel hungern weiter fürs Überleben der Grube. Vertrauen in die Politik verloren – CDU-Ortsverein fordert, in: Thüringische Landeszeitung, 7.7.1993.

76 Heilig/Holm, Signal Bischofferode, S. 86.

77 BASF, Sekretariat Wolf, an die THA, Klaus Schucht, Gesprächsprotokoll o.D., 12.7.1993, BA-B, B 412, 3367, Bl. 396–398.

78 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung, 14.7.1993, BA-B, B 412, 10749, unfol.

79 Aktivitäten zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in der Region Bischofferode, Ergebnis der Besprechung zwischen THA, MDK und der K+S am 12.07.93, ebd., unfol.

lichkeit [eröffnet zu haben], die Aktion als einen Erfolg zu verkaufen und damit den Streik ohne Gesichtverlust abzubrechen«. <sup>80</sup>

Doch diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Stattdessen ging der Protest weiter und Bischofferode wurde zum parlamentarischen Dauerthema. Im Thüringer Landtag wurde dabei nicht mehr nur um konkrete Konzepte, sondern auch um politische Selbstverständnisse und Demokratievorstellungen gekämpft. So hatte die Opposition für den Tag der Veröffentlichung der Auffanglösung am 14. Juli eine Sondersitzung im Landtag beantragt, die zu einem wahren ideologischen Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition geriet, wobei sich die zuvor fluiden Beziehungen zunehmend verhärteten. Dazu trug auch die begleitende Demonstration von etwa 500 Bergleuten und deren Unterstützer\*innen vor den Toren des Landtags bei, bei denen es erneut zu Handgreiflichkeiten und Verbalattacken zwischen Protestierenden und als »Stasischweine« beschimpften (bewaffneten) Zivilbeamten kam. Nicht nur weckten diese Szenen Erinnerungen an die Gewalteskalation in Berlin am 17. Mai, auch zeigte sich darin erneut die zunehmende Entfremdung zwischen den Kumpeln und der Landesregierung, die bereits während des Besuchs von Bernhard Vogel in Bischofferode eine Woche zuvor zum Ausdruck gekommen war. Innenminister Franz Schuster (CDU) musste sich für den Einsatz von Zivilbeamten in Erfurt später sowohl im Parlament als auch in einer siebenstündigen Sitzung des Innen- und Justizausschusses verantworten, wo sich jeweils eine emotionale Debatte über Demonstrationsrecht und öffentliche Ordnung entzündete. Konsequenzen zog die Debatte indes nicht nach sich. <sup>81</sup>

Am Beginn der parlamentarischen Debatte am 14. Juli standen allein vier Anträge zum Erhalt bzw. zur Zukunft Bischofferodes. Während sich die Parteien dabei in wirtschaftspolitischen Fragen, d.h. in der Ablehnung des Standortkonzepts der Fusion, nach wie vor grundsätzlich einig waren, sorgte die Frage, inwiefern der Hungerstreik noch als »gerechter Kampf« und damit als Bestandteil der Demokratie anzusehen sei, für erhitzte Gemüter. SPD und PDS waren sich von Beginn an einig, dass der »gerechte und legitime Kampf« der Kumpel gegen den »Rachefeldzug« von BASF/K&S

---

80 THA, Präsidialbereich Länderfragen, Länderabteilung Thüringen, PL 5, Dr. Link, an Präsidentin Birgit Breuel, Kali, Bemühungen um Beendigung des Hungerstreiks in Bischofferode, 16.7.1993, BA-B, B 412, 3252, Bl. 330.

81 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, Innenausschuß/Justizausschuß, Wortprotokoll der 64./46. Sitzung am 20.7.1993, Thüringer Landtag, Parlamentsdokumentation, Ausschussprotokoll 1/64, unfol.

»mit allen Mitteln der Politik« unterstützt werden müsse, ja sogar »beste Strukturpolitik« sei. Dagegen taten sich Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen mit dem »Populismus« der PDS zunächst schwer und sprachen sich stattdessen für eine »ökologische Sanierung« der Kaliregion aus. Am Ende aber zogen sie ihren Antrag zurück und stellten sich geschlossen hinter die PDS und SPD, deren Anträge, so der SPD-Abgeordnete Frieder Lippmann, »den Ansprüchen der Menschen, der Kumpel in dieser Region gerecht werden«. Demgegenüber machten die Koalitionsparteien CDU und FDP den Gesundheitszustand der Hungerstreikenden zum Leitmotiv ihrer Argumentation. Der Hungerstreik bot den Regierungsparteien somit auch die Gelegenheit, sich nicht als Fürsprecher der Fusion inszenieren und am Ende nicht als »Verräter« dastehen zu müssen. Der Hungerstreik sollte deshalb weniger aus ökonomischer Vernunft heraus, sondern vielmehr aus ethischen Gründen beendet werden. Zugleich verbanden CDU und FDP dieses Ziel mit der Notwendigkeit einer »pragmatischen« Strukturpolitik. Der Opposition warfen sie dagegen vor, den Gesundheitszustand der Kumpel durch »Populismus« fahrlässig zu gefährden. Die namentliche Abstimmung brachte jedoch kein eindeutiges Ergebnis. Sowohl der Antrag von CDU und FDP, der verschiedene Maßnahmen von der Prüfung aller Optionen über den Erhalt des Werks bis hin zur Gründung der ESK umfasste, als auch der Antrag der SPD, der die Annullierung der Kalifusion notfalls auch über den Weg einer Klage forderte, wurden angenommen, wobei letzterer auch von vier CDU-Abgeordneten unterstützt wurde.<sup>82</sup>

Vertreter\*innen der Opposition unterstrichen dagegen ihr Selbstverständnis als Anwält\*innen der Betroffenen immer wieder durch persönliche Anwesenheit in Bischofferode. Jedoch wurden dadurch auch innerparteiliche Konfliktlinien sowie Unterschiede in nationalen und regionalen verbandlichen Diskurskulturen offenbar. So repräsentierten die hungerstreikenden Kumpel in den Augen der ehemaligen Volkskammer- und seit November 1990 Landtagsabgeordneten für Bündnis 90/Die Grünen aus Erfurt Christine Grabe die ostdeutsche »Bürgerbewegung in ihrer reinsten Form«. Die Enttäuschung vieler Bürgerrechtler\*innen über den rasanten Bedeutungsverlust der DDR-Opposition seit 1990 setzte sich in diesem Erzählmuster fort: »Sie gehen ihren Weg, ohne auf Institutionen zu hoffen.«

---

82 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, 86. Sitzung am 14. Juli 1993, S. 6423–6468, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/9046/86\\_plenarsitzung\\_sondersitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/9046/86_plenarsitzung_sondersitzung.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

Unter »Institutionen« verstand Grabe nicht nur das Organisationsgerüst der Bundesrepublik, sondern auch ihre Partei, der sie das Vorbild Gregor Gysis entgegenstellte, mit dem sie zwar politisch über Kreuz liege, der aber »was für die Leute tut«. <sup>83</sup> Gysi hatte bereits während eines ersten Aktionstags in Bischofferode am 10. Juli eine flammende Rede für eine Volkserhebung gegen die Treuhand gehalten, die vom Publikum mit »Wir sind das Volk«-Rufen goutiert wurde, <sup>84</sup> und am 19. Juli veröffentlichte das *Neue Deutschland* das Arnold-Gutachten, das die Argumente der Kumpel durch wissenschaftliche Autorität unterstützte. Eine eigene Beteiligung am Hungerstreik aber lehnte man in der PDS überwiegend ab, auch wenn dieser an die positiv konnotierte Protestkultur der Revolution von 1989 anschloss, die sich die PDS seit 1991 zunehmend für ihre Zwecke aneignete. Protest und Politik blieben für viele in der SED-Nachfolgepartei dennoch zwei getrennte Sphären, was zeigt, dass zwischen dem Image und der Wirklichkeit der sich als ostdeutsche »Protestpartei« inszenierenden PDS durchaus eine Diskrepanz bestand. Als sich die PDS-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Bundesverbands der »Komitees für Gerechtigkeit« <sup>85</sup>, Christine Ostrowski, etwa zwei Wochen nach Beginn des Hungerstreiks dazu entschloss, sich selbst in einen Hungerstreik zu begeben, sei ihr im Dresdner Stadtvorstand der Partei vor allem »allgemeine spöttische Belustigung« entgegen geschlagen. »Generäle«, so die landläufige Auffassung, »dürfen sich nicht selbst in den Schützengraben begeben.« <sup>86</sup> Viele in der Partei wollten sich damit nicht allzu sehr in die Nähe der Streikenden begeben, sondern vielmehr eine genaue Trennung zwischen denen, die protestieren, und denen, die »richtige« Politik machen.

Gleichwohl wurde der Hungerstreik in den Diskursräumen der PDS bald sogar als fester Bestandteil »aktiver sozialistischer Tagespolitik« »gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen Arbeitsplatz-, Kultur- und

---

<sup>83</sup> Hungern für die Würde der Osis, in: Der Spiegel 32/1993, S. 52–55.

<sup>84</sup> Hartmut Kaczmarek, Aus dem Leid wächst Kraft. Seit zehn Tagen Hungerstreik – Appell an das Gewissen der Politiker – Mediziner sehen erste Krisenanzeichen, in: Thüringische Landeszeitung, 12.7.1993.

<sup>85</sup> Dabei handelte es sich um Zusammenschlüsse ehemaliger SED- und Stasi-Kader sowie Reformsozialist\*innen und ostdeutscher Politiker\*innen der letzten beiden DDR-Regierungen, die sich für die Popularisierung eines positiven DDR-Bildes einsetzten.

<sup>86</sup> Ostrowski, Tagebuch, S. 5.

Naturzerstörung« gehandelt.<sup>87</sup> Anders als die in Regierungsverantwortung befindlichen Politiker von CDU und FDP, die den Hungerstreik als per se undemokratisch empfanden, machte es sich die PDS zur strategischen Aufgabe, Protestunterstützung und parlamentarische Einflussnahme miteinander zu verknüpfen. Die anderen Parteien verhielten sich den Hungerstreikenden gegenüber dagegen weniger eindeutig. So zog es zu Beginn des Streiks durchaus auch einzelne ostdeutsche Sozialdemokraten, wie den SPD-Abgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden des Treuhand-Ausschusses des Bundestags Wieland Sorge, in die Eichsfelder Provinz. Als Abgeordneter habe sich Sorge bislang »so ohnmächtig gefühlt«. Er brach seine Beteiligung am Hungerstreik aber nach sechs Tagen wieder ab, da er »derzeit auf politischer Ebene mehr erreichen könne als vor Ort.«<sup>88</sup> Zwar ließen sich die anderen Abgeordneten des Treuhand-Ausschusses nicht vom Aktionismus Sorges beeindrucken, jedoch begann es in der SPD zu rumoren. Am 9. August beschloss das Präsidium des Parteivorstands schließlich, die Prüfung des Fusionsvertrags durch eine unabhängige Instanz auf nationaler Ebene zu fordern,<sup>89</sup> was vom Vorstand der Bundestagsfraktion bzw. von dessen stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Thierse eine Woche später noch um die Forderung nach einer Sondersitzung des Treuhand-Ausschusses zu Bischofferode ergänzt wurde. Dieser in der Fraktion allerdings »nach kontroverser Debatte gegen eine starke Minderheit« gefasste Beschluss<sup>90</sup> erzeugte nicht nur »Verwunderung und Sorge« bei den Betriebsräten in den niedersächsischen Kaliwerken, die nun dem SPD-Bundesvorsitzenden Rudolf Scharping vorwarfen, den gesamten Fusionsvertrag zu gefährden,<sup>91</sup> sondern legte auch unterschiedliche Erfahrungsräume von ost- und westdeutschen SPD-Politikern offen. So sah Thierse seinen Vorstoß als Fortsetzung des Kampfes ostdeutscher Bürgerrechtler\*innen gegen die SED/PDS, denen man nicht die Rolle der »authentischen und energischen

---

87 Judith Dellheim, »Bischofferode ist überall« – Und die PDS?, in: Informationsdienst PDS/Linke Liste 16/93.

88 Bischofferode: Abgeordneter Sorge beendet Hungerstreik, in: Die Welt, 10.8.1993.

89 SPD-Parteivorstand Bonn, Mitteilung für die Presse, 9.8.1993, AfsB, IG BE, 11951, unfol.

90 THA, Büro Bonn, Dr. Pagels, Forderung des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Thierse nach einer Sondersitzung des Treuhandausschusses wegen Bischofferode, 20.8.1993, BA-B, B 412, unfol.

91 Betriebsratsvorsitzende der Kali & Salz-Werke Bergmannsseggen-Hugo, Niedersachsen-Riedel und Salzdetfurth, Offener Brief an den Bundesvorsitzenden der SPD, Rudolf Scharping, o.D., AfsB, IG BE, 11951, unfol.

Vertreter ostdeutscher Arbeitnehmerinteressen« überlassen könne.<sup>92</sup> Die unmittelbare Beteiligung ostdeutscher Sozialdemokraten am Streik aber sorgte innerhalb der SPD für reichlich Zündstoff. Dabei ging es auch um die Zukunftsausrichtung der Partei. So sorgte sich der Aufsichtsratsvorsitzende von K&S, das SPD-Mitglied Ulrich Steger, nun nicht mehr nur um die Kalifusion, sondern auch um das »zukünftige Modell sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik«, das nicht (wie in der »alten« Bundesrepublik) in einer »strukturkonservierenden, interventionistischen Strukturpolitik« liegen könne.<sup>93</sup> Steger zählte (neben dem 1991 ermordeten Treuhand-Präsidenten Detlev Karsten Rohwedder) zu jenem wirtschaftsfreundlichen Flügel innerhalb der SPD, der seit dem Wahlsieg der CDU/CSU 1982 zunehmend an Bedeutung gewann.<sup>94</sup> Die Integration ostdeutscher Sozialdemokrat\*innen in die Partei seit 1990 wirkte sich auf diese genuin westdeutsch-sozialdemokratische Debatte zwischen traditionellen Industriepolitikern und wirtschaftsfreundlichen Kräften durchaus störend aus. Denn dies bewog wiederum auch altgediente westdeutsche SPD-Politiker wie Egon Bahr, die dem wirtschaftsfreundlichen Flügel der SPD kritisch gegenüberstanden, zu Besuchen nach Bischofferode, um den Bergleuten vor Ort ihren Respekt und ihre Anerkennung zu versichern.

Partielle Sympathien fanden die Kumpel auch in der CDU und FDP; diese Stimmen waren innerhalb der beiden Parteien aber bestenfalls Randererscheinungen. Am prominentesten war dabei noch die Bundestagspräsidentin und Vorsitzende der Frauen-Union der CDU Rita Süsmuth, die die Kumpel nicht nur seit Monaten öffentlich unterstützte, sondern ihre Partei auch direkt dazu aufforderte, nicht nur Investitionen zu fördern, sondern auch Arbeit und Beschäftigung stärker zu finanzieren. Besonders auf die Situation von Frauen in Ostdeutschland blickend, verwies sie dabei auf das Potenzial von Beschäftigungsgesellschaften, die vor allem in den Bereichen Umwelt, Soziales, Kinderbetreuung und Pflege »produktive Arbeit« schaffen könn-

---

92 Wolfgang Thierse an die IG BE, Josef Windisch, 11.8.1993, ebd., unfol.

93 Ulrich Steger an den Bundesvorsitzenden der SPD, Rudolf Scharping, persönlich, 20.8.1993, ebd., unfol.

94 Nawrat, Agenda 2010.

ten.<sup>95</sup> In der FDP waren es dagegen allenfalls einzelne ostdeutsche Kreisverbände, die sich mit den Kumpeln solidarisch zeigten.<sup>96</sup>

Süssmuths Äußerungen, die sich vor allem als verzweifelter Versuch lesen lassen, das Protestgeschehen in Bischofferode noch einmal parteipolitisch zu kanalisieren, war mit den Debatten im Treuhand-Ausschuss des Deutschen Bundestags durchaus kompatibel, denn dort konzentrierte man sich bereits auf die Unterstützung regionaler Strukturpolitik. So scheiterten weitere Versuche des einzigen PDS-Abgeordneten, zusammen mit SPD-Abgeordneten das Thema Bischofferode dort erneut auf die Agenda zu heben. In der Sitzung am 7. September wurde schließlich nicht nur die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion nach einer Sondersitzung über Bischofferode abgewiesen, auch schien sich im Gremium seit der Vereinbarung vom 14. Juli insgesamt ein Diskussionswandel abzuzeichnen. Wie Schucht in seinem Tagebuch festhielt, musste er sich in der Sitzung nun sogar vorhalten lassen, »einen neuen Subventionsherd ähnlich wie in der Steinkohle« in Bischofferode zu fabrizieren.<sup>97</sup> Am Ende der Debatte, in der auch der thüringische Minister Trautvetter und der Arbeitsdirektor der MDK Backhaus umfängliche Statusberichte abgegeben hatten, stellte schließlich der Vorsitzende Arnulf Kriedner (CDU) klar, dass sich die »aktuelle Situation in Bischofferode [...] nicht mit den Mitteln des Ausschusses« bereinigen lasse.<sup>98</sup> Am 22. Oktober war es schließlich nur noch das einzige PDS-Mitglied, das im Ausschuss einen Widerruf der Kalifusion forderte, hierfür aber keinerlei Unterstützung mehr fand.<sup>99</sup>

Umso erhitzter verliefen die Debatten im Thüringer Landtag, wo nunmehr trefflich über die Zukunft Bischofferodes und des Landes gestritten wurde. Dabei ließen sich gerade ostdeutsche Regierungsvertreter, die zuvor leidenschaftlich für den Erhalt der Standorte eingetreten waren, nun so-

---

95 RTL Frühmagazin, Prof. Dr. Rita Süssmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages, anlässlich ihres Besuchs in Sondershausen zu Fragen im Zusammenhang mit der Situation der Kali-Kumpel in Bischofferode, 28.7.1993, PA-DBT, 3105, Ausschussdrucksache 102, unfol.

96 Solidaritätsbekundung des FDP-Ortsverbands Leutenberg zum Arbeitskampf der Kali-Kumpel in Bischofferode, 25.7.1993, BA-B, B 412, 13367, Bl. 193 f.

97 Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 7.9.1993, BA-K, N 1585, 19, unfol.

98 Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Ausschuss Treuhandanstalt, Kurzprotokoll der 16. Sitzung des Ausschusses Treuhandanstalt am 7.9.1993, PA-DBT, 3105, 1559 09.93, Protokoll Nr. 16, Bl. 325–332.

99 Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Ausschuss Treuhandanstalt, Kurzprotokoll der 19. Sitzung des Ausschusses Treuhandanstalt am 22.10.1993, PA-DBT, 3105, 1703 12.93, Protokoll Nr. 19, unfol.

gar zu neoliberalen Gedankenspielen verleiten. Wirtschaftsminister Bohn brachte Anfang Oktober 1993 etwa die Möglichkeit von Sonderwirtschaftszonen als räumlich abgegrenzte, stark deregulierte Gebiete mit besonderen Anreizen für freie wirtschaftliche Betätigung ins Spiel. Er verwies dabei auf Papiere des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel sowie des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, erntete dafür aber nicht nur harsche Kritik von der Oppositionsbank, sondern auch aus den Reihen der CDU.<sup>100</sup> Dagegen hatte Ministerpräsident Vogel ganz im Sinne von Bundeskanzler Kohl, der noch im Jahr vor der friedlichen Revolution betont hatte, kein Anhänger des »Manchester-Liberalismus« zu sein,<sup>101</sup> und in deutlicher Abgrenzung zur Strategie der Thüringer Landesregierung vor dem Hungerstreik in einer Regierungserklärung am 15. September am Beispiel Bischofferode deutlich gemacht, »was der Staat kann und was er nicht kann«. Dabei hob er die Bedeutung der ESK hervor, die bereits mit 40 Investoren im Gespräch sei, mit denen die Transformation Thüringens – auch in diskursiver Anknüpfung an die in den späten 1970er Jahren in Erfurt etablierte Mikroelektronikindustrie – zu einem mittelständisch geprägten Hochtechnologieland gelingen sollte.<sup>102</sup>

Die am 23. Juli gegründete und für fünf Landkreise (Nordhausen, Sondershausen, Mühlhausen, Heiligenstadt, Worbis) zuständige ESK geriet damit aber unter einen hohen politischen Erwartungsdruck, zumal die Bischofferöder Belegschaft die am 14. Juli präsentierte Auffanglösung zwei Tage später abgelehnt hatte.<sup>103</sup> Der Betriebsrat erklärte stattdessen die Fortsetzung des Arbeitskampfes mit der Begründung, dass die Zusagen zu »pauschal« und »nicht einklagbar« seien. Überdies seien »alternative Lösungen [...] für unsere 700 Kalikumpel erst relevant, wenn über den Fusionsvertrag endgültig entschieden ist«. <sup>104</sup> So erhöhte die Landesregierung noch einmal

---

100 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, 93. Sitzung am 21. Oktober 1993, S. 7129–7144, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/9489/93\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/9489/93_plenarsitzung.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

101 Steber, Die Hüter der Begriffe, S. 420.

102 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, 90. Sitzung am 15. September 1993, S. 6787–6794, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/9139/90\\_plenarsitzung\\_sondersitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/9139/90_plenarsitzung_sondersitzung.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

103 IG BE, Aktennotiz Anruf Hans-Jürgen Schmidt am 16.7.1993, AfsB, IG BE, 17363, unfol.

104 Kaliwerk Bischofferode, Betriebsrat, Heiner Brodhun, Stellungnahme zur Erklärung des Ministerpräsidenten des Landes Thüringen im Ergebnis der Kabinettsitzung am 17.07.1993, BA-B, B 412, 3367, Bl. 284; Mitteldeutsche Kali AG, Werk Bischofferode, Betriebsrat, an den Ministerpräsidenten des Landes Thüringen, Dr. Vogel, 19.7.1993, ebd., Bl. 285 f.

ihren Einsatz. Am 17. Juli beschloss das Kabinett, allen noch verbliebenen Beschäftigten bis Ende 1995 einen Dauerarbeitsplatz anzubieten,<sup>105</sup> und in einer Besprechung mit dem Betriebsrat am 12. August sicherte der Regierungsvertreter zusätzlich zu, auch ab 1996 Sorge dafür zu tragen, dass alle Kalikumpel von Bischofferode Dauerarbeitsplätze erhielten.<sup>106</sup> Auf die Einhaltung dieser Zusagen pochte freilich auch die Opposition und inszenierte sich dabei fortan als Scharnier zwischen den Protestakteuren und der Landesregierung. So drängten SPD und PDS die Regierung immer wieder zu parlamentarischen Stellungnahmen oder forderten die Übernahme Bischofferodes in die Liste erhaltenswerter Betriebe,<sup>107</sup> um zusätzlich Druck auf die Landespolitik auszuüben.

Dass die ESK den hohen Erwartungen kaum gerecht werden konnte, goss zusätzlich Wasser auf die Mühlen der Opposition. So musste die ESK nicht nur von Null auf Hundert schalten, sondern sich zunächst einmal mit der GVV über die Verteilung der Kompetenzen einigen. Dies gelang erst gegen Ende Oktober nach einer Reihe konfliktreicher Gespräche, in denen vor allem die Hoheit über die Liegenschaften des Werks für Zündstoff gesorgt hatte. Am Ende wurde der GVV die Aufgabe übertragen, die Zusagen der Bundesregierung vom 14. Juli umzusetzen und die in der ESK anfallenden Lohnkosten bis Ende 1995 zu übernehmen. Die GVV behielt dafür die Hoheit über die Liegenschaften.<sup>108</sup> Konkrete Perspektiven für den Arbeitsmarkt in Bischofferode aber blieben vage. Das öffentlich immer wieder betonte Interesse vieler Investoren erwies sich nach ersten internen Prüfungen jedoch bald als enttäuschend. Lediglich zehn von 40 Angeboten wurden von den Behörden als seriös eingestuft. Und auch von den rund 700 durch Landratsämter eingereichten Vorschlägen für Ersatzarbeitsplätze sah man in Erfurt lediglich 200 als realisierbar an. Auch dem Angebot eines ortsansässigen Unternehmens zur Übernahme von 500 Kumpel unter der

---

105 Thüringer Staatskanzlei, Kabinettsreferat, Niederschrift über die 134. Kabinettsitzung am 17.7.1993, 19.7.1993, LAth-HStA, 6–82-1001, Nr. 2338, unfol.

106 Protokoll der Beratung zwischen Vertretern der Landesregierung und des Betriebsrates des Kali-Werkes Bischofferode vom 12.08.1993, 12.8.1993, AfsB, IG BE, 17363, unfol.

107 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, 99. Sitzung am 13. Dezember 1993, S. 7572–7594, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/9626/99\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/9626/99_plenarsitzung.pdf) (abgerufen am 8.8.2022); Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, 102. Sitzung am 23. Dezember 1993, S. 7874–7896, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/10071/102\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/10071/102_plenarsitzung.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

108 GVV mbH, Vermerk über ein Gespräch bei der Thüringischen Staatskanzlei am 26.10.1993, 29.10.1993, BA-B, B 412, 10834, Bl. 402 f.

Bedingung, im Gegenzug dafür einen Großauftrag zur Dekontamination von Militärstandorten zu erhalten, stand die Landesregierung eher skeptisch gegenüber.<sup>109</sup> Die Praxis der Strukturpolitik wirkte in den Augen der Betroffenen damit kaum als Musterbeispiel staatlicher Handlungsfähigkeit. Vielmehr sahen sie letztere durch den Rückzug der Landesregierung als protestunterstützende Kraft weiterhin als nachhaltig geschwächt an.

## Bischofferode als Klassenkonflikt: Der Hungerstreik und die außerparlamentarische Linke

Ostdeutsche  
 nehmt euch ein Beispiel an denen  
 die Verzweiflung aushungert  
 mit Felsstolz  
 bergriesiger Mut  
 wenden sie sich gegen den  
 (Sprengkraft-Profit)  
 Einsturz ihres Arbeitsplatzes  
 Ostdeutsche  
 wo sind eure kaligesalzenen Worte  
 eure Taten  
 Helle und Härte des Kristalls  
 gegen  
 Geröllgesinnung Dynamitmacht?<sup>110</sup>

Mit diesem im Juli 1993 entstandenen Gedicht appellierte der Bund Westdeutscher Kommunisten – eine kleine Abspaltung des maoistischen kommunistischen Bundes Westdeutschlands – an den vermeintlich durch die Treuhand erlahmten Klassenkampfgeist der Ostdeutschen, den Bischofferode wieder ins Bewusstsein zurückzubringen schien. Aus Sicht der westdeutschen Kommunisten brauchte es jetzt nicht mehr viel, um das Feuer des Klassenkampfes auch auf nationaler Bühne zu entfachen. Zu-

---

<sup>109</sup> GVV, Notiz über die Beratung am 16.09.93 in der Treuhandanstalt Berlin, 4.10.1993, ebd., Bl. 395–397; BMF, Bericht über Maßnahmen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen an den Kali-Standorten Merkers und Bischofferode, 11.10.1993, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 1610, Bl. 191–195.  
<sup>110</sup> Bischofferode, in: Politische Berichte 17/93.

gleich richtete sich das Gedicht auch – oder vielmehr in erster Linie – an das linksaktivistische Milieu, in deren Diskursräumen solcherlei Appelle vornehmlich zirkulierten. Die theoretisch versierte Avantgarde der Klassenpolitik sollte sich nach Bischofferode aufmachen und die Massen für eine neue Revolution mobilisieren. Mit dem Rückzug der Thüringer Landesregierung als protestunterstützende Kraft und der fortschreitenden Entfremdung zwischen dem Staat und den Kumpeln schien die Gelegenheit hierfür gekommen. So zog der Hungerstreik in der zweiten Juli-Hälfte immer mehr west- und ostdeutsche linke Aktivist\*innen an, die ansonsten über keine größere Öffentlichkeit verfügten, die Bischofferode aber als Ausgangspunkt für eine neue bzw. aktualisierte Klassenpolitik imaginierten und mit ihren Aktionen fast den gesamten August lang das lokale Geschehen sowie dessen mediale Rezeption prägten – was die Streikenden aber auch die Unterstützung anderer Parteien kosten sollte. Dabei bildeten die linken Aktivist\*innen bestenfalls in den Medien eine Einheitsfront. So sehr sie die Gegnerschaft zu Kohl und Kapitalismus vereinte, so sehr differierten ihre jeweiligen Bezugspunkte, Interessen und Ordnungsvorstellungen mitunter auch stark. Ihren einzigen gemeinsamen historischen Kern fanden all diese zerstreuten, mehr oder weniger vernetzten (mehrheitlich westdeutschen) Gruppen in den Gründungsnarrativen der Neuen Linken: Diese hatte sich in den 1960er Jahren als Reaktion auf den beklagten Verlust klassenbasierter Politik in Sozialdemokratie und Gewerkschaften konstituiert, war nach den Protesten von 1968 aber zwischen Reform, Revolution, Gewalt und neuen sozialen Bewegungen diffundiert.<sup>111</sup> Für viele »Post-68er«-Linke, die zum Teil auch in den DGB-Einzelgewerkschaften fortwirkten<sup>112</sup> und für die die 1980er Jahre einen rasanten Niedergang des Marxismus markierten,<sup>113</sup> bedeutete »1989« häufig das endgültige Aus für sozialistische Alternativen zum Kapitalismus, der nun umso heftiger als »Neoliberalis-

---

111 Hierzu vgl. Berger, *Social Movement in Europe since the End of the Second World War*.

112 Es kann an dieser Stelle nicht auf die definitorischen Probleme des Begriffs der außerparlamentarischen Linken eingegangen werden, der hier anstelle des in der Wissenschaft häufiger gebrauchten Begriffs der radikalen Linken verwendet wird, da er weniger auf die Gewaltbereitschaft als vielmehr auf die Distanz zu den im Parlament vertretenen linken Parteien als gemeinsames Merkmal abstellt, wobei Distanz nicht mit einer generellen Abwendung von jenen Parteien gleichzusetzen ist.

113 Hobsbawm, *Der Marxismus auf dem Rückzug 1983–2000*.

mus« durchzuschlagen schien.<sup>114</sup> Dass sich die Gewerkschaftsspitzen in die Treuhandpolitik hatten einbinden lassen (trotz öffentlicher Kritik am Treuhandkurs), und dass in der SPD mit Oskar Lafontaine, Björn Engholm, Gerhard Schröder und Rudolf Scharping die als wirtschaftsfreundlich geltende »Enkel-Generation« die Oberhand gewann, die sich deutlich von den Ideen der »68er« abgrenzte,<sup>115</sup> brachte viele Linke in die politische Isolation. Das wog umso schwerer, als die gesamtdeutsche Rezession seit 1992 nach einer langfristigen politischen Strategie zum Arbeitsplatzertrocknung verlangte. Bischofferode geriet so für einen kurzen Zeitraum zum utopischen Ort und Aushandlungsfeld eines neuen linken Konsenses, der sich am Ende jedoch als Illusion erwies.

Bischofferode war für viele linke Aktivist\*innen einer der wenigen Hoffnungsschimmer in der – zumindest im Westen – protestarmen ersten Hälfte der 1990er Jahre. Bereits 1992 hatte sich die Ostdeutsche Betriebsräteinitiative als neues Zentrum ost- und westdeutscher Linker herausgebildet, zu denen auch die Bischofferöder in engem Kontakt standen. Hier trafen westdeutsche Trotzlisten, Maoisten und gemäßigte Gewerkschaftslinker auf ehemalige SED-Kader, desillusionierte ostdeutsche Politiker\*innen des Übergangs und ebenso enttäuschte ostdeutsche Reformsozialist\*innen. Gemeinsam luden sie am 1. August zu einem bundesweiten Solidaritätstag nach Bischofferode ein, der zwar chronologisch an die Vorgängerveranstaltung vom 10. Juli anknüpfte, aber die materielle Protestkultur, das Gesicht und letztlich auch das Framing des Protests nachhaltig veränderte. Die bisherige Mischung aus Hungerstreik, Arbeitskampf und ostdeutsch-eichsfelder Folklore mit Bratwurst, Kinderchor und Puhdys-Auftritt, die den ersten Aktionstag geprägt hatte, wurde nun um regierungs- und kapitalismuskritische Performances ergänzt, bei denen Aktivist\*innen unter karikaturistischen Helmut-Kohl-Masken die soziale Marktwirtschaft symbolisch zu Grabe trugen. Es waren diese Bilder, die in die Medien der Aktivist\*innen Eingang zirkulierten und das zersplitterte linke Lager für einen Moment vereinten, während die Kalikumpel dabei selbst immer mehr zur Staffage verkamen. Letztere fungierten in den Medienräumen der Aktivist\*innen bald nur noch als Projektionsfläche der erhofften Arbeiter-

---

114 Outhwaite, *What is Left after 1989?*; Denis, *Labor in the Collapse of the GDR and Reunification*, S. 220–235.

115 Micus, *Die »Enkel« Willy Brandts*.

opposition.<sup>116</sup> Dem und der gleichermaßen einseitigen Berichterstattung überregionaler Medien setzte der Betriebsrat zwar eine eigene Medienoffensive entgegen, indem er die zu Beginn des Hungerstreiks gegründete Zeitung *Ein Neues Kali-Echo*, eine Fortsetzung der ehemaligen Betriebszeitung *Kali-Echo*, dazu nutzte, die Vielgestaltigkeit des Protests abzubilden. Besonders in konservativen Medien aber erschien der Hungerstreik nun zunehmend als von »Trittbrettfahrern von RAF bis Neonazis«<sup>117</sup> unterwandert, wobei letztere im politischen und medialen Diskurs insgesamt kaum Aufmerksamkeit fanden.

Aber nicht nur in den Medien gerieten die Kumpel zunehmend zwischen die politischen Fronten, auch vor Ort wurden die Konflikte zwischen Aktivist\*innen und Kalibergleuten bald unübersehbar. Anschlussfähig an linke Klassenpolitik waren (neben der in linken Milieus oft bewunderten Protestform des Hungerstreiks) die von Beginn an in radikale Sprachformeln gegossenen Forderungen der Kumpel und ihre performativen Praktiken freilich allemal. Vor den Werkstoren konnte man Videokassetten von BASF gegen Kassetten anderer Firmen eintauschen. Der bislang eher als SED-Fremdkörper denn als Monument eigener revolutionärer Traditionen betrachtete Steinkopf von Thomas Müntzer am Werkseingang wurde derweil zum Protestpatron der Kumpel umgedeutet.<sup>118</sup> Und pünktlich zum Solidaritätstag hatte der Betriebsratsvorsitzende Heiner Brodhun, obgleich seit 1970 CDU-Mitglied, auf der Titelseite des *Neuen Deutschland* einen Artikel mit der ikonischen Überschrift »Bischofferode – das ist überall« veröffentlicht, dessen Schärfe Zeugnis von der hochemotionalen Stimmung vor Ort ablegt. Darin bezeichnete er die Kalifusion als »Todesurteil«. Von Politikern und Gewerkschaften fühle man sich behandelt wie »ungezogene Kinder«, aber nicht wie »Menschen, die wissen, was Arbeit heißt. Und zum äußersten Mittel greifen müssen, um sie zu behalten.«<sup>119</sup> Der Arbeitskampf

---

116 Vgl. z.B. die vom Bund Westdeutscher Kommunisten seit 1980 herausgegebene Zeitschrift *Politische Berichte*, abrufbar unter <http://www.linkekritik.de>, und die von der Ostdeutschen Betriebsräteinitiative herausgegebene Zeitung *Ostwind*, deren Ausgaben allesamt abgedruckt sind in: Gehrke, Dokumente der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute.

117 Wilfried Glöde, Trittbrettfahrer von RAF bis Neonazis. Zweifelhafte Gruppen nutzen Aktionstage in Bischofferode zur Werbung für eigene Ideen aus, in: *Neue Zeit*, 13.8.1993; Florian Stumfall, Augenschein in Bischofferode. Kumpel, Kali, Kommunisten, in: *Bayernkurier*, 4.9.1993.

118 Heilig/Holm, *Signal Bischofferode*, S. 16.

119 Heiner Brodhun, *Bischofferode – das ist überall*, in: *Neues Deutschland*, 31.7./1.8.1993.

war längst auch ein Kampf um Anerkennung als Staatsbürger geworden. Diese Anerkennung aber erhielten die Kumpel auch nicht von den radikalen und dogmatischen Linken, die sich nunmehr in Bischofferode tummelten. Denn die Kumpel hatten an einer Klassenpolitik, die sie vor allem mit dem niedergerungenen SED-Staat assoziierten, kein Interesse. Vielmehr sahen sie ihren Kampf für Gerechtigkeit weiterhin als Kampf für die Eichsfelder Region, deren Wohlstand sie als ihren Verdienst begriffen. Das zeigt etwa eine unter den Protestierenden zirkulierende »Eichsfelder Heimathymne«, welche die Verbindung von Heimatliebe und Arbeitskampf deutlich zum Ausdruck brachte.<sup>120</sup> Die Aktivist\*innen aber dachten gar nicht daran, ihre ideologischen Ambitionen vor diesem Hintergrund zurückzustellen. Stattdessen suchten sie bald die Konfrontation mit den Kumpeln. Schon während des Solidaritätstags, zu dem rund 15.000 Menschen erschienen, unterstellten sie den Bergleuten wortgewaltig einen eklatanten Mangel an Klassenbewusstsein. Zwar konnten sich alle Parteien auf die Ablösung Hans Bergers vom Vorsitz der IG BE und die Offenlegung des Fusionsvertrags als Forderungen einigen, eine generelle Abwendung von den Gewerkschaften etwa wollten die Kumpel aber nicht. Viele Aktivist\*innen führten dies auf eine generelle Theoriearmut und einen Mangel an internationaler Solidarität bei den Kumpeln zurück.<sup>121</sup> Auch alten linientreuen SED-Kadern, wie dem ehemaligen Journalisten des *Neuen Deutschland* Klaus Huhn, Sohn des ersten DDR-Notenbankpräsidenten sowie nach 1990 Autor zahlreicher DDR-verklärender Bücher (Pseudonym: Knut Holm), erschien der Betriebsratsvorsitzende Brodhun weniger als »Widerständler«, sondern eher als »unbequemer Fachmann«.<sup>122</sup>

Während des letzten Aktionstags in Bischofferode am 21. August, an dem noch fast 5.000 Menschen teilnahmen, eskalierte der Konflikt, als dieser auch die betriebsratsinternen Debatten erreicht hatte. Zur Chronologie: Nach dem Solidaritätstag hatte der Vorstand der MDK die Anwesenden aufgefordert, bis zum 20. August (dem Ende der Betriebsferien) »Ordnung und Gesetzmäßigkeit« im Werk wiederherzustellen. Alle »unbefugten betriebsfremden Personen« sowie »Werksangehörigen, welche keine betriebsnützlichen Tätigkeiten verrichten«, sollten das Gelände verlassen

120 Eichsfelder Heimathymne, Text: Karl Böhle, Flugblatt, AfsB, IG BE, 3832, unfol.

121 Ignaz Quatschnie, Demokratisches Schneckenhaus, »Bischofferode ist überall !!! Oder: Will Rosinante wirklich traben?«, 3.8.1993, RHG, PA M. Jander, MJ 59, unfol.

122 Heilig/Holm, Signal Bischofferode, S. 25.

und den Vorstandsmitgliedern wieder ungehinderten Zugang zum Werk ermöglichen. Andernfalls drohte der Produktionsstopp.<sup>123</sup> Der Betriebsrat musste reagieren, denn ein Produktionsstopp war für ihn gleichbedeutend mit einer Niederlage. Der Vorsitzende Brodhun, der seine kritische Haltung zum Hungerstreik bislang nur hinter vorgehaltener Hand geäußert hatte,<sup>124</sup> sah in diesem Konflikt aber auch eine Chance, den Kumpeln einen gesichtswahrenden Ausweg aus dem Streik zu ermöglichen. In einer gemeinsamen Erklärung mit der Werksleitung vom 17. August kritisierte er die »Erscheinungen«, die »auch vom Betriebsrat nicht gefördert wurden, jedoch in gewissem Umfang nicht verhindert werden konnten«, scharf.<sup>125</sup> Allerdings unterstützten bei Weitem nicht alle Betriebsratsmitglieder diese Linie. Erst nach einer kontroversen Sitzung am 19. August fasste das Gremium mit acht Stimmen (bei Abwesenheit von sieben Mitgliedern) den Kompromiss, die Werksbesetzung und den Hungerstreik fortzusetzen, zugleich aber dem MDK-Vorstand uneingeschränkten und sicheren Zutritt zum Werk zu ermöglichen.<sup>126</sup> Der in Bischofferode im August praktizierte zivile Ungehorsam fand damit seine Grenze an dem Punkt, an dem er die Aufrechterhaltung der Produktion, für die die Kumpel kämpften, bedrohte.

Der letzte Aktionstag fand demnach inmitten einer betrieblichen Konfliktlage statt. Als Martin Clemens, ein westdeutscher linker Historiker und einer der Führungsfiguren der Ostdeutschen Betriebsräteinitiative, Brodhun am 21. August öffentlich vorwarf, die Belegschaft zu verraten, und konservative Medien den Betriebsratsvorsitzenden schon als Hoffnungsträger einer friedlichen Fusion feierten,<sup>127</sup> ging Brodhun in die Offensive und beschimpfte Clemens als »Hobbyterroristen«, der mehr mit Neonazis gemein habe als mit den Eichsfelder Kumpeln.<sup>128</sup> Brodhun, der wohl ganz bewusst ein zentrales Narrativ konservativer Medien aufgriff, musste sich daraufhin

---

123 MDK, Der Vorstand, an die Werksleitung des Kaliwerks Bischofferode/Betriebsrat des Kaliwerkes Bischofferode, 4.8.1993, AfsB, IG BE, 17363, unfol.

124 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 23.7.1993, BA-K, N 1585, 19, unfol.

125 MDK, Werk Bischofferode, Erklärung der Werksleitung und des Betriebsrates des Kaliwerkes Bischofferode zum Schreiben des Vorstandes der Mitteldeutschen Kali AG vom 04.06.1993 an Werksleitung und Betriebsrat des Werkes Bischofferode, 17.8.1993, AfsB, IG BE, 11951, unfol.

126 BMWi, L-D/THA 2, Vermerk, Betr.: Fusion Mitteldeutsche Kali AG/Kali u. Salz AG; hier: Standort Bischofferode, 23.8.1993, BA-K, B 102, 706097, Bl. 43.

127 Betriebsrat in Bischofferode für Ende des Hungerstreiks, in: Welt am Sonntag, 22.8.1993; Betriebsratschef gegen Hungerstreik im Kaliwerk, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.8.1993.

128 Vgl. z. B. Werner Engelhardt, Das Signal von Bischofferode weitertragen, in: Rote Fahne 34/1993, S. 4.

von Clemens seine CDU-Mitgliedschaft vorhalten lassen, die alles über das »politische Niveau« des Betriebsratsvorsitzenden aussage.<sup>129</sup> Im Betriebsrat fand dieses Argument freilich keine Resonanz, dennoch war Brodhun dort wegen seiner kritischen Haltung zum Hungerstreik umstritten. Deshalb entschuldigte er sich bei Clemens, erklärte sich vor der Belegschaft sowie den Medien und stellte sich einer internen Vertrauensabstimmung, die ihn im Amt bestätigte. In linken Medien galt Brodhun dennoch weiterhin als »Spalter«, während sein Stellvertreter Gerhard Jüttemann als neuer Hoffnungsträger gefeiert wurde, da dieser nun anders als Brodhun für ein breites Bündnis gegen »Arbeitsplatzvernichtung« auftrat.<sup>130</sup>

Dass viele linke Aktivist\*innen nach dem 21. August enttäuscht aus Bischofferode abzogen, das Protestgeschehen innerhalb ihrer medialen Diskursräume aber weiterhin politisch vereinnahmten, soll deren Bedeutung für den Protest nicht schmälern. Ihre Netzwerke trugen wesentlich zur Akquirierung von Spendengeldern bei, wodurch die Kumpel zeitweise regelrecht in Geld »schwammen«, was ihnen die Fortsetzung ihres Protests erst ermöglichte. In einem Interview am 18. Oktober 1993 gaben Brodhun und Jüttemann an, bis dato rund eine halbe Million DM an Spendengeldern eingenommen zu haben, mit denen neben Protestfahrten auch Medikamente für die Hungerstreikenden bezahlt wurden.<sup>131</sup> Zudem hatten die Bündnisse, aber auch die Konflikte zwischen linken Aktivist\*innen und dem Betriebsrat ebenso dazu beigetragen, das Band zwischen letzterem und linken Gewerkschafter\*innen zu stärken. Daraus sollte ein Bündnis gegen »Arbeitsplatzvernichtung« erwachsen, als dessen Symbolfigur nun Gerhard Jüttemann fungierte. Der Betriebsrat aber war nunmehr in einen »linken« und einen »konservativen« Teil gespalten.

Die gewerkschaftliche Solidarität mit den Kumpeln wiederum speiste sich aus sehr unterschiedlichen Quellen. So solidarisierten sich ostdeutsche Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre mit Bischofferode nicht aus klassenpolitischen Motiven, sondern sahen im Hungerstreik vielmehr eigene Enttäuschungen über die vielerorts als distanziert erlebten Gewerkschaften gespiegelt. So nahm ein IG BE-Mitglied aus Leipzig den Beginn

129 Martin Clemens, Bischofferode. Ein Bericht, 6.9.1993, in: Gehrke, Dokumente der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute, S. 308 f.

130 Die Front der Kali-Kumpel bröckelt, in: taz, 24.8.1993; Holger Arnhold, Vermittler mit Distanz zur Aktion Hungerstreik, in: Neue Zeit, 12.8.1993.

131 Interview vom 18.10.1993 mit den Betriebsräten Brodhun und Jüttemann vom Kaliwerk Bischofferode, in: Arbeiterpolitik 34 (1993), Heft 4, S. 11–13.

des Streiks zum Anlass, um dem Gewerkschaftsvorstand seine Verärgerung darüber auszudrücken, dass der Arbeitsplatzverlust in Ostdeutschland »ohne alle Resonanz in der Öffentlichkeit« ablaufe, die Rolle der Gewerkschaft kaum einzuschätzen und selbst die Gewerkschaftszeitung »voller Nebensächlichkeiten« sei bzw. »Raum überwiegend nur für Probleme in den westlichen Bundesländern« habe.<sup>132</sup> Auch ein IG Metall- und Betriebsratsmitglied aus Jena sah in Bischofferode die in Medienberichten (in diesem Fall der *Wochenpost*) immer wieder vorgebrachte Kritik an der Haltung der Gewerkschaften zum Arbeitsplatzabbau in Ostdeutschland bestätigt, woraus er den Schluss zog, dass die gesamte »Gewerkschaftseinheit« nur eine »West-Übernahme« gewesen sei.<sup>133</sup> Während Bischofferode in Ostdeutschland also vor allem enttäuschte Erwartungen an die Wiedervereinigung kommunizierbar machte, solidarisierten sich im Laufe des August auch immer mehr westdeutsche Gewerkschaftsmitglieder und -verbände mit den Eichsfelder Kumpeln. Auch hierbei standen die Gewerkschaftsvorstände im Zentrum der Kritik, die sich aber vor allem auf die wahrgenommene Defensivhaltung der Gewerkschaften gegenüber dem wirtschaftlichen Strukturwandel und den Einflussverlust betrieblicher Interessenvertreter gegenüber der fortschreitenden De-Industrialisierung bezog. In der IG Metall, in der sich viele an Rheinhausen erinnert fühlten, wurde die Solidarität mit den Eichsfeldern sogar über die Mitgliederzeitschrift *metall* ausgedrückt.<sup>134</sup> Aber auch aus den Reihen der IG BE solidarisierten sich viele Kohlekumpel mit den Kalibergleuten, wobei es oft auch ganz konkrete Verbindungslinien gab. So solidarisierten sich die Steinkohlekumpel der ebenfalls kurz vor dem Aus stehenden Zeche Monopol in Bergkamen mit den Eichsfeldern, nachdem sie Klaus Schucht im Fernsehen als denjenigen wiedererkannt hatten, der schon früher versucht habe, ihre Zeche zu schließen, was nur durch ein Machtwort des SPD-Urgesteins Herbert Wehner verhindert worden sei.<sup>135</sup> Aus Bergkamen erreichte die Kumpel aber auch eine Solidaritätsadresse der Bürgerinitiative »Müllverbrennung – Nein!«, die es damit sogar in die regionale Presse schaffte, wo die Initiative zugleich für ihren Kampf gegen die Verfüllung des Schachts Monopol werben

---

132 Karl W. an den Vorstand der IG BE, Protest gegen die Schließung der Kaligrube in Merkers und Bischofferode, 8.7.1993, AfsB, IG BE, 17714, unfol.; Karl W. an den Vorstand der IG BE, Bischofferode, 17.7.1993, ebd., unfol.

133 Jürgen S. an den Vorstand der IG BE, ebd., unfol.

134 Vgl. die Leserbriefe in *metall* vom 6.8.1993, S. 2 f.

135 Zeche Monopol, Bergkamen-Oberaden, 28.7.1993, BA-B, B 412, 3368, unfol.

konnte, der vor Ort kaum unterstützt wurde.<sup>136</sup> Mit der Bezugnahme auf Bischofferode ließ sich in der Ferne also auch Lokalpolitik machen.

Bereits zum Solidaritätstag am 1. August zog es 150 Gewerkschafter\*innen nach Bischofferode – zunächst unter dem Dach der Ostdeutschen Betriebsräteinitiative, in deren Berliner Räumen auch das erste Solidaritätskomitee gegründet wurde.<sup>137</sup> Jedoch organisierten gewerkschaftliche Basisgruppen und Verbände in den »alten« Bundesländern bald auch unabhängig davon Solidaritäts- und Unterstützungskomitees, die weitere Spendengelder für die Kumpel sammelten, aber keinen Aktionismus betrieben. Aus den anfangs nur wenigen »Einzelkämpfern« der linken Szene, die keinen größeren Schaden anrichten sollten«,<sup>138</sup> wurde so in kurzer Zeit eine durchaus kritische Masse innerhalb der Gewerkschaften. Die zahlreich aus dem Boden sprießenden Komitees veranstalteten vor allem öffentliche Diskussionsrunden und Pressekonferenzen unter Beteiligung von Vertretern aus Bischofferode, die jedoch bestenfalls eine lokale Reichweite erlangten und darüber hinaus eher noch von linken Medien wahrgenommen wurden. Sie verschwanden häufig nach kurzer Zeit wieder von der Bildfläche.

In Ostdeutschland aber gingen Gewerkschafter\*innen auch zum zivilen Ungehorsam über, als die Kumpel drei Wochen nach Beginn ihres Streiks zu landesweiten Protesten aufriefen. In Frankfurt/Oder rief der DGB-Kreisverband schon am 26. Juli zusammen mit dem örtlichen »Komitee für Gerechtigkeit«, der PDS und dem zu diesem Zeitpunkt noch parteilosen Sozialdezernenten (und ehemaligen Bürgerrechtler) Christian Gehlsen zu einem dreitägigen Hungerstreik mit Mahnwache auf, um die enge Verbundenheit mit den Kumpeln zu demonstrieren. Dabei sollte auf eigene regionale Probleme aufmerksam gemacht und die Gewerkschaftsvorstände sollten zu einem »schnellen Umdenken und Änderung ihrer Politik« aufgefordert werden.<sup>139</sup> An der Spitze der Aktion stand der DGB-Kreisvorsitzende Volker Kulle, der 1991 als Rechtssekretär vom Niederrhein nach Frankfurt/

136 Kalibergbau: BI erklärt ihre Solidarität mit streikenden Kumpeln, in: Westfälische Rundschau, 11.8.1993.

137 Erfolgreicher Solidaritätstag in Bischofferode!, Flugblatt des Ostwind, 1.8.1993, AfsB, IG BE, 17363, unfol.; Offener Brief des Betriebsrates des Kaliwerks Bischofferode an den IGBE-Hauptvorstand, 1.8.1993, AfsB, IG BE, 3832, unfol.; IG BE Bezirk Brandenburg-Nord, Aktennotiz, 6.8.1993, AfsB, IG BE, 11951, unfol.

138 IG BE, Vorstandsbereich Vorsitzender, Abt. Vorstandsbüro, an die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes, 6.8.1993, ebd., unfol.

139 Vgl. die Flugblätter in AdsD, 5/DGBG001013, unfol.

Oder gekommen war und sich dort an der Basis bereits einige Verdienste im Kampf gegen den ostdeutschen Oberbürgermeister Wolfgang Denda erworben hatte, der die Gewerkschaften aus der Kommunalpolitik am liebsten heraushalten wollte.<sup>140</sup> Mit seiner Hungerstreik-Aktion, an der sich Gehlsen und drei Frankfurter Bürger\*innen sowie rund 600 weitere Protestierende beteiligten, erzeugte Kulle ein derart großes Medienecho, dass sogar Brandenburgs Sozialministerin Regine Hildebrandt (SPD) nach Frankfurt reiste und der aufgeheizten Menge medienwirksam zusicherte, dass es »mit der Politik des Plattmachens so nicht weitergehen« könne.<sup>141</sup>

Aus Sicht der IG BE markierte die Aktion in Frankfurt/Oder gleichwohl einen Verstoß gegen die innergewerkschaftliche Demokratie, denn im DGB-Kreisverband war hierzu kein Beschluss gefasst worden.<sup>142</sup> Dort ließ man sich hiervon aber nicht beeindrucken. Ganz im Gegenteil: Der Einspruch der IG BE wurde vielmehr zum Anlass genommen, um künftig jeden Samstag eine Mahnwache »gegen Sozial- und Arbeitsplatzabbau, insb. in Ostdeutschland« zu veranstalten.<sup>143</sup> In Finsterwalde mussten IG BE-Funktionäre bei Kreisvorstandssitzungen nun sogar wüste Beschimpfungen, die Gewerkschaft würde die »Menschen im Stich« lassen und gegen die Kumpel gar eine »Hetzkampagne« veranstalten, über sich ergehen lassen.<sup>144</sup> Bei solchen Verbalattacken blieb es nicht immer. In Berlin besetzten Mitglieder des HBV-Seniorenausschusses am 17. August das IG BE-Büro und brachten damit tiefsitzende (westdeutsche) Konflikte über die Zukunft der Gewerkschaften zum Vorschein. So verurteilte die Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Berlin-Brandenburg, Christiane Bretz, die »gewaltsame Aktion« scharf und verwies dabei auf Erfahrungen in der »alten« Bundesrepublik, wo »Besetzungen von Gewerkschaftsbüros [...] bisher (letztes)

---

140 Erster Kreisvorsitzender des DGB wurde gewählt, in: Märkische Oderzeitung, 9.3.1992; Vorge stellt: Volker Kulle, in: Märkische Oderzeitung, 10.3.1992.

141 Ministerin Hildebrandt: So geht es nicht weiter, in: Märkische Oderzeitung, 31.7.1993.

142 IG BE, Bezirksleitung Brandenburg-Nord, Rolf Maul, an den DGB Frankfurt/Oder, Volker Kulle, 27.7.1993, AdsD, 5/DGBG001013, unfol.; IG BE, Bezirksleitung Brandenburg-Nord, Wolfgang Weber, an den DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Christiane Bretz, 27.7.1993, AfsB, IG BE, 11951, unfol.

143 Protokoll der DGB-Kreisvorstandssitzung Frankfurt/Oder am 16.8.1993, AdsD, 5/DGBG001013, unfol.

144 Protokoll der DGB-Kreisvorstandssitzung Finsterwalde am 23.8.1993, AdsD, 5/DGBG001011, unfol.

Kampfmittel unserer politischen Gegner« gewesen seien.<sup>145</sup> Die Antwort des HBV-Vorsitzenden Manfred Müller fiel gleichermaßen konfrontativ aus. Er warf Bretz vor, sich mit der Formel »gewalttätige Besetzung« den »Sprachgebrauch unserer politischen Gegner, z. B. bei Betriebsbesetzungen oder Blockaden von Rüstungsdepots, wie Mutlangen« angeeignet zu haben, während der DGB seit Jahren nur noch zur Verwässerung gewerkschaftlicher Positionen beitrage. Man könne deswegen kaum noch erwarten, »daß sich überhaupt noch jemand für unser Geschehen im DGB-Landesbezirksvorstand interessiert«. <sup>146</sup>

Auch wenn der Funke des zivilen Ungehorsams nur auf eine überschaubare Zahl ostdeutscher Regionen übersprang, so wurde Bischofferode durch die Beteiligung lokaler Gewerkschaftsfunktionäre doch zunehmend zu einer Belastungsprobe für den westdeutschen Korporatismus, also das feinjustierte Netzwerk zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften (und zum Teil auch dem Staat), das im westdeutschen Bergbau eine besonders lange Tradition genoss. Dessen Problemlösefähigkeit und Funktionsweise geriet keineswegs erst durch Bischofferode auf den innergewerkschaftlichen Prüfstand. Für viele westdeutsche Gewerkschafter\*innen aber war der Hungerstreik ein deutliches Signal dafür, dass der an der Basis vielfach unbeliebte, aber häufig alternativ erscheinende Korporatismus doch nicht so alternativlos war. Aus der Sicht zahlreicher lokaler Funktionäre erschöpfte sich gewerkschaftliche Mitbestimmung als Grundpfeiler eines demokratisch kontrollierten Kapitalismus nicht in korporatistischen Verhandlungen, die im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels seit den 1970er Jahren selbst in linken Gewerkschaften eine konzeptionelle Aufwertung erfahren hatten, sondern umfasste auch Gegenwehr von unten. Das 1976 verabschiedete Mitbestimmungsgesetz, das mit hohen Erwartungen an die Arbeitnehmerdemokratie verbunden gewesen war, hatte sich diesbezüglich ebenso als glatte Enttäuschung für viele Gewerkschafter\*innen erwiesen.<sup>147</sup> Seither hatte sich die Mitbestimmung zu einem zentralen Konfliktherd zwischen den Gewerkschaftsvorständen und der Ba-

---

145 DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Christiane Bretz, an Gewerkschaft HBV, Manfred Müller, Besetzung des Berliner Büros der IG Bergbau und Energie am 17.08.1993, 18.8.1993, AfsB, IG BE, 17363, unfol.

146 HBV, Landesbezirksleitung Berlin, Manfred Müller, an die Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Berlin-Brandenburg, Christiane Bretz, Betrifft: Dein Schreiben vom 18.8.1993 zur Aktion von HBV-Seniorinnen und Senioren, 25.8.1993, ebd., unfol.

147 Gotto, Enttäuschung in der Demokratie, S. 29–118.

sis entwickelt. Bischofferode katalysierte diesen schwelenden Konflikt wie kaum ein anderes Ereignis. Die Kumpel, die zu allem entschlossen schienen, stimmten viele Gewerkschafter\*innen hoffnungsvoll, die drohende Selbstentmachtung der Gewerkschaften durch eine basisferne und intransparente Verhandlungskultur zu stoppen. Es gab aber auch gegenläufige Tendenzen. Selbst in Ostdeutschland ließen sich nicht alle DGB-Stellen in den Bann der Kumpel ziehen. In Sachsen etwa wies der DGB-Landesbezirk die Kreisverbände noch im November 1993 an, dem Aufruf verschiedener DGB-Stellen, an einer Demonstration der Kumpel teilzunehmen, nicht zu folgen. Dabei verwies er auf die Steuerung der Aktion durch die »KPD/ML« und rekurrierte damit auf die traditionelle Gegnerschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung zu den Kommunisten.<sup>148</sup> Zudem fehlte es in Sachsen an einem handfesten Grund, der einer Solidarisierung mit Bischofferode Sinn verlieh. Im Gegenteil: Anders als etwa in Brandenburg hatten sich in Sachsen bereits früh vergleichsweise gedeihliche Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) herausgebildet, wobei letzterer in Teilen des DGB wegen seiner Rolle beim Zustandekommen des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 schon lange hohe Anerkennung genoss. Den sächsischen Korporatismus wollte man keineswegs leichtfertig aufs Spiel setzen.

In Thüringen schaltete sich der DGB-Bundesvorstand selbst in das Geschehen ein, um zu verhindern, dass die IG BE vor Ort aus dem DGB-Lager gedrängt werde. Vielmehr sollte die Gewerkschaft schon qua Branchenzuständigkeit die Deutungshoheit über den Arbeitskampf behalten. Nachdem sich bereits im Umfeld des ersten Aktionstags in Bischofferode am 10. Juli das Aktionsbündnis »5 vor 12 – Thüringen brennt!« formiert hatte,<sup>149</sup> wandte sich Frank Spieth, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks, noch am selben Tag telefonisch an den DGB-Bundesvorstand, um diesen auf die »Solidarisierungswelle in ostdeutschen Betrieben« aufmerksam zu machen, die sich aus seiner Sicht »zu einem ähnlichen Problem« auszuweiten drohe, »wie es die Betriebsräte-Initiative zum Jahreswechsel darstellte«. Das Aktionsbündnis setzte sich aus zwölf Betrieben aus den Organisationsbereichen der Einzelgewerkschaften Metall, Chemie, HBV, Eisenbahnen, ÖTV und Landarbeit

---

148 DGB, Landesbezirk Sachsen, Rudi Homann, an die DGB-Kreise im Landesbezirk Sachsen, Demonstration am 26.11.93 in Frankfurt/M., 22.11.1993, AfsB, IG BE, 17363, unfol.

149 Hartmut Kaczmarek, Bischofferode schafft Bündnis der Ost-Firmen, in: Thüringische Landeszeitung, 12.7.1993, S. 1.

zusammen, die sich in einer ähnlichen Situation wie die Kalikumpel wähnten. Es wurde von örtlichen Funktionären jener Gewerkschaften (unter anderem vom Thüringer Landeschef der HBV Bodo Ramelow und vom linken HBV-Sekretär Angelo Lucifero) unterstützt und zielte darauf ab, die Politik auf die Einhaltung ihrer Zusagen zu drängen, die Treuhand-Politik zu stoppen und West-Unternehmen am »Ausverkauf« des Ostens zu hindern. Das Bündnis verstand sich als gewerkschaftsunabhängig und zugleich als Vorbote eines bundesweiten »Flächenbrands«. <sup>150</sup> Der DGB-Bundesvorstand reagierte prompt auf diese Entwicklung und Spieths Ruf nach »konzeptionellen Ratschlägen«. <sup>151</sup> Der DGB in Thüringen sollte sich auf dessen Geheiß ganz auf die »Forderung nach einer aktiven Industrie- und Arbeitsmarktpolitik, die eine Entindustrialisierung Thüringens verhindert«, konzentrieren, um den Konflikt zwischen dem Bischofferöder Betriebsrat und der IG BE auf einer »höheren Ebene« aufzulösen. <sup>152</sup> Bischofferode sollte also dazu genutzt werden, um klassischen Forderungen nach einer regionalen Strukturpolitik vor Ort Nachdruck zu verleihen und den Korporatismus durch ein Mehr an Partizipation zu stärken. Die stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bundesvorstands Ursula Engelen-Kefer flankierte diese Strategie, indem sie den Kampf der Bischofferöder öffentlich in eine gewerkschaftliche Gesamtstrategie gegen Karenztage und soziale Abbaumaßnahmen einordnete. <sup>153</sup>

Spieth trat daraufhin dem Aktionsbündnis bei und betätigte sich fortan als Mittler zwischen Treuhand, Landespolitik, Gewerkschaften und betrieblicher Basis. Dass der DGB auf »das fahrende Boot aufgesprungen« <sup>154</sup> war, kam bei den Bergleuten freilich gut an. Spieths Versuche aber, das Aktionsbündnis zu einem politischen Akteur in Fragen der »Regionalwirksamkeit von Sanierungsarbeit in Treuhandbetrieben« und einer »vernetzten Wirtschaftsförderungs- und Strukturpolitik« zu entwickeln, um künftig »auszuschließen, daß für die betroffenen Betriebsräte und Belegschaften, wie allzu

---

150 Interview mit Angelo Lucifero, in: Radio Dreyeckland, 16.8.1993, URL: <https://rdl.de/sites/default/files/audio/2018/08/20180815-tagesinfovon-w10987.mp3> (abgerufen am 26.1.2022).

151 DGB, Abt. Vorsitzender, Günther Horzetzky, an den Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer, Aktions-tag in Bischofferode, 13.7.1993, AdSD, 5/DGAI002269, unfol.

152 DGB, Abt. Vorsitzender, Günther Horzetzky, an die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstands, 23.7.1993, AfsB, IG BE, 17363, unfol.

153 Auch EKO-Stahlarbeiter solidarisch mit Kali-Kumpel. Aufruf zu Hungerstreiks in Ost und West / Internationaler Protesttag, in: Märkische Allgemeine, 24.7.1993.

154 Interview mit einem Betriebsratsmitglied aus Bischofferode, in: Radio Dreyeckland, 23.7.1993, URL: <https://rdl.de/sites/default/files/audio/2018/07/20180723-tagesinfovon-w10753.mp3> (abgerufen am 26.1.2022).

oft, ein Schwarzer-Peter-Spiel vorgeführt wird«, das sich als »kalte Arroganz der Macht« in den Köpfen der Menschen festsetze,<sup>155</sup> quittierte die Treuhand stets mit Zurückweisung. Auf eine Einladung Spieths an Treuhand-Präsidentin Breuel Ende September zum »Gegenzug« durch Thüringen (einer Serie von kleineren Kundgebungen an Orten mit »extremen Strukturproblemen«) reagierte Treuhand-Direktor Werner Bayreuther mit der Vorhaltung, dass »diese symbolische Veranstaltung sich ›gegen den Zug‹ richtet, der nach meiner Auffassung im Rahmen des Treuhandauftrages in die richtige Richtung fährt, auch wenn er mit schmerzlichen Einschnitten für die betroffenen Menschen verbunden ist«. <sup>156</sup> Breuel, so ließ ihr persönlicher Referent später ausrichten, war lediglich zu einem Treffen mit Spieth »als dem Vertreter der Interessen aller gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer Thüringens« bereit. Die »Teilnahme von Betriebsräten einzelner Unternehmer« würde jedoch »das Gespräch dann zwangsläufig auf einige wenige Einzelfälle beschränken«. <sup>157</sup> Gleichwohl erwies sich der Ansatz des DGB, die Region ins Zentrum der politischen Überlegungen zu stellen, als anschlussfähiger an die Protestdiskurse der Bischofferöder – im Gegensatz zum klassenpolitischen Dogmatismus der radikalen Linken. Die Aura des Protestslogans »Bischofferode ist überall«, der auf ein Zitat Heiner Brodhuns während des ersten Aktionstags am 10. Juli zurückging und nun als Motto über dem Aktionsbündnis prangte, verblasste dennoch bald. Im Innern wurden stattdessen die Konflikte zwischen Kampagnenpolitik, »konzertierter Aktion« und regionalpolitischer Agenda zunehmend unüberwindbar. <sup>158</sup> Die Hoffnung vor allem ostdeutscher Linker, dass Betriebsbesetzungen nun »alltäglicher Arbeitskampf in Ostdeutschland« würden, <sup>159</sup> erfüllte sich damit nicht. Das Aktionsbündnis versank mit seinem »flexibel-dynamischen Organisationsverständnis« <sup>160</sup> 1994 vielmehr in der Bedeutungslosigkeit. Die letztlich auch zu spät gekommene Integrationsstrategie des DGB hatte sich damit nicht als erfolgreiche partizipative Ergänzung zum Korporatismus erwiesen.

---

155 DGB Thüringen, Frank Spieth, an die THA, Birgit Breuel, 9.8.1993, BA-B, B 412, 10604, unfol.

156 THA, Direktorat Mitarbeiterfragen/Beteiligungsunternehmen, Werner Bayreuther, an den DGB Thüringen, Frank Spieth, 8.10.1993, ebd., unfol.

157 THA, Persönlicher Referent von Präsidentin Breuel, von der Schulenburg, an den DGB-Landesbezirk Thüringen, Frank Spieth, 19.10.1993, BA-B, B 412, 3182, Bl. 46.

158 Kädler/Kottwitz/Weinert, Betriebsräte in Ostdeutschland, S. 217–228.

159 Rosi Blaschke, Werden Betriebsbesetzungen alltäglicher Arbeitskampf in Ostdeutschland? Nun soll es Weida ans Leder gehen, in: Neues Deutschland, 20.10.1993, S. 1.

160 Norbert Hüsson, Aktionsbündnis Thüringen. Die Hilfeschreie hören, in: Die Quelle, September 1993, S. 17.

Auch konnte das Aktionsbündnis nicht verhindern, dass die gewerkschaftliche Solidarisierung mit Bischofferode im Herbst 1993 ein kritisches Ausmaß erreichte. Im Gegenteil: Vielerorts inspirierte das Aktionsbündnis linke Gewerkschaftsfunktionäre zum zivilen Ungehorsam gegen den gewerkschaftlichen Mainstream. Dabei verschärfte sich die Kritik an der IG BE, die Kumpel im Stich gelassen zu haben.<sup>161</sup> Und die Kumpel beriefen sich auf diese breite Solidarität (zunehmend auch aus den Reihen der IG BE), als sie Hans Berger, der in ihren Augen schon zur Symbolfigur für den westdeutschen Gewerkschaftsfilz geworden war, in einem offenen Brief anlässlich des außerordentlichen Gewerkschaftstags der IG BE in Chemnitz am 17. September zum Rücktritt vom Vorsitz aufforderten.<sup>162</sup> Dies veranlasste nun auch Berger dazu, sich in einem seltenen öffentlichen Statement aus der Deckung zu wagen und jene »DGB-Gewerkschafter« zu kritisieren, »die sonst gern das Wort Solidarität im Munde« trügen, um sich in Wahrheit »an der Diffamierung der IG BE zu beteiligen«.<sup>163</sup>

Während der Konflikt um Bischofferode beim Gewerkschaftstag der IG BE letztlich nur kurz zum Thema wurde,<sup>164</sup> begann es in der IG Metall umso heftiger zu gären, war aus ihren Reihen doch viel Sympathie für die Kumpel gekommen. Nicht nur die Stahlwerker aus Rheinhausen hatten sich mit den Eichsfelder Bergleuten solidarisiert, auch hatten Betriebsbesetzungen als Arbeitskämpfungsmittel an der Basis der IG Metall in den 1980er Jahren zunehmend an Popularität gewonnen, auch wenn der Gewerkschaftsvorstand deren Unterstützung ablehnte.<sup>165</sup> Im Mai 1993 war zudem Gewerkschaftschef Franz Steinkühler wegen Verwicklungen in Insider-Geschäfte zurückgetreten, was besonders an der westdeutschen Gewerkschaftsbasis viel Verärgerung ausgelöst hatte. In Ostdeutschland hatte Steinkühlers Image dagegen weniger Schaden gelitten, denn wenige Wochen vor seinem Rücktritt hatten er und die IG Metall noch Zehntausende Ost-Mitglieder zum Tarifstreik mobilisiert, der mit einem zwar

161 Z.B. Hans-Georg Schwedhelm, Bischofferode – Bericht eines Hungerstreikenden: Es reicht, in: ebd., S. 15.

162 Betriebsrat Kaliwerk Bischofferode, an die Teilnehmer des Kongresses der IG Bergbau und Energie, Chemnitz, Offener Brief, 16.9.1993, AfsB, IG BE, 11951, unfol.

163 Hans Berger, Die Kräfte bündeln, in: Gp-Magazin, 9/1993, S. 30.

164 Klaus Wallbaum, Von Selbstkritik will der Gewerkschaftschef nichts wissen, in: Stuttgarter Zeitung, 18.9.1993.

165 Zu dieser Diskussion vgl. Brockhaus/Schäfer, Betriebsbesetzung, S. 251–275.

umstrittenen, aber durchaus erfolgreichen Kompromiss zu Ende ging.<sup>166</sup> Dennoch kursierte auch in Bischofferode das Sprichwort »Steinkühler lässt grüßen«, womit man deutlich machen wollte, dass nicht nur die IG BE das Problem war, sondern es einer generellen Gewerkschaftswende bedurfte – Tarifkompromiss hin oder her. Hieran anknüpfend fasste die Verwaltungsstelle der IG Metall Frankfurt am Main am Vorabend des außerordentlichen Gewerkschaftstags der IG BE im September 1993 den Beschluss, sich mit Bischofferode zu solidarisieren und sowohl die IG BE als auch die IG CPK aufzufordern, »ihre bisherige Position in dieser Angelegenheit aufzugeben und die Solidarität in ihrem Organisationsbereich wieder herzustellen« – freilich ohne konkrete Rücktrittsforderung.<sup>167</sup>

Dass sich das große Solidarisierungspotential innerhalb der Gewerkschaft auch auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in Mainz am 2. Oktober 1993 entlud, ist ebenso bezeichnend wie bemerkenswert, denn diese Veranstaltungen zeichneten sich in der Regel durch einen hohen Formalisierungs- und Ritualisierungsgrad aus, was zwar die Austragung innergewerkschaftlicher Konflikte nicht ausschloss. Debatten über Zuständigkeitsbereiche anderer Gewerkschaften aber waren auch hier tabu. In Mainz ging es eigentlich um die Nachfolge Steinkühlers. Umso mehr erwarteten Funktionäre der Basis vom neu gewählten Vorsitzenden Klaus Zwickel einen gewerkschaftlichen Politikwechsel. Dass es dabei zwei ostdeutsche Delegierte aus Erfurt und Frankfurt/Oder waren, die sich unmittelbar auf Bischofferode bezogen, verweist auf die besondere Betroffenheit bzw. die lokale Rezeption des Hungerstreiks, andererseits aber auch auf Unterschiede in den Gewerkschaftskulturen Ost- und Westdeutschlands, die sich weniger in konkreten Zukunftsentwürfen, sondern vielmehr in der Argumentation und der sich darin spiegelnden Beachtung gewerkschaftlicher Diskursregeln äußerten. So teilten viele Mitglieder und Delegierte der Basis, gleich ob Ost oder West, die Ansicht, dass sich die IG Metall angesichts kleiner werdender Handlungsspielräume nicht mehr »nur im tarifpolitischen Rahmen« bewegen dürfe, sondern »den Mut finden« müsse, »kämpferisch Neuland zu betreten« und »endlich die Sau raus[zul]assen«. Aber nur die beiden ostdeutschen Delegierten zogen konkrete Analogien zu Bischof-

---

166 So stimmten einer Umfrage zufolge nur 54 Prozent der ostdeutschen, hingegen 63 Prozent der westdeutschen IG Metall-Mitglieder für einen Rücktritt Steinkühlers. Vgl. 6 von 10 Deutschen wollen Steinkühlers Rücktritt, in: Magdeburger Volksstimme, 21.5.1993.

167 Antrag zur Vertreterversammlung der IG Metall am 14.9.1993, AfsB, IG BE, 17714, unfol.

ferode, um ihre Vorstellungen von gewerkschaftlicher »Gegenmacht« zu verdeutlichen: »Warnstreiks massiv durchzuführen, die Streikbewegung zu aktivieren, jeden einzelnen IG Metalller und jeden fortschrittlich denkenden Menschen einzubeziehen«. Es war diese unbewusst praktizierte Grenzüberschreitung, die Zwickel zum Einlenken bewog: »Hungerstreiks sind keine gewerkschaftlichen Kampfmittel. Wenn Hungerstreiks notwendig werden, dann ist der Kampf der Gewerkschaften im Grunde schon verloren.«<sup>168</sup> So sah man es auch im gesamten Vorstand, wie eine erste interne Einschätzung zwei Tage nach dem Kongress zeigt:

»[W]er Bischofferode als Beispiel zukunftssträchtiger Handlungsalternativen stilisiert, hat in der Tat Not und Verzweiflung, hat das Symbol von gewerkschaftlicher Niederlage, das Bischofferode auch ist, nicht begriffen. Auch die Vermengung von Gegenwehr und Widerstandsrecht zeugt nicht nur von Unklarheit, sondern möglicherweise auch von gezielter Verwischung gewerkschaftlicher und politischer Handlungsperspektiven.«<sup>169</sup>

Entsprechend begrenzt waren die Lehren, die man aus Bischofferode zog: »Um so wichtiger ist es, Klarheit bei den Handlungskonzepten und Handlungsinstrumenten zu erzeugen.«<sup>170</sup> Bischofferode hatte den Korporatismus als Handlungskonzept, das auch die gewerkschaftlichen Beziehungen zur Treuhand strukturierte, schlussendlich nicht erschüttert. Bischofferode aber machte deutlich, dass der Korporatismus nach einer neuen Legitimation verlangte. Den Forderungen der Gewerkschaftsbasis nach einer stärkeren Partizipation gegenüber aber blieben die Gewerkschaftsspitzen skeptisch.

Es lag somit weniger an der überzeugenden Mobilisierungsarbeit der PDS in Bischofferode, sondern vielmehr an der Enttäuschung zahlreicher Gewerkschafter\*innen von den Reaktionen ihrer Vorstände auf Bischofferode, dass sich die Netzwerke und Verflechtungen zwischen der ostdeutschen Partei und Gewerkschaftslinken nach dem Hungerstreik zusehend verdichteten. Für die PDS bot sich damit zugleich die Chance, das Stigma der SED-Nachfolgepartei ein Stück weit hinter sich zu lassen.<sup>171</sup> Spätestens seit der Fusion der Partei mit der 2005 gegründeten »Wahlalternative Arbeit

---

168 Protokoll des 3. außerordentlichen Gewerkschaftstags der Industriegewerkschaft Metall, S. 32–36.

169 Der 3. Außerordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall am 2.10.1993 – Eine erste und vorläufige Einschätzung, 4.10.1993, AdsD, 5/IGMZ150553, unfol.

170 Ebd., unfol.

171 Holzhauser, Die Nachfolgepartei.

& soziale Gerechtigkeit« (WASG) im Jahr 2007 stellen Gewerkschafter\*innen das Gros der Bundestagsabgeordneten der Partei, während ihr Anteil in anderen Fraktionen seither sukzessive sinkt.<sup>172</sup> In Bischofferode nahm diese Entwicklung einen ihrer Ausgänge, wie sich anhand einiger Beispiele zeigen lässt. So stellte das Narrativ der SED-Nachfolgepartei für den aus Westdeutschland gekommenen Vorsitzenden der Berliner HBV Manfred Müller schon 1994 kein Hindernis mehr dar, um als Direktkandidat für die PDS in den Bundestagswahlkampf zu ziehen. Müller, dem seinerzeit vorgehalten wurde, damit die Gewerkschaftsbewegung zu pervertieren,<sup>173</sup> zog schließlich zusammen mit Gerhard Jüttemann (dieser über die PDS-Landesliste) in den Bundestag ein. Den Parteieintritt selbst vollzog Jüttemann erst nach seiner Rückkehr vom Bundestag in den Schacht, wo er noch für einige Zeit an Demontagearbeiten mitwirkte. Der Thüringer HBV-Vorsitzende von 1991 bis 1999, Bodo Ramelow, der – wie er später bekundete, voller Sympathie für den Kampfeswillen der Ostdeutschen, den er so im Westen nicht erlebt habe<sup>174</sup> – den Protest der Kalikumpel von Anfang an vor Ort unterstützt hatte,<sup>175</sup> sich am Aktionsbündnis »5 vor 12« beteiligte und schließlich im Dezember 1993 eine wichtige Rolle für das Ende des zermürbenden Kampfes spielen sollte, trat bereits infolge des SPD-internen Bruchs zwischen Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder im März 1999 in die PDS ein und tauschte seine Gewerkschafts- gegen eine politische Karriere, die ihn 2014 ins Thüringer Ministerpräsidentenamt führte. Volker Kulle, der DGB-Kreisvorsitzende von Frankfurt/Oder, der den Hungerstreik in die brandenburgische Grenzstadt brachte, vollzog den Übertritt von der SPD zur Linken erst nach der Gründung der Partei im Jahr 2008.<sup>176</sup> Auch außerhalb der ostdeutschen Bundesländer zog die PDS schon früh linke Gewerkschafter\*innen an. Gerald Kemski, ÖTV-Funktionär in Hamburg, engagierte sich 1993 nicht nur im örtlichen Solidaritätskomitee für Bischof-

---

172 Seibring, Die Gewerkschaften im Fünf-Parteien-System; Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, Onlineausgabe, Kap. 3.12, URL: [https://www.bundestag.de/resource/blob/274214/d470c1a45fc16f33027bb0e46917bd46/Kapitel\\_03\\_12\\_Gewerkschaftlich\\_organisierte\\_Abgeordnete-pdf-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/274214/d470c1a45fc16f33027bb0e46917bd46/Kapitel_03_12_Gewerkschaftlich_organisierte_Abgeordnete-pdf-data.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

173 S. Weiland, »Perversion« eines Gewerkschafters, in: taz, 28.2.1994.

174 Vinke, »Ein Volk steht auf – und geht zum Arbeitsamt«, S. 177.

175 »Wir kämpfen um den letzten Rest«. HBV-Landeschef Bodo Ramelow über den Widerstand in Bischofferode, in: Ausblick 9/1993.

176 Kommunalwahlen. Eintracht Frankfurt, in Tagesspiegel, 19.9.2008.

ferode, sondern auch in der 1992 gegründeten PDS-Arbeitsgruppe Betrieb & Gewerkschaft, über die er in die Partei fand.<sup>177</sup>

## Bischofferode und Brüssel: Der Hungerstreik als europäisches Ereignis

Auf dem Höhepunkt der Solidarisierungswelle entschied die EG-Kommission am 16. August 1993, die Kalifusion wettbewerbsrechtlich zu überprüfen und den Vollzug der Privatisierung damit bis auf Weiteres auszusetzen. Dem Protest gab dies weiteren Auftrieb und weckte hohe Erwartungen. Fachlich hingegen ging es vor allem um zwei strittige Fragen: die Gefahr der Verfestigung eines deutsch-französischen Duopols, das dem Projekt des europäischen Binnenmarkts entgegenstand, und die Rolle staatlicher Subventionen. Das auf vier Monate angelegte Verfahren wirkte nicht zuletzt wegen seiner Dauer auch tief in die nationalen Debatten hinein. In deutschen Medien wurde über Bischofferode nun auch das Verhältnis von Nation und EG und damit der Nutzen letzterer debattiert. Nur nebenbei ging es um den Hauptgegenstand des EG-Verfahrens: also das Projekt des europäischen Binnenmarkts, das seit 1985 von Kommissionspräsident Jacques Delors wesentlich vorangetrieben wurde und die EWG/EG nicht nur zu einem wirtschaftlichen Schwergewicht in der Welt entwickeln, sondern auch aus der »Eurosklерose« herausholen sollte, in der sich die europäischen Institutionen in der öffentlichen Wahrnehmung seit den 1970er Jahren befanden.<sup>178</sup>

Dass sich die EG des Falls annehmen würde, war (sieht man von anfänglichen Widerständen im BMF ab) unter den Akteuren der Fusion unbestritten. In den Bonner und Berliner Amtsstuben war im August 1993 also niemand mehr überrascht darüber, als die EG-Kommission am 5. August »ernsthafte Bedenken« zur Vereinbarkeit von Fusion und Gemeinsamen Markt anmeldete.<sup>179</sup> Zuständig für das Verfahren war der erst 1993 zum EG-Wettbewerbskommissar ernannte belgische Sozialist Karel van

177 Gerald Kemski, Veranstaltung des Solidaritätskomitees Hamburg in den Räumen des Gewerkschaftshauses, in: Informationsdienst PDS/Linke Liste, Nr. 18/1993.

178 Patel/Röhl, Transformation durch Recht, S. 51–55.

179 Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Betr.: Sache Nr. IV/M.308 – Kali+Salz/MdK/Treuhand, 5.8.1993, BA-B, B 412, 3753, Bl. 132.

Miert und innerhalb seines Verantwortungsbereichs die *Merger Task Force* unter dem ebenfalls erst 1993 berufenen britischen Ökonom Philipp Lowe. Das Fusionskontrollverfahren selbst war erst im Dezember 1989 eingeführt und im September 1990 in Kraft gesetzt worden, wodurch die wettbewerbsrechtlichen Kompetenzen der EWG/EG wesentlich erweitert wurden. Für das Bundeskartellamt, das sich seit den 1960er Jahren zunehmend zum wichtigsten nationalen Akteur im Kampf gegen Kartelle entwickelt hatte, bedeutete dies zugleich die Abgabe zentraler Kompetenzen nach Brüssel.<sup>180</sup> Dass es zwischen der unerfahrenen *Merger Task Force* und dem Kartellamt zugleich etliche personelle Überschneidungen gab, die auch das Kalifusionsverfahren prägten, verwundert vor diesem Hintergrund kaum. Ebenso wenig überraschend fiel die Stellungnahme von Kartellamtschef Dieter Wolf aus. Dieser wies Brüssel nicht nur mit Nachdruck auf die ebenso wettbewerbsrechtlich bedenklichen nationalen Implikationen der Fusion hin, womit er deutlich machte, dass er im Zweifel seine Zuständigkeit reklamieren würde, wenn die EG zu nachlässig entschied. Zugleich äußerte Wolf Zweifel daran, ob die Marktanteile der MDK bei einem Scheitern der Fusion automatisch an K&S gingen und ob sich nicht doch ein Käufer für das gesamte oder einen Teil des Unternehmens fände.<sup>181</sup>

Im übergeordneten BMWi, das wie viele nationale Wirtschaftsbehörden in Europa nicht auf industriepolitische Eingriffe in Zeiten des Strukturwandels verzichten wollte (auch wenn diese ihren Zauber seit den 1970er Jahre zusehends verloren),<sup>182</sup> stieß Wolfs betont wettbewerbspolitische Sicht auf Widerstand. In einem Zwiegespräch mit BMWi-Staatssekretär Johann Eekhoff ließ sich Wolf schließlich auf eine abgemilderte Fassung seiner Stellungnahme ein, die nun den industriepolitischen Zusatz enthielt, »daß im Falle des Verbots der Fusion noch mehr Lagerstätten von MDK geschlossen werden müßten und sich damit die regional- und arbeitsmarktpolitischen Probleme in den betroffenen Gebieten der neuen Bundesländer noch mehr

---

180 Veelken/Karl/Richter, Die europäische Fusionskontrolle.

181 Der Präsident des Bundeskartellamts, Dieter Wolf, an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generaldirektion für Wettbewerb, Generaldirektor Claus Dieter Ehlermann, Betr.: Einzelfall IV/M. 308 – Kali + Salz/MDK/Treuhandanstalt, hier: Stellungnahme gemäß Art. 19 Abs. 2 der Verordnung Nr. 4064/89, Entwurf, 9.8.1993, BA-K, B 102, 706083, Bl. 327–341.

182 Grabas/Nützenadel (Hrsg.), *Industrial Policy in Europe after 1945*; Ahrens/Eckert/Ziegler (Hrsg.), *Industrial Policy in Western Europe since the 1960s*.

verschärfen würden.«<sup>183</sup> Trotz dieser Kompromissformel konkurrierten BMWi und Bundeskartellamt weiterhin um Einfluss auf die noch wenig erprobte Praxis der europäischen Fusionskontrolle. Der öffentlich ausgetragene Konflikt zwischen Minister Günter Rexrodt und Wolf um die Fusion von Kässbohrer mit Daimler im Jahr 1995, der später noch als Meilenstein in Wolfs Karriere galt,<sup>184</sup> wurde so bereits im Kontext der Kalifusion präfiguriert. Die *Merger Task Force* konzentrierte sich indes auf die Frage der »failing company defence«, also ob die MDK nicht aus eigener Kraft weiterbestehen könne oder sich doch noch ein Investor für das Gesamtunternehmen fände. Dabei wollte Brüssel auch eigene Akzente setzen, die sich von Bonn und Berlin aus nicht beeinflussen ließen. Kartellrechtliche Auflagen wurden damit unvermeidlich.<sup>185</sup>

In der deutschen Presse bestimmte aber vor allem der Hungerstreik die Lesart der Brüsseler Intervention. Schon die Aufnahme des Verfahrens galt hier als Erfolg des Arbeitskampfes bzw. als »Punktgewinn für Europa und Thüringen«, was die Erwartungen hochschraubte.<sup>186</sup> Damit verlagerten viele Medien der »Mitte« ihre Aufmerksamkeit zugleich von Bischofferode nach Brüssel, was es erlaubte, den Protest weiter zu unterstützen, die ungeliebten Unterstützer\*innen aus dem linken und rechten Spektrum aber auszublenden. Die Berichterstattung gipfelte in einem Interview Karel van Mierts mit dem *Spiegel* am 23. August, in dem sich der EG-Kommissar der Frage stellen musste, warum es Brüssel besser könne als Bonn, insbesondere ob die EG den Erwartungen der Kumpel gerecht werden und die Fusion verbieten würde. Dabei musste van Miert schon aus eigenem Interesse klarstellen,

---

183 BMWi, I B 6, Blank, an Staatssekretär Eekhoff, Betr.: Zusammenschlußvorhaben Kali und Salz AG/Mitteldeutsche Kali AG (MDK), Bezug: Stellungnahme des Bundeskartellamts zum Fusionskontrollverfahren vor der EG-Kommission nach Art. 19 Abs. 2 EG-Fusionskontrollverordnung, 9.8.1993, BA-K, B 102, 706074, Bl. 225 f.; Synopse Stellungnahme BKartA zum Fusionsverfahren K+S/MDK, alte und neue Fassung, o.D., ebd., Bl. 241 (Zit. ebd.)

184 Carl Baudenbacher, Ordnungspolitische Kompass in der Wettbewerbspolitik, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.8.2005, URL: <https://www.nzz.ch/articleD3G8S-1.166905> (abgerufen am 8.8.2022).

185 BMWi, I B 6, Blank, Vermerk, Betr.: Zusammenschlußvorhaben Kali + Salz/MDK, Bezug: Aktueller Stand des EG-Fusionskontrollverfahrens, 26.8.1993, BA-K, B 102, 706097, Bl. 85–87.

186 EG prüft Kali-Kartell. Kumpel sprechen von Erfolg, in: taz, 17.8.1993; EG hat schwere Bedenken gegen die Kali-Fusion, in: Hamburger Abendblatt, 17.8.1993; Brüssel hegt ernsthafte Bedenken gegen Kali-Fusion. EG-Wettbewerbskommissar van Miert sieht Grund zur Sorge/Neue Chance für Kumpel in Bischofferode?, in: Frankfurter Rundschau, 17.8.1993; EG-Bedenken gegen Kali-Verträge. Kommission kündigt intensive Prüfung an – Vogel: Punktgewinn für Landesregierung, in: Die Welt, 17.8.1993.

dass die Kalifusion »zweifelloos ein Fall für die Europäische Gemeinschaft« war. Zugleich aber musste er erklären, warum es in der EG keine »unabhängige Kartellbehörde, wie sie die Deutschen wünschen«, gäbe und wieso die EG-Fusionskontrolle so viele definitorische Grauzonen aufweise, etwa im Begriff der Marktbherrsung. Van Miert verwies dabei auf die Bandbreite wettbewerbsrechtlicher Traditionen in den Mitgliedsstaaten, machte aber auch deutlich, Wettbewerb nicht als »Religion« auffassen, sondern pragmatisch handeln zu wollen.<sup>187</sup>

Die Rezeption des Interviews fiel gemischt aus. Während es im BMWi als Warnung an die Kumpel verstanden wurde, keine »übersteigerte[n] Erwartungen in die Prüfung der Fusion zu setzen«, denn am Ende »könne das Ergebnis stehen, daß es keine Alternative zur Fusion gäbe«,<sup>188</sup> verfestigte sich in Brüssel der Eindruck, die Fusion sei nur an die EG überwiesen worden, »weil die schwache Kommission alles schnell und schmerzlos genehmigt«. Dies zog eine aus Sicht des BMWi »überraschend kritisch[e]« Position der EG gegenüber der Fusion nach sich, mit der das Fusionsverfahren zugleich um ein Beihilfverfahren erweitert wurde. Geprüft werden sollte nun auch die Rolle von Subventionen, was das Verfahren über 1993 hinaus in die Länge zu ziehen drohte.<sup>189</sup> Zugleich wurden im Bundeskartellamt Stimmen laut, eine Rücküberweisung des Falls nach Berlin zu beantragen.<sup>190</sup> Wie eine Tagebuchnotiz von Klaus Schucht nahelegt, seien es vor allem zwei frühere Beamte des Kartellamts gewesen, die in der *Merger Task Force* »gegen die Fusion« arbeiteten.<sup>191</sup> Van Miert dagegen entschuldigte sich in einem Gespräch mit Minister Rexrodt am 20. September für das *Spiegel*-Interview, versicherte sein Bewusstsein für die Richtigkeit von Stilllegungen angesichts weltweiter Überkapazitäten, signalisierte prinzipielle Zustimmung zu Sanierungsfusionen und versprach, das Verfahren nicht über 1993 hinausziehen zu wollen.<sup>192</sup> Ob dies jedoch eine Garantie für eine Genehmigung war, wie man

---

187 »Ein heikler Fall«. SPIEGEL-Interview mit EG-Kommissar Karel van Miert über die Kali-Fusion, in: Der Spiegel 34/1993, S. 20 f.

188 BMWi, L-D/THA 2, Klocksin, Vermerk, Betr.: Fusion Mitteldeutsche Kali AG/Kali u. Salz AG; hier: Standort Bischofferode, 23.8.1993, BA-K, B 102, 706097, Bl. 42.

189 BMWi, L-D/THA 2, Birner, an Herrn Minister, Betr.: Fusions- und Beihilfverfahren Kali, 8.9.1993, BA-K, B 102, 706074, Bl. 103 f.

190 BMWi, I B 6, Betr.: Klausurtagung in Leipzig, hier: Zusammenschlußverfahren Kali + Salz/MDK/THA, 3.9.1993, BA-K, B 102, 706083, Bl. 319–324.

191 Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 9.11.1993, BA-K, N 1585, 20, unfol.

192 BMWi, LD, Birner, Aktennotiz, Betr.: Beihilfe- und Fusionsverfahren in der EG Wirtschaft Kali, hier: Gespräch BM Dr. Rexrodt – VP van Miert, BA-K, B 102, 706074, Bl. 46 f.

im BMWi glaubte, war keineswegs sicher, zumal van Miert zehn Tage zuvor bei einem Gespräch mit Spitzenvertretern der IG BE eher den Eindruck hinterlassen hatte, dass er »über die Hintergründe des Konzeptes zumindest noch nicht so detailliert informiert war«. Zudem hatte van Miert deutlich gemacht, dass die europäische Kaliindustrie »ohnehin einmal einer Überprüfung [...] unterzogen werden« müsse.<sup>193</sup>

Die mediale Rezeption des EG-Verfahrens muss auch vor dem Hintergrund des Treuhand-Skandaljahrs 1993 gesehen werden, das mit der Aufdeckung eines Korruptionssumpfes in der Niederlassung Halle im Frühjahr an Fahrt gewann. Die Treuhand geriet damit unter einen Generalverdacht, und der Ruf nach unbedingter Transparenz wurde auch aus den Reihen der Opposition zusehends lauter.<sup>194</sup> So hatte das Präsidium der SPD schon Anfang August die Offenlegung des Kalifusionsvertrags gefordert, worauf das BMF alarmiert reagierte und die Prüfung durch eine international renommierte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, auf die sich alle Beteiligten einigen konnten, in Aussicht stellte – mit der Maßgabe, dass der Auftrag noch vor Beginn des EG-Verfahrens abgeschlossen sei.<sup>195</sup> Wenig überraschend geriet die Suche nach einem Wirtschaftsprüfer zum konfrontativen Machtkampf. Dabei lehnten die Treuhand und das BMF nicht nur provokante Vorschläge aus Bischofferode wie Gregor Gysi oder den gewerkschaftsnahen Finanzwissenschaftler Rudolf Hickel, sondern auch den »unbelasteten« niedersächsischen Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Gerhard Liphardt mit Verweis auf dessen fehlendes internationales Renommee ab.<sup>196</sup> Die Lösung des Konflikts wurde schließlich bei einer Klausurtagung der Treuhand-Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP am 3./4. September gefunden. Dort forderte der Vorsitzende des Treuhand-Ausschusses Kriedner die Einsichtnahme des Vertrags durch ein »Vertrauensmännergremium« aus jeweils einem CDU/CSU-, SPD- und FDP-Abgeordneten. Dabei verwies er auch auf Initiativen der SPD zur Einsetzung eines Treuhand-Untersuchungsausschusses, bei denen der Fall Bischofferode eine wesentliche Argumentationsstütze dar-

---

193 IG BE, Hauptvorstand, Referat Europa- und Umweltpolitik, Betreff: Gespräch mit Kommissar van Miert am 10.9.1993, 12.9.1993, AfsB, IG BE, 17714, unfol.

194 Zum Kontext Böick, Die Treuhand, S. 451–472.

195 Anlage zum Schreiben von THA, Klaus Schucht, an das BMF, Eckart John von Freyend, 29.7.1993, BA-K, N 1585, 19, unfol.

196 BMF, VII B, Bubinger, Vermerk, 26.8.1993, BA-B, B 412, 3368, unfol.

stellte. Ohne die Zustimmung von BASF eingeholt zu haben,<sup>197</sup> wurde den drei vom Treuhand-Ausschuss bestellten Abgeordneten am 27. September im Düsseldorfer Büro von Shearman & Sterling schließlich Einsicht in das rund tausendl.000-seitige Vertragswerk gewährt. Dabei habe man den Abgeordneten klargemacht, »daß die Kenntnis des Vertrages eine wochenlange Beschäftigung voraussetzt und daß Mißdeutungen bei oberflächlicher Betrachtung unausweichlich sind«. <sup>198</sup> Allein dies machte offenbar einen solchen Eindruck, dass nicht nur die Abgeordneten selbst anschließend die Ordnungsgemäßheit der Verträge öffentlich bestätigten. Auch der SPD-Bundesvorsitzende Scharping erklärte die parteiinterne Debatte um Bischofferode endgültig für beendet,<sup>199</sup> was die Einsetzung des Treuhand-Untersuchungsausschusses kurze Zeit später am 30. September jedoch nicht verhinderte. Der Bischofferöder Betriebsratsvorsitzende Brodhun, der am Tag der Einsichtnahme mit 20 Kumpeln von den Berliner Reichstag gezogen war, pochte freilich weiterhin auf eine Offenlegung des Vertrags<sup>200</sup> – freilich ohne Erfolg.

Wie sehr die EG vor dem Hintergrund der selten so öffentlichen Anteilnahme unter dem Druck stand, bei der Kalifusion alles richtig zu machen, und dass die Brüsseler Beamten dabei weniger von Bonn und Berlin aus beeinflussbar waren, als man dort zuweilen glauben wollte, wurde deutlich, als van Miert am 12. Oktober ein kommissionsinternes Papier über den Zwischenstand zum Fall Bischofferode vorlegte. Demnach sah es die *Merger Task Force* nicht als hinreichend erwiesen an, dass das Konzept des Unternehmers Peine ernsthaft verfolgt worden sei, und verwies dabei auf die auffallend kurze Frist zwischen der Übergabe der Betriebsunterlagen und dem Einreichen des Konzepts bei der Treuhand. Zudem bestanden Zweifel darüber, ob die Notwendigkeit, Absatzmengen und -strategien im fusionierten Unternehmen überdenken zu müssen, falls Bischofferode eigenständig fortbestünde,

---

197 THA, Direktorat Beziehungen zum Bund, Internationale Beziehungen, P B, Klausurtagung der Arbeitsgruppe Treuhandanstalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Arbeitsgruppe Treuhandanstalt der FDP-Bundestagsfraktion am 03/04. September 1993 in Leipzig, Ergebnisvermerk, 6.9.1993, BA-B, B 412, 3753, Bl. 92–94.

198 Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 27.9.1993, BA-K, N 1585, 20, unfol.

199 Treuhandausschuß findet Kali-Fusion klasse. Abgeordnete nach Einsicht in den Vertrag: »Keine neuen Gesichtspunkte«, in: taz, 28.9.1993; Scharping: Kali-Vertrag ist in Ordnung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.9.1993.

200 Dietmar Koschmieder, Frau Süßmuth legt Kali-Kumpel rein, in: Junge Welt, 27.9.1993, S. 2; Kali-Kumpel lassen nicht locker, in: Frankfurter Rundschau, 27.9.1993.

»den Verzicht auf eine Minderung der wettbewerbsschädlichen Auswirkungen des Zusammenschlusses rechtfertigen könnte«. Auch, dass Bischofferode im Vergleich zu anderen Kaliwerken wirtschaftlich schlechter dastand, war aus Brüsseler Sicht keineswegs erwiesen.<sup>201</sup> Die Bedenken der Kommission waren, anders als in der Presse häufig berichtet, allerdings nicht gleichzusetzen mit einer grundsätzlichen Ablehnung der Fusion. Ganz im Gegenteil: Wie anschließende Gespräche mit der BASF und der Treuhand zeigten, war die EG sehr wohl von den wirtschaftlichen Vorzügen von Standortkonzentration und Produktionsverlagerungen überzeugt.<sup>202</sup> Vielmehr fürchteten die Beamten in Brüssel ein Präjudiz für spätere Fusionsverfahren mit hohen Marktanteilen und obendrein den Europäischen Gerichtshof (EuGH), der eine positive Entscheidung nach einer Klage von Peine oder des Bischofferöder Betriebsrats wieder kippen könnte. Auch zwischenzeitlich abgegebene Kompromissangebote von BASF, aus dem Wiener Vertriebskartell sowie aus der gemeinsamen Vertriebsorganisation mit Frankreich auszusteigen und auch die Zusammenarbeit des fusionierten Unternehmens mit dem französischen Staatskonzern auf die Produktion zu begrenzen, wogen diese Zweifel noch nicht auf.<sup>203</sup>

Letztlich trug Johannes Peine unfreiwillig dazu bei, dass die EG ihre Zweifel überwand. Der Unternehmer hatte sich mit Beginn des Hungerstreiks zunächst aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Eine wesentliche Rolle dürfte hierbei gespielt haben, dass ihm seine Geschäftsbanken im Spätsommer/Herbst 1993 aus heiterem Himmel alle laufenden Kredite gekündigt hatten, was den Unternehmer an den Rand des Ruins brachte. Über die Hintergründe ranken sich bis heute Legenden, die sich durch Aktstudium nicht aufklären lassen. So behauptet Peine, sich später mit einem bereits pensionierten, damals beteiligten Bankier getroffen zu haben, der ihm zu verstehen gab, damals den Auftrag gehabt zu haben, ihn »auszu-

201 Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Karel van Miert, an die THA, Präsidentin Birgit Breuel, Zusammenschluss Kali+Salz/MDK/Treuhand, Kalibergwerk Bischofferode unter dem Gesichtspunkt der »failing company defence«, 12.10.1993, BA-B, B 412, 3369, Bl. 279–282.

202 THA, Direktorat Beziehungen zum Bund, Internationale Beziehungen P B, an Präsidentin Breuel, Vorstand Dr. Krämer, Vorstand Dr. Schucht, Gespräche mit BASF/K+S und KOM-VP Dr. Bangemann, 20.10.1993, ebd., Bl. 155–164.

203 THA, Direktorat Beziehungen zum Bund, Internationale Beziehungen P B, Joachim Fried, an Präsidentin Breuel, Vorstand Dr. Schucht, Direktor Ballon, Vermerk, Gespräch mit GD Ehlermann und Mitgliedern der Merger Task Force über den Zusammenschluß MdK/K + S, 9.11.1993, ebd., Bl. 86–88.

schalten«. Etwas vorsichtiger äußert sich dagegen Rita Süßmuth, die Peine etwa drei Wochen zuvor telefonisch vor der Möglichkeit eines Rückzugs seiner Banken gewarnt hatte. Anders als damals von ihr bekundet, behauptete sie später hingegen, im Vorfeld nicht mit einer der Banken gesprochen zu haben. Vielmehr habe sie Peine von sich heraus zum Rückzug bewegen wollen.<sup>204</sup> Die genauen Umstände lassen sich letztlich nicht zweifelsfrei rekonstruieren. Eine Einflussnahme durch die Treuhand oder Goldman Sachs scheint naheliegend. Ob es aber tatsächlich einen »Ausschaltbefehl« gab oder ob den Banken vielmehr klargemacht wurde, dass Peine im Begriff sei, sich mit Bischofferoide finanziell zu überheben (was eher der internen Strategie der Treuhand entsprach), und die Banken aus Angst vor möglichen Verlusten von sich aus die Reißleine zogen, darüber lässt sich nur spekulieren. Umso unverhoffter aber kehrte Peine Mitte November 1993 zurück auf die Bühne der Politik und meldete gemeinsam mit Cleveland Potash (einer britischen Tochter der in Luxemburg ansässigen MINORCO) bei der EG Interesse an einer Übernahme aller MDK-Werke an. Bei einem Besuch des israelischen Kaliunternehmens Dead Sea Works hatte Peine sogar damit geprahlt, dass er die MDK-Werke und die eine Milliarde DM von der Treuhand schon zu 95 Prozent sicher habe.<sup>205</sup> Peine erreichte damit aber das Gegenteil. So gab sich van Miert schon wenige Tage nach Bekanntwerden des Angebots gegenüber Schucht sicher, dass man »in ein/zwei Tagen die Irritationen, die durch Minorco ausgelöst worden ist [sic!], überwunden haben« werde.<sup>206</sup> Für die Treuhand war es nun ein Leichtes, das unseriöse und naive Vorgehen von Peine exemplarisch zu belegen. In einem Dossier für das BMWi, das dieses zur Grundlage für ein Schreiben an die EG nahm, wies die Behörde darauf hin, dass Cleveland Potash bereits im Juli 1992 gegenüber Goldman Sachs eine Beteiligung an der MDK mit Verweis auf den Zustand des Unternehmens abgelehnt hatte. Zudem zeigte das Dossier noch einmal ganz deutlich den Zusammenhang zwischen der hohen Bar-einlage, der 49-prozentigen Beteiligung der Treuhand und dem durch die Umstrukturierungen erhofften Erlös für die Behörde auf, wohingegen die

---

204 Vinke, »Ein Volk steht auf – und geht zum Arbeitsamt«, S. 183 f., 191.

205 Kali und Salz, Steiner, Notiz, Zusammenschluß K+S/MDK, 18.11.1993, BA-B, B 412, 3753, Bl. 83; Kali und Salz, Hollstein, Notiz für Herrn Dr. Bethke, Telefongespräch mit Herrn Shlomo Adler, Dead Sea Works Ltd., am 17. Nov. 1993, 18.11.1993, ebd., Bl. 84; Kali und Salz, Wolter, Aktennotiz, Besuch der Fa. DEUSA (Deutsche Solbergwerks- und Aufbereitungs GmbH/Beteiligungsgesellschaft der Fa. PEINE, Scherfede) bei DEAD SEA WORKS/Israel (DSW), 19.11.1993, ebd., Bl. 85.

206 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 24.11.1993, BA-K, N 1585, 20, unfol.

Anschubfinanzierung für eine Privatisierungslösung außerhalb der Fusion angesichts der Marktrisiken »weit unter 500 Mio. DM« liegen würde.<sup>207</sup>

Das anschließende Gespräch zwischen den Fachebenen der EG und des BMWi verlief aus Sicht der Treuhand »im Wesentlichen positiv«. Doch obwohl die Causa Peine nun endgültig vom Tisch war, wollte man in der *Merger Task Force* die Fusion weiterhin nicht ohne eigenen erkennbaren Akzent genehmigen. Der Preis, den Brüssel nun verlangte, war durchaus »politisch brisant«. Die Vertragspartner sollten auf die Wettbewerbsklausel verzichten, was man im BMWi und in der Treuhand unter allen Umständen verhindern wollte, sah man hierin doch eine »betriebswirtschaftlich nicht nachvollziehbare Grundlage für fortdauernden politischen Aufruhr«. <sup>208</sup> Angesichts der weiterhin gespannten Lage in Bischofferode aber war auch die EG nicht an einer Vertagung der Entscheidung interessiert. Am 14. Dezember genehmigte sie schließlich die Fusion unter Auflagen, die im Wesentlichen die bereits von BASF zugesagten Entflechtungen umfassten. <sup>209</sup> Die Wettbewerbsklausel wurde zwar ausdrücklich von der Entscheidung ausgenommen, was allerdings keine praktischen Konsequenzen mehr hatte. Das galt ebenso für die im Frühjahr 1994 angekündigten Klagen des französischen Staats und Kalikonzerns vor dem EuGH, die sich gegen die Begründung bzw. Auflagen der Fusionsgenehmigung, nicht aber gegen die Fusion selbst richteten. <sup>210</sup> Das Verfahren, in dem auch über grundsätzliche Probleme im Verhältnis von EG (seit 1993 EU) und Mitgliedsstaaten sowie über Machtverhältnisse in der EG verhandelt wurde, <sup>211</sup> endete erst im März 1998, und zwar mit der Aufhebung der Entscheidung vom 14. Dezember 1993. Bereits im Juli 1998 aber genehmigte die EU-Kommission die Kalifusion erneut, da die Verflechtungen zwischen der deutschen und französischen Kaliindustrie sowie mit dem Wiener Kartell zu diesem Zeitpunkt bereits

207 THA, Direktorat Bergbau/Steine/Erden, Direktorat Beziehungen zum Bund, Internationale Beziehungen, Ballon/Vehse, an das BMWi, EB, UAL MR Schütterle, Fusion MDK und K+S, 22.11.1993, BA-B, B 412, 3369, Bl. 58 f.

208 THA, Direktorat Beziehungen zum Bund, Internationale Beziehungen, Vehse, an Klaus Schucht, 26.11.1993, ebd., unfol.

209 Entscheidung der Kommission vom 14. Dezember 1993 in einem Verfahren nach der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates (Fall Nr. IV/M.308 – Kali + Salz/MdK/Treuhand, in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. L 186, 21.7.1994, S. 38–56.

210 Kali & Salz GmbH, Niederschrift über die Gesellschafterversammlung der Kali und Salz GmbH am 02. März 1994, 29.3.1994, BA-B, B 412, 104580, Bl. 87.

211 Vgl. die Klageschrift des französischen Außenministeriums vom 16. Februar 1994 in BA-K, B 102, 448760.

aufgelöst bzw. den Grundsätzen des Binnenmarktes angepasst worden waren und ein marktbeherrschendes Duopol in Europa damit ausgeschlossen schien.<sup>212</sup> Die Klage Frankreichs hatte diesen Prozess deutlich beschleunigt, denn bei K&S befürchtete man anfangs durchaus noch, dass der EuGH die Fusion kippen könnte.<sup>213</sup>

Dass die Genehmigung der Kalifusion durch die EG in der deutschen Presse weniger als Erfolg europäischer Politik denn als »Aus für Bischofferode« rezipiert wurde, zeigt, wie fern Brüssel der deutschen Öffentlichkeit zu Beginn der 1990er Jahre noch war (und zum Teil heute noch ist). So befürchtete das BMWi mit Blick auf die französische Klage vor allem, dass diese in Deutschland den Eindruck erwecken könne, die Fusion würde erneut aufgerollt,<sup>214</sup> weshalb sich die Bundesrepublik als Streithelferin am Klageabweisungsantrag der EG/EU beteiligte.<sup>215</sup> In der nationalen Wirtschaftspresse wurde der Fall K&S dagegen weiter als Paradebeispiel für den Machtkampf zwischen BMWi und Bundeskartellamt bzw. zwischen traditioneller Industrie- bzw. Kartellpolitik und zukunftsweisender Wettbewerbspolitik, kaum aber unter europapolitischen Gesichtspunkten debattiert.<sup>216</sup> Wie ein Vermerk aus dem BMWi vom 12. März 1996 nahelegt, war auch während des Verfahrens vor dem EuGH »von einem besonderen Interesse der Öffentlichkeit (Medienvertreter oder Arbeiter aus Bischofferode) [...] nichts zu merken«.<sup>217</sup> Dessen ungeachtet lässt sich die Entscheidung der Kommission vom Dezember 1993 durchaus als Erfolg der EG/EU im Kampf gegen historisch gewachsene Kartellstrukturen lesen, insbesondere wenn man bedenkt, dass die Abgabe nationaler wettbewerbsrechtlicher Kompetenzen nach Brüssel in den frühen 1990er Jahren für Deutschland

---

212 EU-Kommission, Pressemitteilung vom 13.7.1998: Kommission gibt den Zusammenschluß Kali+Salz/MDK/Treuhand nach erneuter Prüfung frei.

213 Kali & Salz GmbH, Bethke/Steiner, an das BMWi, MD Werner Birner, Klage der französischen Republik gegen die Kalifusion, 9.1.1995, BA-K, B 102, 448761, Bl. 188.

214 Briefentwurf BMWi, Minister, an den französischen Minister für Wirtschaft, Edmond Alphandéry, Betr.: EG-Fusionskontrollverfahren Kali + Salz/MDK, hier: Klage der französischen Regierung gegen die Entscheidung der Kommission vom 14.12.1994, 24.2.1994, BA-K, B 102, 448760, Bl. 137.

215 Ernst Röder, Bevollmächtigter der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, an die Kanzlei des Europäischen Gerichtshofes, 23.11.1994, BA-K, B 102, 448761, Bl. 121–142.

216 Z.B. Birgit Marschall, Wettbewerb. Elende Heuchler, in: Wirtschafts-Woche 23.2.1995; Andreas Bohne, Fusion von 1993 offenbar unhaltbar. Mit dem Rücken zur Wand, in: Handelsblatt, 4.3.1997.

217 BMWi, E A 2, MR Dr. Röder, an Herrn Minister, Betr.: Fusion Kali + Salz AG/Mitteldeutsche Kali AG, hier: Mündliche Verhandlung vor dem Europäischen Gerichtshof, 12.3.1996, BA-K, B 126, 448761, Bl. 258.

zunächst eine Stärkung der nationalen Industriepolitik bedeutete. Die enge Verflechtung zwischen Bonn und Brüssel war zugleich eine notwendige Bedingung für den nicht konfliktfreien, aber letztlich reibungsarmen Ablauf des Prozesses. Europageschichtlich betrachtet spiegelt sich im Kalifusionsverfahren damit auch die komplexe und widersprüchliche Geschichte des europäischen Binnenmarkts bzw. des »Projekts Europa« (Kiran Klaus Patel) wider, die für die Zeit ab 1990 noch weitgehend ungeschrieben ist.

## Entsolidarisierung: Der Hungerstreik als betrieblicher Konflikt

Mit der landesweiten Solidarisierung mit dem Hungerstreik korrespondierte nicht nur eine regionale, sondern auch eine beschleunigte innerbetriebliche Entsolidarisierung, deren Wurzeln – wie gezeigt – bis in die späten 1980er Jahre zurückreichen. Auch der Hungerstreik von Bischofferode sollte nichts daran ändern, dass seit 1990 jeder Kalibetrieb für sich allein streikte. Michael Stoll, der nach der Stilllegung des Kaliwerks Bleicherode 1990 Arbeit in Bischofferode gefunden hatte, bekam dies unmittelbar am eigenen Leib zu spüren. Denn er wohnte mit seiner Familie noch in Bleicherode, wo man einst vergeblich an die Solidarität der Bischofferöder appelliert hatte. Und so war auch der Hungerstreik nun »ein Tabuthema« in Bleicherode, wo Stolls Ehefrau keinerlei Unterstützung für ihren hungerstreikenden Mann und ihre Familie erhielt.<sup>218</sup> Zwar hatte der Gesamtbetriebsrat der Kali Südharz AG den Eichsfelder Kumpeln noch rund drei Wochen nach Beginn des Hungerstreiks seine Solidarität versichert, »denn Versprechen unserer Politiker ohne Unterschrift und Siegel sind in der heutigen Zeit nichts wert«.<sup>219</sup> Jedoch lag dieser Solidaritätsadresse ein genuines Eigeninteresse zugrunde. Erst im Juni 1993 hatte das Verwaltungsgericht Köln den langen Streit um den Sozialplan endgültig zum Nachteil der Kalikumpel entschieden, nachdem aus zwölf Kaliunternehmen Zahlungsklagen gegen die Bundesrepublik in Hö-

---

218 Jens Heitmann, »Die Leute sind wieder so munter wie bei den Montagsdemos«. Familie des Bischofferöder Kali-Kumpels erlebt die tägliche Last des Streiks – Hoffen auf »Vatis Durchhaltevermögen«, in: Stuttgarter Zeitung, 23.7.1993.

219 Gesamtbetriebsrat Kali-Südharz AG, Bleicherode, an den Betriebsrat des Werkes Bischofferode, 20.7.1993, BA-B, B 412, 3367, Bl. 225.

he von 51 Millionen DM eingereicht worden waren.<sup>220</sup> Vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Bischofferode erhoffte man sich in Bleicherode daher ebenfalls ein Stück vom Kuchen, auch um den eigenen Misserfolg wettzumachen. So richtete der Südharzer Gesamtbetriebsrat parallel ein Schreiben an die Treuhand, in dem er auf die durch die Beschäftigungsgarantien für Bischofferode erzeugte Ungleichbehandlung der Südharz-Kumpel in der GVV verwies und stattdessen Beschäftigungsgarantien für alle Beschäftigten des Unternehmens forderte.<sup>221</sup> Die Solidarität zwischen den Kalistandorten aber war nur von kurzer Dauer und beruhte nicht auf einem Zusammengehörigkeitsgefühl.

Die Präsenz linker, nicht zum regionalen und betrieblichen Umfeld gehöriger Protestgruppen in Bischofferode verschob den betrieblichen Diskurs schließlich in zwei Richtungen. Zum einen stärkte dies die Akzeptanz der Fusion in den ost- und westdeutschen Kaliunternehmen, weil zum anderen die Bischofferöder nun als unsolidarische Egoisten erschienen, die jeglichem Dialog abgeschworen hatten. Bereits einen Tag nach dem Solidaritätstag am 1. August riefen die Gesamtbetriebsräte von MDK und K&S zur Unterstützung der IG BE auf: »Solidarität« müsse »für alle gelten«, und zwar auch für die, »die trotz der Schließung ihrer Werke oder dem Verlust ihres Arbeitsplatzes schweren Herzens die Fusion mittragen, weil sie darin einen solidarischen Beitrag zum Erhalt der ganzen Industrie sehen«. »Einzelaktionen« wie der Hungerstreik gefährdeten dagegen nicht nur Arbeitsplätze, sondern verstärkten zudem »die Gefahr des Mißbrauchs durch politische Gruppen, die ganz andere Ziele verfolgen«.<sup>222</sup> Die Gefahr, dass die Fusion am Hungerstreik doch noch scheiterte und die gesamte Branche Schiffbruch erleide, war für viele Beschäftigte außerhalb von Bischofferode so real, dass rund 2.000 von ihnen am 17. August vor dem Kasseler Hauptgebäude von K&S für die Fusion demonstrierten. Dem Bischofferöder Protestslogan »Bischofferode ist überall« setzten sie die eigene Parole »Ein Bischofferode ohne Ende führt im Westen zur Stimmungswende« entgegen.<sup>223</sup> Auch der

---

220 THA, Martens, Vermerk, Betr.: Verwaltungsstreitverfahren MDK (jetzt K+S) u.a. gegen BRD, 14.6.1994, BA-B, B 412, 10749, unfol.

221 Standpunkt des Gesamtbetriebsrats der Kali-Südharz AG, o.D., BA-B, B 412, 3367, Bl. 226.

222 Roland Gimpel, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Mitteldeutsche Kali AG/Gerhard Söllner, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Kali und Salz AG, Gemeinsame Erklärung, 2.8.1993, AfsB, IG BE, 11951, unfol.

223 Dienstag in Kassel. Großdemo für Fusion – Schelte für die SPD, in: Hersfelder Zeitung, 14.8.1993; Rund 2000 demonstrieren in Kassel für Kali-Fusion, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung,

Betriebsratsvorsitzende des sachsen-anhaltischen Werks Zielitz, Albrecht Greiser, konnte sich nun öffentlich für die Fusion aussprechen, ohne als Wirtschaftslobbyist oder gar »Verräter« dazustehen.<sup>224</sup> Als sich die Gesamtbetriebsräte der Kaliunternehmen Mitte September ein letztes Mal an die Bischofferöder Kumpel wandten, ließ ihr Tonfall kaum noch Zweifel an der Verärgerung über die Streikenden offen:

»Kollegen von Bischofferode: Nehmt die Tatsachen endlich zur Kenntnis. Der Bund und Eure Landesregierung in Thüringen haben Eure Arbeitsplätze und damit mehr Sicherheit angeboten, als sonst jemand erhalten hat. Nehmt das Angebot an!«<sup>225</sup>

Die innerbetriebliche Entsolidarisierung wurde durch einen betriebsrats-internen Konflikt um den Ende Juli 1993 ausgehandelten fusionsbedingten Sozialplan für das Gesamtunternehmen endgültig beschleunigt. Stein des Anstoßes war, dass der Sozialplan auf einem Interessenausgleich basierte, dem alle MDK-Betriebsräte zugestimmt hätten.<sup>226</sup> Diese einem Verrat am eigenen Protest gleichkommende Behauptung aber bestritt der Bischofferöder Betriebsrat. Im Oktober erzwang er deshalb die Einsetzung einer Einigungsstelle. Daraufhin legte der MDK-Vorstand Beschwerde ein,<sup>227</sup> worauf die Bischofferöder wiederum mit der Beantragung einer einstweiligen Verfügung reagierten. Der Rechtsstreit erreichte schließlich den Gesamtbetriebsrat, der am 18. November offiziell über die Stilllegung Bischofferodes beschließen sollte. Die Bischofferöder erschienen zu der Sitzung nicht nur mit zwölf Mann, sondern brachten gleich noch ihren Rechtsbeistand mit, der dann auf Beschluss den Raum verlassen musste, was zehn Betriebsratsmitglieder ebenfalls zum Rückzug veranlasste. Dieser performativen Provokation folgte eine ebenso siegessichere Reaktion von Arbeitsdirektor Backhaus, der bei der Erläuterung des Stilllegungsbeschlusses erklärte, dass, selbst wenn die beantragte Einigungsstelle eingesetzt würde, »deren Scheitern abzusehen« sei.<sup>228</sup>

---

18.8.1993; Vielleicht klärt Brüssel die »Unschönheiten« der Fusion auf, in: Eisenacher Presse, 19.8.1993.

224 Ilka Piepgras, Zukunftsfreude und Verbitterung – zwischen ostdeutschen Kalikumpeln liegen jetzt Welten, in: Berliner Zeitung, 27.8.1993.

225 K&S/MDK, Die Betriebsräte informieren, Mitte September 1993, AfsB, IG BE, 11951, unfol.

226 THA, PE M, Werner Bayreuther, an U6 BS, Ballon, P R, Schaal, P K, Schöde, Betr.: Bischofferode, 16.9.1993, BA-B, B 412, 3369, Bl. 350 f.

227 THA, Aktennotiz Anruf Teusch, 18.10.1993, ebd., unfol.

228 MDK, Ressort S, Notiz: Sitzung des Gesamtbetriebsrates am 18.11.1993, BA-B, B 412, 3370, unfol.

An der Eskalationsspirale wurde freilich nicht allein von Bischofferode aus gekurbelt, sondern ebenso von den Unternehmen. Diese betrachteten den Hungerstreik von Anfang an als rechtswidrig und drohten den Beteiligten unter Berufung auf ihre »allgemeinen Fürsorgepflichten« sowie »bergrechtliche Gründe« mit Regressansprüchen bei Sach- und Gesundheitsschäden.<sup>229</sup> Der Protest behinderte die Vorbereitung der Fusion vor Ort, erwies sich aber auch als nützlich. Als sich immer mehr Linke unter die Streikenden mischten, erhöhte die MDK den Druck auf die Politik. Gegenüber der Treuhand sprach man von der Vorbereitung eines »Umsturzes« in Bischofferode<sup>230</sup> und »wilden Streiks«, um auf eine »Beschleunigung des Brüsseler Verfahrens« zu drängen bzw. die Behörde direkt aufzufordern, »die Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einzusetzen, um eine vorzeitige Beschlußfassung in Brüssel herbeizuführen«.<sup>231</sup>

Die Strategie, den einen Konflikt zu dramatisieren, um den anderen schneller zu lösen, erwies sich jedoch als kurzsichtig. Weder war die EG darauf aus, in der öffentlichen Wahrnehmung in eine allzu große Nähe zur Bundesregierung zu geraten, noch war die Treuhand an einer Eskalation interessiert. Im Gegenteil – nach den Beschäftigungszusagen vom 14. Juli 1993 standen in der Behörde alle Segel auf Deeskalation: »Weitere Bemühungen der THA gegenüber den Kumpels mit der Zielrichtung Streikende«, so der Länderreferent für Thüringen in der Treuhand, Günter Link, an Präsidentin Breuel am 16. Juli, »dürften in Anbetracht der verhärteten Situation nicht empfehlenswert sein und im Zweifel eher das Gegenteil auslösen.« Link schlug stattdessen vor, »[f]ür den Fall, daß der Streik über das Wochenende fortgesetzt wird, [...] seitens der THA vertraulich mit dem Bischöflichen Ordinariat in Erfurt Kontakt aufzunehmen, um über diese Schiene indirekt auf ein Streikende hinzuwirken«.<sup>232</sup> Bereits am nächsten Tag appellierte Bischof Joachim Wanke an die katholischen Kumpel, ihre Gesundheit nicht für eigene Wünsche zu opfern, sondern letztere »an den Realitäten auszurichten und notfalls korrigieren zu lassen«. »Das Vertrauen zu verlieren, das Vertrauen zu Gott, zu sich selbst und auch zu Menschen«,

---

229 Mitteilung des Vorsitzenden der Mitteldeutschen Kali AG, 7.7.1993, BA-B, B 412, 3367, Bl. 442–445.

230 THA, U6, Anruf von Herrn Potthoff, 20.7.1993, ebd., Bl. 275.

231 MDK, Vorstand, Teusch/Potthoff, an Klaus Schucht, vertraulich, 20.7.1993, ebd., Bl. 277.

232 THA, Präsidialbereich Länderfragen, Länderabteilung Thüringen, PL LS, Dr. Link, an Birgit Breuel, über P L (Allert), P G (van Scherpenberg), 16.7.1993, BA-B, B 412, 3252, Bl. 330.

so Wanke eindringlich, »das ist nicht die Art des Eichsfelders, zumal eines Christen.«<sup>233</sup>

Zeitgleich aber setzte die MDK ihre Eskalationsstrategie fort. Am 28. Juli forderte das Unternehmen die Kumpel unter Androhung rechtlicher Schritte dazu auf, das »ohne jede Berechtigung unter dem Firmenzeichen der Mitteldeutschen Kali AG« herausgegebene *Neue Kali-Echo* und damit das zentrale politische Kommunikationsmittel der Kumpel unverzüglich einzustellen.<sup>234</sup> Schließlich folgte nach dem Solidaritätstag die bereits erwähnte (auch mit Schucht verabredete) Drohung des Vorstands, das Werk nach den Betriebsferien zu schließen. Nun allerdings griff Präsidentin Breuel vermittelnd in das Geschehen ein und sprach sich persönlich für eine Lösung aus, die sowohl »demokratische Demonstrationsformen« als auch einen »rechtlich geordneten Zustand« gewährleiste und Konfrontationen verhindere.<sup>235</sup> Damit nahm sie nach außen hin eine andere Haltung ein als der zuständige Treuhand-Direktor Schucht, der im Hungerstreik eher »eine Art Volkszirkus« bzw. ein von »der ehemaligen SED-Organisation« gesteuertes »Mekka der protestierenden Arbeitslosen« sah.<sup>236</sup> Entgegen ihres Images als »deutsche Margret Thatcher« zeigte Breuel in Phasen der Eskalation durchaus Empathie für die Kumpel, deren Protest sie zumindest in Teilen als mit der demokratischen Grundordnung vereinbar ansah, und wirkte damit als Kontrast zu Schucht, der den Hungerstreik als irreführend abwertete. Nachdem aber auch das Bergamt Erfurt am 20. August klargestellt hatte, dass es die Betriebsbesetzung »nicht für gesetzeswidrig« halte, weil die Produktion weiterhin »ordnungsgemäß durchgeführt wird« und die Betriebsleiter vor Ort die Eskalationsstrategie des Vorstands nicht mittrugen, sondern jedem den Zugang zum Werk gewährten,<sup>237</sup> musste der Vorstand zurückrudern. Am 23. August nahm das Werk die Produktion offiziell wieder

---

233 Bischof Joachim Wanke, Apostolischer Administrator in Erfurt und Meiningen, 17.7.1993, BA-B, B 412, 3367, Bl. 298 f.

234 MDK, Vorstand, an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Werks Bischofferode, 28.7.1993, BA-B, B 412, 3367, Bl. 138 f.; MDK; Teusch/Pothoff/Ertle, an die Mitglieder des Betriebsrates des Werkes Bischofferode, 28.7.1993, AfsB, IG BE, 17363, unfol.

235 THA, Präsidentin Breuel, an das Kaliwerk Bischofferode, 18.8.1993, BA-B, B 412, 10749, unfol.

236 Diensttagebuch Klaus Schucht, Eintrag 24.7.1993, BA-K, N 1585, 19, unfol.; Klaus Schucht an Alfred S., 25.11.1993, BA-K, N 1585, 20, unfol.

237 Bergamt Erfurt an den Vorstand der MDK, Betr.: Kaliwerk Bischofferode, 20.8.1993, AfsB, IG BE, 11951, unfol.

auf.<sup>238</sup> Schon zuvor hatte der Aufsichtsrat, dem seit Mai 1993 auch Gerhard Jüttemann angehörte, in Abstimmung mit der Treuhand davon abgesehen, die Werksschließung bereits am 18. August zu besiegeln.<sup>239</sup>

Der Betriebsfrieden hielt jedoch kaum länger als einen Monat. Am 20. September wurde der Grubenbetriebsleiter wegen illoyaler Haltung entlassen und am 24. November drohte der Vorstand allen Beschäftigten ebenfalls mit Kündigung, wenn diese am 26. November nicht zur Arbeit erschienen. Diese Drohung musste wenige Tage später zwar zurückgenommen werden, verfehlte ihre Wirkung aber nicht. Denn am 26. November wurden zwei politisch hochbrisante Entscheidungen getroffen. Zunächst war für diesen Tag die Entscheidung des Arbeitsgerichts in Erfurt über die Einsetzung einer Einigungsstelle anberaumt worden, was der MDK-Vorstand kurzerhand dazu nutzte, auch die formale Beschlussfassung des Aufsichtsrats über die Stilllegung Bischofferodes für eben jenen Tag anzuberaumen. Dadurch bestand zum einen die Chance, die Einigungsstelle doch noch verhindern zu können. Zum anderen sollten erwartbare Protestaktionen verhindert werden, denn nun musste sich Betriebsrats- und Aufsichtsratsmitglied Jüttemann entscheiden, an welchem Ort er Präsenz zeigte.

Er entschied sich für Protest, womit er nicht allein dem Druck der Belegschaft folgte, sondern auch einem medienpolitischen Kalkül. Denn zum einen wurde der Tagungsort von Frankfurt/Main an einen geheimen »Ort X« verlegt, nachdem das Tagungshotel wegen angekündigter Proteste Übernachtungen und Sitzungssaal storniert hatte.<sup>240</sup> Den neuen Tagungsort erfuhren die bereits am Tag zuvor in Frankfurt zusammengekommenen Aufsichtsratsmitglieder erst am Morgen des 26. November. Zum anderen hatte sich das Medieninteresse längst von Bischofferode weg verlagert. So nutzte der Betriebsrat seither jedes Ereignis, um die Medien zurück nach Bischofferode zu holen. Als etwa der neue Werksleiter am 9. November die wegen des noch schwebenden EG-Verfahrens notwendige Verlängerung des Hauptbetriebsplans bis Ende März 1994 beim zuständigen Bergamt beantragte, zog Jüttemann mit Teilen der Belegschaft vor die Behörde, um medienwirksam eine Betriebsgenehmigung bis 1995 zu fordern.<sup>241</sup> Um auch am

---

238 MDK, Vorstand, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Werkes Bischofferode, 23.8.1993, BA-B, B 412, 3368, unfol.

239 BMWi, L-D, Birner, an Herrn Minister, Betr.: Kali, 19.8.1993, BA-K, B 102, 706074, Bl. 212.

240 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 24.11.1993, N 1585, 20, unfol.

241 MDK, Potthoff, an die THA, U6, Dr. Gschwindt, Verlängerung des Hauptbetriebsplanes Werk Bischofferode bis 31.03.94, 10.11.1993, BA-B, B 412, 3369, Bl. 84 f.

26. November eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen, entschied der Betriebsrat, »mit unserer gesamten Belegschaft zu einer Aktion« nach Frankfurt am Main zu fahren, während er das Mitglied des Aktionsbündnisses »5 vor 12« Bodo Ramelow damit beauftragte, »Kolleginnen und Kollegen [...] zu einer Teilnahme an der Gerichtsverhandlung in Erfurt zu gewinnen«. <sup>242</sup> Das Aktionsbündnis rief schließlich auch über lokale Gewerkschaftsbüros zum Protest in der thüringischen Landeshauptstadt auf. <sup>243</sup>

Die »Verwirrungsstrategie« <sup>244</sup> um die Aufsichtsratssitzung ging auf. Jüttemann, ein Fernseheteam und ein großer Teil der Belegschaft schafften es am Vormittag zwar noch bis zum Frankfurter Flughafen, wo der Bus mit den Aufsichtsratsmitgliedern abfahrbereit wartete. »Unter dem Drängen« der Protestierenden lehnte Jüttemann jedoch auch die letzte Einladung Stegers zum Einsteigen ab. <sup>245</sup> Während der Aufsichtsrat in aller Stille in München, weit weg von der Großkundgebung in Frankfurt mit rund 1.000 Teilnehmer\*innen, das Ende Bischofferodes formal beschließen konnte, <sup>246</sup> gab das Arbeitsgericht in Erfurt dem Antrag des Betriebsrats auf einstweilige Verfügung statt und untersagte der MDK unter Strafandrohung, Betriebsänderungen bis zum Abschluss eines Interessenausgleichs vorzunehmen. <sup>247</sup>

Das Ende der Kaligrube und des Protests geriet damit noch einmal zu einem letzten medienwirksamen Machtkampf zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung. Den Anlass bildete die Fusionsgenehmigung durch Brüssel am 14. Dezember. Als diese letzte Hürde genommen war, reagierte der Betriebsrat, dem Steger nun sein »blamabel unprofessionell[es]« Verhalten vorhielt, <sup>248</sup> erneut mit einem Aufruf zur Verschärfung des Streiks,

---

242 MDK, Betriebsrat Bischofferode, an Bodo Ramelow, Aufsichtsratssitzung der MDK am Vormittag des 26.11.1993 in Frankfurt mit Aktionen unsererseits und Beschwerdeverfahren vor dem LAG in Erfurt zur Einsetzung einer Einigungsstelle am gleichen Tag um 12.45 Uhr, 23.11.1993, AfsB, IG BE, 17363, unfol.

243 IG BE, Bezirk Thüringen/Hessen/Rheinland-Pfalz, Bezirksleiter Hans-Jürgen Schmidt, an den DGB-Landesbezirk Thüringen, Vorsitzender Frank Spieth, 25.11.1993, ebd., unfol.

244 Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 26.11.1993, BA-K, N 1585, 20, unfol.

245 MDK, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Ulrich Steger, an Gerhard Jüttemann, Betr.: Aufsichtsratssitzung am 26.11.1993, AfsB, IG BE, 17363, unfol.

246 Arbeitsgericht untersagt Stilllegung der Kali-Grube, in: Handelsblatt, 27./28.11.1993.

247 Gerichtsbeschluss in AfsB, IG BE, 16871, unfol.

248 Institut für Ökologie und Unternehmensführung e.V. an der European Business School, Ulrich Steger, an Gerhard Jüttemann, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender des Werkes Bischofferode der MdK AG, 14.12.1993, BA-B, B 412, 3371, Bl. 114 f.

dem immerhin noch 50 Kumpel folgten.<sup>249</sup> Zeitgleich meldete sich auch Ministerpräsident Vogel wieder zu Wort, der mit Blick auf die sich wieder erhitzenden Landtagsdebatten in einem »Alibibrief«<sup>250</sup> an Birgit Breuel auf die Ausklammerung der Wettbewerbsklausel aus der EG-Entscheidung verwies, die er als Bestätigung »der von der Thüringer Landesregierung stets verfolgten Politik« und neuerliche Chance für eine Einzelprivatisierung Bischofferodes begriffen wissen wollte.<sup>251</sup> Das wiederum brachte den Unternehmer Peine zurück auf den Plan, der kurzerhand ein neues Unternehmenskonzept (jetzt für die Produktion von Baustoffen) vorlegte, und in Bischofferode kursierte nun sogar die Vorstellung, das Kaliwerk in Eigenregie fortführen zu können.

Jedoch war der Funke des Protests bereits weitgehend erloschen und die einstige Einigkeit der Bischofferöder Belegschaft zunehmend einer inneren Spaltung gewichen, wie die Urabstimmung über die Fortsetzung des Arbeitskampfes am 22. Dezember deutlich machte. Von den 583 Belegschaftsmitgliedern, die sich an der Wahl beteiligten, stimmten 38,6 Prozent für eine Werksbesetzung mit anschließender Fortsetzung des Betriebs in Eigenregie, 26,7 Prozent für eine Werksbesetzung zum »Schutz der Anlagen« und 32,8 Prozent für eine Beendigung des Arbeitskampfes.<sup>252</sup> Nachdem noch am selben Tag die Schachtbelüftung abgeschaltet worden war, verringerte sich die Zahl der unter Tage befindlichen Kumpel schnell von 26 auf acht. Dagegen blieb das Werksgelände weiter besetzt, ein Teil der Protestierenden trat erneut in einen Hungerstreik, das rührende Bild des ermüdeten und abgemagerten Rudolf Jendrick mit seiner Tochter Anja im Arm ging noch einmal durch die Presse und erinnerte an die »goldenen« Wochen des Hungerstreiks ohne »RAF und Neonazis«.<sup>253</sup> Und letztlich war es auch ein Unterstützer der ersten Stunde, der den letzten verbliebenen Kumpeln den Weg aus der verfahrenen Situation ebnete. Bodo Ramelow

---

249 Kumpel wollen Streik bis Weihnachten verstärken, in: Handelsblatt, 15.12.1993; Kumpel besetzen Bischofferöder Kali-Werk, in: Berliner Zeitung, 16.12.1993.

250 Dies habe auch der Thüringische Minister der Staatskanzlei, Andreas Trautvetter, Schucht gegenüber »lachend« zugegeben. Vgl. Dienstagebuch Klaus Schucht, Eintrag 15.12.1993, BA-K, N 1585, 21, unfol.

251 Der Thüringer Ministerpräsident, Bernhard Vogel, an die THA, Präsidentin Birgit Breuel, Privatisierung Mitteldeutsche Kali AG, 16.12.1993, BA-B, B 412, 3371, Bl. 93 f.

252 Kumpel besetzen Schachtanlagen, in: Süddeutsche Zeitung, 24./25./26.12.1993.

253 Aufstand der Bischofferöder, in: Berliner Zeitung, 31.12.1993; Bundeskanzleramt, Abteilungsleiter 4, Johannes Ludewig, an Bundeskanzler Helmut Kohl, Kalifusion, Stand, 28.12.1993, BA-K, B 136, 37726, Bl. 320.

handelte mit Treuhand-Direktor Bayreuther zwischen Weihnachten und Silvester einen Interessenausgleich und Sozialplan aus, der am 31. Dezember 1993 unterschrieben wurde. Dieser räumte den Bischofferöder Kumpeln eine Übergangsfrist von einem Monat ein, in der sie sich für einen Wechsel in die GVV, in die ESK oder die Abfindung laut Sozialplan (24.000 DM) entscheiden konnten. Unabhängig von der jeweiligen Entscheidung erhielt jeder Betroffene eine Abfindung von 7.500 DM.<sup>254</sup>

Mit der Akzeptanz des »Judaslöhns«, wie der Betriebsrat den Interessenausgleich bezeichnete,<sup>255</sup> endete ein Jahr Arbeitskampf in Bischofferode. Deutlicher hätte man die Entfremdung zwischen den Kumpeln und den politisch Verantwortlichen im Verlauf des Protestjahres 1993 kaum ausdrücken können. Und doch bewerteten die Protestakteure und ihre Unterstützer\*innen das Ende des Arbeitskampfes nicht nur als Niederlage. In einem Interview mit dem Piratensender *Dreieckland* am 3. Januar 1994 zogen Heiner Brodhun, Frank Spieth, Monika (Mona) Grosche (Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union) und Gregor Gysi ganz unterschiedliche Bilanzen über das Erbe des Arbeitskampfes und demokratische Einflussnahme von unten. Während Brodhun, noch aufgewühlt von den Ereignissen, die »kindliche Hoffnung« der Kumpel, als »David« gegen »Goliath« antreten zu können, betrauerte und damit auch Selbstkritik an den eigenen Erwartungshaltungen übte, konnten Spieth und Gysi der zweijährigen Arbeitsplatzgarantie und der Abfindungslösung sogar positive Seiten abgewinnen. So habe der Streik vor allem in Thüringen ein hoffnungsvolles Signal im Kampf gegen den fortschreitenden Arbeitsplatzabbau gesetzt, den es fortzusetzen gelte, und die zweijährige Übernahmegarantie sei eine »Chance, einen Neubeginn hinzubekommen«. Gysi attestierte den Kumpeln, »mehr erreicht [zu] haben als andere, [...] was der Bundesregierung und anderen unangenehm ist, wenn das Schule macht, man macht einen intensiven Arbeitskampf und kriegt eine Arbeitsplatzgarantie von zwei Jahren«. Das sei »nicht ganz wenig« und zeige, »dass sich Arbeitskampf auch lohnt«. Westdeutsche Linke waren in der Frage dagegen gespalten. Während sich der Moderator sicher war, dass der Hungerstreik »nicht ohne Folgen für zukünftige Arbeitskämp-

254 Interessenausgleich und Sozialplan zwischen Geschäftsleitung der Kali und Salz GmbH und dem Betriebsrat des Betriebes Bischofferode, 31.12.1993, BA-B, B 412, I0834, Bl. 69–73.

255 Gemma Pörzgen, Bischofferoder Kumpel lenken ein. Arbeitskampf um Kaligrube ist endgültig vorbei/Abfindung und Folgejobs, in: Frankfurter Rundschau, 3.1.1994.

fe in der BRD sein« werde, sprach Grosche von einer herben Niederlage für die Arbeitersolidarität, die vor allem den Gewerkschaften anzulasten sei.<sup>256</sup>

Die Erfahrungen, die die Kumpel in der Zeit des Protests gemacht hatten, aber auch die Urteile politischer Deutungseliten von außen prägten nicht nur die unmittelbaren Jahre nach dem Hungerstreik, die noch lange keine Zeit des Friedens und der »Normalität« sein sollten (wie anschließend noch zu zeigen sein wird). Sie prägten auch individuelle Sichtweisen auf die Demokratie, wie sich am Beispiel des Betriebsratsmitglieds Walter Kunze zeigen lässt, der Ende Januar 1994 im *Neuen Deutschland* seine persönliche Bilanz zog. Der Hungerstreik habe ihn zu der Einsicht gebracht, »daß die rechtlichen und legitimen Mittel in diesem ›demokratischen Staat‹ nicht ausreichen«, um zum »Recht auf Arbeit« zu kommen. Jedoch zog Kunze auch ein positives Fazit über die eigene Handlungsmacht: »Wir haben fast das Optimale erreicht, wenn ich darunter nicht den Fortbestand des Kaliwerkes sehe. Wohlgermerkt – im Rahmen der Möglichkeiten, die mir von der Macht in diesem Staat vorgegeben werden.«<sup>257</sup> Bischofferode wurde zum Testfall kollektiver Erwartungen von 1989/90, die in der Praxis des Arbeitskampfes erschüttert, aber auch überdacht wurden. Demokratisierung als Teilprozess der ostdeutschen Transformation, das zeigt das Beispiel Bischofferode, erschöpfte sich damit keineswegs in der Übernahme westlicher Institutionen. Vielmehr handelte es sich um einen komplexen und widersprüchlichen Lernprozess, der sich auch und besonders im Mikrokosmos ostdeutscher Proteste als Form politischer Kommunikation und Praxis alltäglicher Bedeutungsproduktion, in denen das Verhältnis von Individuum und Staat ausgehandelt wurde, materialisierte. Proteste ermöglichten vielen Ostdeutschen gerade in der Schock-Phase der Transformation einen als effektiv wahrgenommenen Zugang zur Politik jenseits der neuen, noch im Aufbau befindlichen und oft mit Skepsis betrachteten Institutionen. Die Kultur und Sprache des Protests prägten sich zugleich langfristig in das Demokratiedächtnis Ostdeutschlands ein. Proteste ermöglichen somit auch einen bislang nicht erprobten historischen Zugang zu Demokratisierungsprozessen in Ostdeutschland, die sich auf diese Weise differenzierter

---

256 Interview mit Heiner Brodhun, Frank Spieth, Monika Grosche und Gregor Gysi, in: Radio Dreyeckland, 3.1.1994, URL: <http://www.rdl.de/sites/default/files/audio/2018/12/20181228-tagesinfoamm-w12611.mp3> (abgerufen am 27.1.2022).

257 Walter Kunze, Betriebsratsmitglied im Kaliwerk Bischofferode: Es war nicht umsonst – Interview, in: Neues Deutschland, 31.1.1994.

studieren lassen als etwa durch quantitative Datenerhebungen über Einstellungen zu Politik und Demokratie, denen in der Regel theoretisch-normative Konzepte zugrunde liegen, die sowohl die gebotene Historizität als auch die Möglichkeit von Widersprüchen vermissen lassen. So mahnen die Worte Walter Kunzes auch im Hinblick auf die Deutung der Gegenwart zur Vorsicht: Unmittelbare oder durch die Medienberichterstattung vermittelte Protesterfahrungen in den frühen 1990er trugen durchaus langfristig dazu bei, dass sich eine latente Skepsis gegenüber den politischen Institutionen in Ostdeutschland verfestigte, daraus aber musste noch lange keine Ablehnung der Demokratie erwachsen. Die Proteste von einst sollten somit nicht leichtfertig als Vorläufer der gegenwärtigen Wut auf ostdeutschen Straßen interpretiert werden, zumal diese Interpretation eher dem Narrativ rechtspopulistischer Kräfte vom »nachgeholten Widerstand« auf den Leim geht.<sup>258</sup> Gleichwohl verweist die bis heute nachwirkende spezifische Bedeutung von Protesten für die politische Kultur in Ostdeutschland auf das nach wie vor zwiespältige Verhältnis vieler Ostdeutscher zu den politischen Institutionen, das sich eindeutigen Zuordnungen entzieht und damit aber auch anfällig für antidemokratische Radikalisierungen ist.

---

258 Volk, »Wir sind das Volk«.

# »Ostdeutsche Realität«: Wie »Normalität« in Bischofferode einkehrte

## Ambivalenzen des Wandels: Konflikte und Ergebnisse der Thüringer Strukturpolitik

Mit dem Jahreswechsel 1993/94 hielt in Bischofferode, wie die *Junge Welt* am 8. Januar 1994 wehmütig und mahnend zugleich konstatierte, »die ostdeutsche Realität Einzug«, und deutete auf die Entstehung dystopisch anmutender Industriebrachen hin.<sup>1</sup> Auch der *Tagesspiegel* sah noch Ende Dezember 1995 in Bischofferode »nur noch Schutt«.<sup>2</sup> Der Hungerstreik war zu Ende, der Deutungskampf um das Ereignis aber setzte sich fort und lastete nun vor allem auf der Thüringer Landespolitik, die sich mit umso mehr Nachdruck um den Strukturwandel in Bischofferode bemühen musste. Auf den »Kohlepfennig« im Ruhrgebiet konnte man in Erfurt nach dem Strategiewechsel vom Juli 1993 dagegen nicht mehr mahnend verweisen. Dass die strukturpolitischen Steuerungsmöglichkeiten jedoch begrenzt waren, verbarg man unter einer dem politischen Druck geschuldeten Aufbruchsrhetorik: »[D]er Industriestandort Bischofferode wird auch in Zukunft existieren«, so Staatskanzleiminister Trautvetter, als er sich am 23. Dezember 1993, dem Tag nach der Urabstimmung über die Fortsetzung des Hungerstreiks, im Landtag gegen Forderungen der Opposition zur Übernahme der Kaligrube in Landeseigentum wehren musste. Erneut verwies Trautvetter auf die zahlreichen »Angebote weiterer Investoren«, die »sichere Arbeitsplätze für die Zukunft« bringen sollten.<sup>3</sup> Nachdem auch Bodo Ra-

---

1 Hans-Jörg Evert, Nachhilfe in Sachen Kali, in: *Junge Welt*, 8.1.1994.

2 Peter Marx, Nur noch Schutt, in: *Der Tagesspiegel*, 29.12.1995.

3 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, 102. Sitzung am 23. Dezember 1993, S. 7887 f., URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/10071/102\\_plenarsitzung.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/10071/102_plenarsitzung.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

melow nach dem Jahreswechsel 1993/94 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* noch einmal ausdrücklich einen möglichst sozialverträglichen Strukturwandel gefordert hatte, »[d]amit der Arbeitskampf nicht unsinnig gewesen sei und die Kumpel aufrecht weitergehen könnten«, <sup>4</sup> konkretisierte die Thüringer Staatskanzlei die optimistische Ankündigung Trautvetters in einer Stellungnahme für den Landtag und stellte rund 940 Dauerarbeitsplätze in der Region in Aussicht. <sup>5</sup>

Im Wirtschaftsministerium des Landes sah man jedoch große Probleme auf die Politik zukommen, denn die »glorreiche« Zeit des aktiven Bergbaus war in Thüringen endgültig vorbei. Kali wurde nur noch in Unterbreizbach mit 800 Beschäftigten aktiv gefördert. Zusammen mit weiteren drei Bergbaubetrieben arbeiteten in Thüringen 1995 insgesamt noch 1.600 Beschäftigte (von ehemals 11.400 im Jahr 1991) im aktiven Bergbau, dessen Zukunft stark vom Weltmarkt abhing. <sup>6</sup> Diesen Verlust zu kompensieren verlangte nicht nur gewaltige Ressourcen für den Ausbau der Infrastruktur. Auf dem Gelände des Bischofferöder Werks mussten zudem umfangreiche, zeitaufwendige und kostenintensive Verwahrmaßnahmen durchgeführt werden, bevor sich dort Unternehmen ansiedeln konnten. Aber auch hierfür fehlte es dem eher farblosen ostdeutschen Wirtschaftsminister Bohn an konkreten Konzepten jenseits neoliberaler Schwärmereien. Deshalb wurde die Organisation der Strukturpolitik vor Ort bereits nach dem Jahreswechsel in die Hände von Innenminister Franz Schuster (CDU) gelegt. Der westdeutsche Ökonom hatte mit Ministerpräsident Bernhard Vogel bereits in der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammengearbeitet, nach der Wiedervereinigung zunächst als kommissarischer Wirtschafts- und Arbeitsminister in Sachsen Erfahrungen bei der Privatisierung und Sanierung ostdeutscher Unternehmen gesammelt und sich seit 1992 in Thüringen um den Aufbau der Landes- und Kommunalverwaltung verdient gemacht. Mit diesem Erfahrungswissen im

---

4 Der Arbeitskampf in Bischofferode ist beigelegt. Stilllegung von Betriebsrat akzeptiert / Alle 700 Bergleute bekommen Abfindung und neuen Arbeitsplatz, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.1.1994.

5 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, Unterrichtung durch die Landesregierung: Wirtschaftliche und soziale Situation in Thüringen, hier: Kaliwerk Bischofferode, 20.1.1994, Drucksache 1/3019, URL: [http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/10179/wirtschaftliche\\_u\\_soziale\\_situation\\_in\\_thueringen\\_hier\\_kaliwerk\\_bischofferode.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/10179/wirtschaftliche_u_soziale_situation_in_thueringen_hier_kaliwerk_bischofferode.pdf) (abgerufen am 8.8.2022).

6 TMWI, 2B4, Engel, an Minister Franz Schuster, Betreff: Gesprächstermin IGBE Thüringen/Hessen/Rheinland-Pfalz mit Minister am 17.02.1995, Bezug: LMB-Mitteilung vom 31.01.1995, Zuarbeit zum Thema: Wirtschaftliche Situation des Bergbaus, 10.2.1995, LATh-HStA, 6–82-3001, Nr. 1619, Bl. 94–100.

Gepäck koordinierte er seit 1994 die Strukturpolitik in Bischofferode bzw. Nordthüringen, bevor er nach der Landtagswahl im Oktober 1994, die Bohns Partei FDP zugleich eine herbe Niederlage bescherte, offiziell in das Amt des Wirtschafts- und Infrastrukturministers in einer Großen Koalition aus CDU und SPD gelangte. Dass Schuster nach der darauffolgenden Landtagswahl 1999 zudem das Ressort Arbeit übernahm,<sup>7</sup> basierte auch auf den Erfahrungen, die er bis 1998 bei der Umsetzung struktur- und arbeitsmarktpolitischer Konzepte in Bischofferode gesammelt hatte.

Eine glatte Erfolgsgeschichte, wie sie Schuster später selbst zeichnete,<sup>8</sup> wurde Bischofferode aber nicht. Vielmehr legten die Herausforderungen der Strukturpolitik in der Region auch Transformationskonflikte innerhalb der Landesverwaltung ungeniert offen, für deren Lösung die westlichen Vorbilder keine Rezepte parat hatten. Dabei formten sich bürokratische Routinen und Diskurse in konkreten Praktiken und Kommunikationsprozessen mit den Akteuren vor Ort. Und die ersten Konflikte nach dem Jahreswechsel 1993/94 ließen nicht lange auf sich warten. Schon im ersten Halbjahr 1994 gerieten Landesregierung, Treuhand, GVV als neue Eigentümerin des Werks Bischofferode und Gewerkschaften vor Ort in einen erbitterten Konflikt über die Organisation von Übergangs- und Ersatzarbeitsplätzen in der Region. Denn im Januar 1994 traten fast alle Bischofferöder Kumpel zunächst in die GVV ein, obwohl dort nur 227 Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden waren. Nur 19 nahmen den Sozialplan an.<sup>9</sup> Wesentlich für den Masseneintritt in die GVV war, dass die Landesregierung Beschäftigte außerhalb der GVV zuvor explizit von den bis Ende 1996 gültigen Beschäftigungszusagen ausgeschlossen hatte.<sup>10</sup> Die Suche nach einer alternativen Beschäftigungsgesellschaft für die beschäftigungslosen Kumpel in der GVV geriet damit zum Machtkonflikt zwischen der Treuhand und der Landesregierung. Letztere favorisierte die landeseigene ESK, die wiederum die Entwicklungsgesellschaft Nordthüringen (EGN) mit der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Organisation von Bildungsmaßnahmen beauftragen sollte. Die Treuhand unterstützte zusammen mit dem DGB Nordhausen dagegen ein Konzept der aus zehn Treuhand-Betrieben hervorgegangenen Südthürin-

---

7 Art. »Schuster, Franz«, in: Munzinger Online, URL: <http://www.munzinger.de/document/0000020398> (abgerufen am 4.5.2021)

8 Schuster, Thüringens Weg in die soziale Marktwirtschaft.

9 Chronologie der Aktivitäten der Treuhandanstalt (THA) und GVV im Zusammenhang mit der Betriebsübernahme Bischofferode, o.D., BA-B, B 412, 10749, unfol.

10 Lappe verlangt von Bergleuten Mäßigung, in: Mitteldeutsche Zeitung, 8.1.1994.

ger Entwicklungsgesellschaft Arbeit und Umwelt mbH (Stegau), die damit unweigerlich in Konkurrenz zur ESK/EGN trat und auch ungeniert mit den Vorteilen gegenüber dieser warb. So sollte eine bereits in Gründung befindliche Tochtergesellschaft zur Hälfte der Belegschaft gehören, die damit an der Entwicklung der Gesellschaft partizipierte. Zudem warb der Geschäftsführer der Stegau, Michael Düker, mit der Zukunftsorientierung dieses Modells gegenüber den wenig »reizvoll[en] und perspektivisch sinnvoll[en]« Beschäftigungsangeboten der GVV/ESK/EGN.<sup>11</sup>

Obwohl bis Anfang Februar fast 130 Kalikumpel ihre Bereitschaft zum Übertritt in die Tochtergesellschaft der Stegau bekundet hatten, entschied sich die Landesregierung für die ESK/EGN. Innenminister Schuster spielte hierbei eine entscheidende Rolle. Nicht nur glaubte er, einem internen Gesprächsvermerk zufolge, 200 bis 300 Kumpel zu einem Übertritt in die EGN bewegen zu können; auch setzte er Düker offenbar unter Druck, sich aus der Debatte herauszuhalten.<sup>12</sup> Schusters Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht. Obwohl auch der ehemalige Betriebsratsvorsitzende des Kalikwerks, Heiner Brodhun, in die EGN wechselte und dort erneut Betriebsratsvorsitzender wurde, folgten ihm nur 24 Kumpel. Düker und der DGB reagierten indes entrüstet über die Favorisierung der »Billigst/Schmalspurlösung« durch das Land, warnten vor einem drohenden Verdrängungswettbewerb zwischen »erstem« und »zweitem« (d.h. dem staatlich gestützten) Arbeitsmarkt und zogen sich, enttäuscht vom Land und Betriebsrat, bald ganz aus der Strukturpolitik in der Region zurück.<sup>13</sup> Ganz so billig, wie der DGB und Düker polemisch mutmaßten, war die Erfurter Entscheidung am Ende aber freilich nicht, wie der Landesrechnungshof 1998 feststellte. Allein in den

---

11 Michael Düker an die THA, Unterlagen zur EEG, 23.1.1994, BA-B, B 412, 10834, Bl. 370–374; THA, Direktor Mitarbeiterfragen/Beteiligungsunternehmen PE M, Bayreuther, an die SteGAU, Herrn Düker persönlich, Bischofferode, hier: ABS zur Beschäftigung von nicht in die GVV wechselnden Arbeitnehmern, 26.1.1994, ebd., Bl. 352.

12 Handschriftliche Gesprächsnotizen (Januar 1994), ebd., Bl. 439.

13 DGB Kreis Nordthüringen, Pressemitteilung, HZ: Jetzt sollen die Kalikumpel noch um die dürreren Früchte ihres Arbeitskampfes geprellt werden, 1.2.1994, ebd., Bl. 37 f; Stegau GmbH, Michael Düker, an die THA, Herrn Trappehl, 4.2.1994, ebd., Bl. 340; Stegau GmbH, Michael Düker, an die THA, Herrn Trappehl, 16.2.1994, ebd., Bl. 337; DGB Kreis Nordhausen, Pressemitteilung, 17.2.1994, ebd., Bl. 28; Betriebsrat gegen DGB-Modell, in: Mitteldeutsche Allgemeine, 17.2.1994; Ex-Kalikumpel verwirrt: Alle wollen nur ihr Bestes. Auch der DGB bot Konzept für Auffanggesellschaft an, in: Thüringer Allgemeine (Eichsfeld), 17.2.1994.

Jahren 1994/95 kostete bereits die Einschaltung der ESK zwischen Land und GVV fast eine halbe Million DM.<sup>14</sup>

Es ging bei der Entscheidung für die ESK/EGN letztlich auch weniger um Geld, geschweige denn um konkrete Konzepte, sondern vor allem um den Einfluss des Landes auf das Geschehen vor Ort. Die Strukturpolitik des Landes, so die Hoffnung, sollte auch nach außen ein sichtbarer Erfolg werden und die Gängelung durch die Treuhand vergessen machen. Diese Souveränitätspolitik kostete aber nicht nur knappe Landesmittel und setzte die ohnehin überforderte Verwaltung unter hohen Erfüllungsdruck, sondern belastete auch die Beziehungen zur Treuhand/GVV, von deren Mitteln das Land weiterhin abhängig war. So stritten sich beide Seiten noch monatelang über den Umgang mit den 419 Kumpeln, die beschäftigungslos in der GVV festhingen. Versuche der Treuhand, das Konzept der Stegau noch einmal ins Gespräch zu bringen, scheiterten bald am erneuten Widerstand aus Erfurt.<sup>15</sup> Um einer »wiederaufflammenden kritischen Situation in Bischofferode« jedoch vorzubeugen, schlug der Geschäftsführer der GVV (und frühere Mitarbeiter von Schucht) Mahmut Kuyumcu der Treuhand vor, die Lohnkosten für die betreffenden Kumpel bis Ende 1995 zu tragen, auch wenn die ehemaligen Bergleute in Projekte des Landes bzw. der Kommunen eingesetzt würden, was freilich der Gesetzeslage widersprach.<sup>16</sup> In der Treuhand stieß der Vorschlag daher zunächst auf wenig Gegenliebe, denn dort hatte sich unlängst der Eindruck verfestigt, dass der Masseneintritt in die GVV nicht in erster Linie durch die Beschäftigungszusagen vorgezeichnet worden war, sondern durch die wenig konstruktive Haltung der Thüringer Landesregierung, die einer vernünftigen Lösung »den notwendigen Vertrauensbeweis« vorenthalten habe. So lehnte der für Mitarbeiterfragen zuständige Bernhard Trappehl mit dem Verweis auf die Gesetzes- und Beschlusslage der Treuhand jeglichen flexiblen Lösungsweg ab.<sup>17</sup> Ministerpräsident Vogel kritisierte hingegen die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Treuhand, schob

---

14 Landesrechnungshof, Prüfung der Zuwendung an die ESK zur Finanzierung von Beschäftigungsmaßnahmen für ehemalige Mitarbeiter des Kali-Bergbaus, o.D. [1998], LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 1622, Bl. 101–125, hier Bl. 110.

15 THA, Birgit Breuel/Klaus Schucht, an Ministerpräsident Bernard Vogel, 21.2.1994, BA-B, B 412, 10834, Bl. 216.

16 Mahmut Kuyumcu, Notiz über die Besprechung vom 21.2.1994 bezüglich der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in Bischofferode, o.D., ebd., Bl. 137 f.

17 Bernhard Trappehl, Anmerkungen zum Vermerk der GVV für Dr. Schucht vom 23.02.1994, 23.2.1994, ebd., Bl. 143.

die Verantwortung für die Situation dem Betriebsrat zu und verwies auf die bereits erzielten Erfolge der ESK, die schon 350 Umschulungsmöglichkeiten angeboten habe und mit 20 potentiellen Investoren in Kontakt stünde, so dass noch 1994 bis zu 125 Dauerarbeitsplätze entstehen könnten.<sup>18</sup> In dem festgefahrenen Streit zeichnete sich als einziger Lösungsweg die später vom Landesrechnungshof beanstandete kostspielige Vereinbarung zwischen der GVV und der ESK/EGN ab, wobei erstere doch noch die Lohnkosten bis Ende 1995 übernahm.<sup>19</sup> Vogel drängte indes darauf, dass die Treuhand/GVV auch die Sachkosten trug.<sup>20</sup> Erst am 20. Mai 1994 einigten sich beide Seiten darauf, die Sachkosten jeweils zur Hälfte zu übernehmen.<sup>21</sup> Zwischenzeitlich hatte sich die Zahl der noch zu versorgenden Kumpel halbiert, nachdem rund 200 von ihnen in Qualifizierungs- bzw. Umschulungsmaßnahmen gewechselt waren.<sup>22</sup>

Der föderale Machtkonflikt prägte die strukturpolitischen Diskussionen vor Ort nachhaltig. Einerseits wirkte er der sonst so pragmatischen Handhabung rechtlicher Vorschriften durch die Treuhand entgegen, andererseits drehten sich die Debatten in Thüringen weiterhin einzig um die Frage, wie der Landeseinfluss am besten zu sichern sei. Dabei reichten die Ansichten allein innerhalb der regierenden CDU von einer teilweisen Übernahme der GVV in Landeseigentum über eine partielle Mitbestimmung bei »bestimmten Schachtverwahrungen« bis hin zu der Forderung, von der Treuhand neben der Übernahme von Einrichtungen zusätzlich noch eine »Mitgift« von 600 Millionen DM zu verlangen. Dagegen blieben die stets öffentlich betonten Erfolge der ESK bei der Ansiedlung von Unternehmen in der Region überschaubar bzw. stellten sich erst allmählich ein. Bis Jahresende 1994 hatte sich lediglich ein Unternehmen auf dem Werksgelände angesiedelt, zudem hatten sich drei Ingenieure selbständig gemacht, sodass zu Jahresbeginn 1995 nur 30 Arbeitsplätze geschaffen worden waren. Dabei wirkten

---

18 Der Thüringer Ministerpräsident, Bernhard Vogel, an die THA, Präsidentin Birgit Breuel, 3.3.1994, ebd., Bl. 209 f.

19 GVV, Kurznotiz über die Besprechung in der Thüringischen Staatskanzlei am 1.3.1994, 1.3.1994, ebd., Bl. 130 f.

20 Der Thüringer Ministerpräsident, Bernhard Vogel, an die THA, Präsidentin Birgit Breuel, 2.5.1994, BA-B, B 412, IO749, unfol.

21 GVV, Notiz zum Gespräch mit Herrn Minister Trautvetter am 03.03.1995 in der Staatskanzlei des Freistaates Thüringen in Erfurt, 8.3.1995, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 1621, Bl. 144-146.

22 THA, Sachstandsbericht zur Beschäftigungssituation der Mitarbeiter des stillgelegten Kaliwerkes Bischofferode (Stand 11.03.1994), 11.3.1994, BA-B, B 412, IO749, unfol.

sich auch erneute Differenzen zwischen dem Land und der Treuhand (bzw. zwischen ESK und GVV) über die Vermarktung der Gruben und Halden sowie Kompetenzkonflikte zwischen den Thüringer Behörden nachteilig auf die Ansiedlungspolitik aus. Im Thüringer Umweltministerium waren allein zwei, im Wirtschaftsministerium drei Abteilungen in die Strukturpolitik vor Ort involviert. Dazu kamen das Oberbergamt, die Landes-Entwicklungs-Gesellschaft mit ihren Tochtergesellschaften sowie Bildungsträger und Verbände. Schließlich waren auch die Kommunen einzubinden, die sich – wie etwa in Merkers, wo sich bereits mehrere Unternehmen angesiedelt hatten – vehement gegen Pläne der Landesregierung zum Aufbau einer Abfallwirtschaft stemmten, aus Furcht, zur »Müllhalde der Nation« zu verkommen.<sup>23</sup>

In Bischofferode gestalteten sich die Probleme angesichts des skizzierten Problembündels noch akuter. Wie überall in der Region sollte auch dieser Kalistandort zum Gewerbepark umstrukturiert werden. Über die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« konnten bis zum Sommer 1995 indes nur 70 Prozent der dafür notwendigen Erschließungskosten aufgebracht werden. Wer die restlichen 30 Prozent übernehmen sollte, blieb dagegen unklar. Die beiden Kommunen Bischofferode und Holungen, die sich hierfür zum Zweckverband zusammenschlossen, hatten dafür keine Mittel, und die GVV (bzw. das BMF) weigerte sich angesichts der Konflikte mit dem Land ebenso beharrlich, die Restkosten zu übernehmen.<sup>24</sup> Erst im November 1995 wurde die Fördersumme nach zähen Verhandlungen auf 90 Prozent der Gesamtkosten erhöht, weitere neun Prozent sagte nun die GVV zu, das verbliebene Prozent übernahm das Thüringer Wirtschaftsministerium. Bis Mitte 1996 konnten damit immerhin zehn Unternehmen in Bischofferode angesiedelt und 115 Arbeitsplät-

---

23 TMWI, Dossier zur Umstrukturierung der Kali-Standorte, o.D. [Januar 1995], LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 691, Bl. 225–230.

24 ESK, Niederschrift über die 6. Aufsichtsratssitzung der Entwicklungsgesellschaft Südharz-Kyffhäuser am 03.03.95 in Worbis, 8.3.1995, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 688, Bl. 259–261; Gesprächsnotiz zum Gespräch mit Herrn Min. des Bundeskanzleramts Herrn Bohl auf der Burg Rodenstein am 20.5.95, o.D., LATH-HStA, 6–82-3001, 1624, Bl. 105–108; TMWI, Koordinierungsstab, Constanza von Steuer, an AL II, Herrn Engel, Zuarbeit für III. Regionalkonferenz, Projekt 4: Entwicklung der bisherigen Kalistandorte der Südharzregion, 16.8.1995, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 1611, unfol.

ze geschaffen werden, die zur Hälfte mit ehemaligen Bischofferöder Kumpeln besetzt wurden.<sup>25</sup>

Verdeckt wurden diese durchaus vorzeigbaren, aber bei Weitem nicht ausreichenden Erfolge jedoch nicht nur von den immer wieder aufflammenden Konflikten zwischen der ESK und der GVV, sondern auch von immer lauter werdenden Vorwürfen umliegender Kommunen, die sich bei der Wirtschaftsförderung im Nachteil sahen. So äußerte sich der Bürgermeister des ehemaligen Textilstandorts Leinefelde, Gerd Reinhard, in einem Radiobeitrag des MDR Ende Mai 1995 abschätzig über das Bischofferöder Gewerbegebiet, das wegen der schlechten Verkehrsanbindung »bei Investoren auf wenig Zuspruch« stoße, während Leinefelde »bald eine Autobahn vor der Nase« habe, ohne gleichermaßen Beachtung zu finden. Auch der Sollstedter Bürgermeister Jürgen Hohberg, der sich 1993 noch auf die Seite der Bischofferöder geschlagen hatte, übte im selben Beitrag harsche Kritik an der Förderung Bischofferodes, während das Sollstedter Gewerbegebiet, obwohl »an der B 80 gelegen«, nur zu 30 Prozent belegt sei.<sup>26</sup> Der anhaltende Konflikt um Bischofferode beschleunigte somit auch regionale Desintegrationsprozesse.

Den Bischofferöder Kumpeln ging der Strukturwandel vor Ort dagegen nicht schnell genug. Ihre Vertreter – die Betriebsratsvorsitzenden der EGN und GVV, Heiner Brodhun und Walter Ertmer, und der seit 1994 für die PDS im Bundestag sitzende Gerhard Jüttemann – erinnerten Wirtschaftsminister Schuster immer wieder medienwirksam an die Beschäftigungszusagen der Landesregierung, wovon Schuster aus Angst vor erneuten Protesten nicht abzuweichen gedachte.<sup>27</sup> Dennoch torpedierten einige ehemalige Kumpel die Wirtschaftspolitik vor Ort immer wieder, indem sie Besichtigungsfahrten mit potentiellen Investoren durch aggressives Auftreten und Drohrufe störten.<sup>28</sup> Zudem weigerten sich einige von ihnen, Arbeitsplatzangebote in lokalen Unternehmen anzunehmen, besonders weil die Löhne dort unter den vergleichsweise hohen Bergbaurtarifen lagen, die in der GVV

25 TMWI, Leiter der Koordinierungsstäbe, Rudel, Historischer Werdegang der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen am Standort Bischofferode, 15.7.1996, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 685, Bl. 139–146.

26 Mitschrift des Rundfunkbeitrages vom 29. Mai 1995, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 1624, Bl. 104.

27 »Wir können Betriebe nicht hierherbefehlen«. Wirtschaftsminister bei Bergwerkern, in: Thüringer Allgemeine, 27.6.1995.

28 Interview mit Eugen Nolte am 13.11.2018, Transkript (im Besitz des Autors), S. 53.

und EGN weitergezahlt wurden.<sup>29</sup> Dies sprach sich freilich auch unter potentiellen Interessenten herum, weshalb man in Erfurt deren Forderungen nicht nur häufig sehr weit entgegenkam, sondern zuweilen auch Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit vernachlässigte, um den Vertrauensverlust vor Ort nicht weiter zu befeuern. Die Toleranz war dabei freilich nicht grenzenlos, häufig aber war es die GVV, die die Grenzen des Tolerierbaren bestimmte. So unterstützte Minister Trautvetter im Frühjahr 1995 ein Management-Buy-Out-Projekt (MBO) früherer Kalikumpel zur Gründung eines Transport- und Abbruchunternehmens, obwohl er selbst Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens hatte.<sup>30</sup> Als politisches Signal an die lokale Bevölkerung, selbst unternehmerisch aktiv zu werden, aber schien sich das Projekt hervorragend zu eignen, zumal das MBO-Team mit dem Argument »Arbeitsplatzsicherung für Kali-Kumpel« warb. Nach internen Gesprächen mit der GVV war diese sogar bereit, ein wirtschaftlich lukrativeres Projekt zu streichen. Nachverhandlungen endeten jedoch mit dem Ergebnis, dass das MBO-Team noch immer fast 50 Prozent teurer war als das Angebot des Ersthalters, der ebenfalls aus Ostdeutschland kam und Arbeitsplätze für zehn Kalikumpel versprach. Das MBO-Projekt scheiterte damit Ende März 1995 endgültig.<sup>31</sup>

Auch andere, aufwendig vorbereitete Investitionsprojekte erwiesen sich häufig als Sackgassen. Zuweilen verhehlten Investoren dabei kaum, dass sie in Bischofferode vor allem auf billige Grundstücke hofften. So ging der Agent eines Möbelzulieferers in seinem Kaufangebot vom Januar 1996 direkt auf die »vielen Standortnachteile« in Bischofferode ein, die sich im Kaufpreis widerspiegeln müssten. So sei die »Rückstandshalde [...] kein schöner Anblick«, enthalte womöglich sogar schädliche Stoffe. Zudem werde der »Ortsname Bischofferode [...] ständig mit Streik verbunden«. Dazu kamen die Unsicherheit über die Zukunft des lokalen Bahnbetriebs sowie die Nähe Ostdeutschlands zu den »Billiglohnländern« in Osteuropa, wo »ebenso viel für Investoren getan« werde.<sup>32</sup> Dies ist sicherlich ein Extremfall, der dennoch symptomatisch für eine generelle Entwicklung steht.

---

29 Kreishandwerkerschaft Obereichsfeld/Leinefelder Bildungsakademie, Geschäftsführer, an die ESK, Frau Richard, o.D. [April 1995], LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 685, unfol.

30 GVV, Notiz zum Gespräch mit Herrn Minister Trautvetter am 03.03.1995 in der Staatskanzlei des Freistaates Thüringen in Erfurt, 8.3.1995, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 1621, Bl. 145 f.

31 TMWI, Leiter Koordinationsstab, E. Rudel, an Minister Schuster, Entwurf, 23.3.1995, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 1628, Bl. 44 f.

32 Kuhlmann Handelsagentur GmbH an GVV Erfurt, 22.1.1996, ebd., Bl. II.

Denn gerade mit dem Abebben der anfänglichen Gründungseuphorie im Bau- und Handwerkssektor, die den großzügigen öffentlichen Infrastrukturprogrammen für die »neuen« Bundesländer Anfang der 1990er Jahre (»Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost«) folgte und einige Arbeitsplätze auch in Bischofferode schuf, wurde es in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts immer schwieriger, Unternehmen in die strukturschwache Kaliregion zu bewegen. Bis Ende August 1996 waren erst 69 ehemalige Kalikumpel in 13 angesiedelten Unternehmen, vornehmlich aus dem Handwerk, dem Transport- und Abrisssektor, dauerhaft untergebracht, während Verhandlungen mit weiteren Investoren immer häufiger scheiterten.<sup>33</sup>

Gleichwohl: Rein wirtschaftlich betrachtet ging es im Eichsfeldkreis seit 1991 stetig bergauf. Aus 40 Betrieben im Jahr 1991 wurden 66 im Jahr 1996. Der Umsatz nahm in diesem Zeitraum um rund 55 Prozent zu, die Produktivität gar um 82 Prozent. Die Beschäftigtenzahlen kletterten freilich erst ab 1995 wieder allmählich nach oben, nachdem sie seit 1991 rasant abgefallen waren.<sup>34</sup> Im Mai 1997 vermeldete der Kreis mit 17,4 Prozent im Nordthüringer Raum sogar die geringste Arbeitslosenquote.<sup>35</sup> Der Hungerstreik trug hierzu wesentlich bei. Denn die Angst vor erneuten Protesten ließ die Region zu einem Förderschwerpunkt werden. Freilich konnten die Landespolitiker den hohen Erwartungen der Protestierenden, die sie selbst immer wieder nährten, kaum gerecht werden. Zu groß waren die Herausforderungen und politischen Zwänge. Und schließlich war der Preis für die Förderung Bischofferodes eine Vernachlässigung anderer strukturschwacher Regionen.

## Making Miners Work Again: Arbeitsmarktpolitik in Bischofferode

Spätestens im Sommer 1995 wurden die strukturpolitischen Initiativen der Landesregierung von ihrem 1993 abgegebenen Versprechen eingeholt, den Kumpeln bis 1996 Dauerarbeitsplätze zu verschaffen. Das rückte auch die Rolle der Arbeitsverwaltung stärker in den Fokus, deren Aufgabe es

33 TMWI, Fax an Herrn Rudel, Industrieansiedlung Kali-Standort Bischofferode, 27.8.1993, LAIth-HStA, 6-82-3001, Nr. 1622, Bl. 232 f.

34 Handschriftliche Statistik: Bergbau/Verarbeitendes Gewerbe, Eichsfeldkreis, o.D., LAIth-HStA, 6-82-3001, Nr. 693, Bl. 94.

35 Wenigste Arbeitslose im Eichsfeldkreis, in: Thüringer Allgemeine, 7.5.1997.

zunächst sein sollte, bis Ende 1995 so viele Kalikumpel wie möglich in Dauerarbeitsverhältnissen unterzubringen, um die Kosten für die Fortführung des »zweiten« Arbeitsmarkts so gering wie möglich zu halten. Die Kriterien, unter denen dies geschehen sollte, waren jedoch zwischen dem Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Infrastruktur (TMWI) und dem Thüringer Ministerium für Soziales und Gesundheit (TMSG) sehr umstritten. Im Zentrum des Konflikts stand vor allem der Umgang mit denjenigen Kumpeln, die sich mit Verweis auf die Lohnunterschiede zwischen »erstem« und »zweitem« Arbeitsmarkt einer Vermittlung in Dauerarbeitsplätze entzogen. Und das waren nicht wenige: Bereits von den bis Anfang Juni 1995 durchgeführten 232 Vermittlungsgesprächen wusste die hierfür bislang zuständige ESK zu berichten, dass sich allein 70 Personen explizit geweigert hatten, weitere Gespräche zu führen. Dazu kamen »schwer vermittelbare« Arbeitslose (Schwerbehinderte, ältere Frauen etc.), deren Zahl man auf 30 schätzte. Schließlich zeigten viele der Betroffenen mit Blick auf die Beschäftigungszusagen des Landes »eine deutliche Zurückhaltung« bei der Annahme von Arbeitsplatzangeboten.<sup>36</sup> Die ESK und die lokalen Arbeitsämter forderten deshalb von der Landespolitik, dass diejenigen, die wiederholt zumutbare Angebote abgelehnt hatten, fortan von jeglicher Beschäftigungszusage auszunehmen seien, und setzten die Verantwortlichen damit nun ihrerseits unter Druck.<sup>37</sup>

In den verwaltungsinternen Debatten wurde der Begriff der Zumutbarkeit vor allem auf die Lohnfrage reduziert. Doch für viele Betroffene ging der Begriff der Zumutbarkeit deutlich weiter. So machten zu Elektrikern umgeschulte Kumpel ihre Entscheidungen zum Übertritt in den »ersten« Arbeitsmarkt neben den Arbeitsinhalten auch von persönlichen bzw. familiären Lebensumständen abhängig, d.h. vom Arbeitsweg, der geschätzten Dauerhaftigkeit des Arbeitsplatzes und möglicher Arbeitseinsätze außerhalb des Wohnorts (Montagetätigkeit).<sup>38</sup> Angesichts der divergierenden Auffassungen über den Begriff der Zumutbarkeit blieb Franz Schuster in Gesprächen mit den Kumpeln und ihren Betriebsräten daher häufig im Vagen. So sagte er bei einer Befragung durch den Betriebsrat der GVV am 14. Juni 1995 zu, in

---

36 ESK, Fax an TMWI, E. Rudel, 8.6.1995, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 1624, Bl. 58.

37 TMWI, Rudel, Protokoll der Vorbereitungs- zur Vorbereitung des Informationsblattes für die Mitarbeiter des Kaliwerkes Bischofferode am 06.06.1995, 8.6.1995, ebd., Bl. 60-63.

38 GVV, Kirchner, Protokoll der Besprechung am 07.06.1995 im Kaliwerk Bischofferode, Thema: Vermittlung der Teilnehmer der Anpassungsmaßnahme zum Elektriker in neue Arbeitsverhältnisse, o.D., LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 685, Bl. 95 f.

der Frage der Zumutbarkeit »sensibel« vorgehen, »aber bei krassen Fällen« den sofortigen Ausschluss von der Beschäftigungsgarantie durchsetzen zu wollen.<sup>39</sup>

Da angesichts des mäßigen Erfolgs der Vermittlungsbemühungen jedoch zu erwarten war, dass bis Ende 1995 noch 230 bis 250 Kumpel nicht auf dem »ersten« Arbeitsmarkt untergebracht waren, musste unter Zeitdruck an neuen Fördermaßnahmen gearbeitet werden. Das Land griff hierfür auf die finanziell attraktive, weil vom Bund bezuschusste, arbeitsmarktneutrale, d.h. zehn Prozent unter den Tariflöhnen liegende, in der Öffentlichkeit aber heftig umstrittene und bei vielen Ostdeutschen unpopuläre Option zurück, die der 1992 eingeführte Paragraph 249h des Arbeitsförderungsgesetzes bot. Dieser ermöglichte zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) in den Bereichen Umwelt, soziale Dienste und Jugendhilfe in Ostdeutschland. Wie zu erwarten, erhielt die Landesregierung dafür nicht nur scharfen Gegenwind vom Betriebsrat der GVV, der Schuster mit der Frage konfrontierte, was dies »noch mit der angekündigten Vermittlung in Dauerarbeitsplätzen zu tun« habe, und erneut mit einer Medienschelte drohte.<sup>40</sup> Auch im Arbeitsamt Leinefelde stellte man sich bereits auf reichlich »Zündstoff« ein, »wenn man nur an die unter Umständen stark veränderten Arbeitsbedingungen, wie z.B. Löhne, Arbeitsort oder Arbeitsinhalte denkt«. Die ohnehin stark überlasteten Arbeitsämter lehnten daher jegliche politische Verantwortung ab – auch mit Blick auf jene Arbeitslose, die sich den Kumpeln gegenüber im Nachteil sahen. Diese Kritik umging das Thüringer Kabinett aber, indem es die EGN kurzerhand zur Maßnahmenträgerin bestimmte, was jedoch den Eichsfelder Landrat Werner Henning dazu veranlasste, seine Mitarbeit an der »Landesaufgabe« aufzukündigen, weil das Landratsamt nun von jeglichem gestaltenden Einfluss ausgeschlossen war.<sup>41</sup> Die EGN wiederum hatte Schwierigkeiten, geeignete Projekte zu konzipieren. Die Prüfung eines ersten Vorschlags vom September 1995 durch das TMWI ergab, dass nicht einmal die Hälfte der Projekte förderwürdig war. Das betraf

39 Stichwort-Protokoll vom 14.06.1995, Betreff: Befragung des Ministers durch Betriebsrat Bischofferode, o.D., LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 1624, Bl. 389 f.

40 GVV, Betriebsratsvorsitzender, Walter Ertmer, an das TMWI, Minister Franz Schuster, 28.9.1995, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 1622, Bl. 85 f.

41 Arbeitsamt Nordhausen, Dienststelle Leinefelde, Protokoll über die Besprechung zur weiteren Beschäftigung der bis zum 31.12.1995 bei der Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung stillgelegter Bergwerksbetriebe mbH (GVV) beschäftigten Kalibergleuten des Werkes Bischofferode am 22.08.1995 in Leinefelde, 23.8.1995, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 1621, Bl. 379–385, hier Bl. 384.

besonders Arbeiten an kommunalen Einrichtungen, Vermessungsarbeiten, Wegebauarbeiten, das Einrichten von Grill- und Parkplätzen sowie Arbeiten an Freizeitparks, Sportplätzen und Bädern.<sup>42</sup> Das führte dazu, dass noch im Dezember angekündigte Projektplätze kurzfristig neu konzipiert werden mussten, um förderwürdig zu sein, und dann nach dem Windhund-Prinzip vergeben wurden, was nicht nur Betroffene verärgerte, sondern auch in den Arbeitsämtern auf Unverständnis stieß, die den Frust der Betroffenen zu spüren bekamen.<sup>43</sup>

Anstatt der erwarteten 230 bis 250 Kumpel wurden nach dem Jahreswechsel 1995/96 nur 180 in der EGN bis Ende 1996 weiterbeschäftigt, 75 waren dagegen arbeitslos gemeldet. Zugleich beschwerte sich die EGN über viele ehemalige Kumpel, die »derzeit starke[n] Mißbrauch [...] mit dem Angebot der Landesregierung« betrieben und Arbeitsplatzangebote »aus diffusen ›fadenscheinigen‹ Gründen [...] (z.B. Silberhochzeit, Kommunion, keine Zeit)« ablehnten. Dem sollte künftig »durch Einschalten des Arbeitsamtes Einhalt geboten werden«. Zusätzlich sollte ein »Ministerbrief« an die Kumpel gehen, der ihnen nachdrücklich klarmachte, dass die Zusagen der Landesregierung endlich seien und sie jeden zumutbaren Arbeitsplatz »annehmen sollten«.<sup>44</sup> Dass viele Kumpel die unpopulären ABM ablehnten, wurde damit ihrer vermeintlichen Motivationslosigkeit zugeschrieben. »Normalität«, also Vollbeschäftigung um jeden Preis, sollte deshalb nun durch behördlichen Zwang hergestellt werden. Doch Minister Schuster lehnte den verlangten »Ministerbrief« ab bzw. reichte diese Aufgabe an die EGN weiter. Zudem sagte er in einer Betriebsversammlung in Bischofferode am 26. Juni 1996 unter Druck sogar zu, die Beschäftigungsprojekte der EGN auch 1997 weiterführen zu wollen.

Schusters sprunghaftes Handeln heizte die Konflikte in der Verwaltung weiter an. Nicht nur griff er in die Kompetenzen des TMSG ein, auch im TMWI wurden zunehmend Stimmen laut, »daß der Sonderstatus der Kalikumpel aus Bischofferode endlich ein Ende haben« und »wieder ›Norma-

---

42 TMWI, 2A7, Rothenburger, an 2B4, Schneider, Vorschlagskomplex der EGN zur Kali-Region Bischofferode, 11.9.1995, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 688, Bl. 284-286.

43 ESK, Richardt, Aktennotiz, Besuch von Herrn Uwe S., Herrn Thomas Z., Herrn Helmut B. am 17.01.1996 bei ESK, 22.2.1996, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 1621, Bl. 115.

44 TMWI, Koordinierungsstab, Rudel, Protokoll der Beratung am 17.04.1996 im TMWI, 20.5.1996, ebd., Bl. 1-5.

lität stattfinden« müsse.<sup>45</sup> Dagegen musste die EGN erneut Maßnahmen für alle 180 Kalikumpel im Jahr 1997 konzipieren, die das Land weitere sieben Millionen DM kosteten. Erschwerend kam hinzu, dass sich die Förderrichtlinien seit dem 1. Juli 1996 verändert hatten. Nun mussten mindestens 36 Prozent der Projektplätze mit Langzeitarbeitslosen besetzt werden, so dass knapp über 300 befristete Arbeitsplätze zu planen waren. Das für die Finanzierung zuständige TMSG war aber bestenfalls bereit dazu, Maßnahmen für 100 Kalikumpel politisch (aber zunächst nicht finanziell) mitzutragen, unter der Voraussetzung, dass eine »strenge Auswahl der zuzuweisenden Personen nach sozialen Aspekten (wie Alter, gesundheitliche Probleme, soziale Lage usw.) in Zusammenarbeit von der Arbeitsverwaltung mit der EGN« erfolge. Einen gänzlichen Verzicht auf die Fortführung der Maßnahmen sah Schuster jedoch als »politisch sicher indiskutabel« an.<sup>46</sup> Das TMSG änderte seinen Standpunkt zwar, nachdem sich herausstellte, dass die Anwendung der Zumutbarkeitsregel für das Jahr 1996 juristisch unsicher war, solange sich die Kumpel auf die Beschäftigungszusage stützen konnten. Es lehnte aber weiterhin eine anteilige Finanzierung von Maßnahmen für alle 180 Kumpel im Jahr 1997 ab und verwies dabei auf empfindliche Kürzungen im Haushalt.<sup>47</sup> Mehr noch warf das TMSG dem TMWI vor, die Strukturprobleme in Bischofferode allein durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen lösen zu wollen, eigene Aufgaben in der regionalen Strukturpolitik aber zu vernachlässigen. Das TMSG versagte daher Mitte Oktober 1996 seine Zustimmung zu einer Kabinettsvorlage, die die Fortführung der Maßnahmen regeln sollte.<sup>48</sup>

Schusters Zusage vom 26. Juni 1996 sorgte auch im TMWI für Handlungsdruck. So relativierten Beamte in der inter-ministeriellen Kommunikation einerseits immer wieder die Verbindlichkeit der Zusage und pochten gebetsmühlenartig auf die finanzielle Zuständigkeit des TMSG, andererseits stand

45 TMWI, Koordinierungsstab, Rudel, Beratung am 02. August 1996 zum Thema: Beschäftigungszusage der Landesregierung für ehemalige Kalimitarbeiter des Werkes Bischofferode, 8.8.1996, LATh-HStA, 6-82-3001, Nr. 1622, Bl. 250-254.

46 TMWI, Der Minister, Franz Schuster, an den Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Dr. Michael Krapp, Kabinettsache, 16.9.1996, LATh-HStA, 6-82-3001, Nr. 685, Bl. 31-44.

47 TMWI, Leiter Koordinierungsstäbe, Rudel, Beratung am 12. September 1996 zum Thema: Beschäftigungszusage der Landesregierung für ehemalige Kalimitarbeiter des Werkes Bischofferode, 25.9.1996, LATh-HStA, 6-82-3001, Nr. 686, Bl. 144-148.

48 TMSG, Marianne Wallach, an das TMWI, Herrn Hamm, Betr.: Ressortabstimmung zur Kabinettsvorlage des TMWI zu »Bischofferode«, Bezug: Ihr Schreiben vom 16.10.1996, LATh-HStA, 6-82-3001, Nr. 685, Bl. II f.

das TMWI in der Öffentlichkeit in der Pflicht, die getätigte Zusage auch umzusetzen. Zugleich aber erhob sich aus der örtlichen Wirtschaft zunehmend Widerstand gegen eine Fortführung der Maßnahmen, durch die lokalen Firmen Aufträge entzogen würden, was quer zur Ansiedlungspolitik des TMWI lag. Zugleich kursierten seit Oktober 1996 Gerüchte über eine bevorstehende Insolvenz der EGN, die somit möglichst viele Projekte umsetzen wollte. EGN und ESK gaben wohl auch deshalb an, nicht genau bestimmen zu können, wer Anspruch auf eine Fortsetzung von Maßnahmen hatte, und verwiesen auf die erheblichen Lücken der behördlichen Dokumentation.<sup>49</sup>

Ein Kompromiss bahnte sich erst an, als sich die politisch Verantwortlichen Ende Oktober auf Druck der Arbeitsämter auf eine Maximalförderung von 150 Projektplätzen einigten, was Maßnahmen für 90 ehemalige Kumpel implizierte, die zuvor allesamt als »schwer vermittelbar« (über 50 Jahre) eingestuft worden und damit anspruchsberechtigt waren. Das TMSG, das diese starre Grenze kurze Zeit später wieder aufweichte, um möglichen Fehlern in der Datenerhebung flexibel begegnen zu können, war nun bereit, die in den Schubladen der EGN schon bereitliegenden Projekte zu finanzieren – ungeachtet der Bedenken des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz (TMLUN), dass es sich hierbei de facto nicht um Projekte des »grünen Bereichs« handelte, sondern um Projekte zur »Umfeldverbesserung von Gemeinden mit teilweise investivem Charakter«. Diese Bedenken waren durchaus von Gewicht, denn strittig blieb weiterhin die Finanzierung des Eigenanteils des Projektträgers EGN von 666.000 DM, die sowohl das TMSG als auch das TMWI aus haushaltsrechtlichen Gründen bzw. wegen der Gefahr eines Präzedenzfalles ablehnten.<sup>50</sup> Die Diskrepanzen zwischen politischem Gebaren und Verwaltungspraxis beförderten eine zunehmend dogmatische Auslegung der Vorschriften und erschwerten ein flexibles Zusammenwirken der Ministerien. So bedurfte es erst einer erneuten Eskalation während einer Betriebsversammlung in Bischofferode

---

49 TMWI, AL 2, Herr Schuwirth, an Herrn Minister, Vermerk, 20.10.1996, LATh-HStA, 6–82-3001, Nr. 4092, Bl. 122–124; TMWI, AL 2, Herr Schuwirth, an Herrn Minister, Betr.: Sprechzettel für Kabinettsvorlage Bischofferode, 25.10.1996, LATh-HStA, 6–82-3001, Nr. 685, Bl. 3–5.

50 TMWI, Dr. Pampel, Festlegungen der 82. Vorkonferenz am 24.10.1996 zur Kabinettsvorlage »Standort Bischofferode«, 6.11.1996, LATh-HStA, 6–82-3001, Nr. 689, Bl. 261–265; TMWI, Dr. Pampel, an Herrn AL 2, Ergebnisprotokoll der Beratung im TMWI am 14.11.1996, Thema: Prüfung der Fortführungsmöglichkeit von Beschäftigungsmaßnahmen nach § 249h im Jahr 1997 für ehemalige Mitarbeiter des Kalibergwerkes Bischofferode, 20.11.1996, ebd., Bl. 214 f.

Anfang Dezember 1996, um das TMLUN zur Übernahme des Trägeranteils zu drängen.<sup>51</sup>

Die Öffentlichkeit sollte von den Konflikten zwischen Ministerien und Verwaltungen freilich nichts mitbekommen. In seiner Presseerklärung vom 10. Dezember 1996 betonte Schuster zwar, dass 95 ehemalige Kumpel auch 1997 im »zweiten« Arbeitsmarkt weiterbeschäftigt würden, machte aber zugleich den parallel ausscheidenden 65 Kumpeln Hoffnung, nach Einzelfallprüfung ebenso in das Programm aufgenommen werden zu können. Diese Kommunikationsstrategie stand nicht nur den Anliegen der Arbeitsämter entgegen, die diese Plätze für andere Langzeitarbeitslose reservieren mussten, sondern auch im Widerspruch zur Verwaltungspraxis. So wurden die nicht zum Zuge gekommenen Kumpel nach dem Jahreswechsel 1996/97 konsequent abgewiesen, was nicht nur Landrat Henning dazu bewog, Schuster auf den »Ärger, den wir jetzt haben«, aufmerksam zu machen und eine Weiterbeschäftigung aller Kumpel unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung zu fordern.<sup>52</sup> Auch der GVV-Betriebsratsvorsitzende Ertmer und die Eichsfelder Ortsgruppe der IG BE reagierten entrüstet auf die »brutal[e] und unmenschlich[e]« Praxis der EGN und der Arbeitsämter, die »nach der Nase« oder nach dem »Freund-Feind-Bild« entschieden«, wer einen Projektplatz bekomme. Die Gewerkschaft forderte Schuster auf, »die Verantwortlichen, die für die jetzt eingetretene Situation schuldig sind, öffentlich zu benennen und zur Rechenschaft zu ziehen«.<sup>53</sup>

Erneut musste Schuster einlenken und sagte Landrat Henning eine Lösung des Problems zu.<sup>54</sup> Bereits Mitte Januar 1997 lag eine revidierte Kabinettsvorlage auf dem Tisch, die eine Erweiterung der Projektmaßnahmen

51 TMSG, Pfeifer, an TMWI, Dr. Pampel, Betr.: § 249h-Maßnahmen in Bischofferode, 3.12.1996, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 686, Bl. 249 f.; TMSG, Ref. 22, Betr.: Interministerielle Besprechung zum Entwurf der Kabinettsvorlage des TMWI vom 27.11.1996: »Bericht über die Fortführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für Beschäftigte des ehemaligen Kalibergwerks Bischofferode im Jahre 1997«, hier: Ergebnisprotokoll, 3.12.1996, ebd., Bl. 251 f.; TMWI, Dr. Pampel, Bericht über die Fortführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für Beschäftigte des ehemaligen Kalibergwerks Bischofferode im Jahre 1997, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 689, Bl. 15 f.

52 Landkreis Eichsfeld, Landrat Werner Henning, an das TMWI, Minister Franz Schuster, Beschäftigungssituation ehemaliger Kalikumpel in Bischofferode, 7.1.1997, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 686, Bl. 200 f.

53 Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Ortsgruppe Eichsfeld, an das TMWI, Minister Franz Schuster, 10.1.1997, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 691, Bl. 197 f.

54 Schuster sagt ja zu mehr Stellen. Landrat vermittelt: Minister kommt, in: Thüringische Landeszeitung, 13.1.1997.

auf 60 Stellen, davon 42 für Kalikumpel, und eine Anhebung des Finanzrahmens von sieben auf 9,5 Millionen DM vorsah.<sup>55</sup> Die Konflikte zwischen den Ministerien wiederholten sich damit nicht nur erneut, sondern spitzten sich noch zu, als sich weitere 14 unberücksichtigte Kumpel zu Wort meldeten, sich auf den Gleichbehandlungsgrundsatz beriefen und darauf hinwiesen, dass unter den weitergeförderten Kollegen auch Personen seien, die Anspruch auf Knappschaftsausgleichsleistungen hätten, während sie selbst, obwohl ebenso Empfänger dieser Leistungen, nicht weitergefördert wurden. Damit stand eine nochmalige Erhöhung des Kontingents um weitere 23 Stellen (inklusive Langzeitarbeitslose) zur Debatte.<sup>56</sup> Die »sauberste Lösung«, die Zuwendungsbescheide an die »Trittbrettfahrer« zurückzufordern, aber wollte niemand durchsetzen, obwohl sich sogar viele als »Härtefälle« deklarierte Betroffene, aber auch bereits Entlassene über die »ungerechte« Förderung dieses privilegierten Personenkreises beschwerten.<sup>57</sup>

Dennoch blieb Schuster bei seiner Linie. Bei einer unter Anwesenheit zahlreicher Medien stattfindenden weiteren Diskussionsrunde in Bischofferode am 25. Januar 1997 ging er zwar auf die Probleme der Datenerhebung ein, um daraus jedoch die soziale Verpflichtung des TMWI abzuleiten, weitere 41 Projektplätze zu finanzieren. Zudem sagte er den Anspruchsberechtigten von Knappschaftsausgleichsleistungen und den von der GVV Entlassenen eine Prüfung ihrer Fälle zu. Durchaus offensiver als zuvor verwies er jedoch auf die nunmehr geltende strenge Sozialauswahl, schloss eine Weiterführung der Maßnahmen im Jahr 1998 kategorisch und »unter Protest« aus und forderte die Kumpel auf, künftig »mehr Eigeninitiative und Mobilität aufzubringen«. Dafür erntete er erneut Vorhaltungen über »Konzeptlosigkeit und Versagen der Regierung«, während sein Entgegenkommen kaum als mildtätige Gabe, sondern vielmehr als Selbstver-

---

55 TMWI, Dr. Pampel, an Herrn Minister, Vermerk, 13.1.1997, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 686, Bl. 188-190.

56 TMWI, Dr. Pampel, an Herrn Minister, Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen Bischofferode / Anruf des Herrn Landrat Henning (Eichsfeldkreis), 19.1.1997, ebd., Bl. 154 f.

57 Protokoll über die Ergebnisse der Beratung im TMWI am 22.1.1997 zur Vorbereitung des Besuches von Herrn Minister Schuster in Bischofferode am 25.01.1997, 22.1.1997, ebd., Bl. 159-162; handschriftlicher Brief an Minister Franz Schuster, o.D., LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 691, Bl. 199.

ständigkeit aufgefasst wurde.<sup>58</sup> Das machten auch die anschließenden Presseberichte deutlich, die wiederum exklusiv die Stimmen einzelner Betroffener und ihrer Vertreter aufgriffen, die Schuster vorwarfen, die Kumpel erneut »verschaukeln« zu wollen und den Strukturwandel vor Ort nicht voranzubringen. Zudem kursierte in den Medien ein Antrag der Eichsfelder Ortsgruppe der IG BE, der den Vorstand der Gewerkschaft darauf verpflichten sollte, sich für die Schaffung der im Januar 1994 versprochenen rund 1.000 Arbeitsplätze in Bischofferode einzusetzen.<sup>59</sup>

Die Aufmerksamkeit der Presse blieb weiterhin das Faustpfand der örtlichen Betriebsräte, die auf diese Weise noch Jahre nach dem Hungerstreik Druck auf die Landesregierung auszuüben vermochten. Ganz offen hielten sie Schuster entgegen, dass Bischofferode stets ein »Sonderfall« war und nach ihrer Auffassung bleiben sollte.<sup>60</sup> Aber auch Schuster nutzte die negative Berichterstattung dazu, unliebsame Entscheidungen innerhalb der Landesregierung und -verwaltung durchzusetzen. Das hatte auch im Frühjahr 1997 wieder kostspielige Folgen. Am 18. Februar forderte Schuster Sozialministerin Irene Ellenberger (SPD) auf, weitere 41 Projektstellen und zehn für Empfänger von Knappschaftsausgleichsleistungen zu finanzieren.<sup>61</sup> Walter Ertmer erhöhte diese Forderung sechs Tage später noch einmal um zehn Projektstellen für Entlassene der GVV.<sup>62</sup> Zugleich forderte das TMWI die Arbeitsämter dazu auf, »im Jahr 1997 im verstärkten Maße Arbeitsplatzangebote zu unterbreiten«, sämtliche Bemühungen »sofort zu dokumentieren und durch die entsprechenden Unterschriften zu bestätigen bzw. bestätigen zu lassen« – und das Ganze in Anwesenheit von Vertretern der ESK und EGN. Schließlich sollte das TMWI monatlich über den Fort-

58 Ergebnisprotokoll zur Diskussionsrunde des Herrn Ministers mit ehemaligen Beschäftigten des Kalibergwerkes Bischofferode am 25.01.1997 in der Mehrzweckhalle Bischofferode, 29.1.1997, LAth-HStA, 6-82-3001, Nr. 686, Bl. 137-139.

59 Olaf Baale, »Alles Schwätzer!« Die Kalikumpel von Bischofferode wollen sich nicht länger von der Politik verschaukeln lassen, in: Die Zeit, 14.2.1997; Harte Kritik vom Betriebsrat: Landesregierung versucht, Bilanz am Ex-Kali-Standort zu schönen, in: Südhüringer Zeitung, 4.2.1997; Antrag fordert Schaffung von zugesagten 1000 Arbeitsplätzen, in: Thüringische Landeszeitung, 5.3.1997.

60 So Walter Ertmer in einem Brief an Ministerpräsident Bernhard Vogel vom 9.4.1997, LAth-HStA, 6-82-3001, Nr. 692, Bl. 170 f.

61 TMWI, Minister Franz Schuster, an das TMSG, Ministerin Irene Ellenberger, Umgang mit ehemaligen Kalibergleuten aus Bischofferode, die Anspruch auf KAL haben, 18.2.1997, LAth-HStA, 6-82-3001, Nr. 686, Bl. 36 f.

62 GVV, BR-Vorsitzender Ertmer, an das TMSG, Ministerin Ellenberger, 24.2.1997, ebd., Bl. 39.

gang der Dinge informiert werden.<sup>63</sup> Der rechtlich riskante<sup>64</sup> Vorschlag des TMWI fand schließlich auch im sozialdemokratisch geführten TMSG Zustimmung, versprach er doch einen gangbaren Ausweg aus einem quälenden internen Kampf um Deutungen, Kompetenzen und Finanzen zwischen den involvierten Landes- und Kommunalbehörden. Beide Ministerien erklärten sich umgehend bereit, den zehn Empfängern von Knappschaftsausgleichsleistungen, nicht aber den zehn von der GVV Entlassenen bis Jahresende eine Fortführung der Maßnahmen zu gewähren. Zugleich sollte der Druck auf die Betroffenen erhöht werden.<sup>65</sup>

Bis Anfang April 1997 aber stritten sich TMWI und TMSG noch über die Übernahme des Trägeranteils von rund 52.000 DM, den das TMLUN trotz der relativen Geringfügigkeit nicht mehr zu finanzieren bereit war. Und ein weiteres Mal löste die Aufmerksamkeit der Medien für die »erneute Panne« den gordischen Knoten.<sup>66</sup> Schon am Tag nach der Berichterstattung wandte sich der Leiter der TMWI-Abteilung Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung, Werner Schuwirth, mit Verweis auf das Medienecho an TMLUN-Staatssekretär Stephan Illert mit der Bitte, beim TMWI die Übernahme des

---

63 TMWI, Dr. Pampel, Vorschlag, betr.: Dokumentierung von erfolgten APL-Angeboten im Jahr 1997 für die z.Z. in § 249h-Maßnahmen befindlichen ehemaligen Kalibergleuten aus Bischofferode in der EGN, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 691, Bl. 158; TMWI, Dr. Pampel, Sachstandsbericht zur Art und Weise sowie Verantwortlichkeit der genauen Dokumentierung der Arbeitsplatzangebote auf dem 1. Arbeitsmarkt, die den ehemaligen Kalibergleuten, die noch in der EGN beschäftigt sind, im Verlaufe des Jahres 1997 unterbreitet werden, 25.4.1997, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 686, Bl. 11–14.

64 So verwiesen Vertreter\*innen der Arbeitsämter in internen Gesprächen später immer wieder darauf, dass die Zumutbarkeitsregel bei in Maßnahmen befindlichen Personen nur bedingt griff. So ließen sich nur formal Arbeitslose zur Annahme einer untertariflichen Beschäftigung zwingen. Die Zumutbarkeitsregel über andere Kriterien, etwa längere Wegzeiten, durchzusetzen, setzte dagegen die Bereitschaft für eine intensive Zusammenarbeit der Arbeitsämter über die jeweiligen Bezirks- und Landesgrenzen hinweg voraus, die in der Praxis angesichts der vielerorts angespannten Lage aber kaum bestand. Vgl. z.B. TMWI, Dr. Pampel, Gespräch von Herrn M[inister] mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt/Thüringen am 16.05.1997 / hier: Thematisierung der Dokumentation der Arbeitsplatzangebote für ehemalige Kalikumpel in Bischofferode, 9.5.1997, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 687, Bl. 76–79.

65 TMWI, Dr. Pampel, Protokoll der Beratung zu Problemen, die im Zusammenhang mit der Einbindung ehemaliger Kalibergleute aus Bischofferode in Maßnahmen nach § 249h AFG bei der EGN im Jahr 1997 stehen, am 6.3.1997, 9.3.1997, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 686, Bl. 45–48.

66 Erneute Panne bei Jobs für frühere Kalikumpel. Bergleute warteten gestern Stunden auf fällige Entscheidung, in: Thüringer Allgemeine, 2.4.1997.

Trägeranteils aus Mitteln des Mittelstandsprogramms zu beantragen.<sup>67</sup> Die Forderung, auch die GVV-Entlassenen zu berücksichtigen, wurde dagegen nicht mehr aufgegriffen, denn es sei, so ein interner Sachstandsbericht vom 30. April 1997, »kein Dokument bekannt, das explizit für die GVV-Angehörigen [...] für 1996 eine Einbindung in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vorsieht«. <sup>68</sup> Außerdem, so ein weiterer Vermerk an Minister Schuster, »ist auch an die GVV-Beschäftigten an anderen Standorten zu denken, die gleiche Rechte fordern könnten«. <sup>69</sup> Schuster war damit bestenfalls noch bereit, diese Personengruppe nach Absprache zwischen allen Beteiligten in kommunalen ABM unterzubringen, sofern geeignete Projekte vorlagen.<sup>70</sup>

Einen letzten Giftpfeil Richtung TMWI konnte sich das TMSG am Ende jedoch nicht verkneifen. Gewissermaßen als Retourkutsche für das jahrelange Hineinregieren in die Arbeitsmarktpolitik forderte das Ministerium am 16. Mai 1997 (einen Tag, bevor der Abschlussbericht des TMWI über den Streitfall Bischofferode dem Kabinett vorgelegt werden sollte), dass dieser auch einen Sachstandsbericht zur »wirtschaftspolitischen Entwicklung« in der Region enthalten müsse, und stieß damit in der Vorkonferenz der Staatssekretäre auf mehrheitliche Zustimmung. Abteilungsleiter Schuwirth hielt diese »völlig absurd[e]« Forderung dagegen nicht nur für unsachgerecht, weil es zu einer »Entwicklung« keinen »Abschlussbericht« geben könne; auch kritisierte er nun seinerseits die Kompetenzübertretung des TMSG.<sup>71</sup> Letzteres argumentierte indes mit dem bevorstehenden sozialen Abstieg vieler Familien und der Abwanderung junger Fachkräfte, was man nur durch

67 TMWI, Abt. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung, Werner Schuwirth, an das TMLUN, Stephan Illert, Finanzierung der Eigenmittelanteile der EGN mbH Nordhausen für § 249 h-Maßnahmen zugunsten der ehemaligen Kalibergleute von Bischofferode, 3.4.1997, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 687, Bl. 108 f.

68 TMWI, Dr. Pampel, an M1S, Sachstand zu den GVV-Beschäftigten, die nach dem 31.12.1995 (also im Verlauf des Jahres 1996 und später) gekündigt wurden, 30.4.1997, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 693, Bl. 54-57, hier Bl. 57.

69 TMWI, Dr. Pampel, Kabinettsitzung am 6.5.1997, hier: weitere Informationen zum TOP »Standort Bischofferode« für Herrn M., 5.5.1997, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 4116, Bl. 76-79, hier Bl. 79.

70 TMWI, Der Minister, Franz Schuster, Kabinettsvorlage: Abschlussbericht über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für ehemalige Beschäftigte des Kalibergwerkes Bischofferode im Jahr 1997, 6.6.1997, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 692, Bl. 3-12, hier Bl. 12.

71 TMWI, M2, Hamm, an Herrn Minister, Betr.: Kabinettsitzung am 17. Juni 1997, hier: TOP »Standort Bischofferode«, 16.6.1997 [mit handschriftlichen Anmerkungen Werner Schuwirths], ebd., Bl. 134.

zukunftsträchtige Strukturpolitik aufhalten könne.<sup>72</sup> Schuwirth musste sich schließlich dieser aus seiner Sicht »unverschämten und unbrauchbaren«<sup>73</sup> Argumentation beugen und den Bericht ergänzen, der damit am 24. Juni 1997 verabschiedet werden konnte. Darin verwies das TMWI freilich auf die wirtschaftlichen Erfolge der Strukturpolitik. So seien in der Planungsregion Nordthüringen bis Ende 1996 über 1.500 Investitionsvorhaben mit insgesamt 4,5 Milliarden DM gefördert worden, mit denen sich Zusagen über die Sicherung von rund 16.000 und die Schaffung von weiteren 28.000 Arbeitsplätzen verbanden. In Bischofferode hatten sich davon 16 Betriebe auf dem mit rund 30 Millionen DM geförderten Gewerbegebiet auf dem ehemaligen Werksgelände angesiedelt, die 178 Mitarbeiter\*innen, darunter 84 ehemalige Kumpel, beschäftigten.<sup>74</sup> Insgesamt kostete das Projekt Bischofferode bis 1997 40 Millionen DM nur an Landesmitteln. Dazu kamen in weitaus größerem Umfang Mittel aus anderen Töpfen.<sup>75</sup> Dass dieser enorme Mitteleinsatz, der ohne das Politikum Bischofferode kaum vorstellbar gewesen wäre, angesichts des mäßigen Erfolgs bei der Ansiedlung von Unternehmen vor Ort aber kaum sichtbar war, gehört zu den Ambivalenzen des Transformationsjahrzehnts, das mit hohen Erwartungen begann und am Ende mit weitaus größeren Enttäuschungen endete. Den kapitalistischen Arbeitsmarkt erlebten viele ehemalige Kumpel eher als Zumutung denn als Chance. Einige hatten Glück und fanden im Eichsfeld Arbeit, manche verdienten sogar mehr als im Kaliwerk. Die Unsicherheit blieb jedoch eine ständige Begleiterin. So wurde Hans-Joachim Binder, der in Duderstadt einen gut bezahlten Job mit gutem Arbeitsklima gefunden hatte, nach

---

72 TMSG, Havenstein, an das TMWI, Abteilungsleiter Wirtschaft und Infrastruktur, Werner Schuwirth, Betr.: Abschlußbericht über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für ehemalige Beschäftigte des Kalibergwerkes Bischofferode im Jahre 1997 – Kabinettsache, 20.6.1997, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 4123, Bl. 205–207.

73 TMWI, Werner Schuwirth, an Minister Franz Schuster, Abschlußbericht über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für ehemalige Beschäftigte des Kalibergwerkes Bischofferode, 20.6.1997, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 691, Bl. 60.

74 TMWI, Der Minister, Franz Schuster, Kabinettsvorlage, Abschlußbericht über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für ehemalige Beschäftigte des Kalibergwerkes Bischofferode im Jahr 1997, 23.6.1997, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 694, Bl. 25–34, hier Bl. 29 f.; Thüringer Staatskanzlei, Kabinettsreferat, Niederschrift über die III. Kabinettsitzung am 24. Juni 1997, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 687, Bl. 6.

75 TMWI, Dr. Pampel, an Herrn Minister, Betr.: Landtagssitzung am 10./11.7.1997, Antrag der PDS-Fraktion »Öffentlich geförderte Dauer-Arbeitsplätze für die Kalikumpel in Bischofferode«, 10.7.1997, ebd., unfol.

neun Monaten wieder entlassen. Es folgten erneute Umschulungsmaßnahmen, kleinere Jobs, am Ende aber stand Hartz IV. Andere wiederum, wie Siegfried Hubenthal, sattelten zu Montagearbeitern um und erlebten das damit verbundene »Leben aus Koffern« vor allem als Stress.<sup>76</sup> Das Kaliwerk blieb für die Kumpel stets die subjektive Referenz für die Bewertung der Erwerbstätigkeit nach 1994, die oftmals lebensbedrohlichen Arbeitsbedingungen unter Tage gerieten dabei jedoch zunehmend aus dem Gedächtnis. Die Konflikte zwischen den Thüringer Ministerien führten indes nicht nur zur Bündelung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in den Händen Schusters nach der Wahl 1998, sondern offenbarten auch die Grenzen des westdeutschen Sozialstaats und dürften die Akzeptanz der »aktivierenden Arbeitsmarktpolitik«, wie sie die im selben Jahr ins Amt gekommene rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD) einführte, vor Ort befördert haben.

## Verlust von Männlichkeit: Arbeitsmarktpolitik, Geschlecht und Identität in Bischofferode

Die abrupte Arbeitslosigkeit und oft auch der Wechsel vom »zweiten« in den »ersten« Arbeitsmarkt stellten für viele in der DDR sozialisierte Bergleute einen harten sozialen Abstieg und für viele Familien eine hohe finanzielle wie mentale Belastung dar. Übersehen wird dabei jedoch, dass dieser Abstiegsdiskurs in erster Linie ein maskuliner war, der sich bereits in der Protestkultur des Hungerstreiks zeigte, wo Frauen auf karitative und seelsorgerische Tätigkeiten beschränkt blieben, damit aber wesentlich zur Legitimation des Protesthandelns in der breiteren Öffentlichkeit beitrugen. Im Eichsfeld lässt sich dieses geschlechterspezifische Ordnungsmuster auch mit der besonderen Bedeutung des Katholizismus für die soziale Wirklichkeit erklären. Andererseits manifestierte sich die von der SED forcierte flächendeckende Erwerbstätigkeit von Frauen auch im Eichsfelder Kalibergbau, ohne dass dabei jedoch die geschlechterspezifische Segregation in der Arbeitswelt überwunden wurde. Das galt für die gesamte DDR<sup>77</sup> sowie für das katholische

<sup>76</sup> Vinke, »Ein Volk steht auf – und geht zum Arbeitsamt«, S. 192, 198.

<sup>77</sup> Kaminsky, Frauen in der DDR, S. 66–97.

Eichsfeld und den Bergbau, wo auch im Osten seit 1959 Frauen nicht mehr untertage arbeiten durften, allemal. So machten Frauen im Bischofferöder Kaliwerk 1968 insgesamt nur einen Anteil von elf Prozent der Beschäftigten aus, in Angestellten-Bereichen (Verwaltung usw.) aber füllten sie 64 Prozent der Stellen aus.<sup>78</sup> Damit fielen im Zuge erster Rationalisierungsmaßnahmen seit 1990 auch in Bischofferode wie vielerorts im Osten zuallererst von Frauen besetzte Arbeitsplätze weg. Ostdeutsche Frauen waren damit viel häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer, wurden bei der Vergabe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aber häufig ebenso nachrangig behandelt, obgleich die oftmals größere Motivation bei Frauen, über den »zweiten Arbeitsmarkt« wieder beruflich Fuß zu fassen, auch in den Landesverwaltungen nicht unbemerkt blieb.<sup>79</sup> Die Situation von Frauen stellte sich nach 1990 in Ostdeutschland damit diffus dar. Auf der einen Seite wurde die männliche Erwerbsbiographie wieder zum Normalfall, während Frauenerwerbstätigkeit, die allerdings auch in der DDR häufig auf schlechter bezahlte »Frauenarbeitsplätze« beschränkt geblieben war, zusehends verschwand. Auf der anderen Seite aber blieb der Anspruch vieler Frauen, weiterhin am Erwerbsleben teilzunehmen, ohne dass dieser Anspruch aber öffentlich sichtbar war. Als Arbeitnehmer\*innen blieben Frauen in den Protestaktionen nach 1990 in der Regel öffentlich unsichtbar.

Während des Hungerstreiks in Bischofferode machten Frauen vielmehr in ihrer Rolle als Hausfrauen und Mütter und damit als Unterstützerinnen ihrer Ehemänner von sich reden, womit sie für die öffentliche Wahrnehmung des Hungerstreiks gleichwohl eine wichtige aktive Rolle als Emotionsagentinnen und Legitimationsressource spielten. Nicht nur im Bergwerk selbst waren sie für die Thematisierung jener Auswirkungen zuständig, die die Arbeitslosigkeit der Männer auf die Familien zeitigte. Sie initiierten auch weitere Aktionen, die nur selten in das Blickfeld der Medienöffentlichkeit gerieten. So schrieben fünf Bergmannsfrauen Mitte August 1993 die Ehefrauen prominenter Politiker an und luden sie ein, »in unserem Haushalt für einen Monat Gast zu sein«, um nachempfinden zu können, wie

---

78 SED-Bezirksleitung Erfurt, Abt. Parteiorgane, Analyse über die Verteilung der Parteikräfte 18.12.1968, LATH-HStA, 6-95-2115, Nr. IV B/4.13/115, Bl. 80 f.

79 Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Technik, Abt. Wirtschaftspolitik, Referat 714, Bericht zur Arbeitsmarktlage in Thüringen, dem Beitrittsgebiet (einschließlich Berlin-Ost) und dem Bundesgebiet im Juni 1991, 10.7.1991, LATH-HStA, 6-82-1001, Nr. 1403/1, Bl. 33 f.; Thüringer Ministerium für Soziales und Gesundheit, Ref. 21, Arbeitsmarktlage in Thüringen, Berichtsmonat: März 1997, 8.4.1997, LATH-HStA, 6-82-3001, Nr. 4113, Bl. 98.

es ist, »mit ca. 1500,- monatlich den gesamten Haushalt mit 4–5 Personen [zu] führen«. <sup>80</sup> Damit schlossen sie auch an die gesellschaftlich akzeptierte Protestkultur gewerkschaftsnaher westdeutscher Fraueninitiativen in den 1980er Jahren an, deren Vertreterinnen sich einerseits ganz in der Tradition proletarischer Ehefrauen, die ihre Männer unterstützten, und zugleich als Akteurinnen mit eigenständigen frauenspezifischen Forderungen inszeniert hatten. <sup>81</sup> Aber auch in linken Kreisen jenseits der Gewerkschaften waren Frauen als aktiv Streikende vor allem dann akzeptiert, wenn sie das Leitbild der proletarischen Männlichkeit unterstützten. <sup>82</sup> Als (ehemalige) Arbeitnehmer\*innen aber sollten sie unsichtbar bleiben. So scheiterten auch Initiativen engagierter Thüringer Parlamentarierinnen, den Hungerstreik zu nutzen, um auf das Problem weiblicher Erwerbslosigkeit hinzuweisen, nicht nur am fehlenden Rückhalt des Landtags. Sie fanden letztlich auch keine Unterstützung bei den Betroffenen. <sup>83</sup>

Wie sehr der rasante Verlust der Erwerbsarbeit dagegen vor allem männliche Identitäten berührte, zeigte sich auch im Verlauf der Debatten um die Thüringer Arbeitsmarktpolitik nach 1994, besonders als die Fortsetzung des »zweiten Arbeitsmarkts« im Jahr 1997 zur Debatte stand. Obwohl auch einigen noch verbliebenen Frauen zum Jahresende 1996 die Entlassung aus der EGN drohte, meldeten sich zum Jahreswechsel fast ausschließlich Männer – auch jene, die durch ihren Anspruch auf Knappschaftsausgleichsleistungen finanziell besser gestellt waren – lautstark zu Wort. Sie verwiesen in zahlreichen Briefen an staatliche Stellen sowie in Medienberichten auf den Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes, um weitere Projektstellen zu erzwingen. Sätze wie »Wir sind doch keine Faulenzer« <sup>84</sup> oder »Wir wollen arbeiten und haben uns auf ihre Arbeitsplatzzusage verlassen« <sup>85</sup> verdeutlichen dabei, wie sehr der Verlust des Arbeitsplatzes an der männlichen Identität zehrte. Familiäre Probleme wurden in den Briefen dagegen nur sehr selten thematisiert und, wenn ja, dann nur, wenn die Position des männlichen Er-

80 Ehefrauen der Kalikumpel von Bischofferode an Frau von Weizäcker, Frau Kohl, Frau Schäuble, Frau Rexrodt, Frau Blüm, Frau Bohn, Frau Zeh, Frau Klose, Frau Solms, Frau Pietzsch, Frau Dr. Epple, 14. 8. 1993, BA-K, B 102, 706097, Bl. 172.

81 Als westdeutsches Beispiel vgl. Gorny, »Unsichtbare Mototrenn«

82 »Die Männer fühlen sich entmannt und weggeworfen«, in: Junge Welt, 17.7.1993, S. 2 f.

83 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, Gleichstellungsausschuß, Ergebnisprotokoll der 31. Sitzung am 8.7.1993, Thüringer Landtag, Parlamentsdokumentation, 1/1542V, unfol.

84 Hartmut Kaczmarek, »Wir sind doch keine Faulenzer«. Ex-Kumpel wurden erneut getäuscht, in: Thüringische Landeszeitung, 4.1.1997.

85 Helmut S. an Minister Franz Schuster, 3.1.1997, LATH-HStA, 6–82-3001, Nr. 691, Bl. 195.

nährers bedroht war. So schrieb ein ehemaliger Kumpel, der im Januar 1997 noch keinen neuen Arbeitsvertrag hatte, entrüstet an Wirtschaftsminister Schuster:

»Sie gaben in der Presse bekannt, daß 160 ehemalige Kaliwerker in 1997 weiterbeschäftigt würden. [...] Jetzt hänge ich mit meiner Familie in der Luft, dazu möchte ich bemerken, daß ich zwei Kinder habe, dazu Unterhaltsgeld von 270,- DM habe, 920,- DM Miete zahle, Energie von 100,-DM, 520,- Autoraten zahle sowie Versicherungen. Nach welchen Kriterien wurden diese Leute also ausgewählt?«<sup>86</sup>

Der Verlust weiblicher Erwerbstätigkeit als Wert an sich spielte in den Debatten dagegen kaum eine Rolle. Dazu mangelte es schlicht an gesellschaftlicher Akzeptanz. In den Akten der Thüringer Landesverwaltung ist nur ein solcher Fall vom 10. Januar 1997 dokumentiert, bei dem sich der Autor aber selbst nur mit seinen ehemaligen männlichen Kollegen verglich:

»Ich bin 53 Jahre alt. Meine Frau ist seit 1993 arbeitslos, außerdem haben wir noch ein Kind von 12 Jahren. Es wurde wieder nach zweierlei Maßstäben gemessen. Kollegen, welche 55 Jahre und keine Kinder mehr zu ernähren haben, bekamen einen neuen Arbeitsvertrag. Auf Grund Ihrer Aussage, und des Kabinettsbeschlusses sehe ich mich persönlich hintergangen.«<sup>87</sup>

Frauen, deren Aussichten auf dem »ersten« (und »zweiten«) Arbeitsmarkt vor Ort deutlich schlechter waren als die ihrer männlichen Kollegen, meldeten sich dagegen nur selten lautstark zu Wort – wenn dies geschah, dann aber nicht, weil sie sich vom Staat »ungerecht« behandelt, hintergangen oder gedemütigt, d.h. an ihrem »natürlichen« Anspruch auf Erwerbsarbeit gehindert, sondern auf ihrer Suche nach Erwerbsmöglichkeiten vielmehr »alleingelassen« fühlten.<sup>88</sup> Der einzige in den Thüringer Akten überlieferte Brief einer Frau, die im Namen von 15 Kolleginnen im November 1996 an Ministerpräsident Vogel appellierte, für Klarheit zu sorgen, zeigt, dass weibliche Erwerbstätigkeit als Wert an sich in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft und selbst im katholischen Eichsfeld nicht verschwand, aber an sozialer Bedeutung verlor. Zugleich zeigt der Brief, wie wichtig der Staat als Garant weiblicher Erwerbstätigkeit wahrgenommen wurde. Das wiederum verweist auf einen wichtigen Traditionsüberhang aus der DDR, wo Gleichberechtigung letztlich nicht zur Aufhebung des patriar-

---

86 Bernd N. an Minister Franz Schuster, 7.1.1997, ebd., Bl. 211.

87 Gerhard G. an Minister Franz Schuster, 10.1.1997, ebd., Bl. 216.

88 Monika G. an das Bürgerbüro des Ministerpräsidenten Bernhard Vogel, 20.11.1996, ebd., Bl. 220.

chalen Geschlechterverhältnisses führen sollte. Vielmehr oblag es der Frau, den Spagat zwischen erwünschter Vollerwerbstätigkeit und Haushalt (und gesellschaftspolitischer Arbeit) zu bewältigen. Dabei helfen sollten ihr der Staat, seine Massenorganisationen und vor allem die Betriebe und Kombinate mit ihrer sozialen Infrastruktur wie z.B. Kindergärten und ihren Förderprogrammen.

Im Vergleich der Kommunikationsstrategien von Frauen und Männern wird damit auch deutlich, dass letztere mit ihren Briefen an staatliche Akteure immer auch auf die Bewahrung einer männlichen Identität abzielten, was ihre Dominanz im gleichermaßen patriarchal geprägten Verwaltungs- und öffentlichen Diskurs erklärt. Selbst bereits arbeitslos gewordene Frauen wandten sich nicht an staatliche Stellen, um auf ihr »Recht« auf Arbeit zu pochen, sondern eher, um das Anliegen ihrer Ehemänner im Dienste der Familie zu unterstützen, während sie die Bedeutung ihrer eigenen Erwerbsbiographie häufig zurückstellten. Dabei diente der Verweis auf die Erwerbslosigkeit der Mutter zuweilen sogar als Argument zur Unterstützung der männlichen Ernährerrolle. Ein Beispiel hierfür ist der Brief von Frau H., die sich am 7. Januar 1997 zur Unterstützung ihres Mannes an Wirtschaftsminister Schuster wandte:

»Meinem Mann wurden von der ESK schon einige Arbeitsplätze angeboten, damit war zugleich Montagetarbeit und hoher Einkommensverlust verbunden. Montagetarbeit kommt wohl als Familienvater von drei Kindern im Alter von 12, 13 und 16 Jahren als allerletztes in Betracht, da gerade in diesem Alter die Kinder ihren Vater zur guten Erziehung benötigen. Einkommensverluste konnten wir auch nicht hinnehmen, weil ich, als seine Frau, schon 11 Monate arbeitslos bin und nur 224,00 DM 14tägig Arbeitslosengeld beziehe.«<sup>89</sup>

Welche Schlussfolgerungen lassen diese Ergebnisse nun zu? Sie zeigen zum einen, wie sehr sich ost- und westdeutsche Arbeitswelten ähnelten. Auch im Eichsfeld war Arbeit analog zur Gesellschaft geschlechterspezifisch strukturiert, und ebenso wie im Westen bedrohte Erwerbslosigkeit in erster Linie männliche Identitäten. Zum anderen verschwand die in der DDR zur Selbstverständlichkeit (jedoch mit begrenztem Emanzipationspotential) gewordene Frauenerwerbstätigkeit vielerorts in atemberaubendem Tempo. Damit korrespondierte eine Arbeitsmarktpolitik, die Männer beruflich mehr förderte als Frauen. Auch waren die Arbeitskämpfe in Ostdeutschland weitgehend von männlichen Akteuren bestimmt, obwohl Frauen deutlich

---

<sup>89</sup> Angelika H. an Minister Franz Schuster, 7.1.1997, ebd., Bl. 209.

stärker von Arbeitslosigkeit betroffen waren. All dies trug dazu bei, dass sich ostdeutsche Frauen häufig wieder ganz auf Familienarbeit besannen, die auch in der DDR weitgehend Frauensache geblieben war. Das half vielen Frauen über den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes hinweg, während männliche Identitäten durch den Verlust des Arbeitsplatzes ungleich stärker in die Krise gerieten und dabei auch öffentlichen Zuspruch erhielten. Zugleich zeigten Frauen oft weniger Berührungängste, schlechter bezahlte Jobs anzunehmen, weil dies vorwiegend als Zusatzdienst an der Familie bzw. Beitrag zur materiellen Abmilderung der Transformationsfolgen im Privaten betrachtet wurde. Aber auch die Frauen, die sich wieder ganz auf die häusliche Reproduktionsarbeit beschränkten, trugen zur partiellen Bewältigung männlicher Identitätskrisen bei und unterstützten die männliche Ernährerrolle auch gegenüber staatlichen Stellen aktiv. Zum plötzlichen Rückgang der Ehescheidungsquoten in Ostdeutschland in den Jahren 1990/91 trug diese Entwicklung aber wohl nicht bei, vielmehr spielten hier die im Vergleich zur DDR größer werdenden rechtlichen Hürden sowie die vorrangige Bewältigung dringenderer Transformationsprobleme eine wichtige Rolle.<sup>90</sup>

Ob die eruptiv daher kommende Transformation in Ostdeutschland und das damit einhergehende Bedürfnis nach Stabilität, das auch eine geschlechterspezifische Dimension hatte, im Osten in besonderem Maße zu einer Konservierung traditioneller bzw. in Teilen sogar Retraditionalisierung von Geschlechterrollen beigetragen hat und inwiefern das katholische Eichsfeld ein Sonderfall ist, bliebe weiter zu diskutieren. Auf der einen Seite fällt auf, dass rechtspopulistische Kräfte vor allem im Osten auf Zustimmung zu ihrer chauvinistischen Identitätspolitik stoßen – gerade bei ostdeutschen Männern zwischen 30 und 60 Jahren,<sup>91</sup> die 1990 am Beginn oder inmitten ihres Berufslebens standen und die Transformation häufig als männliche Identitätskrise erlebten. Auf der anderen Seite lässt sich auch im Eichsfeld beobachten, dass Frauen sich zwar oftmals geräuschlos ins Private zurückzogen, aber weiterhin eine aktive Rolle als Mütter und Ehefrauen in der politischen Kommunikation und manche sogar –

---

<sup>90</sup> Schröter, Ostdeutsche Ehen vor Gericht.

<sup>91</sup> CDU verliert 19.000 Wähler an die Linke – AfD bei Männern unter 60 führend, in: Handelsblatt, 27.10.2019, URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wahlanalyse-cdu-verliert-19-000-waehler-an-die-linke-afd-bei-maennern-unter-60-fuehrend/25160818.html> (abgerufen am 8.8.2022).

unter deutlich erschwerten Bedingungen – weiterhin eine Teilhabe am Erwerbsleben beanspruchten. Vergleiche mit ähnlich traditionell geprägten westdeutschen Regionen wie dem Ruhrgebiet, aber auch postsozialistische, also ostdeutsch-osteuropäische Vergleichsstudien könnten hierzu künftig einen Beitrag leisten.

## »Bischofferode ist überall«? Historizität, Erinnerungskultur und Aktualität eines Hungerstreiks

»Bischofferode ist überall« – dieser Protestslogan hallte im Sommer 1993 durch die gesamte Republik. In Bischofferode erhielt die Erfolgsgeschichte des Westens einen ihrer ersten großen Kratzer nach der Wiedervereinigung. Aber anders als von den Protestierenden und ihren Unterstützer\*innen erhofft, entwickelte sich daraus kein nationaler »Flächenbrand«. Ja, der Funke sprang nicht einmal auf den gesamten Osten, das Land Thüringen oder die Region Eichsfeld über. Vielmehr entfachte der Hungerstreik punktuelle Feuerchen, die schnell wieder erloschen. Der Streik blieb letztlich das, was er von Beginn an war: ein betrieblicher Protest unter vielen. Die Ursachen hierfür sind vielfältig und reichen weit über die in den Narrativen der Hungerstreikenden betonte Übermacht westlicher Monopolinteressen hinaus. Solidarität, auch das zeigt Bischofferode, ist nicht voraussetzungslos und bedarf über symbolische Kommunikation hinaus mitunter auch komplizierter Aushandlungsprozesse. Dabei gelang es den verschiedenen Protestakteuren – neben den Kumpeln auch westdeutsche Linke, Gewerkschafter\*innen, zeitweise Parlamentarier\*innen und ehemalige ostdeutsche Bürgerrechtler\*innen – nicht, ihre häufig konträren Vorstellungen vom Verhältnis von Protest und Politik in der Demokratie zu überwinden. Bischofferode wurde damit nicht zum Kristallisationspunkt und damit auch nicht zum unmittelbaren Vorläufer einer neuen Protestbewegung, wie sie sich seit den Pegida-Protesten besonders in Ostdeutschland formiert.

Und doch hat der Hungerstreik von Bischofferode Spuren sowohl vor Ort als auch in der politischen Kultur der Berliner Republik hinterlassen. Er machte aus dem bisherigen, auf die Region und den Betrieb bezogenen Arbeitskampf der Bischofferöder einen Kampf um die Zukunft der Demokratie in einer von völliger Ungewissheit geprägten historischen Situation. Im Ausnahmezustand des Hungerstreiks legte Bischofferode un-

terschiedliche Erfahrungsräume, Erwartungshorizonte, Vorstellungen und Aneignungsweisen von Demokratie offen, deren Etablierung sich im Osten damit keineswegs in der Übernahme der westdeutschen Institutionenordnung erschöpfte, sondern vielmehr als praktisch wie diskursiv eingeübter und durch konkrete Erfahrungen geformter Lernprozess zu betrachten ist. Im Hungerstreik von Bischofferode wurde das Verhältnis von Protest und Politik vor dem Hintergrund fundamentaler wirtschaftlicher und politischer Transformationen ausgelotet und verhandelt. Bischofferode macht damit deutlich, dass die atemberaubende Entwicklung von der Revolution zur Wiedervereinigung weder in einer Erfolgsgeschichte der Demokratie mündete noch in einer Vorgeschichte des Rechtspopulismus aufgeht, sondern in ihrer Deutung widersprüchlich und noch heute nicht ausverhandelt ist. Am Ende des Hungerstreiks stand die Erfahrung einer den Erwartungen der Kumpel und vieler Ostdeutscher nicht entsprechenden und deshalb als unvollkommen erlebten Demokratie – ein Erzählmuster, an das Protestakteure der Gegenwart heute wieder anknüpfen.

Der Hungerstreik ließ mittel- und langfristig neue politische Netzwerke entstehen, wurde für alle Beteiligten zum Lernfeld für Demokratievorstellungen und -erfahrungen, rang der Treuhand und der Thüringer Landesregierung weitreichende arbeitsmarkt- und strukturpolitische Maßnahmen ab, kostete die Streikenden aber einiges an Unterstützung. Vor allem drei Faktoren beförderten diese Entwicklung: die aus wirtschaftlich-strategischen Gründen streng geheim gehaltene, von außen aber undurchdringliche und deshalb als systematische »Ausverkaufs«-Strategie wahrgenommene Treuhand-Politik; die absolute Entschlossenheit der Protestierenden, für den Erhalt ihrer im Grunde bereits verlorenen Arbeitsplätze zu kämpfen, die weder durch nachträgliche soziale Kompensationen noch durch eine späte gewerkschaftliche Integrationsstrategie, geschweige denn durch Gegenargumente lokaler Eliten erschüttert werden konnte; und schließlich die Schaukelpolitik der Landesregierung, die im Verlauf des Jahres 1993 zunehmend an ihre Grenzen stieß und den Raum für andere Protestakteure öffnete. Der Hungerstreik war für die Kumpel zunächst eine Reaktion auf die ausbleibenden Erfolge der bisherigen Proteststrategie. Der Hungerstreik war keine unmittelbare Reaktion auf die als ungerecht empfundene, von der Treuhand ausgehandelte Kalifusion, sondern war Teil eines dynamischen Protestverlaufs, der lange Zeit vorwiegend auf die Region und regionale Akteure bezogen war. Der Hungerstreik veränderte die Protestkultur der Kumpel und in der Region, auf die sie bislang bezogen war, zugleich

nachhaltig. Er ließ systemkritische Deutungsmuster der politischen Linken in die Erzählmuster der Protestierenden einsickern, er brachte mediale Heldengeschichten hervor, er stellte eine Provokation für die öffentliche Ordnung dar, er überforderte die politischen Entscheidungsträger, ja er ließ diese zuweilen als eiskalte, auch vor Gewalt nicht zurückschreckende Akteure dastehen und er brannte sich als strukturierendes Element in die biographischen Narrative der Kumpel ein. Damit trugen der Hungerstreik als dynamischer Erfahrungs- und Handlungsraum sowie seine politischen und mentalen Nachwirkungen auf lange Sicht auch zur Verfestigung von Narrativen der geplanten »Übernahme« des Ostens durch den Westen bei den Protestakteuren bei, die zudem noch heute von der Linkspartei und neuerdings auch von der AfD bestärkt sowie politisch instrumentalisiert werden. Vor allem der antidemokratischen Lesart jüngerer Datums aber lässt sich nur mit Sachlichkeit begegnen, und das setzt einen historisch informierten Perspektivwechsel voraus. Diesem Ansatz folgend, hat dieses Buch versucht, anhand von Bischofferode zum einen die Eigenlogiken, Dynamiken und Widersprüchlichkeiten ostdeutscher Arbeitsproteste in den frühen 1990er Jahren und zum anderen den konfliktreichen Übergang von der »alten« Bonner zur Berliner Republik in jener Zeit nachzuzeichnen. Durch diese Kontextualisierungen wird schließlich eine ganze Fülle von kritischem Reflexionspotential für ost- und westdeutsche Akteure gleichermaßen sichtbar, die sich für eine dialogorientierte Erinnerungsarbeit nutzen ließen.

Im betrieblichen Kontext markierte der Hungerstreik nicht nur das Ende einer jahrzehntelangen Bergbautradition in Bischofferode, sondern auch den Höhepunkt eines langen Zerfallsprozesses. Dabei stellte das Kalikombinat bzw. die MDK schon vor dem Mauerfall kaum noch einen solidarischen Mobilisierungsraum dar, denn die Zukunftsperspektiven des Unternehmens gestalteten sich je nach lokalen Bedingungen in den einzelnen Betriebsteilen sehr unterschiedlich. Zwar teilte die gesamte Belegschaft besonders in den 1980er Jahren die Erfahrung sich rasant verschlechternder Arbeitsbedingungen mit häufigen Todesfällen infolge ausbleibender Investitionen und gleichzeitig verordneter massiver Produktionssteigerungen. Auch die Planer in Ost-Berlin wussten, dass der Kalibergbau ohne tiefgreifende Modernisierung kaum noch Zukunftschancen besaß. Die bisherige Strategie, immer mehr Arbeitskräfte zu mobilisieren, um die hohen Planzahlen zu erfüllen, ging kaum noch auf. Dazu kamen erste Auflösungserscheinungen der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des RGW. Der Wahrnehmungs- und

Handlungshorizont der Belegschaften reichte in der Diktatur aber nie über den eigenen Betrieb und das lokale Umfeld hinaus. Nach dem Mauerfall streikte jeder Betrieb für sich allein, was überregionale Solidarität freilich nicht ausschloss, aber auch diese war keineswegs von Dauer. Zu einer generellen Abwendung von der Wirtschaftspolitik der SED kam es nur im Werrarevier, wo der Gebirgsschlag vom 13. März 1989 die Sicherheitslage vor Ort stark gefährdet hatte. Der Einzug der Marktwirtschaft wurde dort eine Chance für den allseits als notwendig empfundenen tiefgreifenden wirtschaftlichen Transformationsprozess betrachtet, auch wenn diese Chance einen deutlichen Einflussgewinn der Konkurrenz aus Kassel implizierte und auf massiven staatlichen Umweltschutzmaßnahmen basierte, über die bereits lange vor 1989 gestritten worden war. Dabei half anfänglich auch die Angst vor der Sowjetunion, deren Kali nun zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt strömte, Barrieren zwischen den ost- und westdeutschen Kalikonzernen zu überbrücken. Die politische Weichenstellung in Richtung beschleunigte Wiedervereinigung nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 ermöglichte zudem die Umsetzung des Entsalzungsprogramms für die Werra, das zuvor an deutsch-deutschen Befindlichkeiten gescheitert war, nun aber sogar Sanierungschancen für die betroffenen Betriebe im Osten versprach. Wohl jedoch im Glauben, dass die Südharzbetriebe des Kalikombinats dagegen kaum Aussichten auf ein Überleben hatten, entschieden sich die betrieblichen Akteure dazu, das Kombinat nicht zu zerschlagen, sondern in Form der MDK im Verbund zu belassen. So konnten die betrieblichen Akteure zumindest an der Aushandlung sozialer Überbrückungs- und regionaler Strukturmaßnahmen partizipieren. Ob man damit mögliche eigenständige wirtschaftliche Entwicklungspotentiale, etwa für Bischofferode, von vornherein erschwert hat, bliebe zu untersuchen. Die in erster Linie sozialpolitisch motivierte Strategie der betrieblichen Akteure ging kurzfristig aber auf. Die Misere der Kaliindustrie verband betriebliche, politische und gewerkschaftliche Akteure in der Region, die in einen Dialog über den Umgang mit der bevorstehenden Abwicklung zahlreicher Arbeitsplätze traten und damit eine politische Kultur etablierten, die auch das Selbstverständnis und die Debatten der Thüringer Landespolitik nach der Wiedervereinigung prägte. Die zunächst kombinatinternen Diskussionen entwickelten sich dabei schnell zu einem Konflikt, der in den Räumen des Kombinats bald nicht mehr lösbar war. Er verlagerte sich im August 1990 auf die Straße, wo sich die weit verbreiteten Ängste vor einem abrupten Fall in die Arbeits- und Perspektivlosigkeit in Proteste für einen umfangreichen

Sozialplan entluden. Der Kampf um den Sozialplan machte aus der Privatisierung der Kaliindustrie eine politische Angelegenheit von nationaler Tragweite, überdauerte schließlich auch die Wiedervereinigung um etwa ein Jahr und markierte zugleich die letzte große Solidaritätswelle ost- und westdeutscher Belegschaften im Kalibergbau, wobei der Kampf um den Sozialplan Ost aus Sicht der K&S-Belegschaft auch abmildernde Wirkungen auf eigene Krisendiskurse hatte.

Die Treuhand entwickelte erst nach dem Jahreswechsel 1990/91 eigene Verkaufsiniciativen für die MDK. Die Rahmenbedingungen hierfür waren jedoch denkbar eng. Der Kalte Krieg war als eine der strukturierenden Bedingungen des globalen Kalimarktes weggefallen, was den Produktionsstandort Deutschland insgesamt vor große Herausforderungen stellte. Zudem drängte die Bundesregierung auf die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die ostdeutsche Kaliindustrie noch vor der Wiedervereinigung, was den Zeitdruck auf alle Beteiligten erhöhte. Und schließlich rückte K&S im Zuge von Umstrukturierungsprozessen bei BASF an den Rand der Konzernstrategie. All dies kam im zeitlichen Umfeld der Wiedervereinigung zusammen. Vor diesem Hintergrund arbeiteten K&S und die MDK an einer gemeinsamen Vertriebsorganisation unter der Regie des westdeutschen Unternehmens. Wie sich das Verhältnis der beiden Unternehmen aber zukünftig gestalten sollte und ob es zu einer Fusion käme, wie aus Teilen der Politik, der Gewerkschaften und der Treuhand gefordert, blieb zunächst aber offen. Das ostdeutsche Treuhand-Vorstandsmitglied Gunter Halm und der ihm unterstellte westdeutsche Direktor Helmut Ballon verfolgten (Im Gegensatz zu K&S und der IG BE) die Strategie einer internationalen Ausschreibung der zwischenzeitlich auf die Kernbetriebe reduzierten MDK, was zu einem monatelangen Konflikt zwischen der Treuhand und K&S führte. Klaus Schucht, der als erfahrener westdeutscher Bergbaumanager und Strukturpolitiker im Sommer 1991 das Kaliprojekt übernahm, nachdem Halm infolge von Skandalberichten über Verstrickungen in »alte Seilschaften« zurückgetreten war, und einen traditionell korporatistischen Ansatz verfolgte, machte sich indes die immer lauter werdende Forderung nach einer Fusion zu eigen und brachte das in der Treuhand und bei den Vorständen der beiden Kaliunternehmen stark umstrittene Projekt als gesamtdeutsches Transformationsmodell auf den Weg. Die Schließung der Kaligrube in Bischofferode, die der Leitungsausschuss der Treuhand bereits im Sommer 1991 empfohlen hatte, wurde damit zunächst abgewendet.

Im Bemühen, die Unsicherheitssituation zu beenden, handelte Schucht ganz im Kontext der westdeutschen Strukturpolitik und damit eines Erfahrungsraums, in dem der Bergbau schon seit vielen Jahrzehnten im Niedergang begriffen und durch den rasanten Bedeutungszuwachs von (europäischer) Wettbewerbspolitik immer weniger in der Lage war, die Krise mit althergebrachten Methoden zu lösen. Dabei agierte das Unternehmen K&S noch immer in für die 1990er Jahre untypisch dichten Kartellnetzwerken, deren Überwindung schon lange zuvor auf die politische Agenda gerückt war. Die Erfahrung des ruinösen Wettbewerbs, die sich tief in das »Mindset« der westdeutschen Kaliindustrie eingegraben hatte, und der wachsende politische Druck, die über ein Jahrhundert eingeübten Krisenbewältigungsmuster und -strukturen zu überwinden, beförderten gleichermaßen einen industriepolitischen Ansatz, dem die Intention zugrunde lag, die Chance der ostdeutschen Transformation für einen grundlegenden Umbau der nationalen Kaliindustrie zu nutzen. An deren Ende sollte – so die Vorstellung – auch eine EU-konforme Wirtschaftsstruktur stehen, die freilich nicht ganz ohne Kartellstrukturen auskam. Schucht begriff sich (anders als die Treuhand selbst) als Strukturpolitiker, für den eine dauerhafte Existenz des Bergbaus nur durch maximale Wettbewerbsbegrenzung möglich erschien. Diese Überlegung lag seiner Strategie zugrunde, und Letztere war durchaus erfolgreich.

Als Ende 1992 nach vielen Monaten geheimer Verhandlungen jedoch öffentlich bekannt wurde, dass Bischofferode und Merkers als Bedingung für das Zustandekommen der Fusion endgültig schließen mussten, obwohl beide Werke bislang als prinzipiell sanierungsfähig galten, kam es im Südharz- und Werrarevier wieder zu parallelen Protesthandlungen, die jedoch weitgehend unverbunden blieben, was auf die Grenzen der Solidarität der Kalibelegschaften verweist. Der Verlust des Betriebs führte zudem nicht automatisch in die Gegnerschaft zum Fusionsprojekt. Dass der Protest im Werrarevier keine größeren Dimensionen annahm, resultierte vor allem aus der langjährigen partizipativen Bewältigung der Transformationskrise, die in Bischofferode fehlte. Dies erzeugte gerade in Bischofferode Illusionen über die eigenen Marktchancen, deren Gradmesser eine idealisierte Marktwirtschaft war, die in der Realität so nicht existierte. Dies wiederum ließ zum Teil Verschwörungsdiskurse aufkeimen, die durch das plötzliche Auftreten des westfälischen Unternehmers Peine noch genährt wurden – und das zu einem Zeitpunkt, an dem es nichts mehr zu verhandeln gab. Als die Bischofferöder Kumpel am 1. Juli 1993 in einen Hungerstreik traten,

zerbrach schließlich die zumindest noch verbal bekundete Solidarität auch im Südharzrevier – beschleunigt durch die scharfe Konfrontation zwischen dem MDK-Vorstand und dem Bischofferöder Betriebsrat sowie die Präsenz linker (und rechter) Gruppen in Bischofferode, die den Kumpeln einiges an Unterstützung kostete. Im betrieblichen Kontext wurde der Hungerstreik von den Belegschaften außerhalb Bischofferodes zunehmend als unsolidarisch-egoistische Handlung wahrgenommen. Insofern beschleunigte der Hungerstreik den innerbetrieblichen Zerfallsprozess und beförderte die Umsetzung des Fusionsprozesses sogar – auch wenn er diese zeitlich verzögerte.

So dürften weite Teile der Belegschaft des fusionierten Unternehmens K&S noch heute der offiziellen Darstellung des Unternehmens folgen, nach der der Hungerstreik vor allem ein emotionsgeladener und irrationaler Angriff gegen Sachargumente war.<sup>1</sup> Aber auch dieses Narrativ gilt es zurechtzurücken, denn Sachargumente gab es zumindest in der Theorie auch für einen Weiterbetrieb Bischofferodes. Dass sich diese in den Kämpfen des Jahres 1993 aber nicht durchsetzten, hatte letztlich mehrere Ursachen. Dabei zeigt der historische Blick in die damaligen Verhandlungen, wie komplex die wirtschaftliche und politische Gemengelage war, in der sich die Verantwortlichen in der Treuhand und den Bonner Ministerien orientieren und entscheiden mussten. Die noch heute brennende Frage, ob Bischofferode zu erhalten gewesen wäre, entzieht sich damit jeglicher rationalen Antwort. Das Fusionsprojekt war nicht alternativlos, aber es erschien den Verantwortlichen im damaligen zeitlichen Kontext als die beste Lösung. Die von den Protestakteuren noch heute vertretene These, dass die Treuhand systematische Marktberreinigung zugunsten eines westdeutschen Großkonzerns betrieben habe, greift dagegen schon deshalb zu kurz, weil die Kaliindustrie nicht in einem freien, sondern in einem hochregulierten Markt agierte, dessen Strukturen die Treuhand weder beeinflussen noch ignorieren konnte. Dieser Markt war im Übrigen auch kein statisches Gebilde, sondern unterlag nach 1990 starken Veränderungen. Vor 1989 war die Ordnung des globalen Kalimarkts wesentlich durch den Kalten Krieg geprägt. Mit dem Zusammenbruch des »Ostblocks« und parallellaufenden europäischen Integrationsprozessen geriet dieses Koordinatensystem jedoch plötzlich aus den Fugen und bedurfte einer Neuordnung. Die Kalifusion war aus dieser Perspektive weniger eine Marktberreinigungsstrategie als vielmehr Teil eines globalen und

---

1 K+S (Hrsg.), Wachstum erleben, S. 253.

europäischen Neuordnungsprozesses. Schon allein deshalb erwies sich das Geschehen als viel zu dynamisch und unwägbar, sodass sich kaum von einem systematischen oder geplanten Vorgehen sprechen lässt. So unterlag auch das Verhältnis von Treuhand und BASF/K&S, deren Interessen keineswegs deckungsgleich waren, dynamischen Veränderungen. Saß Schucht zu Beginn der Verhandlungen im Frühjahr 1992 noch am längeren Hebel, so verschob sich das Machtgewicht parallel zur Zuspitzung der Proteste in Bischofferode nachhaltig zugunsten der Unternehmen.

Um das Fusionsprojekt in der politisch höchst angespannten Situation nicht scheitern zu lassen, musste Schucht letztlich die Bedingungen von BASF/K&S weitgehend akzeptieren, ja er nahm sogar die Eskalation in Bischofferode in Kauf, ohne dem strategisch entgegenwirken zu können. Alle Versuche in diese Richtung wirkten halbherzig, scheiterten und heizten die Konflikte oftmals noch weiter an. Die geheimen Verhandlungen machten es dagegen der Landespolitik schwer, eine vermittelnde Position zwischen den Kumpeln und der Treuhand einzunehmen. Stattdessen befeuerte das Land lange Zeit den Protest. Auch die Gewerkschaften unterschätzten die Situation in Bischofferode und reagierten erst zwei Wochen nach Beginn des Hungerstreiks mit einer Integrationsstrategie, die sich jedoch als nicht langfristig erfolgreich erwies. Davor unterließen sie aber jeglichen Protest gegen die Kalifusion aus nicht unbegründeter Angst davor, dass ein Abbruch des Projekts zugunsten einer keineswegs sicheren Rettung Bischofferodes am Ende mehr Arbeitsplätze im nationalen Maßstab kosten als sichern würde. Dabei erwies sich auch das Kaufangebot des Unternehmers Peine für Bischofferode als nicht vertrauenswürdig genug, sodass selbst Kritiker\*innen der Kalifusion in der Treuhand und schließlich auch die involvierten Bundesministerien Schuchts Ansatz als alternativlos akzeptierten und zum Teil begrüßten. Auch das häufig polternde und vollmundige Auftreten Peines spielte Schucht am Ende in die Karten.

Dass bis heute vielfach der Eindruck besteht, die Fusion sei das Werk einer durch und durch korrupten Behörde gewesen, resultiert nicht zuletzt aus dem Unvermögen der politisch Verantwortlichen, die Befindlichkeiten vor Ort adäquat einzuschätzen und auf diese angemessen zu reagieren. Zweifelsohne sind die Praktiken von Schucht, Goldman Sachs und vonseiten der Kaliunternehmen ethisch höchst fragwürdig. Und es steht außer Frage, dass sich die Treuhand für K&S am Ende als komfortabel erwies, denn die Behörde ermöglichte dem Unternehmen einen guten Start in die globale Zukunft. Jedoch dürfen nicht die Handlungskontexte und -zwänge aus dem Blick ver-

loren werden, unter denen die Treuhand agierte. Um diese noch deutlicher zu machen, könnte man kontrafaktisch fragen, ob es für die ostdeutsche Kaliindustrie ohne die Treuhand besser ausgegangen wäre und ob die steuernden Eingriffe der Behörde nicht sogar Schlimmeres verhindert haben. Eine Antwort auf diese Fragen entbehrt freilich jeglicher validen Grundlage. Fakt aber ist, dass eine vertiefte Kooperation zwischen der MDK und K&S auch ohne die Treuhand zustande kam bzw. für erstere sogar eine attraktive Option war – zumal nach der Währungsunion vom 1. Juli 1990, die nahezu jeden Ost-Betrieb (auch die MDK) von einem Tag auf den anderen unrentabel und damit handlungsunfähig machte. Wie sich die Beziehungen zwischen beiden Unternehmen, die sich gleichermaßen in Existenznöten befanden, aber dennoch nicht über gleiche Machtressourcen verfügten, ohne den Einfluss der Treuhand weiter gestaltet hätten und ob Bischofferode (sowie andere Bergwerke) unter den Bedingungen eigener Krisendiskurse bei K&S überhaupt bis 1993 überlebt hätte, darüber lässt sich nur spekulieren. Auf eine Einzelprivatisierung Bischofferodes hätte sich K&S indes nicht eingelassen, denn in Kassel befürchtete man, dass Bischofferode dann mit der Treuhand im Rücken zum Konkurrenten aufgebaut würde und andere Ost-Kalibetriebe nachzögen. Die Treuhand hätte aber eine solche Option wohl nicht in Betracht gezogen, da das Risiko des Scheiterns angesichts des Wettbewerbsdrucks in der Kaliwirtschaft zu groß war. Im Falle des Scheiterns wären die Kaliwerke wieder in den Besitz der Behörde übergegangen. Andernfalls hätte die Treuhand womöglich K&S an den Rand ihrer Existenz gedrängt und damit ein neues Politikum geschaffen, für das der Staat bzw. die Steuerzahler\*innen erneut hätten aufkommen müssen. Und schließlich ist auch keineswegs sicher, dass eine Entscheidung für die von den Belegschaften favorisierte Option immer die beste ist. So gibt es in der Geschichte der Treuhand neben den wohlbekanntesten Skandalen auch eine Reihe von weniger bekannten Beispielen, bei denen sich eine solche Entscheidung mittelfristig als Fehlgriff erwies. Das wiederum verweist auf die generell begrenzte Aussagekraft und damit auf die historische Bedingtheit ökonomischer Prognosen.

Als einer der herausforderndsten Fälle strukturpolitischen Handelns verdeutlicht Bischofferode zweierlei: zum einen die Möglichkeiten und Grenzen politischen Handlelns, die sich zum anderen als Belastung für innerbetriebliche und vor allem standortübergreifende Mobilisierungsstrategien erwiesen. Auch der Kampf der Bischofferöder war letztlich in erster Linie ein Kampf um das Überleben des eigenen Betriebs, im Zweifel auch gegen die Interessen der Kalibelegschaften anderer Werke. Dies schmälerte

jedoch die Erfolgsaussichten der Kumpel, deren Protest nur im Verbund mit einem solidarischen Auftreten der Gesamtbelegschaft der MDK ausreichenden Druck auf das Handeln des Unternehmensvorstands ausgeübt hätte, schließlich trat die MDK (und nicht die einzelnen Betriebsteile) auch als Akteur gegenüber der Treuhand in Erscheinung. Da die MDK aber gerade nicht als Solidaritätsraum fungierte, mussten die Bischofferöder andere Solidaritätsnetzwerke knüpfen. Die Region erwies sich dabei anfangs als wichtigste Mobilisierungsressource. Als Kämpfer für das einst zwischen Ost und West geteilte strukturschwache Eichsfeld konnten sie viele Unterstützer\*innen in der Kommunal- und Landespolitik, in der lokalen Unternehmerschaft, in der Kirche und der Nachbarschaft gewinnen. Ob in Erfurt, Sollstedt, Worbis oder Duderstadt: Der Bergbau bildete für viele einen mit glorreichen Aufstiegsgeschichten verknüpften emotionalen Erfahrungsraum und Bezugspunkt für politisches Handeln, der sich mit historisch tiefsitzenden Ängsten vor einem Rückfall des Eichsfelds in bittere Armut verband. Auf diese Weise gelang es den Bergleuten, deren regionales Image im Verlauf des 20. Jahrhunderts einen verblüffenden Wandel weg von einer Bedrohung für die soziale Integrität hin zum integralen Bestandteil der Heimat Eichsfeld durchlaufen hatte, auch die Solidarität derjenigen auf sich zu lenken, die eigentlich eine schnelle Integration der Region in die soziale Marktwirtschaft anstrebten. Der Hungerstreik aber machte deutlich, wie fragil diese Solidarität war. Denn die ihm innewohnende Ausschließlichkeit bedrohte jene Transformationsstrategie, die für viele politische Akteure vor Ort auch eine Bewältigung der SED-Vergangenheit bedeutete. Vor allem Teile der Eichsfelder CDU inszenierten sich im Revolutionsherbst 1989 schon früh als katholische Milieu- und Heimatpartei, beschworen ältere mittelständische und bäuerliche Traditionen, die eine Überwindung des SED-Erbes ermöglichten, und unterstützten damit den schnellen Weg in die Marktwirtschaft. Eine bedingungslose Fortführung des Kalibergbaus lehnten sie hingegen ab. Umso mehr trug der Hungerstreik wieder zur Verschärfung regionaler Desintegrationsprozesse bei, die bereits in den späten 1980er Jahren eingesetzt hatten und nur für wenige Jahre unterbrochen worden waren. Erneut wurde deutlich, wie sehr der Durchbruch des Kalibergbaus als identitätsstiftende Klammer unter der SED-Diktatur auch mit schmerzhaften Verlust- und Unterdrückungserfahrungen in der Region verbunden war, die mit dem Mauerfall nicht nur wieder sagbar wurden, sondern auch politische Zukünfte in Teilen des ostdeutschen Eichsfelds prägten. Mit der zunehmenden Radikalisierung der Streikenden, der immer geringeren Bereitschaft

zum Dialog und schließlich der Teilnahme linker (und rechter), ortsfremder Aktivist\*innen wandten sich weite Teile der regional bestimmenden CDU von den Hungerstreikenden ab. Schließlich erwies sich der Hungerstreik nach 1994 noch lange Zeit als Last für die Ansiedlung mittelständischer Unternehmen. Die arbeitslos gewordenen Kumpel wännen sich dagegen bis heute im Glauben, dass ihnen politisches Unrecht widerfahren sei, ohne die Unrechtserfahrungen anderer Eichsfelder als mindestens ebenbürtig anzuerkennen.

Damit stehen sich vor Ort bis heute verschiedene Unrechtsdiskurse konflikthaft gegenüber, die kaum offen thematisiert (durch gemeinsames Engagement in lokalen Vereinen oder Parteien zum Teil aber transzendiert) werden. So steht das 1994 von ehemaligen Hungerstreikenden gegründete Kalimuseum auf dem früheren Werksgelände, das die Geschichte des Protests in die lange Bergbautradition der Region einordnet und die Protestakteure als Kämpfer für die regionale Identität sichtbar macht,<sup>2</sup> neben dem im selben Jahr gegründeten Heimatmuseum in Großbodungen, das ebenso von Ehrenamtlichen gepflegt wird und vor allem vom Alltagsleben in der Kommune erzählt sowie die materielle Kultur der Eichsfelder präsentiert.<sup>3</sup> Dass das Heimatmuseum auch von der Landgemeinde Am Ohmberg, zu der seit 2010 auch Bischofferode gehört, ideell gefördert und offiziell beworben wird, während auf das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützte Kalimuseum neben der Internetseite des Museums selbst lediglich eine von Bischofferöder Bürger\*innen privat betriebene Homepage hinweist,<sup>4</sup> zeigt, wie umstritten die regionale Identität vor Ort noch immer ist. Auch Bürgermeister Nolte warf, obwohl er selbst viele Jahre im Kaliwerk gearbeitet und die Kumpel in ihrem Kampf unterstützt hatte (auch um das Image der CDU vor Ort zu wahren<sup>5</sup>), den Träger\*innen des Kalimuseums in einem Interview zwei Jahre vor seinem Tod noch eine gewisse Doppelmoral vor. Dass der Kaliverein keine offizielle Förderung erhält, sah er mit einer gewissen Genugtuung als »Retourkutsche«. Bodo Ramelow und Gerhard Jüttemann hätten dagegen dem Abriss der »hundertjährigen Fördermaschine« auf dem Gelände stillschweigend zugesehen, während ihm dabei das »Herz geblutet« habe.<sup>6</sup> Für Nolte stellte die Erinnerungsarbeit der im Kaliverein organisierten

---

2 <https://www.hungerstreik-kaliwerk.de/index.html> (abgerufen am 5.7.2021).

3 <https://am-ohmberg.de/leben/museum> (abgerufen am 5.7.2021).

4 <http://www.bischofferode.de/kaliverein.html> (abgerufen am 5.7.2021).

5 Günter Labudda, Nicht das richtige System, in: *Unsere Zeit*, 6.3.1993.

6 Interview mit Eugen Nolte am 13.11.2018, Transkript (im Besitz des Autors), S. 61.

ehemaligen Protestakteure, obwohl er sie in ihrem Kampf bis zuletzt unterstützt hatte, vor allem ein Hindernis bei der Suche nach Investoren dar. Die hundertjährige Geschichte des Bergbaus in der Region ließ sich somit kaum als Zukunftsressource verkaufen. Vor dem Hintergrund der aktuell in Vorbereitung befindlichen Probebohrungen der australischen Firma Südharz-Kali in Bischofferode drohen die Identitätskonflikte in der Region in Bälde erneut hoch zu kochen. Sie zu thematisieren und mit einer für Vielfalt sensiblen bzw. integrativen Erinnerungsarbeit zu verbinden, ist damit dringender denn je. Diese Forderung richtet sich besonders an die Träger der regionalen Erinnerungsarbeit – die Heimatmuseen und den VEH, die der Geschichte des Bergbaus bis heute keinen Raum geben, und den Kaliverein mit seinem Kalimuseum, das noch immer vornehmlich als eine Art Ersatzheimat und politisiertes Mahnmal für die ostdeutschen »Opfer« der Transformation fungiert und die lokalen Konflikte um den Bergbau ostentativ ausblendet.

Die Identitätskonflikte im Eichsfeld wurden auf landespolitischer Ebene lange Zeit durch eine demonstrative Solidarität mit der Kali- und Krisenregion Nordthüringen verdeckt, die aber stets auch in einem (bis in die 1920er Jahre zurückreichenden) Spannungsverhältnis zum Eichsfelder Heimatdiskurs stand. Die Solidaritätspolitik der Landesregierung entsprang in erster Linie einer inner-ostdeutschen Konfliktkonstellation zwischen lokalen Erwartungen und postsozialistischen Demokratisierungsprozessen, die über die Wiedervereinigung, die Landtagswahl im November 1990 und die Ablösung des ostdeutschen Ministerpräsidenten Josef Duhač durch den Westdeutschen Bernhard Vogel im Februar 1992 noch bis in die späten 1990er Jahre nachwirkte. Für die ost- und westdeutschen Politiker\*innen der Thüringer Regierungskoalition aus CDU und FDP verband sich die Solidarität mit den Kaliprotesten bis zum Hungerstreik mit regionalpolitischen Handlungsoptionen gegenüber Bonn und Berlin, solange strukturpolitisches Know-how und materielle Ressourcen für eigene Initiativen fehlten. Im Kampf um den Sozialplan war diese Strategie durchaus erfolgreich. So ärgerlich der Thüringer Widerstand aus der Sicht von Bundesregierung und Treuhand freilich war, so sehr bildete die Solidaritätspolitik des Landes zugleich eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Kalifusion anfangs auch bei den Thüringer Kalibelegschaften auf breite Zustimmung stieß. Denn die Stimme des Landes im Verwaltungsrat der Treuhand schien eine angemessene Vertretung ihrer Interessen zu gewährleisten. Die Fusionsentscheidung der Treuhand vom Dezember 1992, der auch die Thüringer Landesregierung zugestimmt hatte, ließ diesen Konsens jedoch brüchig

werden. Der bisherige föderale Konflikt zwischen Thüringen und der Treuhand/Bundesregierung wurde von der Landesregierung daher zunächst zu einem nationalen Konflikt zwischen Ost und West umgedeutet, um den betroffenen Belegschaften in Bischofferode und Merkers gegenüber nicht als Verräterin dazustehen. Dies befeuerte aber nicht nur die latenten regionalen Identitätskonflikte im Eichsfeld, auch die Landesregierung wurde zunehmend zur Getriebenen der Opposition. Indem sie sich als Kämpferin für den Osten und damit als Korrektiv zur westdeutschen Ordnungspolitik inszenierte, beförderte sie einen Erwartungsüberschuss hinsichtlich der Problemlösekompetenz des Bundeslands, der wiederum lokale Gegen-narrative im Eichsfeld aufkommen ließ. Die Kaliproteste, auf denen der Hungerstreik von Bischofferode aufbaute, waren damit Teil eines kulturellen Demokratisierungsprozesses in einem ostdeutschen Bundesland, dessen Verhältnis zur Bundesregierung sich höchst ambivalent gestaltete. Zum einen mochte man im Bonner Konrad-Adenauer-Haus aufgetatet haben, dass es die CDU war, die die Proteste über einen längeren Zeitraum hinweg zu kanalisieren vermochte. Zum anderen erwies sich das obendrein mit zum Teil schroffer Kritik an der Bundespolitik gespickte Erwartungsmanagement der CDU in Thüringen am Ende als politisches Desaster.

Mit dem Beginn des Hungerstreiks ließ sich diese Konfliktstrategie nicht mehr aufrechterhalten. Vielmehr begann nun die Solidarität des Landes zu bröckeln, aber auch die Eichfelder Region wirkte nur noch bedingt als Mobilisierungsressource. Denn der konservativ-liberalen Landesregierung wurde nun auch von Parteikolleg\*innen und Kommunalpolitiker\*innen aus dem Eichsfeld vorgehalten, mit der Unterstützung einer auf Erpressung angelegten Protestaktion die demokratische Ordnung zu gefährden. Der Hungerstreik eröffnete damit auch Kritiker\*innen der Kaliproteste und der Landesregierung Räume des Sagbaren. In dem durch den Hungerstreik bewirkten Ordnungskonflikt wechselte Letztere schließlich ihre Strategie, die nun auf Beendigung des Protests und die Gestaltung des Strukturwandels in der Region zielte. Flankiert wurde dieser Strategiewechsel, dem weder adäquate materielle noch immaterielle Ressourcen in der Landesverwaltung korrespondierten, durch weitreichende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die der unter Druck stehenden Landesregierung Zeit verschaffen sollten. Anstatt diesen Strategiewechsel aber als Erfolg der eigenen Protestmaßnahmen wahrzunehmen, verstärkte sich das Misstrauen der Hungerstreikenden, die sich nach wie vor auf eine große landesweite Solidarität, eine starke Medienpräsenz und die Illusion einer weiterhin möglich erscheinenden Pri-

vatisierungsstrategie stützten. Zudem gingen die Oppositionsparteien nun ein Bündnis für die Kumpel im Landtag ein, wobei diese ihr Selbstverständnis ebenfalls zügig an die neue Situation anpassten, alte aus der Umbruchzeit herrührenden politischen Grabenkämpfe beiseiteschoben und stattdessen eigene politischen Zukunftsstrategien entwickelten. Hierbei ging es aber weniger darum, praktikable Lösungen in die Debatte einzuspeisen, als vielmehr die Landesregierung unter politischen Druck zu setzen. Dabei konnte sich vor allem die PDS aus ihrer bisherigen Außenseiterrolle zur Oppositionsführerin entwickeln und sich damit als integraler Teil des Thüringer Parlaments etablieren. Selbst einige Bürgerrechtler\*innen hegten nun Sympathien für die ansonsten verhasste SED-Nachfolgepartei, erhofften sie sich in Bischofferode doch auch eine Fortsetzung der aus ihrer Sicht abgebrochenen Revolution von 1989/90 – eine Hoffnung, die jedoch schnell versiegte und keine langfristigen Wirkungen entfaltete. Die Bürgerrechtler\*innen und die Eichsfelder Bergleute blieben weitgehend auf Distanz.

Für die Landes-SPD ging die Solidarität mit Bischofferode dagegen noch so lange mit Handlungsoptionen einher, wie sich die Partei in der Opposition befand. Ostdeutsche SPD-Abgeordnete, die das Protestgeschehen dagegen im Treuhand-Untersuchungsausschuss begleitet hatten, gingen dagegen recht schnell auf Distanz zum Hungerstreik, um sich Handlungsoptionen im Parlament zu bewahren und Konflikte mit ihren westdeutschen Parteikolleg\*innen nicht weiter zu befeuern. Als die Landes-SPD nach der Thüringer Landtagswahl 1994 jedoch in Regierungsverantwortung gelangt und dort für Sozialpolitik zuständig war, entwickelte auch sie ein distanzierendes Verhältnis zu den Betroffenen, und zwar in dem Maße, wie die Logiken der Arbeitsverwaltung und die fortgesetzten Protestpraktiken der Kumpel in Konflikt gerieten. Zwar hatte das Medieninteresse am Hungerstreik seit der Beteiligung linker Aktivist\*innen und anderer radikaler Gruppen deutlich nachgelassen und die Kumpel hatten mit der Zeit ein ambivalentes Verhältnis zu den Medien entwickelt, das zwischen der Notwendigkeit medialer Aufmerksamkeitsgenerierung und der Akzeptanz medialer Aufmerksamkeitsökonomien changierte, dennoch konnten die Kumpel auch nach 1994 auf eine gewisse Medienpräsenz bauen und die Landesregierung damit unter Druck setzen. Für Ministerin Irene Ellenberger (SPD) und die Arbeitsämter entwickelte sich der noch viele Jahre praktizierte Widerstand der ehemaligen Kumpel aber zunehmend zur Last für die eigene Handlungsfähigkeit. Dabei war es aber auch der seit 1994 amtierende westdeutsche konservative Wirtschaftsminister Franz Schus-

ter, der angesichts des Unmuts der ehemaligen Bergleute über parallel ausbleibende schnelle Erfolge der regionalen Strukturpolitik das Problem auf die überforderte Arbeitsverwaltung abwälzte und zugleich durch zwiespältige Aussagen immer wieder in deren Handlungsbereich eingriff. Die Arbeitsämter luden den Handlungsdruck schließlich auf diejenigen Bergleute ab, die sich weigerten, angebotene Arbeitsplätze anzunehmen, und reagierten mit Sanktionen, die durch Schusters Einlenken dann wieder aufgeweicht werden mussten. Die sich vor Ort im Streit um den Begriff der »Zumutbarkeit« katalysierenden Konflikte zwischen den Ministerien und den Betroffenen überdeckten zugleich die durchaus positive wirtschaftliche Entwicklung in Bischofferode und trugen als Erfahrung überdies auf lange Sicht dazu bei, dass sich die positive Deutung des Hungerstreiks, mehr als andere Belegschaften in Ostdeutschland erreicht zu haben, in den Köpfen der Betroffenen nicht durchsetzen konnte. Zugleich beförderten jene Konflikte die Akzeptanz der »aktivierenden Arbeitsmarktpolitik« der rot-grünen Bundesregierung seit 1998 innerhalb der Landesverwaltung, welche die Eigeninitiative der Arbeitslosen schon längere Zeit zur Bedingung für staatliche Unterstützungsleistungen erhoben hatte.

Dass der Hungerstreik von Bischofferode dagegen vor allem in der Erinnerungskultur der Linkspartei fortlebt, verwundert angesichts der einst massiven Unterstützung der Kumpel durch die PDS nicht. Dabei hat es die Partei vor allem der Person Gregor Gysi zu verdanken, dass sie über den Hungerstreik im katholischen und konservativen Eichsfeld Fuß fassen konnte, obwohl ihre Vorgängerin – die SED – dort mehr als verhasst war. Anders als viele seiner Parteigenoss\*innen aber schwang sich Gysi in Bischofferode nicht nur zum Volkstribun und Fackelträger von »1989« auf: Während ehemalige Bürgerrechtler\*innen nur vereinzelt den Weg nach Bischofferode fanden, gab er sich oft auch erstaunlich unideologisch und bat den Kumpeln als Rechtsanwalt sogar praktische Hilfe an. Im Eichsfeld, dem »schwierigste[n] Gelände für politische Veranstaltungen« der PDS, so Gysi rückblickend, habe sein »politischer Einsatz [...] plötzlich etwas außergewöhnlich Praktisches bekommen«. <sup>7</sup> Aber auch über die Person Gysi hinaus fand der Hungerstreik eine breite Rezeption innerhalb der PDS. Manche in der Partei sahen darin sogar eine Blaupause für eine »sozialistische Tagespolitik«. Damit dient der Hungerstreik der Linkspartei noch heute als Projektionsfläche für eigene politische Forderungen. So bezeich-

---

<sup>7</sup> Gysi, Ein Leben ist zu wenig, S. 411, 424.

nete die frühere Parteivorsitzende Katja Kipping den Hungerstreik, als er sich im Jahr 2018 zum 25. Mal jährte, als Symbol »für das große wirtschafts-politische Unrecht in der Geschichte der Bundesrepublik, die Arroganz der Mächtigen und den Widerstandsgeist der Beschäftigten im Osten« sowie »der Transformationszeit, in der die Lebensleistung vieler Menschen in Ostdeutschland missachtet und ein ganzes Land dem Ausverkauf durch die Treuhand preisgegeben wurde«. <sup>8</sup> In diesem Rekurs geht jedoch unter, dass die Vereinnahmung des Hungerstreiks für die PDS nicht nur mit Erfolgsmomenten verbunden war. Im Deutschen Bundestag gaben Bezugnahmen auf den Hungerstreik anderen Parteien eher Anlass zur Ausgrenzung der SED-Nachfolgepartei und umgekehrt erwiesen sich die Akteure des Hungerstreiks innerhalb der PDS als nur bedingt integrationsfähig. Verdeutlichen lässt sich dies am Beispiel des ehemaligen stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden von Bischofferode, Gerhard Jüttemann, der von 1994 bis 2002 für die PDS im Bundestag saß (auch wenn er selbst erst 2003 in die Partei eintrat). In dieser Zeit ließ er sich keineswegs auf die Hinterbänke des Parlaments verweisen, sondern wirkte an zahlreichen Anträgen seiner Partei zur Privatisierung von Post und Bahn oder zur Anpassung des Bergbaurechts mit, brachte seine Transformationskompetenz selbstbewusst in die Debatten ein und verknüpfte diese mit politischen Forderungen zur demokratischen Teilhabe der Ostdeutschen. Dass Jüttemann dabei über einige Jahre zum Spitzenpersonal der PDS-Bundestagsfraktion gehörte, trug er ebenso selbstbewusst in die Region, oftmals zum Leidwesen von Bürgermeister Nolte, der sich von seinem ehemaligen, zum »Karrieristen« gewandelten Betriebskollegen häufig in seinen strukturpolitischen Initiativen vor Ort beeinträchtigt sah. <sup>9</sup> Jüttemanns Selbstbild als Kämpfer für den (ostdeutschen) Bergbau rieb sich jedoch nicht nur am gewandelten Selbstverständnis der Kommunalpolitik. Auch machte ihn dies im Bundestag angreifbar. Besonders Abgeordnete von CDU und FDP sprachen Jüttemann qua seiner betonten ostdeutschen Sozialisation zuweilen das Recht ab, eine qualifizierte Meinung haben zu dürfen. Als sich Post- und Telekommunikationsminister Wolfgang Bötsch (CSU) am 26. November 1996 etwa der Frage eines SPD-Abgeordneten zur geplanten Lizenz- und Frequenzgebührenverordnung stellen musste und bei der Beantwortung von Jüttemann gestört wurde, entgegnete er:

---

8 Kipping, Pressemitteilung.

9 Interview mit Eugen Nolte am 13.11.2018, Transkript (im Besitz des Autors), S. 53.

Ach, Herr Kollege Jüttemann, ich glaube nicht, daß Sie der Richtige sind, um mir im deutschen Verwaltungsrecht Nachhilfeunterricht geben zu können. In dem Bereich, in dem Sie die längste Zeit Ihres Lebens verbracht haben, ist auf diese rechtsstaatlichen Fragen sicher nicht so großer Wert gelegt worden, soweit ich dies noch aus der Historie weiß.«<sup>10</sup>

Ein anderes Beispiel: Als sich Jüttemann mit einem Antrag zum Entwurf des Postgesetzes auf die Seite der Postgewerkschaft schlug, hielt ihm ein CDU-Abgeordneter während der Debatte am 9. Oktober 1997 polemisch entgegen:

»Herr Kollege Jüttemann, es ist schon ein erheblicher Fortschritt, daß die Empfänger von Briefsendungen in den neuen Bundesländern heute davon ausgehen können, daß nur sie diese Briefsendung lesen und nicht andere. Insofern haben wir in den letzten Jahren eine sehr positive Entwicklung der Postpolitik gehabt.«<sup>11</sup>

Diese schulmeisterlichen Abqualifizierungen mögen dazu beigetragen haben, dass Jüttemann im Bundestag kaum aus seiner Rolle als Bergmann und Kämpfer für den Osten herauswachsen konnte, musste er diese doch stets verteidigen. Zugleich stand Jüttemann anderen linken Forderungen seiner Partei fern und öffnete sich diesen auch nicht. Als einziger seiner Fraktion etwa enthielt er sich am 29. Juni 1995 bei der Abstimmung über Anträge der PDS zur Sicherung der Grundrechte von Frauen sowie der CDU/CSU, SPD und FDP zur Änderung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes.<sup>12</sup> Und auch ökologischen Fragen stand er als Bergmann mehr ablehnend als abgeschlossen gegenüber.

Jüttemanns Rolle im Bundesparlament blieb damit ambivalent. Einerseits erfuhr er als Mitglied der PDS immer wieder Ausgrenzungen, andererseits blickte er kaum über den Tellerrand seiner ostdeutschen Bergmannsidentität hinaus und war damit auch innerhalb seiner Partei nur begrenzt integrationsfähig. Das Beispiel Jüttemann zeigt damit eindrücklich, dass sich in der PDS schon früh interne Bruchlinien zwischen der »ostdeutschen« und »linken« Identität der Partei auftraten, die bis heute fortwirken. Dies wirft generelle Fragen zur Rolle von ostdeutschen Betriebsräten in der PDS/Linkspartei jenseits symbolischer Vereinnahmungen auf, die nach wie vor zu den

---

10 Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Stenographischer Bericht der 140. Sitzung am 26. November 1996, S. 12665, URL: <https://dserver.bundestag.de/btp/13/13140.pdf> (abgerufen am 2.7.2021).

11 Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Stenographischer Bericht der 197. Sitzung am 9. Oktober 1997, S. 17790, URL: <https://dserver.bundestag.de/btp/13/13197.pdf> (abgerufen am 2.7.2021).

12 Vgl. Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Stenographischer Bericht der 47. Sitzung am 29. Juni 1995, URL: <https://dserver.bundestag.de/btp/13/13047.pdf> (abgerufen am 2.7.2021).

Desideraten der parteien- und demokratiegeschichtlichen Forschung zählen. Eine Untersuchung aber gerade dieser sozialgeschichtlichen Dimension könnte auch zur Aufhellung der Frage beitragen, warum die Linke vielerorts nicht mehr als Heimat einer ostdeutschen Identität wahrgenommen wird. Womöglich lässt sich dies gar nicht so sehr mit dem Gründungsdatum der Linkspartei 2007 erklären, in dessen Folge die einstige ostdeutsche »Protestpartei«, in der Protest und Politik oft aber auch getrennte Sphären blieben, einen markanten symbolischen Wandel vollzog.<sup>13</sup> Vielmehr sollte gefragt werden, welche Rolle besonders ostdeutsche Betriebsräte als Mittlerfiguren zwischen den Erfahrungen der betriebszentrierten Gesellschaftsordnung der DDR bzw. deren Nachwirkungen und »linker« Politik in Sozialprofil, Profildebatten, Performanz sowie Erinnerungskultur der PDS vor 2007 spielten. Das Beispiel Bischofferode lässt den vorsichtigen Schluss zu, dass der Hungerstreik eine wichtige Rolle für die Neuordnung des linken Feldes in der Berliner Republik gespielt hat, indem er vor allem westdeutsche Gewerkschafter\*innen für die Parteilarbeit mobilisierte, während ostdeutsche Betriebsräte dagegen eine Minderheit in der PDS blieben.

Die Thüringer Linke zehrt indes noch heute von ihrer einstigen Solidarität mit Bischofferode. Der seit 2014 regierende Ministerpräsident Bodo Ramelow, der 1991 als Gewerkschafter von Hessen nach Thüringen kam, 1999 in die PDS eintrat und bei den Landtagswahlen 2019 ein Rekordergebnis von 31 Prozent für die Linkspartei einfahren konnte, stützt sich in der Inszenierung seiner Politik ganz wesentlich auf den Hungerstreik. Dabei stellte das Ereignis nicht nur ein wichtiges parlamentarisches Integrationsmoment der PDS auf Landesebene dar, worauf Ramelow aufbauen kann. Im Landtag schwang sich die PDS zur führenden Oppositionspartei auf, sie verließ ihre bisherige Außenseiterrolle und schließlich sorgte das (Zweck-)Bündnis zwischen der PDS und den Kalikumpeln, dass die SED-Nachfolgepartei insgesamt an Reputation im Osten und bei westdeutschen Linken gewann und der Protest der Kumpel weiterhin mit dem Landesparlament verbunden blieb. Innerhalb der PDS wurde der Hungerstreik sogar zum Anlass genommen, um über Protest als dauerhafte politische Strategie einer »sozialistischen Tagespolitik« nachzudenken. Zudem profitiert Ramelow von seiner eigenen damaligen Rolle im Hungerstreik und im Aktionsbündnis »5 vor 12«. Die

---

<sup>13</sup> Zu dieser These vgl. Martin Machowecz, Ist die Linke Schuld am Aufstieg der AfD?, in: Die Zeit, 6.5.2018, URL: <https://www.zeit.de/2018/19/ostdeutschland-linke-afd-aufstieg> (abgerufen am 7.7.2021).

Aushandlung eines großzügigen Ausgleichs für die Bergleute im Dezember 1993 stellt dabei einen wichtigen Teil seines Images als »konzeptionell denkende[r] Profi« dar, der scheinbar ausweglose Konflikte in »lösungsge-rechte Bahnen« zu lenken versteht.<sup>14</sup> Zudem trug Ramelow dazu bei, dass der Hungerstreik, während er nach dem Jahreswechsel 1993/94 allmählich aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwand, auf regionaler Ebene noch viele Jahre präsent blieb. Dass Ramelow den Ursprung seines Erfolgs nicht vergessen hat, belegt er stets aufs Neue. Nachdem er Ende März 2014 vom Landesverband seiner Partei mit 93 Prozent zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gewählt worden war, ließ er Jüttemann und andere ehemalige Protestakteure aus Bischofferode im traditionellen Bergmannskittel in den Erfurter Kaisersaal einziehen, die ihm symbolisch eine Grubenlampe und ein Banner mit dem Protestslogan »Bischofferode ist überall« überreichten. Darauf erwiderte er: »Der Nimbus einer gerechten Treuhandpolitik ist in Bischofferode verlorengegangen. [...] Lasst die Armleuchter abtreten, damit im Land mehr Licht sein wird.«<sup>15</sup> In eben diesem Sinne nutzt Ramelow auch das Kalimuseum auf dem Gelände der einstigen »Thomas-Müntzer-Grube« als Inszenierungsort politischer Zukunftsentwürfe und präsentiert sich dabei immer wieder auch als lokaler Kulturpolitiker, etwa als er 2017 einen neuen Museumstrakt einweihte.<sup>16</sup> Mit direkten Bezügen zu Bischofferode vollzog Ramelow 2014 einen symbolhaften Bruch mit der seit 1990 (in wechselnden Koalitionen) regierenden CDU und bietet seither vielen eine politische Heimat, die sich vom Kapitalismus überwältigt sehen.<sup>17</sup> Er kombiniert dabei einen pragmatischen Politikstil mit Bodenständigkeit, Einfühlungsvermögen, traditionellen gewerkschaftlichen Forderungen und kulturpolitischem Engagement vor Ort. Selbstverständlich schmücken auch Devotionalien des Hungerstreiks Ramelows Büro, wie der Ministerpräsident vor wenigen Jahren in einer Reminiszenz an die damaligen Ereignisse stolz und demütig zugleich verriet:

---

14 Hans Hoffmeister, Vogel: »Ich habe die kalte Fratze des Kapitalismus gesehen!« Als es um die Kali-Grube in Bischofferode ging, war es fünf vor Zwölf im Lande, in: Thüringische Landeszeitung, 29.9.2010.

15 Matthias Wyssuwa, Ein Mann setzt auf Rot, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.8.2014.

16 Ministerpräsident eröffnet Erweiterung Kalimuseum, in: Eichsfelder Nachrichten, 19.4.2017, URL: [https://www.eichsfelder-nachrichten.de/news/news\\_lang.php?ArtNr=210969](https://www.eichsfelder-nachrichten.de/news/news_lang.php?ArtNr=210969).

17 Zur Relevanz einer im Alltagsbewusstsein weit verbreiteten Kapitalismuskritik und einer fehlenden politisch-kanalisierenden Heimat in Ostdeutschland: Dörre/Behr/Eversberg/Schierhorn, Krise ohne Krisenbewusstsein?, S. 574.

»An einer Wand in meinem Büro in der Staatskanzlei hängen zwei Bischofferode-Bilder: Presse-Bilder, die den Arbeitskampf zeigen und von dem Wiesbadener Künstler Ted Glöckler in ein Kunstwerk verwandelt wurden. Auf dem Tisch davor steht die letzte Grubenlampe, neben ihr ein Glas, gefüllt mit Salzen aus Bischofferode. Am Fuß der Grubenlampe steht eine Medaille. Sie wurde an dem Tag geprägt, als einer der rentabelsten Schächte Ostdeutschlands stillgelegt und im wahrsten Sinne des Wortes der Deckel draufgemacht wurde. Dieses Ensemble zeigt, wie intensiv Bischofferode mein Leben begleitete, prägte und veränderte.«<sup>18</sup>

Die Inszenierung als Landesvater mit Bodenhaftung trägt jedoch auch dazu bei, dass Ramelow bei vielen Wähler\*innen gerade nicht als Politiker der Linken wahrgenommen wird und damit nicht nur bei CDU-, sondern auch bei AfD-Anhänger\*innen hohes Ansehen genießt,<sup>19</sup> auch wenn er sich stets scharf von konservativen und rechtspopulistischen Positionen abgrenzt. So verhindert die Popularität Ramelows nicht den Erfolg der AfD in Thüringen und der Region Bischofferode. Zugleich entzweit die beiden großen Parteien CDU und Linke vor Ort nicht, wie dies auf Landesebene der Fall ist, das nach wie vor wirkmächtige Abgrenzungsbedürfnis der konservativen von der SED-Nachfolgepartei, sondern vielmehr der Kampf um die Erinnerung an den Hungerstreik, was der AfD zusätzlich in die Karten spielt. So verurteilten Landrat Henning (CDU), der ehemalige Bischofferöder Bürgermeister Nolte (CDU) und Gerhard Jüttemann (Linke) im Umfeld der Landtagswahl von 2019 die AfD zwar gleichermaßen als Bande von Demagogen. Während Henning und Nolte aber zugleich auf inhaltliche Gemeinsamkeiten von CDU und Linkspartei verwiesen und an die einst vermittelnde Rolle beider Parteien zwischen den Hungerstreikenden und der Treuhand erinnerten, machte Jüttemann die CDU noch immer für den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze in Thüringen verantwortlich.<sup>20</sup> Dies verhindert ein gemeinsames Bündnis gegen rechts – und dies gerade in einer Zeit, in der das langjährige, politisch wirkmächtige Sonderbewusstsein im (ostdeutschen) Eichsfeld zusehends verblasst.

18 Ramelow, Bischofferode beschäftigt uns bis heute, S. 76.

19 ThüringenTREND Januar 2020 im Auftrag des MDR, URL: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/thueringen/laendertrend/2020/januar>.

20 Thüringer Politiker Werner Henning. Dieser CDU-Landrat liebäugelt mit der Linken, in: Spiegel online, 31.10.2019, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/thueringen-cdu-landrat-werner-henning-fuer-koalition-mit-linken-a-1294238.html> (abgerufen am 5.7.2021); Armin Cooper/Michael Haselrieder/Anne Herzlieb, Nach der Wahl in Thüringen – Kampf um die Deutungsheute, in: ZDF, Frontal 21, 29.10.2019.

Ramelows Erfolg in Thüringen lenkt den Blick zugleich auf die Rolle der Gewerkschaften in Bischofferode und trifft dabei auf eine auffällige erinnerungskulturelle Leerstelle. Das ist bemerkenswert angesichts der einst massiven Solidarisierung lokaler Gewerkschafter\*innen aus Ost und West. Das traf jedoch nicht auf die für Bischofferode zuständige IG BE zu, die den Fusionsplan mitgetragen, für die Bischofferöder aber auch außerordentlich hohe soziale Kompensationen ausgehandelt hatte. Die Solidarisierung vieler gewerkschaftlicher Basisfunktionäre ordnete sich dabei auch in einen innergewerkschaftlichen Konflikt um das Konzept der gewerkschaftlichen Mitbestimmung ein. Was bis in die 1970er Jahre hinein stets als Grundpfeiler der gewerkschaftlichen Vorstellung von einem demokratisch gebändigtem Kapitalismus glorifiziert wurde, erwies sich seit der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 und den Erfahrungen begrenzter gewerkschaftlicher Handlungsmacht bei der Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels in Westdeutschland zunehmend als Belastung für das Verhältnis zwischen den Gewerkschaftsspitzen und vielen örtlichen Funktionären, die den Unmut der Belegschaften unmittelbar zu spüren bekamen. Die Wiedervereinigung verschärfte und erweiterte diesen Konflikt auf Ostdeutschland. Während die Gewerkschaftsvorstände übertriebenen Erwartungen an die gewerkschaftliche Mitbestimmung in Ostdeutschland von vornherein vorbeugen wollten, spielte der Protest der Belegschaften für das Selbstverständnis und die Legitimation ostdeutscher Gewerkschaftsfunktionäre eine zentrale Rolle. Der Hungerstreik von Bischofferode wurde deshalb auch von vielen unzufriedenen westdeutschen Gewerkschafter\*innen als Chance zum Widerstand gegen die drohende Selbstentmachtung der Gewerkschaften begriffen, während westdeutsche Belegschaften in dieser Zeit kaum mobilisierbar schienen. Dennoch: So sehr der Hungerstreik gewerkschaftliche Routinen für den Moment überforderte, so nachhaltig trug er zu deren Stabilisierung bei. Die Integrationsstrategie des DGB, den aus den Fugen geratenen Unmut vor Ort über das Aktionsbündnis »5 vor 12 – Thüringen brennt!« einzufangen zu können, erwies sich zwar als Illusion. Jedoch deuteten die Vorstände der Gewerkschaften Bischofferode bald als Moment der gewerkschaftlichen Niederlage um und stellten dadurch die innerverbandliche Disziplin wieder her. Damit wurde langfristig auch der Weg frei für einen neuen gewerkschaftlichen Konsens, der sich seit 1995 im von IG Metall-Chef Klaus Zwickel geforderten »Bündnis für Arbeit« zwischen Wirtschaft, Staat und Gewerkschaften materialisierte, von der rot-

grünen Bundesregierung 1998 aufgegriffen wurde, 2003 aber nach zähen Verhandlungsrunden scheiterte.

Doch heute, 30 Jahre nach dem Hungerstreik, könnte eine selbstkritische Erinnerung an Bischofferode einen grundlegenden Beitrag zu notwendigen Neuorientierungsprozessen in den Gewerkschaften in Ostdeutschland leisten, indem sie dort Identifikationsmöglichkeiten schafft, wo die Gewerkschaften in den Betrieben nur mäßig verankert sind. Denn gerade im Osten fehlt es nach wie vor an starken Gewerkschaften, die obendrein zunehmend mit der AfD um die Köpfe der Betriebsräte konkurrieren. Einer neue progressive Gegenerzählung zur »neoliberalen Transformation«<sup>21</sup> und eine forcierte Bildungsarbeit, die zunehmend aus den Reihen der Gewerkschaften gefordert werden, könnten nicht nur durch kulturelle Veranstaltungen unterstützt werden,<sup>22</sup> sondern auch durch eine selbstkritische Erinnerungsarbeit.<sup>23</sup> Bischofferode bietet hierfür zwei Anknüpfungspunkte. Zum einen reiht sich der Hungerstreik in eine lange Abfolge ostdeutscher Kämpfe um Arbeit und Identität in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ein. Deuteten viele Beobachter\*innen in den Bundesministerien und Gewerkschaftszentralen diese eher als eine vorübergehende Begleiterscheinung einer an sich alternativlosen Transformation, so verkannten sie die Wurzeln der Proteste in betrieblichen Selbstdemokratisierungsprozessen während der friedlichen Revolution und den Monaten danach. Nicht zufällig zählten Gewerkschaftsfunktionäre, die aus betrieblichen Kontexten kamen, bereits vor der Wiedervereinigung zu den zentralen Unterstützer\*innen und Organisator\*innen der ersten Kaliproteste. Sie stehen damit für ein ostdeutsches Selbstbewusstsein, das mit Gabriele Glaubrecht 1991 sogar ihren Weg vom Betrieb in den Gewerkschaftsvorstand der IG BE fand. Auch wenn Glaubrecht dort nun für Frauenarbeit zuständig war, blieb sie der Region selbst während des Hungerstreiks noch als Aufsichtsratsmitglied der MDK und in politischen Hintergrundgesprächen verbunden. Gerade sie steht damit symbolisch für die vielen »hybriden Integrationen«, welche die Gewerkschaftseinheit hervorgebracht hat und die dazu einladen, auch ostdeutsche Gewerkschafter\*innen stärker als bislang in eine gesamtdeutsche gewerkschaftliche Erinnerungskultur einzubeziehen. An solche und

---

21 Urban, Kampf um die Hegemonie, S. 109.

22 Buntentbach, Keine Alternative zur Arbeiterbewegung.

23 So auch die Kommission »Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie«, Abschlussempfehlungen, S. 7.

andere Aufbruchs- und Integrationsgeschichten zu erinnern ermöglicht es, neben dem »neuen« Selbstbewusstsein der Ostdeutschen in aktuellen Tarifkonflikten<sup>24</sup> auch das »alte« Selbstbewusstsein als Mobilisierungsressource zu nutzen. Zum anderen ermöglicht Bischofferode eine differenzierte Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen gewerkschaftlicher Integrationsstrategien, die mit den aktuellen sozial-ökologischen Transformationen erneut auf die Agenda rücken.<sup>25</sup>

Gänzlich vergessen ist der Hungerstreik in Milieus der außerparlamentarischen und radikalen Linken, von denen einst wesentliche protestkulturelle Transfers ausgegangen waren und die wesentlich zur Politisierung der Kumpel und zur Radikalisierung ihrer Sprache beigetragen haben. Das mag auch daran liegen, dass viele Aktivist\*innen heute nicht mehr organisiert sind oder den Marsch durch die Institutionen gewagt haben und häufig kaum noch Kontakte zu jüngeren Aktivist\*innen haben. Zudem gelten die »linken« 1990er Jahre heute nicht gerade als das Jahrzehnt heroischer Arbeitskämpfe, sondern stehen vielmehr im Zeichen des Kampfes gegen neoliberale Spekulation und Rechtsradikalismus. Die Erinnerung an diese oftmals im urbanen Raum stattfindenden Kämpfe führt aus linksaktivistischer Sicht eher in die Gegenwart als der Kampf um Arbeitsplätze im Eichsfelder Kalischacht. Dass sich der Hungerstreik in linken Diskursräumen nur bedingt zur Mobilisierung gegen die neoliberale Globalisierung eignet, zeigt die bislang einzige und wegen ihrer normativen Prägung als Quelle hervorragend geeignete Studie zur radikalen Linken nach 1989 aus der Feder des Politikwissenschaftlers und linken Buchhändlers Ulrich Peters. Dieser begegnet den Bischofferödem mit einer Mischung aus Bewunderung und schulmeisterlichen Distanzierung. So lobt er die Kampfeslust der ostdeutschen Betriebsräte, die er gerade bei den etablierten Gewerkschaften so vermisst, wendet aber zugleich ein, dass es sich bei jenen keineswegs um »erprobte Linke handelte«. Vor allem kritisiert er deren »hoffnungsvolle Begrüßung der deutschen Einheit«, die die Betriebsräte auch mit ehemaligen DDR-Funktionären gemein hätten, die dann enttäuscht darüber gewesen wären, dass der Staat während der ostdeutschen Transformation nicht als »ideeller Gesamtsteuerzahler« gehandelt habe.

---

24 Jonas Ochs, IG Metall in Ostdeutschland: Das Ende der Bescheidenheit, in: Deutschlandfunk Kultur, 22.6.2021, URL: [https://www.deutschlandfunkkultur.de/ig-metall-in-ostdeutschland-das-ende-der-bescheidenheit.976.de.html?dram:article\\_id=499162](https://www.deutschlandfunkkultur.de/ig-metall-in-ostdeutschland-das-ende-der-bescheidenheit.976.de.html?dram:article_id=499162) (abgerufen am 28.6.2021).

25 Hierzu z.B. Urban, Arbeiten in der Wirtschaft 4.0.

Dies habe den Ostdeutschen den Blick darauf verstellt, dass der Staat vielmehr ein »ideeller Gesamtkapitalist« und die ostdeutsche Transformation der »Katalysator einer umfangreicheren Entwicklung«, nämlich »des neo-liberalen Umbaus in Deutschland«, sei. In diesem Erzählmuster fungieren die Kumpel und andere ostdeutsche Belegschaften vor allem als Projektionsflächen (enttäuschter) linker Ziele, aber nicht als Träger eigener Deutungen und Erfahrungen. Besonders die regionalen Bezugsräume der Kumpel (je nach Situation der Betrieb, das Eichsfeld oder Ostdeutschland), die trotz des Einflusses linker Aktivist\*innen für die Protestkultur der Bergleute zentral blieben, geraten dabei aus dem Blickfeld. In seiner Bewunderung für die gleichwohl als naiv porträtierten Ostdeutschen wirft Peters aber auch den Linken von damals vor, die Mobilisierung der Belegschaften gegen den Neoliberalismus versäumt zu haben. So steht Bischofferode für ihn vor allem als Symbol der Kapitulation des Ostens, während er positive Bezüge für gegenwärtige Proteste eher in den seit 1993 an Fahrt aufnehmenden Kämpfen gegen die Sozial- und Arbeitsmarktgesetze sieht. Bei diesen fungierte nun der »(oft ausländische) Saisonarbeiter«, nicht aber der weiße (männliche) Bergmann als Projektionsfläche einer neuen antirassistischen Klassenpolitik, wobei die Unterstützung der rechtsradikalen Proteste durch Ostdeutsche zusätzlich abgrenzend-transformativ wirkte. Zugleich spiegelt sich hierin die Erfahrungswelt vieler linker Aktivist\*innen, die in den 1990er Jahren eher in prekären Dienstleistungsberufen, nicht aber in traditionellen Branchen wie dem Bergbau zu finden waren. Und schließlich eigneten sich die politischen Debatten über die »Bündnisse für Arbeit« in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre viel eher für öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften als Bischofferode, wo sich die Präsenz linker Gruppen in damaligen Mediendiskursen oft mit dem Label »Terrorismus« verband.<sup>26</sup> Auch ließ die Hoffnung auf einen Generalstreik viele Linke schon Mitte der 1990er Jahre vermehrt nach Frankreich blicken, wo die Gewerkschaften 1995 fast einen Monat lang den gesamten öffentlichen Verkehr lahmgelegt hatten. Der Verkehrsstreik gilt heute als Vorläufer der Gelbwesten- und Anti-Macron-Proteste und auch bei deutschen Linken dürften sich diese europäischen Bezugnahmen verfestigen, insofern sich seit der Jahrtausendwende eine neue globale Streikwelle beobachten lässt, die sich bereits bis an die Südränder der Europäischen Union ausgedehnt hat und dort die Gewerkschaften durch schichtenübergreifende Bündnisse

---

<sup>26</sup> Peters, *Unbeugsam & widerständig*, S. 162–185.

und inhaltliche Verschiebungen (Kampf gegen die Austeritätspolitik) vor existenzielle Herausforderungen stellt.<sup>27</sup>

Fragt man abschließend nach dem Ort der Erinnerung an Bischofferode, dann findet man diesen am ehesten noch bei der Linkspartei und in Teilen der Gewerkschaften, die sich beide auch auf der Akteursebene zunehmend überschneiden. Gewerkschafter\*innen stellen mittlerweile den Großteil der Abgeordneten der Linken im Bundestag. Dabei dürfte die von Katja Kipping geforderte Verbindung von Anerkennungs- und Wirtschaftspolitik als Lehre aus dem Hungerstreik eine zentrale gemeinsame Schnittmenge bilden. Die symbolische Bedeutung, die der Hungerstreik vor allem in der politischen Kommunikation des linken Thüringer Ministerpräsidenten und Gewerkschafters Bodo Ramelow besitzt, darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Ereignis in der ostdeutschen Bevölkerung letztlich keinen nachhaltigen Politisierungsschub ausgelöst hat. Figuren wie Gerhard Jüttemann, für die der Protest zum Ausgang eines langfristigen politischen Engagements wurde, sind eher die Ausnahme. Für die meisten Ostdeutschen blieben abstrakte Probleme der Demokratie auch nach Bischofferode sekundär, für sie galt es in erster Linie beruflich wieder Fuß zu fassen, Arbeit zu finden und das eigene Leben in geordnete Bahnen zu lenken. Gleichwohl hatte sich der Hungerstreik langfristig in das alltägliche Demokratiegedächtnis der Ostdeutschen eingeschrieben. Unmittelbare und mittelbare (über die Medienberichterstattung vermittelte) Protesterfahrungen wurden für viele Ostdeutsche zum Gradmesser für das (Nicht-)Funktionieren der Demokratie, von der man sich die Lösung aller Probleme erhofft hatte. Es kam anders. Mit dem Ende der Treuhand 1994 verschwand der Osten zudem aus den politischen Debatten bzw. ging in einer neuen gesamtdeutschen (Krisen-)Realität auf. Dabei erwuchsen im Osten vielerorts aus maroden Strukturen durchaus etliche neue Arbeitsplätze, ja sogar boomende Metropolen und modern sanierte Kleinstädte, in denen sich heute auch westdeutsche Fahrradtouristen wohlfühlen, die den »grauen«, »tristen« Osten in den 1990er Jahren noch gemieden hätten. Stolz auf das Erreichte mochte sich unter Ostdeutschen angesichts der oft prekären Arbeitsverhältnisse und erfahrenen Entwertung ihrer Biographien aber oft nur selten einstellen. Die Bewältigung der sozialen und mentalen Folgen der post-sozialistischen Transformation wurde also nicht obsolet, sondern verlagerte sich nur hinter die Fassaden modernisierter Wohnviertel

---

27 Nowak/Birke/Dutta, Introduction.

und gepflegter Vorgärten. Und sie geriet damit weiter aus dem Blickfeld der demokratischen Öffentlichkeit.

Dass der Hungerstreik von Bischofferode heute weitgehend einen erinnerungspolitischen Nicht-Ort in der demokratischen Gesellschaft darstellt, könnte sich als Einfallstor für rechte Vereinnahmungen erweisen. Dabei können die AfD und mit ihr verbundene rechte Gruppen durchaus an eigene, aber im öffentlichen Diskurs kaum präsente Solidaritätskulturen mit den kämpfenden Belegschaften der 1990er Jahre anschließen, unter denen lokale rechte Akteure schon früh nach Bündnispartnern Ausschau hielten. Der verletzte Arbeiter- und Nationalstolz sowie der Verlust von Männlichkeit, aber auch die im Westvergleich weitgehende soziokulturelle Homogenität im Osten boten ihnen dabei wesentliche Anknüpfungspunkte für ihre Ideologie. Zudem konnten sie sich weitgehend unbehelligt von staatlicher Sanktion im Osten etablieren. Damit steht auch die zeithistorische Forschung vor der Aufgabe, die Geschichte der extremen Rechten künftig stärker in die Vorgeschichte der Gegenwart zu integrieren. Dabei gilt es den Blick über die vergleichsweise gut erforschte Pegida-Bewegung hinaus zu weiten. Denn deren Protagonisten knüpfen auch an eine lange Tradition der rechten Vereinnahmung der Leipziger Montagsdemonstrationen an<sup>28</sup> und haben die Revolutionsparole »Wir sind das Volk« somit nicht erst in den letzten Jahren in einen Aufruf zum »nachgeholten Widerstand« gegen die »neuen Unterdrücker« aus dem Westen umgedeutet. Nach ihrem erneuten Rechtsschwenk 2017 übernahm die AfD diesen Traditionsbezug und erweiterte ihre Erinnerungspolitik bald auf die Jahre der Treuhand.<sup>29</sup> AfD-Politiker (auch im Eichsfeld) instrumentalisieren nunmehr auch explizit ostdeutsche Transformationserfahrungen für ihren demokratiefeindlichen Kurs, indem sie bewusst Ängste vor einem vom Osten erneut verlangten Anpassungsdruck angesichts einer bedrohlicher werdenden Globalisierung

---

28 Rink, Die Montagsdemonstration als Protestparadigma; Volk, »Wir sind das Volk«, S. 607 f.

29 Simon, Wut schlägt Scham; Jessen, Immer wieder montags. Die ältere These von Wolfgang Benz, dass der Slogan »Wir sind das Volk« von Pegida lediglich »usurpiert« worden sei und sich darin das Fehlen »neuer Bürgertugenden und eines modernen Verständnisses der Gesellschaft« im Osten widerspiegeln, ignoriert dagegen nicht nur die lange Geschichte der »rechten« Montagsdemonstrationen, sondern zeugt überdies von einem noch immer wirkmächtigen einseitig-schulmeisterlichen Westblick auf den Osten. Vgl. Benz, Auftrumpfendes Unbehagen, S. 770.

schüren,<sup>30</sup> wie sie sich in Migrationsströmen sowie in der Energie- und Mobilitätswende äußere. Dabei agiert die AfD auch in einem transnationalen ost(mittel)europäischen Kontext, wo nationalistische Mobilisierung und ein gezieltes Erinnern an die »dunklen« 1990er Jahre ebenfalls Hand in Hand gehen. Zugleich sind viele AfD-Politiker selbst West-Importe und stehen in enger Verbindung zur westdeutschen Neonazi-Szene der 1980er Jahre, die wiederum wesentlich zum Aufbau rechter Strukturen im Osten beigetragen hat. Dass ehemalige Protestakteure von 1993 lautstark gegen rechte Vereinnahmungen ihrer Erfahrungen auftreten, zeigt, dass von Bischofferode nicht automatisch ein Weg zum Rechtsextremismus führt, ändert dennoch wenig daran, dass auch viele Eichsfelder 2019 ihr Kreuz bei der AfD gemacht haben. In der Region um Bischofferode erreichte die Partei ein ähnlich starkes Ergebnis wie die Linke. Politisch verliert das Eichsfeld damit zunehmend seinen lange behaupteten Sonderstatus als Bastion der CDU.<sup>31</sup> Darin zeigt sich einmal mehr, wie anschlussfähig die Rhetorik der AfD an weit verbreitete ostdeutsche Unterlegenheitsgefühle ist. Und dies wiederum lässt die Frage aufkommen, wie anschlussfähig rechtsextreme Akteure auch an die Diskurse der Belegschaftsproteste der frühen 1990er Jahre waren und wie sich ihre Mobilisierungsstrategien zu denen von Gewerkschaften, Bürgerrechtler\*innen, Parteipolitiker\*innen und der außerparlamentarischen Linken verhielten. Die Geschichte der extremen Rechten verlangt damit nach einer Einbettung in den Kontext der verflochtenen deutsch-deutschen sowie osteuropäischen Transformationsgeschichte, deren zeitlicher Rahmen noch genauer auszuloten wäre.

Dass die Linkspartei und die AfD heute am lautesten um den »richtigen« Weg der Anerkennung ostdeutscher Transformationserfahrungen ringen, verwundert kaum. Die einen unterstreichen damit ihre Forderung nach einer wirtschaftspolitischen »Wende« (wie auch immer diese aussehen mag), die anderen plädieren dagegen für eine völkisch-rassistische »Wende«. Im Alltagsdiskurs vieler Ostdeutscher, die sich von der »mittleren Mitte« abgehängt sehen,<sup>32</sup> lassen sich für beide Richtungen Anknüpfungspunkte

---

30 Henry Bernhard, »Wutbürger« im Osten Deutschlands. Vom Verdruss an der Demokratie, in: Deutschlandfunk online, 2.1.2019, URL: [https://www.deutschlandfunk.de/wutbuenger-im-osten-deutschlands-vom-verdruss-an-der-724.de.html?dram:article\\_id=437277](https://www.deutschlandfunk.de/wutbuenger-im-osten-deutschlands-vom-verdruss-an-der-724.de.html?dram:article_id=437277).

31 Im Wahlkreis Eichsfeld II, zu dem auch Bischofferode gehört, erreichte die Linkspartei ein Ergebnis (Zweitstimmen) von 22,9 Prozent; die AfD erzielte ein Ergebnis von 20,1 Prozent. Vgl. [https://wahlen.thueringen.de/landtagswahlen/lw\\_wahlergebnisse.asp](https://wahlen.thueringen.de/landtagswahlen/lw_wahlergebnisse.asp).

32 Dörre/Behr/Eversberg/Schierhorn, Krise ohne Krisenbewusstsein?.

finden, trennscharfe links-rechts-Verortungen auf der politischen Skala lassen sich dabei im Einzelfall jedoch oft nur schwer identifizieren. Diese fluiden Grenzen, die sich in Ostdeutschland auch in einer nach wie vor geringeren Parteibindung sowie in einer größeren Affinität für »unkonventionelle« Partizipationsformen wie Unterschriftensammlungen oder Proteste zeigen,<sup>33</sup> machen sich rechte Parteien und Protestbündnisse, die das demokratische Institutionen- und Wertesystem infrage stellen, heute umso mehr zunutze. Deshalb haben mittlerweile auch die etablierten demokratischen Parteien der »Mitte« erkennen die erinnerungspolitischen Versäumnisse der Vergangenheit erkannt. Dem haben sie eigene – allerdings eher zaghaft wirkende – partizipative Initiativen entgegengesetzt, um ostdeutsche Erfahrungen in die Gesellschaft zu tragen.<sup>34</sup> Damit erfüllen sie damit, wenn auch spät, Forderungen, die viele ihrer ostdeutschen Akteure schon während des Umbruchsjahrs 1990 erhoben hatten.<sup>35</sup>

Eine demokratische Erinnerungsarbeit an die 1990er Jahre kann aber nur gelingen, wenn sie nicht nur auf Erfolgs- oder Verlust- bzw. Verlierergeschichten blickt, sondern Ostdeutsche als Handelnde in einem komplexen politischen Beziehungsgeflecht in den Blick nimmt, ohne dabei einfache, generalisierende Ost-West-Dichotomien zu (re-)produzieren. Die in der noch jungen historischen Transformationsforschung bislang im Zentrum stehende Sphäre der »großen Politik« gilt es künftig stärker mit der Alltagsebene der Aneignung von Demokratie zu verknüpfen. In diesem Sinne lehrt uns Bischofferode sehr eindrücklich, dass die ostdeutsche Transformation nur bedingt planbar war und damit stetige Moderationen, Reflektionen und Neuverhandlungen auf allen Ebenen des politischen Systems notwendig machte. Als historischer Fall zeigt Bischofferode, dass Transformationen in Demokratien nur gelingen können, wenn die politischen Akteure eine hohe Sensibilität gegenüber den Betroffenen an den Tag legen, diese als politische Subjekte ernst nehmen, aber auch Letztere bereit dazu sind, die eigenen Erfahrungen als relativ zu betrachten. So zeigt sich in den Erzählmustern der ehemaligen Hungerstreikenden nach wie vor die Tendenz, die eigene Unrechtserfahrung nach 1990 zu überhöhen, die Unrechtserfahrungen anderer Eichsfelder während der DDR-Diktatur dagegen auszublenden. Zugleich verweist dieses Muster auf eine weitere Dimension der politischen

---

33 Jaeck, Die »langen Wellen« im Entwicklungsverlauf.

34 Yoder, »Revenge of the East«?

35 Für die Ost-SPD vgl. Dubslaff, Die ostdeutsche Sozialdemokratie und die »friedliche Revolution«.

Kulturgeschichte des Einheitsprozesses: die Bedeutung der Debatten über die Anerkennung und Entschädigung von Opfern des SED-Regimes für die Selbstverortung der von Transformationsfolgen betroffenen, aber außerhalb des »Opfer«-Diskurses stehenden Ostdeutschen in der bundesdeutschen Gesellschaft.

Ein inner-ostdeutscher bzw. Eichsfelder Dialog ist damit ebenso überfällig wie ein ost-westdeutscher. Er würde auch zeigen, dass es viele ostdeutsche »Wende«-Geschichten gibt, die nicht nur in glatten Verlust- und einigen Erfolgsgeschichten mündeten. Stattdessen gab es verschiedene Wege, die biographischen Brüche zu bewältigen, parteipolitisches Engagement war einer davon, jedoch der am seltensten gewählte. Daraus sollte jedoch geschlossen werden, dass der Osten weniger »demokratisch« ist. Vielmehr regt Bischofferode gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Gefährdungen der Demokratie dazu an, Demokratie nicht als unverrückbaren Zustand, sondern als stetigen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess zu begreifen, der allen ein hohes Maß an Dialogbereitschaft, Empathie, aber auch respektvoller Kritikfähigkeit abverlangt. Bischofferode kann so zu einem echten Ort der deutschen und europäischen Demokratiegeschichte werden, die auch Grautöne zulässt und zudem bislang marginalisierte Akteure wie Frauen integriert. Das setzt aber auch eine Entpolitisierung des historischen Ereignisses voraus. Eine Fortsetzung oder gar weitere, politisch motivierte Verfestigung der bisherigen Schwarzweißzeichnung der Ereignisse um Bischofferode, so können wir auch aus den Anfängen der DDR-Aufarbeitung in den 1990er Jahren lernen, fördert dagegen »weniger die kritische Sinnbildung einer geschichtsbewussten Zivilgesellschaft als vielmehr die Aufspaltung des Gedächtnisses in ein rituelles und ein kommunikatives«. <sup>36</sup>

---

<sup>36</sup> Martin Sabrow, Wie, der Schüler kennt den Dicken mit der Zigarre nicht?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.2.2009.



# Dank

Wie jedes Buch ist auch diese Studie nicht einfach das Ergebnis einsamer Stunden im wissenschaftlichen Elfenbeinturm, in staubigen Bibliotheken und dunklen Archivkellern (die heute allerdings gar nicht mehr so staubig und dunkel sind). Es sind auch die zahlreichen Begegnungen mit wundervollen Menschen, lieben Freund\*innen und die vielen intensiven Diskussionen, die dieses Buch mithervorgebracht haben und denen eigentlich ein eigenes Verzeichnis gebührt. Da dies aber der wissenschaftlichen und verlegerischen Praxis zuwiderläuft, bleibt mir nur die Danksagung am Ende des Buches – aber das Beste kommt ja bekanntlich immer zum Schluss.

Am Anfang meiner Dankesliste steht das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, ohne dessen hervorragende Unterstützung die Realisierung dieses Buches bis hin zur Drucklegung nicht möglich gewesen wäre. Von meinen Berliner und Münchner Kolleg\*innen erhielt ich zudem viele nützliche Hinweise, Denkanstöße und allerlei weiteres Brainfood. Ob es Martina Stebers theoretische Überlegungen zu Region, die Debatten in unserer »Treuhand-Gruppe«, zu der Keith Allen, Dierk Hoffmann, Rainer Karlsch, Wolf-Rüdiger Knoll, Eva Lütkemeyer, Andreas Malycha, Eva Schäffler und Max Trecker gehörten, oder die Diskussionen im Forschungscluster »Transformationen in der neuesten Zeitgeschichte« um Thomas Raitchel und Michael Schwartz waren: sie alle haben wichtige Anteile an diesem Buch.

Weitere wichtige Impulse habe ich im Austausch mit Kolleg\*innen der Friedrich-Ebert-Stiftung, des Archivs für soziale Demokratie und der Hans-Böckler-Stiftung erhalten. Große Unterstützung und eine vorzügliche Betreuung erfuhr ich außerdem im Thüringer Landeshauptarchiv. Ein großer Dank gebührt dem Campus-Verlag, insbesondere Jürgen Hotz, der das Projekt mit viel Herz und Charme betreut hat, und Christoph Roolf, der mei-

nen Text mit großer Umsicht und Fachkunde lektoriert hat. Und schließlich danke ich Alexander Arndt, der mir als studentische Hilfskraft eine große Unterstützung war.

Am dankbarsten aber bin ich für all das, was ich 13. November 2018 erleben durfte. An diesem Tag besuchte ich Bischofferode, wurde vom ehemaligen Bürgermeister Eugen Nolte überaus herzlich empfangen, erhielt einen eindrucksvollen Rundgang durch das Kalimuseum, lernte ehemalige Hungerstreikende kennen und kam in den Genuss einer Privatführung durch die Gegend rund um Bischofferode, was meinen Horizont ungemein erweitert hat. Und seit meinem zweiten Besuch im Eichsfeld weiß ich auch, was und wie lecker eine Stracke ist.

Eugen Nolte verstarb während der Arbeit an diesem Buch unerwartet am 31. Januar 2020. Ich behalte ihn nicht nur als einen äußerst angenehmen Gesprächspartner in Erinnerung. Seine sachlich-herzliche Art und Bereitschaft, über eine schmerzlich empfundene Zeit zu sprechen, sind für mich zudem beispielgebend für eine demokratisch-dialogbasierte Erinnerungskultur an die ostdeutschen 1990er Jahre, die ein wichtiger Baustein für die Gestaltung unserer Zukunft ist.

# Abkürzungen

AfD	Alternative für Deutschland
AG	Aktiengesellschaft
AHB	Außenhandelsbetrieb
ARGE Weser	Arbeitsgemeinschaft der Länder zur Reinhaltung der Weser
BASF	Badische Anilin- & Soda-Fabrik
BDI	Bund Deutscher Industrieller
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BKA	Bundeskriminalamt
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BRH	Bundesrechnungshof
BvS	Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark (Währung)
EEG	Erfurter Entwicklungsgesellschaft
EG	Europäische Gemeinschaft
EGN	Entwicklungs-Gesellschaft Nordthüringen
EMC	Enterprise Minière et Chimique
ESK	Entwicklungsgesellschaft Südharz-Kyffhäuser
ESP	Ergebnissteigerungs-Programm (bei K&S)
ESTA	Elektrostatische Aufbereitung (von Kaliabwässern)
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

---

FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
GDK	Gemeinschaft Deutscher Kali-Erzeuger
GVV	Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH
HBV	Gewerkschaft für Handel, Banken und Versicherungen
IG	Industriegewerkschaft
IG BE	Industriegewerkschaft Bergbau und Energie
IG BEW	Industriegewerkschaft Bergbau–Energie–Wasserwirtschaft
IG CPK	Industriegewerkschaft Chemie–Papier–Keramik
KPD/ML	Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten–Leninisten
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
K&S	Kali und Salz AG/GmbH
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
MBO	Management-Buy-Out
MDK	Mitteldeutsche Kali AG
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MINORCO	Minerals and Resources Company
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Pegida	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
RAF	Rote-Armee-Fraktion
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SCPA	Société Commerciale des Patasses et de l'Azote
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
SS	Schutzstaffel
STEAG	Steinkohlen-Elektrizität AG
Stegau	Südthüringer Entwicklungsgesellschaft Arbeit und Umwelt mbH
Taz	Tageszeitung (Berlin)
TMLUN	Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz
TMSG	Thüringer Ministerium für Soziales und Gesundheit
TMWI	Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Infrastruktur
THA/Treuhand	Treuhandanstalt
TU Berlin	Technische Universität Berlin
U3	Unternehmensbereich 3 (innerhalb der Treuhand)

---

U6	Unternehmensbereich 6 (innerhalb der Treuhand)
VDK	Verkaufsgemeinschaft deutscher Kaliwerke GmbH
VEB	Volkseigener Betrieb
VEH	Verein für eichsfeldische Heimatkunde
WASG	Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit



# Quellen und Literatur

## Archivalien

Archiv für soziale Bewegungen Bochum (AfsB)

- IG BE (IG Bergbau und Energie, Vorstand)

Archiv der sozialen Demokratie Bonn (AdsD)

- 5/DGAI (DGB, Bundesvorstand, Abteilung Vorsitzender)
- 5/DGBG (DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg)
- 5/IGMZ (IG Metall, Vorstand)
- DAG (Deutsche Angestellten-Gesellschaft)

Archiv des Thüringer Landtages Erfurt

- Parlamentsdokumentation

BASF-Archiv Ludwigshafen

- UA PB.B.1.5.2/190 (Vorstandsprotokolle 1990 Februar)

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BA-B)

- B 412 (Treuhandanstalt)
- DC 20 (Ministerrat der DDR)
- DE 1 (Staatliche Plankommission, SPK)
- DE 10 (Ministerium für Wirtschaft)
- DL 2 (Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel)
- DQ 3 (Staatssekretariat für Arbeit und Löhne)

Bundesarchiv Koblenz (BA-K)

- B 102 (Bundesministerium für Wirtschaft)
- B 126 (Bundesministerium der Finanzen)
- B 136 (Bundeskanzleramt)
- B 246 (Bundeskartellamt)

- N 1585 (Nachlass Klaus Schucht, Diensttagebuch)

Historisches Archiv der Europäischen Union Florenz (HAEU)

- BAC 154/1980 (Communauté économique européenne et Communauté européenne de l'énergie atomique)

Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar (LATH-HStA)

- 6-62-0001 (Bezirkstag und Rat des Bezirkes Erfurt)
- 6-82-1001 (Thüringer Staatskanzlei)
- 6-82-3001 (Thüringer Wirtschaftsministerium)
- 6-82-7001 (Thüringer Finanzministerium)
- 6-94-3464 (Kalibergwerk Sollstedt)
- 6-94-3465 (Kaliwerk Sondershausen)
- 6-94-3467 (VEB Kombinat Kali Sondershausen)
- 6-95-2016 (Bezirksleitung der SED Erfurt)
- 6-95-2115 (Kreisleitung der SED Worbis)

Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin (RHG)

- PA M. Jander (Privatarchiv Martin Jander)

Parlamentsarchiv Deutscher Bundestag Berlin (PA-DBT)

- 3105 (Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Innerdeutsche Beziehungen, Grenzlandfragen, Deutsche Einheit, Treuhandanstalt, Neue Länder)

Privatarchiv Eugen Nolte Bischofferode (PA E. Nolte)

- Loseblattsammlung

## Zeitzeugeninterview

Nolte, Eugen (1950–2020), Bürgermeister von Bischofferode 1990–1999 (13.11.2018), Transkript im Besitz des Autors

## Zeitungen und Zeitschriften

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften / L (Rechtsvorschriften), 1968–2003.

- Arbeiterpolitik. Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik, 1965 ff.
- Ausblick. Magazin der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen/Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, 1954–2001.
- Bayernkurier, 1950–2019.
- Berliner Zeitung, 1945 ff.
- Bild, 1952 ff.
- Landsberger Tagblatt, 1957 ff.
- Der Morgen, 1945–1991
- Das Obereichsfeld, 1990–1993.
- Der Spiegel, 1947 ff.
- Der Spiegel Online, URL: <https://www.spiegel.de>
- Der Tagesspiegel, 1945 ff.
- Die Tageszeitung (taz), 1978 ff.
- Die Quelle. Funktionszeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1950–1997.
- Die Welt, 1946 ff.
- Die Zeit, 1946 ff.
- Die Zeit Online, URL: <https://www.zeit.de>
- Direkte Aktion, 1977 ff.
- Eichsfelder Nachrichten, URL: <https://www.eichsfelder-nachrichten.de>
- Eichsfelder Tagesblatt, 1950 ff.
- Eisenacher Presse, 1990 ff.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1949 ff.
- Frankfurter Rundschau, 1945 ff.
- Freie Presse, 1946 ff.
- Gp-Magazin. Zeitschrift der IG Chemie-Papier-Keramik, verschiedene Regional-Ausgaben, 1988 ff.
- Hamburger Abendblatt, 1948 ff.
- Handelsblatt, 1946 ff.
- Hannoversche Allgemeine Zeitung, 1949 ff.
- Harz-Kurier. Nordhäuser Zeitung, 1990–1996.
- Hersfelder Zeitung, 1763 ff.
- Informationsdienst PDS/Linke Liste (PDS-Landesverband Sachsen), 1990–1993.
- Junge Welt, 1947 ff.
- K+S Werkzeitschrift, 1970 ff.
- Kali-Kumpel. Betriebszeitung des VEB Kalibetriebs »Werra«/ der Kali-Werra Aktiengesellschaft, 1955–1990.
- Magdeburger Volksstimme, 1947 ff.
- Märkische Allgemeine, 1991 ff.
- Märkische Oderzeitung, 1990 ff.
- metall. Monatsmagazin der IG Metall, 1949–2007.
- Mitteldeutsche Allgemeine, 1946 ff.
- Mitteldeutsche Zeitung, 1946 ff.
- Neues Deutschland, 1946 ff.

Neues Deutschland Online, URL: <https://www.neues-deutschland.de>  
 Neue Zeit, 1945–1994.  
 Neue Zürcher Zeitung, 1780 ff.  
 Politische Berichte, 1980 ff.  
 Rote Fahne. Magazin der MLPD, 1970 ff.  
 Stuttgarter Zeitung, 1945 ff.  
 Süddeutsche Zeitung, 1945 ff.  
 Südharzer Kali-Mitteilungen, 1900.  
 Südthüringer Zeitung, 1990 ff.  
 Thüringer Allgemeine, 1946 ff.  
 Thüringer Tageblatt, 1946–1992.  
 Thüringische Landeszeitung, 1945 ff.  
 Unser Eichsfeld. Illustrierte Monatsschrift für eichsfeldische Heimatkunde, 1906–1943.  
 Unsere Zeit, 1973 ff.  
 Welt am Sonntag, 1948 ff.  
 Westfälische Rundschau, 1946 ff.  
 Wirtschaft und Wettbewerb, 1951 ff.  
 Wirtschafts-Woche, 1926 ff.

## Internetquellen (ohne Zeitungen und Zeitschriften)

Coerper, Armin/Haselrieder, Michael/Herzlieb, Anne, Nach der Wahl in Thüringen – Kampf um die Deutungshoheit, ZDF, Frontal 21, 29.10.2019, URL: <https://www.zdf.de/politik/frontal/nach-der-wahl-in-thueringen-100.html>  
 Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages Onlineausgabe, Kap. 3.12, URL: [https://www.bundestag.de/resource/blob/274214/d470c1a45fc16f33027bb0e46917bd46/Kapitel\\_03\\_12\\_Gewerkschaftlich\\_organisierte\\_Abgeordnete-pdf-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/274214/d470c1a45fc16f33027bb0e46917bd46/Kapitel_03_12_Gewerkschaftlich_organisierte_Abgeordnete-pdf-data.pdf)  
 Deutscher Bundestag: Drucksachen, URL: <https://www.bundestag.de/drucksachen>  
 Deutschlandfunk Kultur, URL: <https://www.deutschlandfunkkultur.de>  
 Deutschlandfunk Online, URL: <https://www.deutschlandfunk.de>  
 EU-Kommission, Pressemitteilungen, URL: <https://ec.europa.eu/commission/presscorner/home/de>  
 Infratest Dimap, Ländertrend 2020, URL: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/thueringen/laendertrend/2020/januar>  
 Kali – Bergbaumuseum Bischofferode, URL: <https://www.hungerstreik-kaliwerk.de>  
 Kaliverein – Bischofferode, URL: <http://www.bischofferode.de/kaliverein.html>  
 Kipping, Katja, Pressemitteilung: 25 Jahre Bischofferode, 6. Juli 2018, URL: <https://www.die-linke.de/start/presse/detail/25-jahre-bischofferode>

- Mineral Yearbook, Potash Statistics and Information, URL: <https://www.usgs.gov/centers/nmic/potash-statistics-and-information>
- Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de>
- Museum – Landgemeinde am Ohmberg, URL: <https://am-ohmberg.de/leben/museum>
- Radio Dreyeckland, Mediathek zum Themenschwerpunkt »Bischofferode ein mutiger Arbeitskampf 1993 – wider BASF und Treuhand«, URL: <https://rdl.de/beitrag/bischofferode-ein-mutiger-arbeitskampf-1993-wider-basf-und-treuhand>
- Scholle, Heinrich, Der Verein für Eichsfeldische Heimatkunde – Ein kurzer geschichtlicher Überblick, URL: <http://veh-eichsfeld.de/modx/index.php?id=4>
- Thüringer Landtag. Parlamentsdokumentation, URL: <http://www.parldok.thueringen.de>

## Gedruckte Quellen, Erinnerungen und Zeitzeugengespräche

- Bund Sozialistischer Arbeiter, Das Ende der DDR. Eine politische Autopsie, Essen 1992.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Europa – Verträge und Gesetze, Bonn 1975.
- Duchač, Josef, »Ich hatte immer schon eine ganz satte Portion Ehrgeiz«, in: Zürich, Holger, Mit freiem Volk auf freiem Grunde. 15 Jahre Thüringer Landtag im Rückblick einstiger Abgeordneter aus den Gründerjahren im Freistaat Thüringen, gekürzte Version der Original-Ausgabe, o.O. 2013, S. 24–29.
- Gaus, Günter (Hrsg.), Zur Person. Günter Gaus im Gespräch mit Ulf Fink, Bernhard Vogel, Gustav Just, Thomas Langhoff, Gisela Oechelhaeuser, Friedrich Wolff, Albert Hetterle, Ellen Brombacher, Berlin 1993.
- Gehrke, Bernd, Dokumente der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute. Materialien zur Tagung »Ostwind – Soziale Kämpfe gegen Massenentlassungen und Betriebsschließungen in Ostdeutschland 1990 bis 1994«, Berlin 2017.
- Gysi, Gregor, Ein Leben ist zu wenig. Die Autobiographie, Berlin 2017.
- Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. (Hrsg.), Bischofferode '93. Dokumentation über Argumente und Aktionen der Bergarbeiter, den Kalistandort, das Werk und ihre Arbeitsplätze zu erhalten, o.O. 1993.
- John, Jürgen (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens, 1945–1952, Halbbd. 1, Erfurt 1999.
- Kali und Salz AG, Geschäftsbericht, Kassel 1972–1992.
- Kalinowski, Burga, Da hängt ganz viel Leben dran. Gespräch mit Willibald Nebel, in: Dies., War das die Wende, die wir wollten? Gespräche mit Zeitzeugen, Berlin 2015, S. 158–176.
- Müller, Thomas T./Pinkert, Maik (Hrsg.), Kriegsende und Neubeginn im Landkreis Eichsfeld 1945/1946. Eine zeitgenössische Dokumentation, Heiligenstadt 2003.

- Ostrowski, Christine, Tagebuch eines Hungerstreiks, Querfurt 1993.
- Protokolle der Verhandlungen des ordentlichen Bundeskongresses des DGB / Parlament der Arbeit, hrsg. v. Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf 1950 – 1990.
- Protokoll des 3. außerordentlichen Gewerkschaftstags der Industriegewerkschaft Metall, Rheingoldhalle Mainz, 2. Oktober 1993, hrsg. v. Vorstand der Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt am Main 1993.
- Protokolle der Verhandlungen des Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, hrsg. v. der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, Berlin (Ost) 1947–1986.
- Ramelow, Bodo, Bischofferode beschäftigt uns bis heute, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), Schicksal Treuhand – Treuhand Schicksale. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung, Berlin 2019, S. 76–78.
- Schaefer, Aloys, Lebensbericht. Landrat im Eichsfeld – Zeuge der Besatzungszeit, Heiligenstadt 1993.
- SED-Betriebsparteiorganisation des Kaliwerks »Thomas Müntzer« (Hrsg.), Unsere erfolgreichsten Jahre. Zwischen dem VIII. und XII. Parteitag. 500. Geburtstag von Thomas Müntzer. 80. Jahrestag Kalibergbau in Bischofferode. 40. Jahrestag der DDR, o.O. 1988.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1991–2009.
- Thaysen, Uwe (Hrsg.), Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, 5 Bde., Wiesbaden 2000.
- Treuhandanstalt (Hrsg.), Dokumentation 1990–1994, 15 Bde., Berlin 1994.
- Vinke, Hermann, »Ein Volk steht auf – und geht zum Arbeitsamt«. Staatsholding Treuhand als Fehlkonstruktion – die Sicht der Betroffenen, Hamburg 2021.
- Vogel, Bernhard, Thüringen – Deutschlands Mitte. Regierungserklärung vor dem Thüringer Landtag 26. Februar 1992, in: Wiedemeyer, Wolfgang (Hrsg.), Bernhard Vogel. Reden und Taten in drei Jahrzehnten, Bonn 1997, S. 125–135.
- Wenzel, Rigobert, Die Anfangsjahre der CDU in Thüringen und auf dem Eichsfeld (1945–1950). Dokumentation, Duderstadt 2000.
- Zürch, Holger, Thüringens Gründerjahre. Gespräche mit Thüringer Abgeordneten über ihre Zeit im Landtag zwischen 1990 und 1999, Erfurt 2004.

## Forschungs- und publizistische Literatur

- Abelshauer, Werner, BASF since its Refounding in 1952, in: Ders. u.a. (Hrsg.), German Industry and Global Enterprise. BASF: The History of a Company, Cambridge 2004, S. 361–620.

- Ahbe, Thomas, Die Ost-West-Diskurse als Strukturen der Nobilitierung und Marginalisierung von Wissen. Eine Diskursanalyse zur Konstruktion der Ostdeutschen in den westdeutschen Medien-Diskursen 1989/90 und 1995, in: Ders./Gries, Rainer/Schmale, Wolfgang (Hrsg.), Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990, Leipzig 2009, S. 59–112.
- Ahrens, Ralf/Eckert, Astrid M./Ziegler, Dieter (Hrsg.), Industrial Policy in Western Europe since the 1960s (= Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte / Economic History Yearbook 58, 2017, Heft 1), Berlin 2017.
- Aly, Götz/Heim, Susanne, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Berlin 1991.
- Aufgebauer, Peter, Geschichte einer Grenzlandschaft, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Das Eichsfeld. Ein deutscher Grenzraum, Duderstadt 2002, S. 66–79.
- Bähr, Johannes/Kopper, Christoph, Industrie, Politik, Gesellschaft. Der BDI und seine Vorgänger 1919–1990, Göttingen 2019.
- Bartl, Heinz, Das Kaliwerk »Thomas Müntzer« in Bischofferode, in: Ders./Döhring, Günter/Hartung, Karl (Hrsg.), Kali im Südharz-Unstrut-Revier, Bd. 2, Bochum 2003, S. 639–673.
- Baumheier, Ralph, Regionale Strukturpolitik in den neuen Bundesländern, in: Benz, Arthur/Mäding, Heinrich/Seibel, Wolfgang (Hrsg.), Verwaltungsreform und Verwaltungspolitik im Prozeß der deutschen Einigung, Baden-Baden 1993, S. 345–358.
- Behrens, Petra, Regionalkultur und Regionalbewusstsein im Eichsfeld 1920 bis 1990, in: Comparativ 13 (2003), Heft 1, S. 32–46.
- Behrens, Petra, Regionale Identität und katholisches Milieu. Die Eichsfelder Katholiken zwischen Kriegsende und Mauerbau, in: Rürup, Miriam (Hrsg.), Praktiken der Differenz. Diasporakulturen in der Zeitgeschichte, Göttingen 2009, S. 175–196.
- Behrens, Petra, Regionale Identität und Regionalkultur in Demokratie und Diktatur. Heimatpropaganda, regionalkulturelle Aktivitäten und die Konstruktion der Region Eichsfeld zwischen 1918 und 1961, Baden-Baden 2012.
- Benz, Wolfgang, Auftrumpfendes Unbehagen. Der politische Protest der Pegida-Bewegung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 63 (2015), Heft 9, S. 759–776.
- Berger, Stefan, Social Movement in Europe since the End of the Second World War, in: Hesse, Jan-Otmar/Kleinschmidt, Christian/Reckendrees, Alfred/Stokes, Ray (Hrsg.), Perspectives on European Economic and Social History, Baden-Baden 2014, S. 15–46.
- Berghahn, Volker R., Montanunion und Wettbewerb, in: Berding, Helmut (Hrsg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984, S. 247–270.
- Böick, Marcus, »Aufstand im Osten«? Sozialer und betrieblicher Protest gegen die Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau in den frühen 1990er-Jahren, in: Bingen, Dieter/Antoniewicz, Piotr (Hrsg.), Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989, Wiesbaden 2012, S. 167–185.
- Böick, Marcus, Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994, Göttingen 2018.

- Brockhaus, Michael/Schäfer, Wolfgang, Betriebsbesetzung der kurze Traum von der Solidarität? Voraussetzungen, Verlaufsformen und Auswirkungen einer spektakulären Arbeitskampfform am Beispiel der Firma »SPÄNEX Wilhelm & Sander« in Uslar, Göttingen 1990.
- Brunner, Detlev, Auf dem Weg zur »inneren Einheit«? Transformation und Protest in den 1990er-Jahren, in: Jahrbuch Deutsche Einheit 1 (2020), S. 169–186.
- Brunner, Detlev/Heydemann, Günther, Die Einheit und die Folgen. Eine Geschichte Deutschlands seit 1990, Bonn 2021.
- Buntenbach, Annelie, Keine Alternative zur Arbeiterbewegung: Die Anziehungskraft der AfD für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen – Eine Herausforderung für Gewerkschaften, in: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.), Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt am Main 2018, S. 169–182.
- Buschmann, Maximilian, Hungerstreik – Notizen zur transnationalen Geschichte einer Protestform im 20. Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 65 (2015), Heft 49, S. 34–40.
- Coale, William D., West German Transnationals in Tropical Africa. The Case of Liberia and the Bong Mining Company, München 1978.
- Czada, Roland, Die Treuhandanstalt im politischen System der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44 (1994), B 43–44, S. 31–42.
- Dathe, Dietmar/Hürtgen, Renate, Gewerkschaften im Einheitsprozess. Ein Tagungsbericht mit notwendigen Kommentaren, in: express 1/2016, S. 14 f.
- Denis, Mathieu, Labor in the Collapse of the GDR and Reunification. A Crucial, Yet Overlooked Actor, Diss., Berlin 2007.
- Domeratzky, Louis, The International Cartel Movement, Washington, D.C. 1928.
- Dörre, Klaus/Behr, Michael/Eversberg, Dennis/Schierhorn, Karen, Krise ohne Krisenbewusstsein? Zur subjektiven Dimension kapitalistischer Landnahmen, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 39 (2009), Heft 157, Nr. 4, S. 559–576.
- Dubslaff, Etienne, Die ostdeutsche Sozialdemokratie und die »friedliche Revolution«, in: Archiv für Sozialgeschichte 59 (2019), S. 287–306.
- Düe, Dietmar, Kaliwirtschaft und Kalipolitik. Ein Beitrag zum Problem der Evaluierung gesamtwirtschaftlicher Effekte einzelwirtschaftlicher Produktionstätigkeit, Kassel 1992.
- Eckert, Astrid, M., Geteilt, aber nicht unverbunden. Grenzgewässer als deutsch-deutsches Umweltproblem, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62 (2014), Heft 1, S. 321–351.
- Eisenhuth, Stefanie/Hochmuth, Hanno/Jaraus, Konrad H., Alles andere als ausgeforscht. Aktuelle Erweiterungen der DDR-Forschung, in: Deutschland Archiv, 11.1.2016, URL: [www.bpb.de/218370](http://www.bpb.de/218370).
- Emons, Hans-Heinz, Die Kaliindustrie – Geschichte eines deutschen Industriezweiges?, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 49 (2001), S. 5–73.
- Fichter, Michael, Die »Vereinigung« der Gewerkschaften. Mitgliederentwicklung, organisations- und gewerkschaftspolitische Probleme in Ost- und Westdeutschland seit 1990, in: Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Ein neues Band der Solidarität. Chemie – Bergbau –

- Leder, Industriearbeiter und Gewerkschaften in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg, Hannover 1997, S. 271–294.
- Fischer, Wolfram/Hax, Herbert/Schneider, Hans Karl (Hrsg.), Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen. Forschungsberichte, Berlin 1993.
- Gassert, Philipp, Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018.
- Gehrke, Bernd, Die »Wende«-Streiks. Eine erste Skizze, in: Ders./Hürtgen, Renate (Hrsg.), Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekanntete Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente, Berlin 2001, S. 247–270.
- Godard, Simon, Creative Tension: The Role of Conflict in Shaping Transnational Identity at Comecon, in: Müller, Uwe/Jaješniak-Quast, Dagmar (Hrsg.), Comecon revisited. Integration in the Eastern Bloc and Entanglements with the Global Economy, Leipzig 2017, S. 65–83.
- Gorny, Alicia, »Unsichtbare Motoren«? Die Fraueninitiative Hattingen, in: Artus, Ingrid/Bennewitz, Nadja/Henninger, Annette/Holland, Judith/Kerber-Clasen, Stefan (Hrsg.), Arbeitskonflikte sind Geschlechterkämpfe. Sozialwissenschaftliche und historische Perspektiven, Münster 2020, S. 184–198.
- Gotto, Bernhard, Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre, Berlin/Boston 2018.
- Grabas, Christian/Nützenadel, Alexander (Hrsg.), Industrial Policy in Europe after 1945. Wealth, Power and Economic Development in the Cold War, Basingstoke 2014.
- Grieger, Manfred/Karlsch, Rainer/Köhler, Ingo, Expansion at all Costs? Studies on the Wintershall AG between Crisis and War, 1929–1945, Frankfurt am Main 2020.
- Großbölting, Thomas, Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn 2020.
- Hartung, Karl, Kali im Südharz-Unstrut-Revier – Die historische Entwicklung, in: Bartl, Heinz/Döhring, Günter/Hartung, Karl (Hrsg.), Kali im Südharz-Unstrut-Revier, Bd. 1, Bochum 2003, S. 14–81. Heilig, René/Holm, Knut, Signal Bischofferode, Berlin 1993.
- Hildenbrand, Bruno, Mikro-qualitative Transformationsforschung, in: Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.), Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015, S. 231–242.
- Hobsbawm, Eric, Marxismus auf dem Rückzug 1983–2000, in: Ders., Wie man die Welt verändert. Über Marx und Marxismus, München 2011, S. 360–374.
- Hochstadt, Steve, Mobility and Modernity. Migration in Germany, 1820–1989, Michigan 1999.
- Höge, Helmut, Berliner Ökonomie. Prols und Contras, Berlin 1997.
- Hohmann, Hermann-Josef, Bunte Salze, weiße Berge. Wachstum und Wandel der Kaliindustrie zwischen Thüringer Wald, Rhön und Vogelsberg, Hünfeld 2004.
- Hohmann, Joachim S., Der Kaliabbau im Werragebiet seit 1893. Ein Beitrag zur Geschichte und Soziologie der Arbeiterbewegung, in: Ders. (Hrsg.), Arbeit und Arbeiterschaft im Kalibergbau des Werragebietes. Ein Beitrag zur Geschichte und Soziologie der po-

- litischen Arbeiterbewegung Thüringens 1848–1989 mit 129 Quellentexten und zahlreichen historischen Abbildungen, Frankfurt am Main 1998, S. 14–102.
- Holzhauser, Thorsten, »Niemals mit der PDS«? Zum Umgang der SPD mit der SED-Nachfolgepartei zwischen Ausgrenzungs- und Integrationsstrategie (1990–1998), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62 (2014), Heft 2, S. 285–308.
- Holzhauser, Thorsten, Die »Nachfolgepartei«. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990–2005, Berlin/Boston 2019.
- Hübner, Peter, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995.
- Hübner, Peter (Hrsg.), Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR 1971 bis 1989. Zwischen Fordismus und digitaler Revolution, Bonn 2014.
- Jaeck, Tobias, Die »langen Wellen« im Entwicklungsverlauf von politischer Partizipation in Ostdeutschland von 1990 bis zur Gegenwart, in: Holtmann, Everhard (Hrsg.), Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt am Main/New York 2019, S. 35–55.
- Jäger, Wolfgang, Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90, Stuttgart 1998.
- Jarusch, Konrad H., Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48 (1998), Heft 20, S. 33–46.
- Jessen, Ralph, Immer wieder montags. Warum wir über eine populistische »Volks«-Erinnerung reden müssen, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft 2019/1, S. 55–60.
- John, Jürgen, Rüstungswirtschaftlicher Strukturwandel und nationalsozialistische Regionalpolitik, in: Heiden, Detlev/Mai, Gunther (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, Köln/Weimar/Wien 1995, S. 213–246.
- Kädtler, Jürgen/Kottwitz, Gisela/Weinert, Rainer, Betriebsräte in Ostdeutschland. Institutionenbildung und Handlungskonstellationen 1989–1994, Wiesbaden 1997.
- Kaminsky, Anna, Frauen in der DDR, Berlin 2016.
- Karlsch, Rainer, Energie- und Rohstoffpolitik, in: Hoffmann, Dierk (Hrsg.), Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR, Berlin/Boston 2016, S. 249–362.
- Karlsch, Rainer, Industrielle Kerne in Ostdeutschland. Entstehung, Erhalt und Wandel, in: Grüner, Stefan/Mecking, Sabine (Hrsg.), Wirtschaftsräume und Lebenschancen. Wahrnehmung und Steuerung von sozialökonomischem Wandel in Deutschland 1945–2000, Berlin/Boston 2017, S. 149–167.
- Kleßmann, Christoph, Arbeiter im »Arbeiterstaat« DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971), Bonn 2007.
- Kocka, Jürgen, Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart, Göttingen 1995.
- Kokorsch, Rudolf, Die Kaliindustrie in Hessen 1945 bis 1989, in: Eisenbach, Ulrich/Paulinyi, Akos (Hrsg.), Die Kaliindustrie an Werra und Fulda. Geschichte eines landschaftsprägenden Industriezweigs, Darmstadt 1999, S. 95–122.
- Kommission »Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie«, Abschlussempfehlungen, Düsseldorf 2021.
- Köpping, Petra, Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten, Berlin 2018.

- Kopstein, Jeffrey, Chipping away at the State. Workers' Resistance and the Demise of East Germany, in: *World Politics* 48 (1996), S. 391–423.
- Koselleck, Reinhart, »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont«. Zwei historische Kategorien, in: Ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Berlin 2010, S. 349–375.
- Kott, Sandrine, *Le communisme au quotidien. Les entreprises d'Etat dans la société allemande*, Paris 2001.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha, *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*, München 2019.
- K+S (Hrsg.), *Wachstum erleben. Die Geschichte der K+S-Gruppe 1856–2006*, Kassel 2006.
- Leistner, Alexander/Wohlrab-Sahr, Monika (Hrsg.), *Das umstrittene Erbe von 1989. Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs*, Wien/Köln 2022.
- Lindenberger, Thomas, Ist die DDR ausgeforscht? Phasen, Trends und ein optimistischer Ausblick, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 64 (2014), Heft 24–26, S. 27–32.
- Löffler, Bernhard, *Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard*, Stuttgart 2002.
- Mählert, Ulrich (Hrsg.), *Die DDR als Chance – Neue Perspektiven auf ein altes Thema*, Berlin 2016.
- Malycha, Andreas, Die Staatliche Plankommission (SPK) und ihre Vorläufer 1945 bis 1990, in: Hoffmann, Dierk (Hrsg.), *Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR*, Berlin/Boston 2016, S. 17–132.
- Marek, Dieter/Schilling, Doris, Neubildung des Landes, in: Post, Bernhard/Wahl, Volker (Hrsg.), *Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995*, Weimar 1999, S. 60–68.
- Marissal, Matthias J., *Der politische Handlungsrahmen der Treuhandanstalt*, Frankfurt am Main 1993.
- Marx, Christian/Reitmayer, Morten (Hrsg.), *Die offene Moderne – Gesellschaften im 20. Jahrhundert. Festschrift für Lutz Raphael zum 65. Geburtstag*, Göttingen 2020.
- Micus, Matthias, Die »Enkel« Willy Brandts. Aufstieg und Politikstil einer SPD-Generation, Frankfurt am Main/New York 2005.
- Molitor, Andreas, Vergessene Helden, in: *brand eins* 8/2017, S. 78–87.
- Müller, Hans-Heinrich, Migrant Workers from East Elbe and Eastern Europe in the Prussian »Sugarbeet« Province of Saxony, 1830–1914, in: Mollett, J. A. (Hrsg.), *Migrants in Agricultural Development. A Study of Intrarural Migration*, Basingstoke/Hampshire 1991, S. 77–91.
- Müller von der Grün, Claus Peter, Unter einem Dach. Die wiedervereinigte Kaliindustrie im geeinten Deutschland, in: Eisenbach, Ulrich/Paulinyi, Akos (Hrsg.), *Die Kaliindustrie an Werra und Fulda. Geschichte eines landschaftsprägenden Industriezweigs*, Darmstadt 1999, S. 223–241.
- Nägele, Frank, Strukturpolitik wider Willen? Die regionalpolitischen Dimensionen der Treuhandpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44 (1994), B 43–44, S. 43–52.

- Nawrat, Sebastian, *Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982*, Bonn 2012.
- Nowak, Jörg/Birke, Peter/Dutta, Madhumita, Introduction: The New Upsurge of Strikes – Tendencies, Challenges and Limits, in: Nowak, Jörg/Dutta, Madhumita/Birke, Peter (Hrsg.), *Workers' Movements and Strikes in the Twenty-First Century. A Global Perspective*, New York/London 2018, S. 1–20.
- Östensson, Olle, Internationaler Rohstoffhandel und seine Wirkung auf Entwicklungsländer in: Bleischwitz, Raimund/Pfeil, Florian (Hrsg.), *Globale Rohstoffpolitik. Herausforderungen für Sicherheit, Entwicklung und Umwelt*, Baden-Baden 2009, S. 47–64.
- Outhwaite, William, What is Left after 1989?, in: Lawson, George/Armbruster, Chris/Cox, Michael (Hrsg.), *The Global 1989. Continuity and Change in World Politics*, Cambridge 2010, S. 76–93.
- Palmowski, Jan, *Die Erfindung der sozialistischen Nation. Heimat und Politik im DDR-Alltag*, Berlin 2016.
- Patel, Kiran Klaus/Röhl, Hans Christian, *Transformation durch Recht. Geschichte und Jurisprudenz europäischer Integration 1985–1992*, Tübingen 2020.
- Peine, Johannes, *Wenn jemand Unternehmer ist und nicht Unterlassener*, o.O. o.J.
- Penter, Tanja (Hrsg.), *Sowjetische Bergleute und Industriearbeiter – Neue Forschungen*, Essen 2007.
- Peters, Ulrich, *Unbeugsam & widerständig. Die radikale Linke in Deutschland seit 1989/90*, Münster 2014.
- Plener, Ulla (Hrsg.), *Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990–1994)*.
- Tagung vom 2. April 2011 in Berlin. *Beiträge und Dokumente*, Berlin 2011.
- Pötzl, Norbert, *Der Treuhand-Komplex. Legenden. Fakten. Emotionen*, Hamburg 2019.
- Raphael, Lutz, *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945*, München 2011.
- Raphael, Lutz, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019.
- Rau, Christian, *Die verhandelte »Wende«. Die Gewerkschaften, die Treuhand und der Beginn der Berliner Republik*, Berlin 2022.
- Rink, Dieter, Die Montagsdemonstration als Protestparadigma. Ihre Entwicklung von 1991 bis 2016 untersucht am Beispiel der Leipziger Protestzyklen, in: Daphi, Priska/Deitelhoff, Nicole/Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hrsg.), *Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests*, Baden-Baden 2017, S. 282–305.
- Ritter, Gerhard A., *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*, München 2006.
- Rödter, Andreas, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009.

- Roesler, Jörg, Privatisierung um jeden Preis? Die Treuhandaktivitäten 1990–1994 als Bestandteil der 1982 eingeleiteten neoliberalen Offensive der Regierung Kohl, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 86/2011, S. 140–150.
- Roesler, Jörg, Die Treuhand und die bundesdeutsche Demokratie. Defizite an demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung im ostdeutschen Privatisierungsprozess, in: *Plener, Ulla (Hrsg.), Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990–1994). Tagung vom 2. April 2011 in Berlin. Beiträge und Dokumente*, Berlin 2011, S. 31–39.
- Roesler, Jörg, Mit oder gegen den Willen der Betriebsbelegschaften? Die Privatisierung in Polen und den neuen Bundesländern 1990 bis 1995 im Vergleich, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* II/2015, S. 44–66.
- Roesler, Jörg, *Abgewrackt. Die Wirtschaft der DDR – von der Krise zur Liquidierung. Gesammelte Aufsätze*, Köln 2020.
- Saar, Horst, *Bittersalz – der Untergang der Thüringer Kali-Industrie*, Kassel 2003.
- Sabrow, Martin, Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive, in: *Jaraus, Konrad H./Sabrow, Martin (Hrsg.), Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR*, Göttingen 1999, S. 83–116.
- Sabrow, Martin, Consent in the Communist GDR or How to Interpret Lion Feuchtwanger's Blindness in Moscow 1937, in: *Corner, Paul (Hrsg.), Popular Opinion in Totalitarian Regimes. Fascism, Nazism, Communism*, Oxford 2009, S. 168–183.
- Sabrow, Martin, Mythos Einheit? Die deutsche Wiedervereinigung als zeitgeschichtliche Herausforderung, in: *Ders./Koch, Alexander (Hrsg.), Experiment Einheit. Zeithistorische Essays*, Göttingen 2015, S. 9–25.
- Sabrow, Martin, Wem gehört »1989«?, in: *Ders. (Hrsg.), Bewältigte Diktaturvergangenheit? 20 Jahre DDR-Aufarbeitung*, Leipzig 2019, S. 9–20.
- Schaefer, Sagi, *States of Division. Border and Boundary Formation in Cold War Rural Germany*, Oxford 2014.
- Scherzer, Landolf, *Urlaub für rote Engel. Reportagen*, Berlin 2011.
- Schwartz, Michael, Transformationsgesellschaft. DDR-Geschichte im vereinigten Deutschland, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 69 (2021), Heft 2, S. 346–360.
- Schmidt, Hans-Jürgen, Die territoriale und soziale Bedeutung des Kalibergbaus von 1890 bis 1990, in: *Bartl, Heinz/Günter Döhring, Günter/Hartung, Karl (Hrsg.), Kali im Südharz-Unstrut-Revier, Bd. 1*, Bochum 2003, S. 377–438.
- Schroeder, Klaus, *Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, München 2006.
- Schröter, Anja, *Ostdeutsche Ehen vor Gericht. Scheidungspraxis im Umbruch 1980–2000*, Berlin 2018.
- Schröter, Harm, *Die internationale Kaliwirtschaft 1918 bis 1939. Zum Verhältnis von industrieller Kartellpolitik und Staatsinterventionismus*, Kassel 1985.
- Schröter, Harm, *The International Potash Syndicate*, in: *Barjot, Dominique (Hrsg.), International Cartels revisited, 1880–1990. Relating to the History of Business Development and International Economic Order*, Caen 1993, S. 75–92.

- Schröter, Harm, Kartellierung und Dekartellierung 1890–1990, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 81 (1994), Heft 4, S. 457–493.
- Schuhmann, Anette, Die Zukunft der Arbeit in der Übergangsgesellschaft. Überlegungen zur Produktion von (Zukunfts-)Erwartungen in der DDR, in: Rehlinghaus, Franziska/Teichmann, Ulf (Hrsg.), Vergangene Zukünfte von Arbeit. Aussichten, Ängste und Aneignungen im 20. Jahrhundert, Bonn 2019, S. 157–178.
- Schulz, Jan-Hendrik, Unbeugsam hinter Gittern. Die Hungerstreiks der RAF nach dem Deutschen Herbst, Frankfurt am Main/New York 2019.
- Schuster, Franz, Thüringens Weg in die soziale Marktwirtschaft. Privatisierung, Sanierung, Aufbau. Eine Bilanz nach 25 Jahren, Köln/Weimar/Wien 2015.
- Seibel, Wolfgang, Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–1994, Frankfurt am Main/New York 2005.
- Seibring, Anne, Die Gewerkschaften im Fünf-Parteien-System, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 60 (2010), Heft 13–14, S. 29–35.
- Siebel, Claus N. A., Die Eisenerzbergbau-Gesellschaft Bong Mining Company in Liberia, West Afrika 1955–1990, Düsseldorf 2000.
- Siebert, Heinz, Das Eichsfeld unterm Hakenkreuz. Eine Dokumentation, Fulda 1982.
- Simon, Annette, Wut schlägt Scham. Das »Wir sind das Volk« der AfD als nachgeholter Widerstand, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2019, S. 41–50.
- Speckmann, Thomas, »Ein Mahnmal für die Freiheit«. Die Gleichschaltung der Ost-CDU aus der Sicht des Eichsfelder Christdemokraten Hugo Dornhofer, in: Historisch-Politische Mitteilungen 11 (1994), Heft 1, S. 311–332.
- Stadtland, Helke, Daten zur Entwicklung der Verbände im DGB, in: Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Ein neues Band der Solidarität. Chemie – Bergbau – Leder. Industriearbeiter und Gewerkschaften in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg, Hannover 1997, S. 321–352.
- Stach, Sabine/Hartmann, Greta, Friedliche Revolution 2.0? Zur performativen Aneignung von 1989 durch »Querdenken« am 7. November 2020 in Leipzig, in: Zeitgeschichte-online, November 2020, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/friedliche-revolution-20>.
- Steber, Martina, Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980, Berlin/Boston 2017.
- Stöber, Christian, Rosenkranzkommunismus. Die SED-Diktatur und das katholische Milieu im Eichsfeld 1945–1989, Berlin 2019.
- Streng, Marcel, »Hungerstreik«. Eine politische Subjektivierungspraxis zwischen »Freitod« und »Überlebenskunst« (Westdeutschland 1970–1990), in: Elberfeld, Jens/Otto, Marcus (Hrsg.), Das schöne Selbst. Zur Genealogie des modernen Subjekts zwischen Ethik und Ästhetik, Wiesbaden 2009, S. 333–365.
- Teupe, Sebastian, Verhandelte Grenzüberschreitungen. Die Entwicklungstrends der deutschen Kartellrechtspraxis am Beispiel der Fernsehgeräteindustrie, 1950 bis 1990, in: Berghoff, Hartmut/Rauh, Cornelia/Welskopp, Thomas (Hrsg.), Tatort Unternehmen. Zur Geschichte der Wirtschaftskriminalität im 20. und 21. Jahrhundert, Berlin/Boston 2016, S. 102–128.

- Ther, Philipp, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.
- Thiel, Carla, Entscheidungen und Anpassungspraktiken. Die BASF zwischen 1865 und 1965, Frankfurt am Main 2020.
- Tüffers, Bettina, Die 10. Volkskammer der DDR. Ein Parlament im Umbruch. Selbstwahrnehmung, Selbstparlamentarisierung, Selbstauflösung, Düsseldorf 2016.
- Urban, Hans-Jürgen, Arbeiten in der Wirtschaft 4.0. Über kapitalistische Rationalisierung und digitale Humanisierung, in: Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.), Gute Arbeit. Digitale Arbeitswelt – Trends und Anforderungen, Frankfurt am Main 2016, S. 21–45.
- Urban, Hans-Jürgen, Kampf um die Hegemonie: Gewerkschaften und die Neue Rechte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2018, S. 104–112.
- Veelken, Winfried/Karl, Matthias/Richter, Stefan, Die europäische Fusionskontrolle. Grundzüge und Einzelfragen zur Verordnung (EWG) Nr. 4064/89, Tübingen 1992.
- Verband der Kali- und Salzindustrie e. V. (Hrsg.), Kali und Salz. Wertvolle Rohstoffe aus Deutschland, 3., überarb. Aufl., Berlin 2015.
- Volk, Sabine, »Wir sind das Volk«. Representative Claim-Making and Populist Style in the PEGIDA Movement's Discourse, in: German Politics 29 (2020), Heft 4, S. 599–616.
- Vollborn, Marita, Ich bin so frei. Willkommen im Lügenland, Norderstedt 2016.
- Wagner, Peter, Soziologie der Moderne. Freiheit und Disziplin, Frankfurt am Main 1995.
- Weiß, Peter Ulrich, Vom Herrschaftszentrum zum Revolutionsherd. Die DDR-Bezirkstädte im Umbruch 1989/90, in: ZeitRäume 2013, S. 190–207.
- Wells, Watt C., Antitrust and the Formation of the Postwar World, New York/Chichester 2002.
- Wierling, Dorothee, Work, Workers and Politics in the German Democratic Republic, in: International Labor and Working-Class-History 50 (1996), S. 44–63.
- Wöhler, Hans-Joachim K., Der deutsche Kalisalzbergbau und Halle (Saale), in: Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V. (Hrsg.), Halle und der Bergbau. Beiträge der wissenschaftlichen Tagungen am 17./18. Oktober 2003 und 24./25. September 2004, Halle (Saale) 2005, S. 63–95.
- Wolfrum, Edgar, Der Aufsteiger. Eine Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute, Stuttgart 2020.
- Yoder, Jennifer A., »Revenge of the East«? The AfD's Appeal in Eastern Germany and Mainstream Parties' Responses, in: German Politics and Society 38 (2020), Heft 2, S. 35–58.



# Personenregister

- Achleitner, Paul 64, 124  
Arnold, Peter 29, 132, 133, 146
- Bachmann, Hermann 42, 46, 50, 93, 95  
Bachmann, Thomas 134, 140  
Backhaus, Peter 54, 149, 182  
Bahr, Egon 148  
Ballon, Helmut 54, 58, 59, 62, 223  
Bayreuther, Werner 165, 188  
Berger, Hans 65, 119, 128, 156, 166  
Berger, Roland 95  
Bernd, Gisela 74  
Biedenkopf, Kurt 69, 163  
Binder, Hans-Joachim 15, 211  
Blüm, Norbert 119  
Böck, Willibald 112, 118  
Boesler, Felix 81, 82  
Bohn, Jürgen 112–114, 132, 140, 150, 192, 193  
Bötsch, Wolfgang 234  
Braun, Volker 13  
Bretz, Christiane 161, 162  
Breuel, Birgit 67, 103, 120, 123, 165, 183, 184, 187  
Brodhun, Heiner 117, 121, 123, 155–158, 165, 175, 188, 194, 198
- Clemens, Martin 157, 158
- de Maizière, Lothar 46, 96  
Delors, Jacques 170  
Denda, Wolfgang 161
- Diehn, August 31  
Dietrich, Werner 73  
Duchač, Josef 96–99, 101, 102, 104–106, 110, 111, 113, 230  
Duchačs, Josef 101
- Eekhoff, Johann 171  
Ellenberger, Irene 208, 232  
Engelen-Kefer, Ursula 164  
Erhard, Ludwig 32  
Ertele, Hans-Jürgen 54
- Gehlsen, Christian 160, 161  
Gellert, Otto 68, 69  
Glaubrecht, Gabriele 97, 102, 104, 240  
Gorbatschow, Michail 43  
Grabe, Christine 145, 146  
Grosche, Monika (Mona) 188, 189  
Große, Heinrich 118, 129, 138  
Gysi, Gregor 130, 131, 146, 174, 188, 233
- Haas, Christine 73  
Halm, Gunter 53, 54, 56, 58, 59, 103, 223  
Hartmann, Hanns-Peter 138  
Haschke, Udo 115  
Heilig, René 139  
Henning, Werner 87–89, 118, 142, 202, 206, 238  
Hickel, Rudolf 174  
Hildebrandt, Regine 161  
Himmler, Heinrich 81

- Hitler, Adolf 31  
Hohberg, Jürgen 125, 198  
Honecker, Erich 50  
Hubenthal, Siegfried 15, 75, 212  
Huhn, Klaus (Pseudonym  
Knut Holm) 156
- Jendrick, Rudolf 187  
Jüttemann, Gerhard 15, 158, 169, 185, 186,  
198, 229, 234, 235, 237, 238, 243
- Kemski, Gerald 169  
Kohl, Helmut 55, 88, 102, 111, 150, 153, 154  
Kriedner, Arnulf 149, 174  
Kulle, Volker 160, 161, 169  
Kuyumcu, Mahmut 195
- Lafontaine, Oskar 154, 169  
Lappe, Franz Josef 65  
Liphardt, Gerhard 174  
Lippmann, Frieder 145  
Lowe, Philipp 171  
Lucifero, Angelo 164  
Luft, Christa 96
- Meyer, Heinz-Werner 35, 61, 69, 126  
Modrow, Hans 23, 88  
Möllemann, Jürgen 60, 105  
Mühe, Wigbert 133  
Mühlberg, Heinz 54  
Müller, Johannes 79  
Müller, Manfred 162, 169
- Nebel, Willibald 73–75, 140  
Necker, Tyll 29  
Nolte, Eugen 28, 89, 129, 229, 234, 238
- Odewald, Jens 65  
Ostrowski, Christine 146
- Peine, Johannes 15, 17, 114, 120, 121,  
123–125, 128, 130, 131, 138, 175–178, 187,  
224, 226  
Peters, Manfred 115  
Potthoff, Alwin 54
- Ramelow, Bodo 164, 169, 186, 187, 192, 229,  
236–239, 243  
Reinhard, Gerd 198  
Reuter, Bernhard 128  
Rexrodt, Günter 172, 173  
Rohwedder, Detlev Karsten 61, 105, 106,  
131, 148
- Sauckel, Fritz 78  
Schaefer, Aloys 79  
Scharping, Rudolf 147, 154, 175  
Schröder, Gerhard 27, 154, 169, 212  
Schröter, Gisela 115  
Schuchardt, Gerd 111  
Schucht, Klaus 28, 58, 60–69, 106, 118, 120,  
124, 126, 129–131, 133, 149, 159, 173, 177,  
184, 195, 223, 224, 226  
Schultz, Hans-Jürgen 105  
Schuster, Franz 144, 192–194, 198, 201–204,  
206–208, 210, 212, 215, 216, 233  
Schuwirth, Werner 209–211  
Sieckmann, Hartmut 109  
Slaby, Dieter 131, 132  
Sorg, Karl-Heinz 51, 52, 54, 58  
Sorge, Wieland 105, 147  
Spieth, Frank 163–165, 188  
Steger, Ulrich 54, 58, 60, 61, 130, 148, 186  
Steinkühler, Franz 166, 167  
Stoll, Michael 180  
Südhofer, Klaus 107  
Süssmuth, Rita 15, 60, 116, 125, 148, 177
- Taubert, Heinrich 42, 44, 48, 50  
Teusch, Friedhelm 54, 133  
Thierse, Wolfgang 147  
Tilburg, Johann 65

- 
- Trappehl, Bernhard 195  
Trautvetter, Andreas 112, 125, 149, 191, 192,  
199  
van Miert, Karel 171–175, 177  
Vogel, Bernhard 13, 111, 112, 116, 118, 119,  
125–127, 130, 133, 134, 142–144, 150, 187,  
192, 195, 196, 215, 230  
Vögler, Albert 31  
Vollborn, Marita 17  
von Würzen, Dieter 65, 103  
Wagner, Eberhard 29  
Wanke, Joachim 183, 184  
Wilke, Berndt-Michael 131, 132  
Wolf, Dieter 171, 172  
Wolf, Gerhard 63  
Zeh, Klaus 104, 112  
Zwickel, Klaus 167, 168, 239